



Fachhochschule Frankfurt am Main
Institut für Migration und Interkulturelle Kommunikation

Expertise zum Bundesprogramm „*VIELFALT TUT GUT*“
Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie

**Beteiligung von spezifischen Akteursgruppen an
Bundesprogrammen zum Themenfeld**

Prof. Dr. Christine Huth-Hildebrandt
Prof. Dr. Gerd Stüwe

Frankfurt, Januar 2010



Inhalt

1. Kurzzusammenfassung.....	4
2. Einführung.....	4
2.1 Zweck der Expertise.....	5
2.2 Reichweite der Expertise.....	6
3. Gegenstand und Fragestellungen der Expertise.....	6
4. Darstellung des Untersuchungsdesigns.....	9
5. Ergebnisse.....	14
5.1 Zusammenfassung der Untersuchungsergebnisse.....	14
5.2 Ausführliche Darstellung.....	15
5.2.1 Die Programme.....	17
AgAG – Ein Förderprogramm in den neuen Bundesländern.....	17
Inhaltliche Ausrichtung und spezifische Zielsetzung.....	17
Regionale Verortung.....	26
Erste resümierende Beobachtungen zu AgAG.....	26
CIVITAS – Ein Förderprogramm in den neuen Bundesländern.....	29
Inhaltliche Ausrichtung und spezifische Zielsetzung von CIVITAS.....	29
Umsetzungsstrategie und Handlungsansätze von CIVITAS.....	30
Regionale Verortung von CIVITAS.....	32
Erste resümierende Beobachtungen zu CIVITAS.....	35
entimon – Ein bundesweites Förderprogramm.....	37
Inhaltliche Ausrichtung und spezifische Zielrichtung von entimon.....	37
Umsetzungsstrategien und Handlungsansätze von entimon.....	38
Regionale Verortung von entimon.....	40
Erste resümierende Beobachtungen zu entimon.....	46
Das aktuelle Programm <i>VIELFALT</i> – Ein bundesweites Förderprogramm.....	48
Erste resümierende Beobachtungen zu VIELFALT.....	52
Regionale Entwicklungen im Zeitverlauf.....	54



5.2.2 Beobachtungen zu den Programmen	63
Verlorene Potenziale oder ungenutzte Ressourcen?	65
Die Interessenbekundungen bei <i>entimon</i>	67
Die Interessenbekundungen bei <i>VIELFALT</i>	72
Partizipation – Beteiligung – und die transkulturelle Perspektive	79
Angst vor Islamismus – Kein Thema für die Neuen Bundesländer?	85
Netzwerkstrukturen: Verbindlichkeit vs. Unverbindlichkeit – Dilemma oder Chance?	89
Resümierende Beobachtungen zu den Programmen	95
Programmkritiken	98
5.2.3 Beteiligung von Akteursgruppen	100
Trägerstrukturen sozialen und zivilgesellschaftlichen Engagements im Osten und Westen	100
Integration und zivilgesellschaftliche Teilhabe der ausländischen Minderheiten	102
Bevölkerungsanteile der Migranten im Osten und Westen	103
Herkunftsländer der Migranten im Osten und im Westen	107
Migrantenselbstorganisationen im Osten und im Westen	109
Die Selbstorganisationen der ersten Stunde in den Alten Bundesländern	111
Migranten und Migrantinnen in den Neuen Bundesländern	115
Strukturen migrantischer Organisationen heute	118
Entwicklungen	125
Beteiligungen	130
5.2.4 Förderschwerpunkte	134
Antisemitismus bei jugendlichen Migranten	134
Geschlechtsspezifische Arbeit mit männlichen Jugendlichen	140
Elternarbeit	142
6 Schlussfolgerungen und Empfehlungen	147
7. Literatur	153



1. Kurzzusammenfassung

Gemäß der Integrationsstrategie des Bundes zielt auch die zukünftige Strategie von *VIELFALT* darauf ab, nicht nur *mehr* kleine Träger, sondern vor allem auch *mehr* Migrantenselbstorganisationen als potentielle Akteursgruppen an dem Bundesprogramm zu beteiligen, indem nicht nur über Projektförderungen, sondern auch über neue Partizipationsstrategien das bereits vorhandene Netzwerk von *VIELFALT* weiter ausgebaut wird. Es geht um die Zusammenführung von Ressourcen bzw. die Heranführung derjenigen potentiellen Akteure an das Programm, die zwar zivilgesellschaftliches Engagement bekunden, jedoch aufgrund verschiedenster Kriterien bisher nicht einbezogen werden konnten.

Im Zentrum der Expertise stehen zum einen die Entwicklungen der Programme unter besonderer Berücksichtigung dieser ungenutzten Ressourcen, wozu die abgelehnten Interessensbekundungen von *entimom* und *VIELFALT* einer eingehenden Analyse unterzogen werden. Zum anderen geht es um veränderte Trägerstrukturen und in diesem Zusammenhang um die strukturellen und organisatorischen Besonderheiten der Vereinskultur ausländischer Minderheiten, differenziert nach Alten und Neuen Bundesländern. Abschließend wird diskutiert, wie die bisher unterrepräsentierten Förderschwerpunkte zur besseren Akzeptanz realitäts- und praxisrelevanter ausgebaut und weiterentwickelt werden sollten.

Dabei erscheint es angezeigt, nicht ungeprüft Einstellungen und Erfahrungen aus den Alten auf die Neuen Bundesländern zu übertragen und umgekehrt. Im Folgenden werden daher nicht nur die regional unterschiedlichen Entwicklungen, sondern auch die Auswirkungen der Zeitdynamik beim Zusammenwachsen der beiden deutschen Staaten den für die Beurteilung der Programmentwicklung gebührenden Raum in der Analyse finden.

2. Einführung

Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus waren in den beiden deutschen Staaten – ob sichtbar oder unsichtbar – vorfindliche Einstellungen. Auch nach der Wende sind diese Einstellungen in Gesamtdeutschland mit unterschiedlichen regionalen Ausprägungen weiterhin vorhanden und stellen ein ernst zu nehmendes Problem dar. In den einzelnen Legislaturperioden wurden von den Bundesregierungen jeweils Strategien



entworfen, wie diesen Einstellungen zu begegnen ist. Die Programme **AgAG** und **CIVITAS** – die in den Neuen Bundesländern durchgeführt wurden – sowie bundesweit die Maßnahmen gegen Rechtsextremismus und Gewalt. Die Programme **entimon** und nun **VIELFALT** sind – in ihrer inhaltlichen Kontinuität bzw. ihrer zum Teil aufeinander aufbauenden Strategie – eine der Antworten auf dieses Phänomen. Die Programme hatten und haben besonders auch die Jugend im Blick und unternehmen von der Programmstrategie her den Versuch, nicht nur Einstellungen und Verhalten in Bezug auf Demokratieakzeptanz und ethische, sich den Menschenrechten verpflichtet sehende Einstellungen möglichst flächendeckend bei dieser Altersgruppe zu festigen, sondern sie wollen gleichzeitig den genannten Tendenzen mit zivilgesellschaftlichen Strategien wirksam begegnen.

2.1 Zweck der Expertise

Im Rahmen der vorliegenden Expertise geht es – rückblickend, aber auch gegenwartsanalytisch – um mögliche Ursachen, warum sich spezifische Akteursgruppen auf Bundes- und Landesebene nur vereinzelt an den Bundesprogrammen beteiligt haben und auch zur Zeit nicht im gewünschten Ausmaß beteiligen, da von den Programmverantwortlichen bei **VIELFALT** festgestellt wurde, dass *bestimmte Trägerorganisationen der Kinder- und Jugendhilfe* und *Migrantenselbstorganisationen* entweder *aufgrund des festgelegten Bewertungs- und Auswahlverfahrens* nicht ausgewählt wurden oder aus anderen Gründen bei der Förderung *unterrepräsentiert* sind.

Des Weiteren geht es – ebenfalls rückblickend und gegenwartsanalytisch – um mögliche Ursachen, warum bestimmte Themenfelder der Schwerpunkte im Rahmen der Modellprojektförderung unterrepräsentiert sind. Und um die Hintergründe, warum die gegenwärtigen Förderschwerpunkte zu den Themenclustern

- „*Auseinandersetzung mit historischen und aktuellem Antisemitismus (1)*“
und
- „*Arbeit mit rechtsextremistisch gefährdeten Jugendlichen (2)*“ unterrepräsentiert sind, und hier insbesondere die Unter-Themen
Antisemitismus bei jugendlichen Migranten (1);
Geschlechtsspezifische Arbeit mit männlichen Jugendlichen (2)
und
der Bereich einer *qualifizierten Elternarbeit (2)*.



2.2 Reichweite der Expertise

Insgesamt geht es um die Frage, welche Voraussetzungen und Bedingungen erfüllt sein müssen, um die genannten Akteursgruppen besser erreichen zu können, und wie zukünftig aktiviert werden sollte, um eine größere Repräsentanz in Bezug auf die genannten Themen zu erlangen.

3. Gegenstand und Fragestellungen der Expertise

Die Bundesregierung (16. Legislaturperiode) sah die wirksame „*Verstetigung des Einsatzes der Jugendpolitik für Demokratie und Toleranz*“ als eine wichtige Aufgabe ihrer Legislaturperiode. Es bestand Übereinkunft, dass die vorherigen Programmperioden *CIVITAS* und *entimon* dazu beigetragen hatten, ein besseres Verständnis für die *gemeinsamen Grundwerte* zu entwickeln. Es wurde als gelungen angesehen, dass mit den Programmen für eine Achtung der Menschenwürde in Bezug auf das Verhalten gegenüber einzelnen Personen, als auch in Bezug auf Einstellungsänderungen gegenüber einzelnen Minderheitengruppierungen sensibilisiert werden konnte. Bestätigt durch die Annahme, auf diesem Weg auch die Formen des Extremismus – insbesondere des Rechtsextremismus – zurückzudrängen, wurde diese Programmausrichtung im Rahmen von *VIELFALT* weiter gefördert.

Der Programmvorläufer *AgAG* und die Programmteile, die seit Beginn im Jahr 2000 unter dem Dach des „*Bündnisses für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt*“ von den damaligen Bundesregierungen aufgelegt und seither kontinuierlich in den darauf folgenden Legislaturperioden weitergeführt und fortentwickelt wurden, sind in ihrer Zielgerichtetheit – zeitgemäße Präventions- und Bekämpfungsstrategien zu entwickeln – gleich. Daher wird über sie nicht – wie bei den Evaluationen notwendig – einzeln reflektiert, sondern sie werden gemeinsam im Entwicklungsverlauf betrachtet, obwohl der oder die Vorläufer und jedes Teilprogramm für sich einen eigenständigen und konzeptionell schlüssigen Ansatz darstellen.¹

¹ Als ein weiteres Teilprogramm ist auch noch *Xenos* hinzuzuzählen, das eine Verbindung von arbeitsmarktbezogenen Maßnahmen und Aktivitäten zur Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz herstellen wollte, hier jedoch nicht Gegenstand der Expertise ist, da der Programmteil in der Verantwortung des BMAS liegt.



Wirkforschung in Bezug auf die seit den 90er Jahren begonnenen Strategien gegen extremistische Einstellungen und feindliches Verhalten Anderen gegenüber konnte sich im Verlaufzeitraum nicht etablieren. Hier besteht Konsens, dass die Kausalwirkungen solcher Programme nicht messbar sind.² Es gibt aber seit *AgAG* eine kontinuierliche Dokumentation der Prozesse und beginnend mit den Programmen *CIVITAS* und *entimon* eine gut durchdachte Begleitung und eine mittlerweile verfeinerte ausführliche Dokumentation und Evaluation des Verlaufsprozesses.

Auf Grundlage dieser Materialbasis sollen aus rekonstruktiver Perspektive Deutungen in Bezug auf die Entwicklungen vorgenommen und entsprechende Empfehlungen für das seit 2007 neu aufgelegte bundesweite Programm *Vielfalt* gegeben werden. Durch das Nachzeichnen von Themensträngen und das Analysieren möglicher Schwachstellen lassen sich Anhaltspunkte auf die gegenwärtigen Fragen zu den Akteursgruppen und zu unterrepräsentierten Themenstellungen finden. In der Rekonstruktion schärft sich auch der Blick hinsichtlich der Programmlogik und eventuell angezeigter Anpassungsmaßnahmen.

Durch die Nachzeichnung von Programm-Entwicklung und -Umsetzung auf der Folie der parallel verlaufenden gesellschaftlichen Entwicklungen wie das Zuwanderungsgesetz im Jahr 2005, die Anschläge am 11. September 2001 usw. wird nachvollzogen, ob die phasenweise vollzogenen Paradigmenwechsel in Bezug auf Strategien und Zielgruppenausrichtungen eine logische Folge auf die jeweils vorfindlichen gesellschaftlichen Bedingungen gewesen sind, oder ob sie lediglich als „*Konjunkturwechsel staatlich patentierter Schlüsselkonzepte*“³ zu sehen sind – wie Kritiker der Programme diesen zum Teil eingeschätzt haben.

Bezogen auf das *VIELFALT*-Programm wird zudem herausgearbeitet, welche Voraussetzungen und Bedingungen erfüllt sein müssen, um die kleinen Träger, vor allem aber die Migrantenselbstorganisationen zu aktivieren, nicht nur allgemein auf die Thematik „*Für Toleranz und Demokratie – gegen Fremdenfeindlichkeit.*“ Es geht weiter um die Darstellung der Zusammenhänge zwischen *Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus* rechter Gruppierungen, um entsprechende Gegenstrategien zu entwickeln und herauszufinden, wo *Antisemitismus* aber auch *Gewaltvorstellungen* bis hin zu *extremistischem Denken* auch jeweils in den eigenen Reihen vorfindbar sind. Nur so können das Bündnis gegen

² S. hierzu Lynen von Berg u.a. 2007:345-347, sowie Palloks 2007.

³ Lynen von Berg u.a. 2007:334.



jegliche Form von Gewalt und Ausgrenzung verbreitert und Konzepte zur Einbeziehung aller Jugendlicher, unabhängig von ihrer jeweiligen Herkunft für *Vielfalt, Toleranz und Demokratie* entworfen werden.

Dass hier Handlungsbedarf besteht, ist nicht nur beim Blick auf die rechtsextremistische Szene sicherlich unbestritten.⁴ Bedenklich stimmen aber auch die Einstellungsuntersuchungen zum rechtsextremen Denken in der Bevölkerung, worin die Autoren Oliver Decker und Elmar Brähler zu dem Ergebnis kommen, dass rechtsextreme Einstellungen keinesfalls als ein Randphänomen zu sehen sind, wie es etwa in der Reduktion des Blickes auf in die Gesellschaft hinein aktiv agierende Gruppen und Grüppchen im öffentlichen Diskurs erscheinen mag, sondern dass rechtsextremistische Einstellungen zu einem erheblichen Maß bis weit in der Mitte der Gesellschaft offen und verdeckt zu finden sind.

Bedenklich stimmt aber auch die deutlich wahrnehmbare Sorge von Migrantenverbänden, die auf eine anti-islamische Stimmung im Land verweisen und von zunehmenden Tätlichkeiten gegen bekennende Muslimas und Muslime berichten. In der erneuten Auseinandersetzung mit dem politischen Islamismus seit dem 11. September 2001 ist in Deutschland eine Zunahme des Anti-Islamismus zu vermerken, der von einigen Organisationen und Zusammenschlüssen bereits als ein anti-muslimischer Rassismus eingeschätzt und benannt wird.⁵

Auf der Folie dieser gesellschaftlichen Entwicklungen sind die gegenwärtigen Programmstrategien von *VIELFALT* zu gewichten. Hierzu kann eine rekonstruktive Sichtweise im Blick auf die Programme in der Verschränkung mit gegenwartsanalytischen Beobachtungen dienliche Anregungen geben, wobei jedoch immer im Bewusstsein bleiben muss, dass ein beim Bund angesiedeltes Programm nur zeitlich begrenzt intervenieren und nur modellhaft zu entwickelnde Konzeptionen und methodische Ansätze fördern kann.

⁴ Der Verfassungsschutz spricht für das Jahr 2008 von ca. 30.000 Personen, von denen ein „*erheblicher Teil als gewaltbereit eingestuft*“ wird. Über 20.000 Straftaten wurden polizeilich gemeldet, und für das Jahr 2009 zeichnet sich nach BKA Präsident Jörg Ziercke eine ähnlich hohe Tendenz ab. Es besteht ein bundesweit durchgängig hoher und stabiler Anteil von rechten Gewaltdelikten mit kontinuierlicher Steigerung. Zwischen 2002 und 2008 waren es im Durchschnitt etwa 6 %. Im vergangenen Jahr wurden im Schnitt 2-3 rechte Gewalttaten pro Tag registriert. Im laufenden Jahr 2009 sieht es bedenklich aus. Körperverletzungsdelikte dominieren seit Jahren. Agiert wird überwiegend im öffentlichen Raum. Und seit der Wiedervereinigung sind insgesamt 47 Todesopfer „*rechter Gewalt*“ zu beklagen. BKA Präsident Jörg Ziercke in Pressemeldungen vom 17. Dezember 2009.

⁵ Vgl. hierzu Biertümpel 2008 und Micksch 2009.



4. Darstellung des Untersuchungsdesigns

Als wissenschaftlicher Leitstandard zur Erstellung der Expertise diente die rekonstruktive Sozialforschung. Vor diesem Hintergrund und unter Einbeziehung hermeneutischer Verfahren sowie diesem Paradigma verpflichtende Expertinnen- und Expertengespräche wurde ein mehrperspektivisches Untersuchungsdesign gewählt. Dabei ging es vor allem darum, in einer Gegenüberstellung unterschiedlicher Perspektiven⁶ die komplexen Programmrealitäten zu erschließen und so einer Analyse zugänglich zu machen. Dieser Ansatz ist offen angelegt um die Gegebenheiten im Zeitverlauf angemessen in den Blick zu bekommen, denn das Spektrum an Dokumentations- und Evaluationsstudien mit jeweils verschiedenen Untersuchungsansätzen⁷ ergibt keine kohärente Zugangsweise zum Untersuchungsgegenstand.

Bei der **Dokumentenanalyse** wurde so weit wie möglich auf eine Vorab-Festlegung und Einschränkung untersuchungsrelevanter Zusammenhänge verzichtet. Es konnten so die als wichtig erachteten Dimensionen aus den Materialien und Daten „selbst hervortreten“.⁸ Es war dabei zu beachten, dass keine ‚reinen‘ Daten vorlagen, sondern in diese immer auch spezifische Erwartungen und ein bestimmtes Hintergrundwissen eingeflossen sind, welches zu ergründen, mit zu berücksichtigen und zu beschreiben war.⁹ Die Dokumentenanalyse der Evaluationen gibt somit zwar einen Einblick in die Rahmenbedingungen und Entwicklungen der Programme, jedoch immer mit dem Blick *aus der Perspektive der jeweiligen Experten*.¹⁰

In der Retroperspektive konnten so die Bewertungen der Prozesse in Bezug auf die einzelnen Programmphasen nachvollzogen werden. Hierzu wurden die Dokumente nach dem folgenden Analyseraster ausgewertet

- *Welche Einsichten geben uns die Texte im Hinblick auf unsere Fragestellung?*
- *Was hat sich über einen bestimmten Zeitraum hinweg verändert und warum?*
- *Welche ersten Konsequenzen lassen sich aus der Analyse ziehen?*

⁶ Datenanalysen, Evaluatorenwissen, Expertise von Programmbeteiligten, Expertise von Nicht-Akteuren; Expertise aus dem Bereich möglicher Akteure unterschiedlicher zivilgesellschaftlicher Gruppierungen und kulturell differierender Hintergründe

⁷ So wurden die Erfahrungen von AgAG in einer Verlaufsdocumentation festgehalten.

⁸ Glaser, B. & Strauss A. 1998:83.

⁹ Geertz 2003.

¹⁰ Mayring 2003; Meuser, M./Nagel, U. 2002



Dabei wurden zentrale Aussagen in Bezug auf die zu bearbeitenden Fragestellungen herausgefiltert. Zu berücksichtigen war, dass die Dokumentations- und Evaluationskonzepte zu Beginn der Programme erst entwickelt wurden und mit der gegenwärtigen Dokumentations- und Evaluationspraxis nicht vergleichbar sind.

Bei der **Datenanalyse** war nicht nur die Fülle des vorgefundenen empirischen Materials empfohlener *und* abgelehnter Programmangebote ein Problem. Es lagen zum Teil auch differierenden Zahlenangaben vor, so dass wir uns bei unseren Analysen beim *AgAG* Programm auf die vorliegenden Berichte, bei *CIVITAS* auf die erhaltenen Angaben der Zentralstelle „kompetent für Demokratie“ und bei *entimon* und *VIELFALT* auf die erhaltenen Datenbanken der Regiestelle *VIELFALT* beziehen,¹¹ ohne die länderübergreifenden *überregionalen* Projekte jeweils mit einzubeziehen. Hinzu kommen für *entimon* und *VIELFALT* die abgelehnten Anträge, die uns zum großen Teil zugänglich gemacht und von uns ausgewertet wurden.

Auch konnte der Blick nicht allein auf die Projektarbeit beschränkt bleiben, sondern wurde auch auf die Strukturnetzwerke und Lokalen Aktionspläne geworfen, z.B. um zu sehen, in welcher Region und an welchem Ort sich welche Gruppierungen als „*relevante Akteure*“ zur Umsetzung zivilgesellschaftlichen Engagements zusammengefunden haben.

Aufgrund der geschilderten Materiallage und wegen des uns vorgegebenen Zeitrahmens musste der Überblick über den Verlauf und die Entwicklung der Programme mit Siebenmeilenstiefeln verschafft werden. Dabei konnten zu einem großen Teil die Beschreibungen der Projekte und deren Bewertungen genutzt und so Entwicklungen identifiziert und auf der Folie gesellschaftlicher Veränderungsprozesse durch die Zeit in ihrer Verortung in den Neuen oder Alten Bundesländern verstanden werden. Im Rahmen der Datenanalyse folgten hierzu die Sichtung und Auswertung aller vorliegenden Bewertungen der Interessensbekundungen zu *VIELFALT*, um daraus zu weiteren Erkenntnissen in Bezug auf die Hemmfaktoren möglicher Beantragungen zu gelangen.

Die gewählte Form der Dokumentenanalyse in Verbindung mit der Datenanalyse von *VIELFALT* hatte die Funktion, aus dem zur Verfügung stehenden Material Informationen herauszufiltern, die eine Grundlage für den jeweiligen Gesprächsleitfaden

¹¹ ohne die länderübergreifenden *überregionalen* Projekte jeweils mit einzubeziehen.



- mit Trägern und potentiellen Trägern von Maßnahmen sowie mit Migranten-selbstorganisationen

und für

- Nachfragen bei Experten und Expertinnen anderer Fördergruppierungen und Stiftungen

abgegeben haben. Denn in einem weiteren Schritt wurden mittels **qualitativer Expertengespräche** thematische und trägerspezifische Informationen darüber eingeholt, was die befragten Personen in Bezug auf das Thema einer *Nichtbeteiligung am Programm* sowie in Bezug auf die Relevanz der *unterrepräsentierten Themen* als wesentlich erachten. Mit Vertretern und Vertreterinnen ausgewählter Projekte wurden Gruppengespräche und zu Vertiefungen zusätzliche Einzelgespräche durchgeführt. Dabei konnten sowohl das Wissen, die Einstellungen und Erfahrungen sowohl der am Programm beteiligten Akteuren als auch dasjenige von unbeteiligten Migranten-Verbänden, Vereinen und Initiativen einbezogen und mit dem Wissen anderer fördernder Institutionen und Stiftungen abgeglichen werden.

Ziel war hier nicht die Prüfung vorgefaßter Annahmen auf der Basis ‚reiner‘ Daten, sondern eher der Versuch eines theoretischen Verständnisses zur Verlaufsentwicklung der Programme aus dem Blick der Außenperspektive, um Ursachen einer Nichtbeteiligung bzw. eines möglichen Desinteresses an spezifischen Thematisierungen ausdeuten zu können. Unsere im Rahmen der Expertise gewonnenen Erkenntnisse sind somit insgesamt *Konstruktionen* aus einer spezifisch wissenschaftlichen Perspektive, die die zu untersuchenden Phänomene dem Verständnis zugänglicher machen wollen. D.h. es hatte gegenwärtig zu bleiben, dass es primär um die Weiterentwicklung von innovativen, modellhaften und nachhaltig wirkfähigen Strategien und Methoden zur Prävention gegenüber rechtsextremistischen, antisemitischen und fremdenfeindlichen Einstellungen im Rahmen einer *zeitlich begrenzten Projektarbeit* ging, für deren weitere Umsetzung und Nachhaltigkeit die verschiedenen gesellschaftlichen Akteure in den einzelnen Ländern dann selbst die Verantwortung zu tragen haben. Die qualitativen Expertengespräche haben den für uns bedeutsamen Kontext dann weiter erschlossen. Uns interessierte hier die Expertise von Personen, die in irgendeiner Weise Verantwortung getragen haben oder gegenwärtig noch tragen, für einen Entwurf/ein Konzept und seine Implementierung und in diesem Zusammenhang über einen für uns privilegierten Zugang zu Informationen verfügen oder Entscheidungsprozesse mit beeinflusst haben.



In den Evaluationen zu den Programmverläufen wurde immer wieder auf die Bedeutung von Standort- und Bedarfsanalysen hingewiesen, um sich zu vergewissern, wo und mit welcher inhaltlichen Ausrichtung das Programmthema jeweils sinnvoll platziert sein kann, da Programmetablierungen von methodisch auch noch so gut durchdachten Modellprojekten zu gesellschaftspolitischen Themen zum Scheitern verurteilt sind, wenn diese nicht auf die Region bezogen und nicht milieu- und kulturspezifisch eingebettet werden, um Erprobungen durchführen zu können und Entwicklungen erfahrbar werden zu lassen. Dabei wurde insbesondere auf die regionalen Unterschiede entlang der Nord-Süd- bzw. einer Ost-West-Achse verwiesen.¹² Diese Unterschiede existieren nicht nur in Bezug auf wirtschaftliche und demografische Faktoren. Auch die Zuzüge von Migrantinnen und Migranten haben sich im Verlauf der Zeit in die einzelnen Bundesländer verschieden gestaltet und sind nationalitätenspezifisch sehr unterschiedlich. Um dies angemessen berücksichtigen zu können, wurde der Blick auf drei Regionen des Landes gerichtet. Für den Nord-Osten des Landes haben wir Informationen und Expertinnen- und Expertenwissen aus den Bundesländern **Mecklenburg-Vorpommern**, **Berlin**, **Brandenburg** und **Sachsen-Anhalt** zusammengeführt; bei den westlichen Bundesländern haben wir uns auf **Bremen**, **Niedersachsen** und **Nordrhein-Westfalen** beschränkt, und für den südlicheren bis südlichen Teil des Landes wurden Akteure aus den Bundesländern **Hessen**, **Thüringen**, **Rheinland-Pfalz**, **Baden-Württemberg** und **Bayern** befragt.¹³

Es ging um das Verständnis, warum Träger, bzw. Migrantenselbstorganisationen in einer bestimmten Weise handeln bzw. nicht handeln. Im Rahmen der qualitativen Analyse musste die gesellschaftliche Verankerung der jeweiligen Praxis – d.h. die der potentiellen Träger und Migrantenselbstorganisationen in Bezug auf deren Einbettung in gesellschaftspolitische Prozesse und die von diesen vorfindlichen Informationssysteme – herausgefunden und analysiert werden, um so eine Nichtteilnahme überhaupt erst fokussieren zu können. Da soziale Phänomene einer permanenten Veränderung unterliegen, in der sich die Reproduktionsstrategien von Kollektiven und die Lebensbedingungen der Mitglieder einer Gesellschaft verändern, war es wichtig, nicht aus dem Auge zu verlieren,

¹² So liegt Südwestdeutschland deutlich unter der Arbeitslosenquote im nördlichen Westdeutschland. Im Osten Deutschlands ist diese Nord-Süd Differenz ebenfalls festzustellen, sie fällt hier jedoch geringer aus als im Westen, wobei sie als Quote jedoch insgesamt höher liegt. Traditionell landwirtschaftlich geprägt Regionen wie Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern weisen eine geringere Bevölkerungsdichte auf, als z.B. Sachsen-Anhalt aufgrund seines ehemaligen Industriestandortes. Aber auch diese liegt noch unterhalb von der in Thüringen und Sachsen. ISS 2008:103

¹³ Hier befinden wir uns in der regionalen Auswahl und der Gewichtung in Übereinstimmung mit den Evaluatoren der Lokalen Aktionspläne von Vielfalt, die ebenfalls davon ausgehen, dass die sozialstrukturellen Faktoren einen wesentlichen Einfluss haben und somit auch in der inhaltlichen Gewichtung der Beantragungen wiederzufinden sein müsste. ISS und Camino 2008:103.



dass sich die Untersuchung weit über ein Jahrzehnt – zumal mit außerordentlichen gesellschaftspolitischen Bedingungen eines Zusammenwachsens zweier Deutscher Staaten unterschiedlicher Systeme – erstreckt, und insofern die *Entwicklungsdynamik im Zeitverlauf* zu beachten ist.

Ähnlich gestaltet es sich bei der Reflexion um weitere potentielle **Akteursgruppen** aus dem Bereich der Vereine und Initiativen, besonders auch von Gruppen mit Migrationshintergrund, aber auch der kleineren, um unterschiedlichste Themenbereiche zivilgesellschaftlichen Engagements gruppierte Initiativen. Es geht um deren jeweilige Standpunkte und die Veränderungen derselben in Raum und Zeit. Was sind für sie die drängenden Fragen? Wer von ihnen greift Programmenthemen in welchem Zusammenhang auf, bzw. warum werden diese – trotz öffentlichem Angebot zur Unterstützung und Anschub- bzw. Teil-Finanzierung – von bestimmten Gruppierungen nicht als eigenes Thema angenommen? Werden sie nicht als drängende Fragen und anzugehende Probleme gesehen? Oder welche anderen Hintergründe sind hier aufzufinden und aufzuzeigen mit dem Ziel, perspektivisch einen größeren, differenzierteren Kreis von Akteuren zu spezifischem zivilgesellschaftlichen Engagement ermutigen zu können. Wie stehen Migrantengruppierungen und -selbstorganisationen zu den Themen der Förderschwerpunkte, zum vorfindlichen Rechtsextremismus, zu Antisemitismus und den Feindlichkeiten gegenüber Fremden? Gibt es eine gemeinsame, länderübergreifende, gar erdteilüberreifende (Teil-)Geschichte des Antisemitismus? Oder welches Verständnis von Rassismus existiert z.B. in Vietnam? Gibt es dort eine Vorstellung von Antisemitismus? D.h. es gilt herauszufinden, was in der deutschen Gesellschaft über das kulturelle Hintergrundwissen anderer Länder gewusst werden muss, damit Rassismus oder Antisemitismus in ihrer jeweiligen deutschen Spezifik für aus diesen Ländern eingewanderte Gruppierungen überhaupt interessiert ist und von diesen aufgegriffen werden kann und perspektivisch dann zu einem gemeinsamen Thema wird.



5. Ergebnisse

5.1 Zusammenfassung der Untersuchungsergebnisse

Auf der Grundlage unserer Untersuchung zeigt sich eine erstaunliche und beeindruckende Entwicklung der Programme vor Ort, bezogen auf in ihre Umsetzung auf struktureller und fachlich-inhaltlicher Ebene. Allerdings sind mehr Quervernetzungen auf fachlicher Ebene angesagt.

Die geringe Resonanz zu einigen Unterthemen der Themencluster verwundert nicht, denn auch in den Fachdebatten beginnt sich das Bewusstsein der Bedeutung dieser Themen erst zu schärfen. Es besteht zwar Übereinstimmung, dass diese Unterthemen wichtig, ja gar eine Herausforderung sind, die Debatten verlaufen aber zum Teil kontrovers und Konzepte zu einer Umsetzung sind nur spärlich zu finden. Diejenigen zivilgesellschaftlichen Akteure, die sich dieser Herausforderung stellen wollen, können kaum auf Best-Practice-Beispiele zurückgreifen, um sich an diesen abzuarbeiten und eigene konzeptionelle Gedanken zu entwickeln.

Besorgniserregend ist die schnelle Reaktionsfähigkeit der rechten Szene, gesellschaftlich kontroverse Themen aufzugreifen, um sie für die eigenen ideologischen Zwecke zu instrumentalisieren, wie dies gegenwärtig als ein offensiver Anti-Islamismus bis hin zu einem anti-muslimischen Rassismus geschieht. Auf dieser Folie erscheint es notwendig, die Auseinandersetzung um interethnischen Konflikten im Rahmen eines interreligiösen Fachdiskurses verstärkt aufzugreifen, um die Akteure vor Ort in dieser zweifelsohne anstehenden Auseinandersetzung zu stärken. Hier ist es wichtig, dass fachwissenschaftliche Debatten initiiert und sich mit den Debatten zu einer Umsetzung in zivilgesellschaftliches Engagement verzahnen. Dies kann nur gemeinsam mit den muslimischen Gemeinschaften geschehen. Der Aufbau kommunaler Islamforen vor Ort ist hier ein Schritt in die richtige Richtung, da hier die Selbstorganisationen der Betroffenen einbezogen werden.

Die geringen partizipatorischen Ansätze und der Nichteinbezug von Migrantenorganisationen in die Planungen interkultureller Aktivitäten bei *VIELFALT* verwundern nicht. Seitens der politischen Akteure ist zwar bundesweit ein Integrations-Strukturkonzept entwickelt worden, doch dieses wird gegenwärtig erst umgesetzt, so dass dieser Prozess noch in den Anfängen steckt. Hier müssen neue Entwicklung auch im Rahmen von *VIELFALT* gezielt und steuernd angegangen werden.



5.2 Ausführliche Darstellung

Die Rahmung für die Expertise umfasst einen Zeitraum von über 15 Jahren mit verschiedenen Programmphasen und bundespolitisch bedingte Paradigmenwechseln in ihrer Umsetzungsform. Das inhaltliche Ziel ist jedoch gleich geblieben, nämlich menschenverachtenden Tendenzen und Handlungen so zu begegnen, dass Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus „*langfristig wirksam bekämpft werden*“ können. Im Rahmen des europäischen Aktionsprogramms – in das sich die Projekte eingliedern – wurde hierzu eine einheitliche Zielrichtung vorgegeben. Die politischen Akteure hatten und haben in den jeweiligen Regierungsperioden jedoch Einflussmöglichkeiten auf die Umsetzungsstrategien, die sie je nach eigener Ausrichtung jeweils prioritär verfolgen möchten. Blickt man auf den gesamten Zeitabschnitt und fügt die Programme in ihren Teilen zueinander, so bestätigen sich die Aussagen, dass hier ein „*ambitioniertes Großexperiment zur Förderung der Zivilgesellschaft*“ auf den Weg gebracht worden ist, ein „*Großversuch des aktivierenden und ermöglichenden Staates*“¹⁴ nicht nur in Bezug auf CIVITAS und die Neulegung von Strukturen in den Neuen Bundesländer, sondern bundesweit.

Im Folgenden wird diese Entwicklung auf Basis der zur Verfügung stehenden Berichte noch einmal in groben Zügen nachvollzogen. Die Darstellung deckt damit jedoch keinesfalls die reale Reichweite der aufgeführten Maßnahmen ab. Eigentlich müsste jedes bewilligte Projekt noch einmal mit einer geschätzten Anzahl der erreichten Zielgruppe ergänzt werden, um wenigstens eine grobe Vorstellung über das Ausmaß und den Wirkkreis der Bundesprogramme zu erhalten. Das ist angesichts der Dimension der geförderten Projekte ein unmögliches Unterfangen, sollte aber beim Lesen als eine abstrakte Größe mitgedacht werden, wenn es um eine Einschätzung der realen Beteiligung an diesem Großprojekt gegen Extremismus und Gewalt und um eine Bewertung der Programme geht.

¹⁴ Friedrich Ebert Stiftung 2003.



Darüber hinaus bildet sich die Umsetzung der Programme heute in ganz anderer Art und ganz neuer Breite ab, als noch vor einem Jahrzehnt. Über die heutigen Kommunikationsmittel und den allerorts genutzten virtuellen Raum, kann inzwischen mehr über die Umsetzung der Programme in Erfahrung gebracht werden, als allein aus den publizierten Berichten und Evaluationen:

- Es gibt Internetseiten zu den Programmen.
- Es gibt Internetseiten zu den Projekten.
- Es gibt Datenbanken zu den unterschiedlichsten Themenbereichen im Netz.
- Es lassen sich unzählige Stellungnahmen und Analysen im Netz finden, die die Breite der Auseinandersetzung um die Programme dokumentieren.
- Verlinkungen führen von einem virtuellen Ort zum anderen.

Beim Streifzug durch das Internet ist es beeindruckend, wo überall auf *VIELFALT* und seine Vorgängerprogramme verwiesen ist und so ersichtlich wird, wie breit sich die Netzwerke bereits herausgebildet und ausdifferenziert haben, so dass man durch ihre Verlinkungen von einem virtuellen Ort zum anderen geführt wird. Diese „Breitenwirkung“ der Programme ist bisher kaum gewürdigt und auch mit herkömmlichen Mitteln gar nicht mehr zu erfassen, denn deren Eigendynamik ist nicht mehr abbildbar. Es kann festgestellt werden, dass u.a. hierin einer der größten Erfolge des Programms nachweisbar ist,¹⁵ denn so wird *VIELFALT* von der jungen Generation auch bemerkt, zumal die virtuelle Welt schon längst zum Teil ihrer realen Welt geworden ist.

Auch geben die Analysen aus Abschluss-Berichten und Evaluationen nur einen kleinen überblickhaften Ausschnitt der Wirklichkeit wieder, wenn man mit bedenkt, welches Engagement mit jeder bewilligten Maßnahme verbunden ist. Hinter jeder nicht geförderten Interessenbekundung steckt die Bereitschaft zu zivilgesellschaftlichem Engagement, das bisher kaum gewürdigt und zur Geltung gekommen ist und zum Teil wieder zu verschwinden droht, weil es innerhalb der sich entwickelnden Netzwerkstrukturen einfach keine Berücksichtigung findet, wenn keine Verankerung erfolgt. Die Gruppe der ‘Abgelehnten’ darf aber nicht unbeachtet bleiben, wenn es um die Verbreiterung der Basis für zivilgesellschaftliches Engagement gegen Extremismus geht. Daher wurde der Blick im Verlauf der Expertise nicht nur auf die an den Programmen Beteiligten gerichtet, sondern gezielt auch auf die Interessenbekundungen, die aus den unterschiedlichsten Gründen nicht in den Förderbereich aufgenommen werden konnten.

¹⁵ Hier greifen viele Kritiken zu Netzwerkbildungen wie z.B. Radtke & Stošić 2008 zu kurz, da sie sich lediglich auf Netzwerkbildungen im Sozialraum als realem Ort beziehen und die Sozialräume der virtuellen Welt dabei völlig außer Acht lassen.



5.2.1 Die Programme

AgAG – Ein Förderprogramm in den neuen Bundesländern

Das Programm *AgAG – Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt* – wurde für die Jahre **1992 bis 1996** aufgelegt. Es war auf die Neuen Bundesländer beschränkt und fand im Kontext der Wende und der deutschen Vereinigung statt. Die zu dieser Zeit vorfindlichen Phänomene von jugendlicher Gewalt und rechtsextremistischen Einstellungen sind im Zusammenhang zu sehen mit den weitreichenden und komplizierten Transformationsprozessen des gesellschaftlichen Wandels beim Übergang vom Zentralverwaltungsstaat zum neuen Erlebnis freiheitlicher Demokratie, das den Jugendlichen zunächst keine Ersatzangebote für die entfallenen Angebote des DDR-Staats zur Verfügung stellte.

Inhaltliche Ausrichtung und spezifische Zielsetzung

Mit *AgAG* wurde den Neuen Bundesländern und Berlin ein „organisatorischer Rahmen, fachliche Unterstützung und finanzielle Mittel“ bereitgestellt, „um die schwierigen Bedingungen der Umbruchszeit in diesem spezifischen Aufgabenfeld überbrücken zu helfen.“ (Hervorh. Verf.)¹⁶ **Ziel** war es zum einen, Strukturen der Jugendarbeit in den neuen Bundesländern aufzubauen, und zum anderen im Rahmen dieser Aufbauarbeit dafür zu sorgen, dass mit „*Mitteln der Jugendarbeit*“ gewaltbereite Jugendliche erreicht würden, um so zu einer Reduzierung von Gewaltverhalten beizutragen. Jugend wurde als eine „*Übergangs- und Experimentierphase*“ gesehen und beschrieben, und „*Normabweichung bis hin zu kriminellm Verhalten*“ sollte „als *Spezifikum dieser Lebensphase*“ verstanden sein.¹⁷

In den **Leitlinien** hieß es entsprechend, dass pädagogische Angebote „sowohl *Grenzen setzen, als auch Rückwege in die Gesellschaft eröffnen*“ und die Arbeit in den Projekten „*lebenswelt- und lebenslagenorientiert und zielgruppenadäquat*“ sein sollten, um „den *Individualisierungs- und Pluralisierungsschüben, denen die Jugendlichen in den neuen Bundesländern ausgesetzt waren, Rechnung*“ zu tragen.“ Es sollten nicht „*allgemeine pädagogische Handlungsvorgaben der Programmverantwortlichen in den Projektstandorten durchgesetzt [...] sondern [...] die zu entwickelnden Handlungsoptionen entsprechend den konkreten Lebensbedingungen in den sozialen Nahräumen und den jeweiligen Be-*

¹⁶ Deutscher Bundestag 12. Wahlperiode, 1993:2.

¹⁷ Bohn 1997:11ff.



darfslagen der Jugendlichen gestaltet werden.“ Dabei sollten „randständige Jugendliche [...] nicht stigmatisiert [...] bzw. [...] bereits stigmatisierte Jugendliche systematisch aus diesem Prozess“ herausgeführt werden. Zentrales Ziel war es, „Jugendliche auf der Basis auffälliger sozialer Merkmale [nicht] zusammenzufassen und zu betreuen,“ sondern in deren soziales Umfeld einzubinden, damit diese „nicht daraus ausgegrenzt werden.“¹⁸

Die **Akteure** standen in Bezug auf die Programmumsetzung vor der Situation, dass weder alte Selbstverständlichkeiten existierten, noch strukturelle Gegebenheiten vorfindlich waren, in denen die Programme eingebettet werden konnten. Die in der DDR übliche Priorisierung der Verortung des kindlichen und jugendlichen Lebensraumes überwiegend außerhalb des privaten Raumes in festen, den Lebensphasen der Aufwachsenden aufeinander folgenden, autoritär strukturierten Bezügen ohne den aktiven Einbezug der Eltern existierte nach 1989 nicht mehr. Es musste strukturell und inhaltlich ganz neu gestaltet werden, so dass die damalige Situation nicht nur als eine Aufbauphase, sondern für die Akteure selbst sicherlich auch als eine *Pionierphase* zu sehen ist.

Die **Adressaten** und **Adressatinnen** der Programme dort abzuholen, wo sie zu dieser Zeit gerade standen, war die zweite Herausforderung. Ohne das Eingebundensein in autoritär strukturierte Bezüge konnten sich die Jugendlichen den öffentlichen Raum zwar nach ihrem freien Willen neu erobern; ohne die Selbstverständlichkeiten der Vergangenheit *und* ohne etabliertes Neues, befanden sie sich nach der Wende im öffentlichen Raume jedoch wie in einer Art *Loch*. Sie waren im wahrsten Sinne des Wortes erst einmal allein gelassen, zum einen ohne eine für sie vorgegebene Perspektive und zum anderen, ohne Anleitung, eine solche zukünftig für sich selbst entwickeln zu können. Die damalige Stimmungslage ist im Rückblick auch bei den Jugendlichen mit dem Gegensatzpaar *Aufbruch* vs. *Resignation* zu beschreiben, so dass die Akteure vor einer schwierigen Aufgabe standen.¹⁹

Zielgruppe des Aktionsprogramms waren zum einen gewaltbereite auffällige Jugendliche, zum anderen sollten aber auch Jugendliche angesprochen werden, die *„nicht manifest gewalttätig sind, deren Lebensumstände jedoch eine Gefährdung vermuten lassen,“* wobei besonders auch die *„Gruppe der jüngeren Jugendlichen“* in den Blick genommen werden sollte. Wichtig ist in diesem Zusammenhang auch, dass sich das Programm nicht

¹⁸ Bohn 1997:11ff.

¹⁹ Die Bundesregierung schätzt die Einstellungen von dreiviertel der ostdeutschen Jugendlichen im Jahr 1993 – aufgrund *„übereinstimmender ... einschlägiger Untersuchungen“* – zur damaligen Zeit jedoch eher als *„optimistisch in die persönliche und berufliche Zukunft blickend“* ein. Deutscher Bundestag 12. Wahlperiode, 1993:2.



an Tätergruppen, sondern zielgruppenorientiert besonders an „*Jugendliche aus sozialen Randgruppen*“ gerichtet hat, „*die unter sozialen Benachteiligungen leiden oder mit persönlichen Problemen konfrontiert und auf solchem Hintergrund gefährdet oder auffällig geworden sind,*“ wobei ein handlungsleitender Grundsatz für die Bundesregierung gewesen ist, „*eine Stigmatisierung von randständigen Jugendlichen zu verhindern bzw. abzubauen*“.²⁰

Bei der Re-Lektüre der Evaluationsberichte kommt deutlich zum Ausdruck, dass zu dieser Zeit der **strukturelle Aufbau der Jugendhilfe** Priorität hatte und haben musste, und dass die Auswahl der inhaltlichen Thematik für die zu entwickelnden Konzeptionen aus der alltagspolitischen Situation heraus aufgrund der Zunahme von rechtsextremistischem Verhalten hierzu als richtiger und wichtiger inhaltlicher Hebel angesehen wurde. Gewalt, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus wurden zu dieser Zeit in verschiedenen Studien noch als Ausdruck einer Orientierungslosigkeit und als Verlust gültiger Normen und Strukturen eingeschätzt.²¹ Heitmeyer sprach damals von einem beschleunigten Individualisierungsprozess bzw. einem Individualisierungsaufprall, der gerade bei Jugendlichen zu Identitätsproblemen und damit zu Desintegrationsprozessen führen könne. Und das Synonym ‚Ausländer‘ diene seiner Ansicht nach in der Regel als Interpretationsfolie für Abgrenzungsprozesse.²²

Bei dem 1992 begonnenen AgAG-Programm ging es primär darum, in den Neuen Bundesländern *Jugendhilfestrukturen* orientiert am Vorbild der westlichen Bundesländer überhaupt erst einmal aufzubauen. Und es ging um die Entwicklung praktischer Handlungsansätze, um Antworten mit unmittelbarem Gebrauchswert zu dem Phänomen Gewalt zu finden. Die vorliegenden Berichte dokumentieren, dass es sich zum einen um die Begleitung eines *strukturellen Aufbaus* und zum anderen um die *inhaltliche Planung* einer Erarbeitung von Konzeptionen gehandelt hat, großteils ohne auf Vorhandenes zurückgreifen zu können. Gemäß den Ergebnissen einer Befragung der Jugendämter, der Innenministerien der Neuen Bundesländer und des gemeinsamen Landeskriminalamts wurden insgesamt 30 Programmregionen ausgewählt, die einen besonderen Handlungsbedarf in Bezug auf das Phänomen Jugend und Gewalt aufwiesen:

²⁰ Deutscher Bundestag 12. Wahlperiode, 1993:12.

²¹ Vgl. Heitmeyer 1989 sowie Böhnisch 1992.

²² Heitmeyer & Jakobi 1989.



- *Ostberlin* (4 Regionen): Hellersdorf, Marzahn, Lichtenberg, Hohenschönhausen;
- *Brandenburg* (5 Regionen): Eberswalde-Finow, Oranienburg-Velten, Cottbus, Fürstenwalde, Schwedt-Angermünde;
- *Mecklenburg-Vorpommern* (5 Regionen): Greifswald, Neubrandenburg, Neustrelitz, Rostock, Schwerin;
- *Sachsen* (8 Regionen): Dresden, Leipzig, Hoyerswerda, Görlitz, Plauen, Zwickau, Weißwasser, Zittau;
- *Sachsen-Anhalt* (3 Regionen): Magdeburg, Halberstadt, Dessau;
- *Thüringen* (5 Regionen): Eisenach, Nordhausen, Erfurt, Jena, Weimar.

Es galt vor allem, „*vor dem Hintergrund der besonderen Situation des Trägeraufbaus in den neuen Ländern durch Information, know-how-Vermittlung [...] die Kompetenzen der Trägerverantwortlichen zu stärken,*“²³ so dass die begleitende Implementierung überwiegend auch in der klassischen Projektform durchgeführt wurde:

- | | |
|------------------------------------------------|------------------|
| • Implementierungsphase | 08/1991-12/1992 |
| • Konsolidierungsphase | 01/1993-06/1994 |
| • Transferphase | 07/1994-06/1995 |
| • Ablösungs- und Perspektivenentwicklungsphase | 07/1995-12/1996. |

Diese Form der Implementierung von *AgAG* hatte zur Folge, dass sich die Struktur des Programms sowie die qualitativen Anforderungen an die Projektarbeit nicht nur auf die Inhalte der Projekte, sondern auch auf die Organisation der Träger strukturbildend ausgewirkt hat. Nach Abschluss des *AgAG* wurde im Rahmen der Evaluationen eindeutig konstatiert, dass die Entwicklung des Professionalisierungsprozesses der Träger der Jugendhilfe im Blickpunkt bleiben müsse und weiterhin Beratungs- und Unterstützungsbedarf bestünde, „*um die Kompetenz und Fachlichkeit vor Ort weiter auszubauen*“.²⁴

In der sozialpädagogischen Orientierung, der Entwicklung von konzeptionellen Grundlagen und Handlungsrichtlinien, sowie bei den methodischen Arbeitsformen sollte auf die in der BRD erprobten Formen der Jugendarbeit zurückgegriffen werden,²⁵ um diese für die Aufgabenstellung in den Neuen Bundesländern zu modifizieren und aus diesen heraus neue innovative Handlungsansätze zu entwickeln. Jedoch gab es zu diesem Zeit-

²³ Bohn 1997:111.

²⁴ Bohn 1997:111.

²⁵ Bohn, Stüwe & Weigel 1993.



punkt kaum sozialpädagogische Ansätze in Bezug auf die spezifische Zielgruppe und keine differenzierten, auf die spezielle Situation übertragbaren Konzepte einer Arbeit mit rechtsgerichteten Jugendszenen.²⁶ Der handlungsorientierte Lebensweltansatz, der sich in der Pädagogik der Sozialen Arbeit zu Beginn der 90er Jahre²⁷ nicht nur etabliert, sondern für die BRD auch als brauchbar erwiesen hatte, verwies mehr auf eine Richtung, denn auf konkrete Konzeptionen.²⁸ Erfahrungen gab es mit der Hooligan-Szene, mit Punkern auf der linken Seite und ansatzweise mit rechtsorientierten Jugendlichen²⁹, deren Ergebnisse aber nur punktuell übertragen werden konnten, da Umstände und Begleitumstände völlig verschiedene waren. Daher wurden solche Angebote der Jugendarbeit konzeptualisiert, gefördert und in die Regionen getragen, von denen mutmaßend angenommen wurde, dass sie in den Neuen Bundesländern gewaltvorbeugend bzw. gewaltmindernd wirken können, wie z.B. *„Freizeitgestaltung mit kulturellem oder erlebnispädagogischem Inhalt, Straßensozialarbeit, Gemeinwesenarbeit, Fan-Projekte, Projekte des betreuten Wohnens (sowie) andere Projekttypen.“*³⁰

Im Vordergrund stand zunächst, auf die Bedingungsfaktoren zu achten, die zu Brüchen, aber auch zur Verfestigung extremer, gewaltorientierter Strukturen führen können. Des Weiteren ging es um die Begleitung der Projektdurchführenden durch geschulte Pädagoginnen und Pädagogen. Reflexion, Supervision und Gruppengespräche standen dabei im Vordergrund der Beratung. Zu Beginn der Projekte war aufgrund der seinerzeitigen Eskalationen der direkte Bezug auf die Adressatinnen und Adressaten, mithin eine sehr konkrete Zielgruppenarbeit primär notwendig. Eine allgemeine Öffnung hin zur sich nur langsam etablierenden Jugendarbeit war erst zu einem späteren Zeitpunkt – wenn überhaupt – möglich. In vielen Regionen wurden *„Runde Tische“* veranstaltet, um die Projekte mehr in die aufzubauenden lokalen Strukturen einzubetten und eine Pluralität der Träger zu gewährleisten sowie vor allem kleinere Träger und Vereine partizipieren zu lassen. Vor diesem Hintergrund wurde erreicht, dass im Jahr 1992 zunächst 65 %³¹ der Projekte von freien und nur 35 % von öffentlichen Trägern verantwortet wurden. 1995 stieg der Anteil der Projekte unter freier Trägerschaft sogar auf 80 %.³²

²⁶ ISS-Aktuell 8/1993:19ff.

²⁷ 8. Jugendbericht und KJHG.

²⁸ Thiersch 2005.

²⁹ Vgl. Krafeld 2000 und Böhnisch 1996 und 1997.

³⁰ Deutscher Bundestag 12. Wahlperiode, 1993:2.

³¹ Alle Prozentzahlen wurden auf ganze Zahlen gerundet. (Ausnahme: Bevölkerungsanteile in Tabellen)

³² vgl. Bohn 1997:11



Zu beachten ist, dass über die Anzahl der Projekte in den Neuen Bundesländern und Ostberlin nicht immer identische Zahlen vorliegen und auch keine digitale Datenbank von Bundesprojekten vor dem Jahr 2000 existiert.

AgAG Projektträger			
Länder	Vereine / kleine Träger	Freie Träger: AWO, Sportbünde, Diakonie, DPWV, CJD, Jugendringe, Pfadfinder	Öffentliche Träger: Jugendämter
Berlin	3	1	0
Brandenburg	9	2	4
Mecklenburg-Vorpommern	28	14	22
Sachsen Anhalt	9	7	1
Sachsen	5	8	5
Thüringen	3	7	6
Zahl der AgAG Projekte n =	57	39	36
Prozentanteil % =	43	30	27

Quelle: eigene Aufstellung nach vorgefundenen Dokumenten.

Gemäß dieser Tabelle, die auf Zahlen von Bohn, Münchmeier³³ basiert, gab es im AgAG Programm 134 Projekte im Programm. (Offiziell wird allerdings von 140 Projekten und 123 dauerhaften Projekten gesprochen.) Nach dieser Datenangabe waren 73 % der Projekte in freier und nur 27 % in öffentlichern Trägerschaft. Von den in freier Trägerschaft befindlichen wurden 59 % von kleineren Trägern, also Vereinen und Initiativen durchgeführt. Das heißt insgesamt waren kleinere Träger zu 43 % beteiligt. Der hohe Anteil von kleinen und freien Trägern ist sicherlich verschiedenen Faktoren geschuldet:

- Konventionelle Regeln und Anwendung von traditionellen Instrumenten der Jugendpolitik wurden außer acht gelassen (Steuerung durch Zielvorgabe und Richtlinien, Forschungsauftragsvergabe);
- Finanzmittel wurden auf Regionen bzw. regionale Schwerpunkte verteilt;
- Runde Tische zur Information über Programm und Koordination wurden eingerichtet;
- Einfaches Antragsverfahren. Anträge wurden in der Region gesammelt und von regionalen sowie zentralen Institutionen beraten und genehmigt.
- Institute berieten bei der Antragsstellung und Durchführung des jeweiligen Projektes.

³³ Aus Bohn 1997: 206- 207.



Hier sollte nochmals hervorgehoben werden, dass zu diesem frühen Zeitpunkt der Programmabwicklung nicht nur kaum Jugendhilfestrukturen vorhanden waren, auch die Trägerstrukturen selbst befanden sich noch im Stadium der Entwicklung.

Umsetzungsstrategie und Handlungsansätze

Das AgAG-Programm richtete sich gemäss seinem politischen Auftrag sowohl gegen rechtsextreme als auch gegen linksextreme Orientierungen in den Jugendszenen. In der Praxis stellte sich jedoch heraus, dass rechtsextreme Orientierungen in den Projekten des Programms am häufigsten anzutreffen waren. In verschiedenen Studien zum Programm konnten zur damaligen Zeit jedoch noch **keine** verfestigten rechte Strukturen oder Milieus festgestellt werden. Daher wurden für Jugendliche aus der rechten Szene vorwiegend *subjektiv-sinnhafte* Angebote zur Lebensbewältigung und Milieubildung angeboten. Vor diesem Hintergrund sind die Handlungsansätze und die thematischen Orientierungen der Projekte wie folgt einzuordnen:

AgAG Handlungsansätze (Mehrfachnennungen)	
Aufsuchende Ansätze	47
Beratungsprojekte	66
Betreutes Wohnen	12
Cliquen-, Gruppenarbeit	33
Erlebnispädagogik	51
Fanarbeit	3
Freizeitpädagogik	57
Info-/Kulturarbeit	58
Jugendclubarbeit	53
Medienpädagogik	22
Soziale Trainingskurse	5
Werkstatt- und Arbeitsprojekte	24
Mädchenarbeit	7

Eigene Aufstellung

Das AgAG-Programm war also insgesamt gesehen von seiner Realisierung her nicht unbedingt thematisch stringent orientiert. Die Angebotsstruktur zeichnete sich vielmehr durch handlungsorientierte Ansätze aus, bei denen es vor allem darauf ankam, alternative Handlungsoptionen gegenüber Gewalthandeln aufzuzeigen und dabei die Kompetenzen der Jugendlichen zu erweitern.

Spezielle Projekte für Jungen wurden in den Berichten und Evaluationen zu AgAG nicht ausgewiesen. Die vom Programm erreichten Jugendlichen waren mehrheitlich Schüler und Auszubildende. Mädchen waren in den Angeboten der Projekte zu 30 % vertreten.



Ein höherer Mädchenanteil konnte bei solchen Angeboten festgestellt werden, die typische jugendkulturelle Ausdrucksformen aufgriffen und räumlich abgeschlossen angeboten wurden (Cliquen- und Gruppenarbeit, Musik- und Medienangebote, Jugendclub- und Freizeitangebote). Spezielle Mädchenangebote wurden zu Beginn des Programms mit 10 und später mit 7 angegeben. Diese Rückläufigkeit wird mit einer besonderen Zugangsproblematik in den Neuen Bundesländern begründet, die weniger von emanzipatorischen Interessen als von spezifischen Mädcheninteressen auszugehen scheint.³⁴ Hier den Blick auf **gender** und eine Sensibilisierung in Bezug auf die Geschlechtsspezifität zu legen, wäre zur damaligen Zeit eine eindeutige Überforderung für die Akteure gewesen, zumal die wirklichen Implikationen dieses Ansatzes nach Ansicht der Verfasser aufgrund der ideologischen Ausrichtung zur DDR-Zeit in Bezug auf die Gleichstellung der Geschlechter von den Adressatinnen und Adressaten zur damaligen Zeit noch als selbstverständlich vorausgesetzt worden wäre.

Aus ähnlichen Erwägungen war **Elternarbeit** zur damaligen Zeit kein Thema, das Aussicht auf Erfolg hatte, wenn man bedenkt, welche Probleme die Erwachsenengeneration zu dieser Zeit mit Vorrang zu lösen hatte, und welche Vorbehalte gegenüber öffentlichen Trägern aus der Geschichte der DDR mit den seinerzeitigen öffentlichen Trägern noch bestanden. Einerseits wurde aufgrund vorhandener Gewohnheiten Jugendbildung zwar in der Verantwortung der öffentlichen Stellen gesehen, jedoch bei gleichzeitiger Abwehr einer solchen aufgrund ideologischer Vorbehalte. Diese Widersprüche zwischen den Lebenswelten des öffentlichen und des privaten Raumes zu überwinden, wäre zur damaligen Zeit eine völlige Überforderung gewesen, angesichts der mit Vorrang zu leistenden Aufbauarbeit.

Migrantenjugendliche waren verständlicher Weise auch keine Zielgruppe des Aktionsprogramms. Das Thema Fremdenfeindlichkeit wurde allerdings in mindestens 11 Projekten intensiver behandelt. Die Thematik wurde insgesamt eher indirekt bearbeitet, denn der Ausgangspunkt war, dass ausländerfeindliche und rechtsextreme Einstellungen subjektiv bedrohliche Erfahrungsdimensionen der Jugendlichen darstellen. Deshalb wurden solche konzeptionellen Ansätze gewählt, die den Jugendlichen erweiterte Handlungskompetenzen und reflexive Fähigkeiten vermitteln sollten. Rückblickend sahen die Programmdurchführenden als größtes Manko, **Jugendliche in ländlichen Regionen** nicht

³⁴ Vgl. Bohn 2007:55-66.



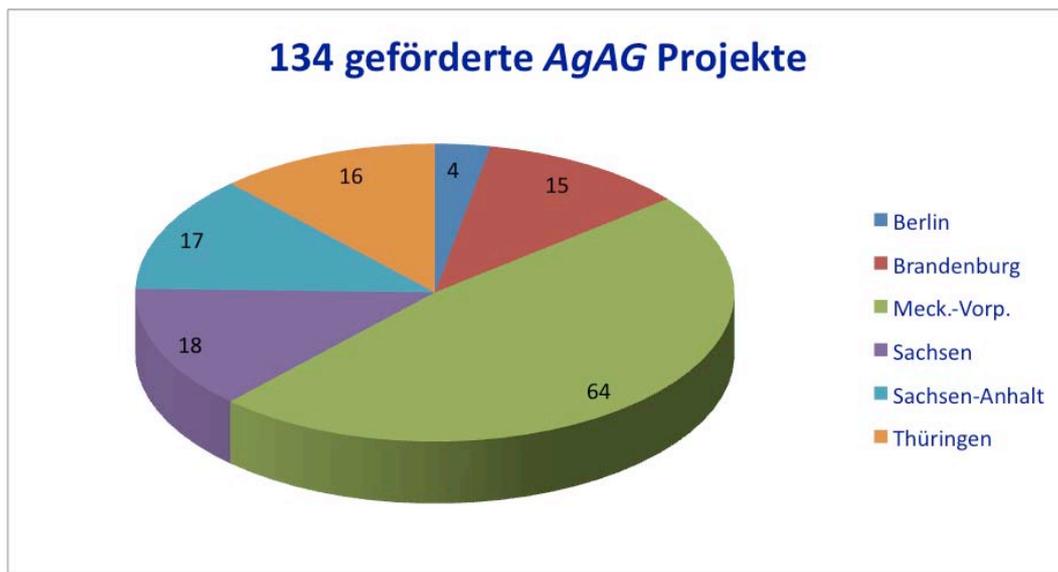
erreicht bzw. speziell angesprochen zu haben,³⁵ denn damals hatten gerade diese Regionen in Bezug auf Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus eine breitere Basis als die städtischen Umgebungen.

³⁵ Vgl. Böhnisch, Fritz, Seifert 1997:13.



Regionale Verortung

Im Programm war das Fördervolumen auf die Länder dergestalt aufgeteilt, wie sie sich auf eine festgelegte Summe für Projekte geeinigt hatten.



Der hohe Anteil geförderter Projekte in Mecklenburg-Vorpommern erklärt sich daraus, dass das Institut ‚Rauhes Haus‘ und das Kultusministerium des Landes bei der Umsetzung ein anderes Vorgehen gewählt hatten, indem von Beginn an eine Vielzahl kleiner, auch schon bestehender Projekte gefördert wurde, insbesondere von kleinen und freien Trägern, auch selbstorganisierte und selbstverwaltete Projekte mit einer ausdrücklich sozialpädagogischen Ausrichtung. Daher weist der Länder-Vergleich die ersichtliche Häufung von Projekten in Mecklenburg-Vorpommern aus.³⁶

Erste resümierende Beobachtungen zu AgAG

Im Rahmen des **AgAG**-Programms wurde eine Doppelfunktion in der Zielsetzung angestrebt: einerseits sollte eine lebenswelt- und lebenslagenorientierte Arbeit mit dem Klientel vor Ort stattfinden; zum anderen ging es um den strukturellen Aufbau der Jugendhilfe in den Neuen Bundesländern.

Im Rückblick ist zu sagen, dass zu dieser Zeit bereits öffentlich Ambivalenzen bezüglich der Vorgehensweise in der Aufbauarbeit artikuliert wurden, die bis hin zur Bezeichnung

³⁶ Bohn 1997:83ff.



von der „*Kolonialisierung des Ostens durch den Westen*“ reichten. Beispielhaft sei auf die Analysen der 1989 *in telegraph* umbenannten ehemaligen DDR-Oppositionszeitschrift *Umweltblätter* aus dem Jahr 1999 verwiesen.³⁷ Diese Sichtweise insbesondere seitens ehemaliger DDR-Wissenschaftlerinnen und -Wissenschaftler wurde zur seinerzeit jedoch kaum in breiterem Ausmaß rezipiert. Spätere Kritiken, vornehmlich aus den Alten Bundesländern haben sich mehr gegen den methodischen Ansatz einer „*akzeptierenden Arbeit*“³⁸ zur Erreichung der Zielgruppe gerichtet und den damals erprobten subjektorientierten Handlungsansatz generell abgelehnt. Eine Einschätzung, die sich bis heute hartnäckig und undifferenziert gehalten hat, was u. E. zum einen auf eine damalige ungenügende Qualifikation der Akteure zurückzuführen ist, die den Ansatz nicht adäquat umsetzen konnten, zum anderen darauf, dass die Evaluationen und Expertisen zu dem Programm mehr aus soziologischer oder politikwissenschaftlicher denn aus pädagogisch fachwissenschaftlicher Perspektive vorgenommen worden sind.³⁹ So kommt es auch zu der Annahme, es sei den Akteuren lediglich um die „*Verhinderung von physischer Gewalt*“ gegangen, „*ungeachtet ihrer politischen Motive*,“⁴⁰ [*Hervorh. Verf.*] wobei Deeskalationsstrategien sicherlich eine wichtige Rolle gespielt haben.⁴¹

Die Umsetzung bestimmter Konzeptionen wurde von den damaligen Programmverantwortlichen selbst kritisch gesehen, der Ansatz insgesamt jedoch weiterhin befürwortet. Hinzu kommt, dass durch die Beendigung kaum untersucht werden konnte, ob bei den Einstellungen der damals an den Projekten beteiligten Mädchen und Jungen bereits verfestigte „*politische Motive*“ oder ob hier nicht doch auch weiche Einstellungen vorfindbar waren. Letztere werden in der Sozialisationstheorie als eine zu akzeptierende Form des Experimentierstadiums angesehen, gegen deren möglichen Verfestigungen durch professionelle sozialpädagogische Begleitung entgegengetreten werden kann.

Heute wird selbstverständlich davon ausgegangen, dass Veränderungen sicherlich stattfinden, jedoch keinesfalls kurzfristig zu erwarten sind, dass also ein langer Atem notwendig ist, um Einstellungsänderungen überhaupt zu bewirken. Diese Chance des langen Atems war dem Ansatz der AgAG-Programme nicht gegeben. Der Abbruch des subjektorientierten Ansatzes nach nur wenigen Jahren der Durchführung, aufgrund von Befürch-

³⁷ Wie beispielsweise in den sozialpsychologischen Analysen von Andrej Holm oder Detlef Oesterreich 1999

³⁸ S. hierzu Krafeld 1996.

³⁹ Um so erstaunlicher ist es, dass diese Sichtweise über die damaligen subjektorientierte Handlungsmodelle und ihre Umbenennung nun offensichtlich auch aus pädagogischer Perspektive einfach übernommen und weitertransportiert wird. S. 1. Jahresbericht 2008 zu den Modellprojekten von Vielfalt, S. 11f.

⁴⁰ Klein 2007:26.

⁴¹ vgl. dazu Koch, Reinhard, Seite 350. In: Otto/Mertens: Rechtradikale Gewalt im vereinten Deutschland



tungen, rechtsorientierte Jugendgruppen dadurch zu stärken oder zu fördern, hatte zur Folge, dass im Anschluss in Bezug auf die Adressatinnen und Adressaten wertvolle Zeit ungenutzt verstrichen ist. Untersuchungen zur Nachhaltigkeit dieses Ansatzes konnten folglich nicht entstehen. Inwieweit sich die betroffenen Jugendlichen in dieser doch sehr sensiblen und für sie entscheidenden Lebensphase in den Programmen entwickeln konnten, wie sie den Abbruch empfunden haben und welche Konsequenzen sich daraus für sie ergeben haben, ist nach Wissen der Verfasser ebenfalls nicht untersucht worden. Auch die kontroverse Diskussion um den Ansatz wurde aufgrund des vorgenommenen Paradigmenwechsels des Folgeprogramms wenig rezipiert.⁴²

Im Rückblick wird mit der Beendigung von *AgAG* ein klarer Bruch bzw. eine folgenschwere Lücke in der Programmabfolge sichtbar. Es entstand ein zeitliches Vakuum, aber auch ein konzeptioneller Stillstand in Bezug auf einen subjektorientierten Ansatz. Bei der Durchsicht des vorhandenen Materials wird sichtbar, wie viel Wissen und Erfahrungen dadurch verloren gegangen sind, und es wird verständlich, warum die heutigen Kommentierungen zu *AgAG* lediglich die parteipolitischen Auseinandersetzungen und die nicht-fachwissenschaftlichen Debatten wiedergeben, ohne Kenntnis der damaligen und heutigen fachwissenschaftlichen Auseinandersetzung um die Möglichkeiten einer subjektorientierten Arbeit mit rechtsextremistisch gefährdeten und gewaltbereiten Jugendlichen.

⁴² S. hierzu Krafeld 2000 und Weidner & Kilb 2008.



CIVITAS – Ein Förderprogramm in den neuen Bundesländern

In den Jahren 2001 bis 2006 wurde von der rot-grünen Bundesregierung (14. Legislaturperiode) in den Neuen Bundesländern das Sonderprogramm

CIVITAS – initiativ gegen Rechtsextremismus

unter dem Dach des Aktionsprogramms „*Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus*“ aufgelegt. Parallel dazu wurde *entimon* in den Alten aber auch in den Neuen Bundesländern gestartet.

CIVITAS hatte zum Ziel, zivilgesellschaftliches Engagement in den Neuen Bundesländern zu unterstützen und demokratische Prozesse zu fördern, da zu diesem Zeitpunkt Strukturen für eine Zivilgesellschaft, aber auch staatliche Regelstrukturen im Bereich der Jugendarbeit noch nicht flächendeckend vorhanden waren. *CIVITAS* sollte sich an den Erfolg der osteuropäischen Bürgerbewegungen anlehnen und war konzeptionelles Gegenstück zu den Interventionsstrategien der Arbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen, wie sie zuvor in den Jahren 1992 - 1996 von der unionsgeführten Vorgängerregierung angelegt und im Rahmen des Aktionsprogramms *AgAG* durchgeführt worden war.⁴³

Inhaltliche Ausrichtung und spezifische Zielsetzung von CIVITAS

Mit *CIVITAS* wurde ein Paradigmenwechsel in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit vorgenommen, der eng mit den politischen Konzepten der rot-grünen Regierungskoalition zu sehen ist: Es ging darum, der Ideologie der Ungleichwertigkeit von Menschen, die sich in Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus ausdrückt, eine demokratische, gemeinwesenorientierte Kulturvorstellung entgegenzusetzen. Dabei wurde der Blick von den Akteuren rechtsextrem orientierter Handlungen als möglicher Klientel einer aufsuchenden Arbeit hin gelenkt zu den von Gewalt betroffenen Personen, den Opfern. Dabei wurden gleichzeitig die notwendigen strukturellen Bedingungen anvisiert, um Betroffene besser schützen zu können, und um perspektivisch eine demokratische politische Kultur zu etablieren. Nicht die Arbeit mit einzelnen Personen und/oder Gruppen stand jetzt im Mittelpunkt der Förderung, sondern konzeptionelle und methodische Ansätze einer gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit rechtsextremen und fremdenfeindlichen Erscheinungen.

⁴³ Im Jahre 2002 war diese Gruppe lediglich noch mit einem Anteil von 4% unter den Zielgruppen vertreten. Lynen von Berg/Palloks/Vossen 2003:32.



Umsetzungsstrategie und Handlungsansätze von CIVITAS

Strukturell ging es um die Etablierung von **Opferberatungsstellen, mobile Beratungsteams, Maßnahmen zur Stärkung und Entwicklung zivilgesellschaftlicher, demokratischer Strukturen im Gemeinwesen und Netzwerkstellen.**

Die **Opferberatungsstellen** wurden ab 2001 eingerichtet und bestanden mehrere Jahre. Sie sollten ein niedrigschwelliges Angebot für von rechtsextremistischer Gewalt betroffene Personen sein, hatten aber auch zur Aufgabe, lokale Sensibilisierungs- und Solidarisierungsprozesse als Präventionsmaßnahmen anzuregen und zu begleiten.⁴⁴ Um potentielle Opfergruppen aktiv in ihr Gemeinwesen zu integrieren, entwickelten Opferberatungsstellen gemeinsam mit den Akteuren und Akteurinnen vor Ort Anregungen für die örtliche Politik und Verwaltung.

Auch die Arbeit der **mobilen Beratungsteams** war konzeptionell auf mehrere Jahre angelegt. Ziel war der Aufbau eines kompetenten Beratungsnetzes in den neuen Bundesländern nach dem Vorbild des Brandenburger Mobilen Beratungsteams, das bereits im Jahr 1998 etabliert worden war.⁴⁵ Mit der Mobilen Beratung sollte eine „*Verknüpfung von zivilgesellschaftlicher Entwicklungskompetenz und umfassenden Kenntnissen zu Rechtsextremismus*“ gelingen. Hierbei war die Ortsbezogenheit wichtig, es ging um eine aufsuchende Arbeit, die Entscheidungsfindungsprozesse moderierte oder Planungsworkshops und **Zukunftswerkstätten** anbot. Damit sollte eine entscheidende Schnittstelle geschaffen werden, die eine Vermittlung zwischen überregionalen Angeboten und Ansätzen und den lokalen Bedürfnissen herstellte.

Im Förderbereich von **Maßnahmen zur Stärkung und Entwicklung zivilgesellschaftlicher, demokratischer Strukturen im Gemeinwesen** ging es um Austausch und Vermittlung von Erfahrungen sowie um die „*Stärkung einer demokratischen, gemeinwesenorientierten Gesamtkultur.*“⁴⁶

Ab 2002 wurden **Netzwerkstellen** eingerichtet, die mit lokalen Akteuren auf regionaler Ebene „*öffentlichkeitswirksame Verantwortungsgemeinschaften*“ entwickelten sowie „*Handlungsstrategien zur Demokratieförderung und gemeinwesenorientierten Perspektiven*“

⁴⁴ DJI 2002:4.

⁴⁵ <http://www.gemeinwesenberatung-demos.de/DasMobileBeratungsteam/tabid/964/Default.aspx>

⁴⁶ Bundesministerium Abschlussbericht 2007:42.



tiventwicklung für die Regionen konzipieren“ sollten.⁴⁷ Zusätzlich wurden ab 2002 zeitlich befristete **überregionale Modellprojekte** gefördert, die „*besonders wirksame Handlungsstrategien gegen Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern erproben*“ sollten.⁴⁸

Ziel dieser prioritären Strukturförderung war es, **modellhaft** neue Wege zu beschreiten, um rechtsextremen Tendenzen entgegenzuwirken. Die meisten Projekte wurden daher auch im Schwerpunkt zivilgesellschaftliche Strukturen gefördert (40%), im Vergleich zu den Mobilien Beratungsteams (17%), den Opferberatungs- (16%) und den Netzwerkstellen (15%) sowie zu den überregionalen Modellprojekten (15%). Dabei ging es um die Stärkung von demokratischen Prozessen sowie um die Unterstützung zivilgesellschaftlichen Engagements. Durch Mit-Hilfe sollte eine „*auf Langfristigkeit angelegte Veränderung von Strukturen und eine Steigerung von Kompetenzen in den Gemeinwesen,*“ erreicht werden, „*die zu einer sachlichen und demokratischen Auseinandersetzung mit rechtsextremen und fremdenfeindlichen Phänomenen befähigt.*“⁴⁹ Dabei sollten vorrangig lokale Initiativen initiiert, die Bildung lokaler Netzwerke unterstützt und dieselben vernetzt, sowie professionelle Beratungsstrukturen aufgebaut werden.

Um diese Strukturprojekte gruppierten sich zahlreiche vorwiegend im Jugendbereich angesiedelte Modellprojekte, die ebenfalls zum Thema hatten, sich mit Demokratie gefährdenden Phänomenen auseinanderzusetzen. In den Städten und Gemeinden sollte damit ein Klima gefördert werden, in dem die Menschen selbst Initiative ergreifen können sowie Selbstorganisations- und Partizipationsprozesse erlernen und anwenden. Dabei wurde konstatiert, dass es sich dabei „*nicht um eine selbstverständliche, quasi ‚angeborene‘ Kompetenz*“ handle, sondern „*die Anwendung demokratischer, zivilgesellschaftlicher Methoden im Alltag und in der Abstimmung mit anderen [...] erlernt und gefördert werden*“ müsse. D.h. das CIVITAS-Programm legte im Vergleich zu AgAG ein größeres Gewicht auf gemeinwesenorientierte Lernprozesse.

Mit diesem Paradigmenwechsel von einer Arbeit mit „*Problemgruppen*“ wie gewaltbereiten und rechtsextrem orientierten Jugendlichen hin zu einem Ansatz, der durch Stärkung demokratischer Potenziale in der Gesamtbevölkerung dem Rechtsextremismus begegnen will, ist die Förderpolitik vom Anspruch her als ein Großexperiment der Ermöglichung

⁴⁷ Bundesministerium Abschlussbericht 2007:42.

⁴⁸ Bundesministerium Abschlussbericht 2007:42.

⁴⁹ Lynen von Berg/Bergs/Steil 2004:1.



von Partizipation und Selbstorganisation zu sehen. Mit dem Ziel eines breit angelegten Veränderungsprozesses der politischen Kultur, der die „Mitte“ der Gesellschaft und nicht bloß den gesellschaftlichen „Rand“ einbeziehen wollte.⁵⁰ Mit dem Ansatz einer „Mobilen Beratung“ und dem lokalen Vernetzungsansatz wurden hierzu völlig neue Wege beschritten. Das Konzept der *Opferperspektive* berücksichtigt zudem eine vernachlässigte Seite der Problemwahrnehmung und der Bearbeitung von Gewalttaten und -erfahrungen im Programm. Die Offenheit der Leitziele ermöglichte insgesamt einen breiten Gestaltungsspielraum zur Erprobung von unterschiedlichen Interventionsstrategien.

Regionale Verortung von CIVITAS

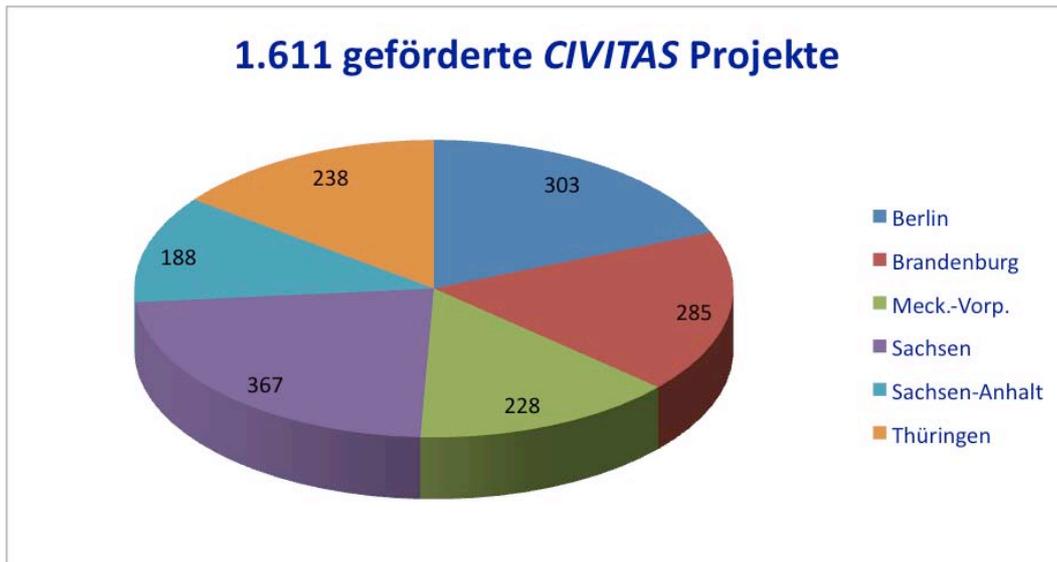
Bei dem Teilprogramm *CIVITAS* wurden im Programmzeitraum der Jahre 2001 bis 2006 mit den überregionalen Projekten aus insgesamt 2.788 Interessenbekundungen insgesamt 1.680 Vorhaben ausgewählt und gefördert. Davon wurden 1.611 von insgesamt 2.697 beantragten Länderprojekte gefördert.⁵¹

Wir beziehen uns im Folgenden auf die von der Stiftung Demokratie und Jugend erhaltende Datenbank, die bis Ende 2006 von folgenden Zahlen ausgeht:

▪ Interessenbekundungen	2.787	(incl. 90 länderübergreifende)
▪ Förderungen	1.678	(incl. 69 länderübergreifende)
▪ Ablehnungen	1.109	(incl. 21 länderübergreifende).

⁵⁰ Lynen von Berg/Palloks/Vossen 2003:442.

⁵¹ Die Zahlen beziehen sich auf den Abschlussbericht des Bundesministeriums, S.47. Die Stiftung Demokratische Jugend spricht sogar von 2.839 Projektanträgen, von denen bis Mitte 2007 insgesamt 1.727 gefördert wurden, und kommt zu einer divergierenden Aufteilung auf die Bundesländer.



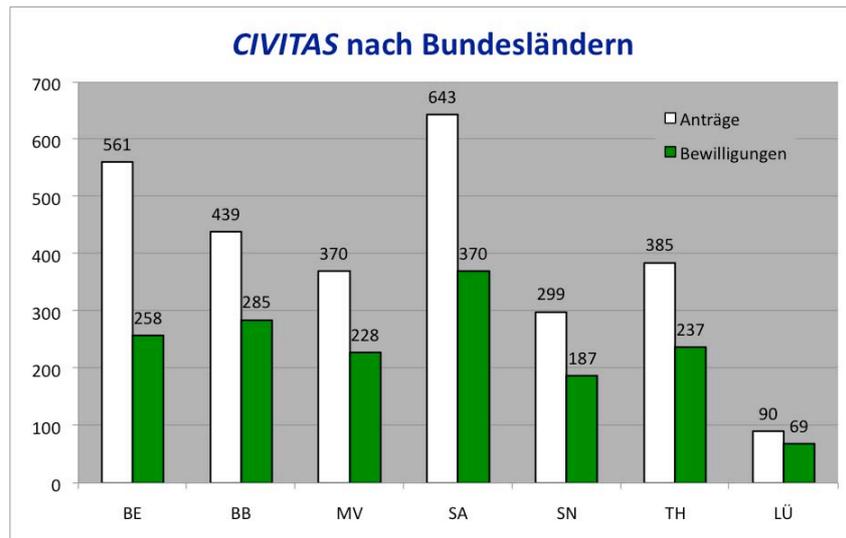
Hier wird nicht nur die im Vergleich zu AgAG verzwölfte Zahl der geförderten Projekte ersichtlich. Im Ländervergleich kommt auch die stärkere Beteiligung von Berlin und Brandenburg sowie von Sachsen in den Blick, im Vergleich zu Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen, was auf eine höhere Beteiligung aus den städtischen Umfeldern hindeutet und auf die Schwierigkeit, die bereits bei AgAG formuliert wurde, über die Programmstruktur auch in den ländlichen Regionen Fuß zu fassen.

CIVITAS in den Neuen Bundesländern ⁵²				
Bundesland	Interessenbekundungen	Förderung	Ablehnung	
			n	%
Berlin	561	303	258	46
Brandenburg	439	285	154	35
Mecklenburg-Vorpommern	370	228	142	38
Sachsen	641	367	274	43
Sachsen Anhalt	300	188	112	37
Thüringen	386	238	148	38
Insgesamt	2.697	1.609	1.088	40
Länderübergreifende Proj.	90	69	21	23
Neue Bundesländer	2.787	1.678	1.109	40

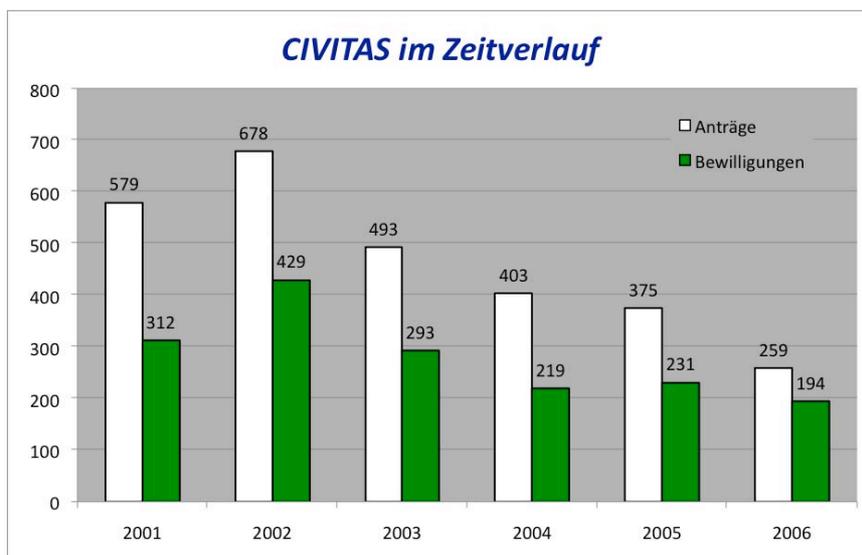
⁵² Angaben: Datenbank der Zentralstelle kompetent für Demokratie bis einschließlich 2006.



Beim Vergleich mit den eingegangenen Interessenbekundungen fällt der mit durchschnittlich 40 % sehr hohe Prozentsatz abgelehnter Anteil auf. Es geht hierbei nicht so sehr um die Zahl 40, sondern darum, dass es sich hier um potentielle Akteure mit zivilgesellschaftlichem Engagement handelt. Besteht doch die Gefahr, dass diese durch die Nichtberücksichtigung demotiviert werden können.



Inwieweit die nicht berücksichtigten Interessenten dann für die Programmideen als zivilgesellschaftliche Akteure noch weiter Verfügung standen, oder ob diese vielleicht im Rahmen der ab 2002 eingerichteten Netzwerkstellen mit ihrem Engagement einen Platz finden konnten, ist aus den vorliegenden Quellen nicht ersichtlich und leider auch nicht untersucht worden.





Erste resümierende Beobachtungen zu CIVITAS

CIVITAS verfolgte für die neuen Bundesländer in 2001 bis 2006 eine völlig andere Zielrichtung als vormals AgAG. Nicht die Akteursebene rechtsextrem orientierter Handlungen stand im Mittelpunkt, sondern von Gewalt betroffene Personen, d.h. das Thema wurde von der Opferperspektive aus angegangen, mit der Ausrichtung hin zu zivilgesellschaftlichem Engagement vor Ort. Weg von sozialpädagogischen Einzelmaßnahmen und Gruppenaktivitäten, hin zur Etablierung von nachhaltigen Strukturen und Netzwerken, um Betroffene besser schützen zu können, und um perspektivisch eine demokratische politische Kultur zu etablieren.

Bei CIVITAS sind zivilgesellschaftliche Initiativen bewusst mit professionellen Aufgaben bedacht worden, die bis in den Tätigkeitsbereich der Regelstrukturen hineinreichten und/oder sich mit diesem verzahnen sollten. D.h. das Programm trennte nicht zwischen zivilgesellschaftlichen bzw. ehrenamtlichen Initiativen auf der einen und professionellen Tätigkeiten auf der anderen Seite, sondern sah gerade in der Überwindung dieser funktionalen Arbeitsteilung und einer Betonung von zivilgesellschaftlichen Kompetenzen seine Stärke.⁵³

Auffallend ist, dass in den Beschreibungen immer wieder von einer zweifachen Strukturentwicklung die Rede ist. Einerseits wurde konstatiert, dass die Regelstrukturen noch im Aufbau begriffen waren. Zum anderen ging es um die Entwicklung zivilgesellschaftlicher Strukturen, angelehnt an die „*erfolgreichen osteuropäischen Bürgerbewegungen*“ – die ja gerade auch zum Mauerfall und zur Vereinigung der beiden deutschen Staaten beigetragen hatten – also bereits existent waren. Eine solche Existenz wird dann aber wiederum abgesprochen, wenn von „*noch zu schaffenden zivilgesellschaftlichen Strukturen*“ in den neuen Bundesländern die Rede ist. Vermutlich sind hier die Gründe zu suchen, warum von Zeit zu Zeit der Begriff der Kolonialisierung durch das Programm angedeutet wird: in der Verbindung mit einem zum Teil noch immer vorherrschenden Verständnis von Staat als einem umfassend und direktiv in die Organisation, in den Inhalt und den Ablauf im Rahmen alltagsweltlicher Strukturen eingreifenden Verantwortlichen.

⁵³ Lynen von Berg/Palloks/Steil 2007:324.



Möglicherweise handelt es sich letztlich nur um ein semantisches Problem, das den Unmut immer wieder auslöst: Zivilgesellschaftliches Engagement sollte nicht von außen „entwickelt“ werden, sondern es sollten den vorfindlichen Ideenträgern und Initiativen Strukturhilfen angeboten werden, damit sie ihr bereits vorhandenes Engagement gegen die erstarkenden rechtsextremistischen Tendenzen in den Regionen selbst zur Entfaltung bringen.

Es wäre auch interessant gewesen, wenn in den *CIVITAS*-Evaluationen etwas intensiver der Frage nachgegangen worden wäre, wie sich die zivilgesellschaftlichen und die professionellen Bearbeitungslogiken und Strukturen im Verlaufe der Programmdurchführung konkret zueinander verhalten haben, und ob diese sich überhaupt sinnvoll ergänzen konnten, bzw. welche Voraussetzungen hätten vorliegen müssen damit, eine effektivere Ergänzung hätte erreicht werden können. Denn das Faktum, dass es hier erhebliche Reibungspunkte gegeben hat und auch weiterhin gibt, ist klar ersichtlich und war auch aus allen Gesprächen mit den Akteuren immer wieder zu entnehmen.

Bereits hier fällt die immer wieder benannte, wohl im Föderalismusprinzip begründete Problematik bei Bundesprogrammen auf, einerseits innovative Anstöße geben zu wollen, damit Neues und Modellhaftes entwickelt werden kann, andererseits aber auch zu Nachhaltigkeit und Verstetigung beitragen zu wollen, trotz gleichzeitiger struktureller und zeitlicher Begrenzung der Maßnahmen.



entimon – Ein bundesweites Förderprogramm

Mit **entimon** wurde 2001 von der rot-grünen Bundesregierung (14. Legislaturperiode) ein bundesweites Teil-Programm aufgelegt, das zeitgleich zu *CIVITAS* zwar auch in die Neuen Bundesländer hineinreichte, seinen Schwerpunkt insgesamt aber auf die Alten Bundesländer legte.

Unter dem Dach

„Jugend für Demokratie und Toleranz – gegen Rechtsextremismus und Gewalt“ wurde bei *entimon* die Hauptausrichtung auf die politische Bildung gelegt, da die klassischen Formen politischer Bildungsarbeit von den jungen Menschen nicht mehr angenommen wurden und es einer Innovation bedurfte da politische Bildung konzeptionell und methodisch umdenken musste. Vor allem wurden die Bereiche einer *„jugendgerechte(n) Aufklärungs-, Bildungs-, Netzwerk- und Öffentlichkeitsarbeit“* gefördert. Es sollte eine Neuorientierung vollzogen werden in Bezug auf zeitgemäße, partizipative und realitätsbezogene didaktische und methodische Ansätze in der Bildungsarbeit, die nach Ansicht der rot-grünen Bundesregierung in den 90er Jahren als gesellschaftliche Aufgabe vernachlässigt worden war.⁵⁴

Inhaltliche Ausrichtung und spezifische Zielrichtung von entimon

Als inhaltliches Ziel wurde gemäß den Programmleitlinien

„Einübung von Toleranz, Bekämpfung von Gewalt, Integration von Menschen mit Migrationshintergrund, Übernahme von Verantwortung im Gemeinwesen, Entwicklung und Stärkung von demokratischem Handeln und Zivilcourage“

gesetzt und dabei die Erreichung eines verlässlichen politischen Grundwissens angestrebt. Strukturelles Ziel war es, auf mittel- und langfristige Sicht angelegte Netzwerke und interdisziplinäre Arbeitsgruppen zu entwickeln, da nach Einschätzung der Programmverantwortlichen kooperative und partizipative Ansätze im Kontext sozialer und gemeinwesen-orientierter (Jugend-)Arbeit zur damaligen Zeit in Deutschland *„noch kaum vorhanden waren,“* und ein *„überdeutlicher Bedarf an transkultureller Arbeit, an einer Erhöhung des faktischen Wissens über andere Kulturen und Religionen sowie eine ent-*

⁵⁴ DJI 2003:7



sprechende Haltung zur Integration von Menschen mit unterschiedlicher Herkunft“ fest-
gestellt worden war.⁵⁵

Ab 2002 wurde der bisherige Programmteil „Maßnahmen gegen Rechtsextremismus und Gewalt“ unter dem neuen Begriff „entimon – gemeinsam gegen Gewalt und Rechtsextremismus“ bundesweit fortgeführt und weiterentwickelt und der Förderschwerpunkt „Interkulturelles Lernen“ hinzugefügt.⁵⁶ Auch hier sollten nur „**modellhafte Projekte mit nachhaltigen Strukturen** gefördert werden, die **Beteiligungsprozesse in den Vordergrund stellen.**“ Immer wieder wurde betont, dass die **Modellhaftigkeit** „Ausdruck der föderalen Zuständigkeit im Sinne einer begrenzten Anregungsfunktion des Bundes im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe bzw. Jugendpolitik“ sei, und es durch die **Modellhaftigkeit** zu einem „verbesserten, übertragbaren Erfahrungsschatz an Konzepten, Strategien und Methoden in den Handlungsfeldern des Programms“ kommen sollte,⁵⁷ die dann in Verantwortung anderer Stellen genutzt und weiter umgesetzt werden sollten.

Umsetzungsstrategien und Handlungsansätze von entimon

Durch **lokale Netzwerke** als „Knotenpunkte zivilgesellschaftlichen Engagements“⁵⁸ wurden „nachhaltige Strukturen vor Ort durch Kooperationen / Partnerschaften/ Netzwerke“ etabliert. Im Rahmen von **interkulturellem Lernen** wurden Konzepte zur „Wissensvermittlung über andere Kulturen und Religionen“ erarbeitet.

Bei den Projekten zu **politischer Bildungsarbeit** ging es um eine „zeitgemäße und praxisorientierte Wissensvermittlung durch interdisziplinäre Netzwerke.“⁵⁹

Im Zuge der Auswertung der inhaltlichen Ausrichtung der Maßnahmen verweisen die Evaluatoren der Programme nicht nur auf erfolgreich durchgeführte Maßnahmen, sie benennen auch Defizite in der Umsetzung. Dies betraf vor allem die Entwicklung von Projekten einer Arbeit mit auffälligen, rechtsorientierten und/oder gewaltbereiten männlichen Jugendlichen und jungen Erwachsenen, aber auch die mangelnde Einbindung bildungsferner Jugendlicher oder junger Erwachsener, die nach Ansicht der Programm-Evaluatoren nur dort gelungen sei, wo eine „zielgruppenspezifische Konzeption mit lebensweltlicher Ausrichtung“ mit länger vorhandener spezifischer Praxiserfahrung des

⁵⁵ BMFSFJ Zwischenbericht 2001-2003.

⁵⁶ Bundesministerium: Abschlussbericht 31.10.2006:10.

⁵⁷ Bundesministerium: Abschlussbericht 31.10.2006:24

⁵⁸ Stiftung Demokratische Jugend 2006.

⁵⁹ Bundesministerium Abschlussbericht 2006:11.



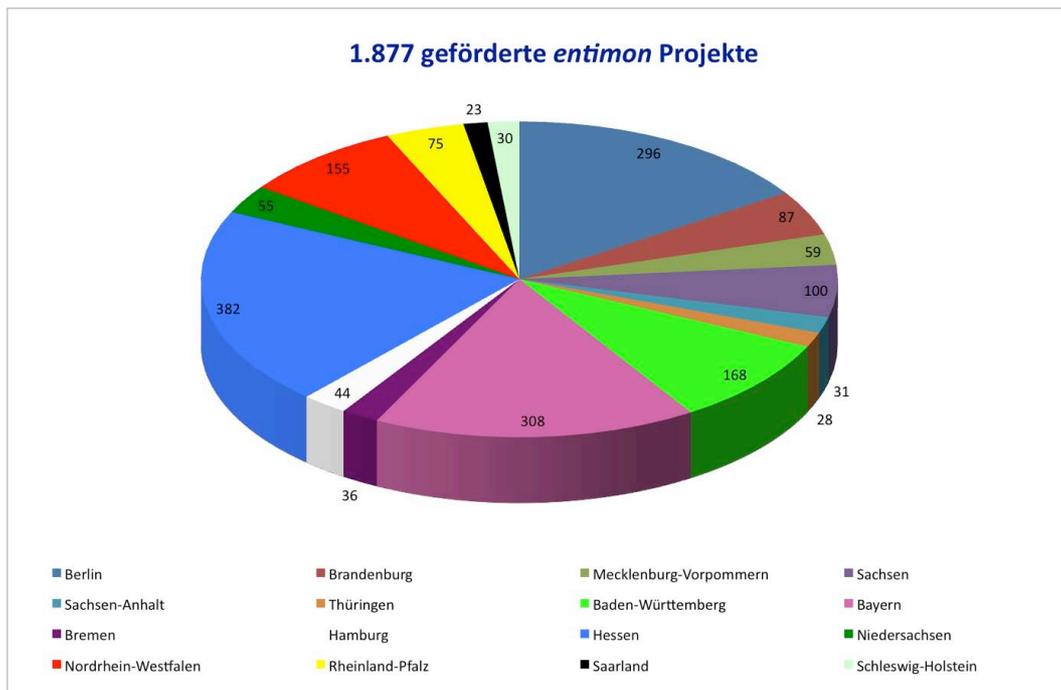
Trägers gekoppelt waren.⁶⁰ Es wurde u.a. gefordert, insbesondere die Jungenarbeit mehr zu stärken, und hierbei verstärkt mit der Zielgruppe „*Hauptschüler und -schülerinnen*“ bzw. „*Berufsschüler und -schülerinnen*“ zu arbeiten.

⁶⁰ BMFSFJ 2001-2003:49.



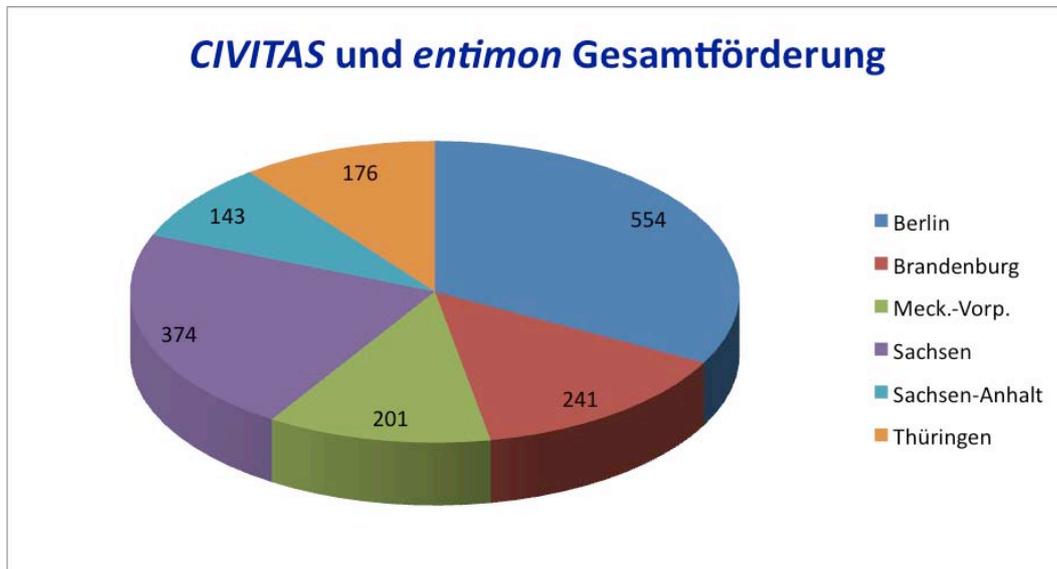
Regionale Verortung von entimon

Bei dem Teilprogramm *entimon* wurden im Programmzeitraum insgesamt über 2.500 Maßnahmen gefördert, die sich wie folgt auf die Bundesländer verteilen.⁶¹



Die vergleichsweise hohe Anzahl der *entimon*-Förderungen in den Alten Bundesländern erklärt sich aus dem hier fehlenden *CIVITAS*-Programm. In den Neuen Bundesländern sind *CIVITAS* und *entimon* gemeinsam zu sehen und kommen dann auf die folgende Projektförderanzahl.

⁶¹ Die Zahlenangaben variieren in den verschiedenen vorliegenden Berichten etwas. Wir beziehen uns im Folgenden auf die Datenbank der Regiestelle und den uns vorliegenden bewilligten und abgelehnten Interessensbekundungen, ohne überregionale Projekte.



In der nachfolgenden Tabelle wurden aus den vorliegenden Unterlagen die Ablehnungen als absolute Zahl und in Prozent berechnet, um das für die jeweiligen Programmziele nicht eingesetzte hohe Potential zivilgesellschaftlichen Engagements hervortreten zu lassen.

CIVITAS und entimon in den neuen Bundesländern								
Länder	Anträge CIVITAS	Ablehnung CIVITAS		Anträge entimon	Ablehnung entimon		Gesamt-Förderung	Gesamt-Ablehnung
		n	%		n	%		
Berlin	561	258	46	639	343	54	554	601
Brandenburg	439	154	35	178	91	51	241	245
Meckl.-Vorp.	370	142	38	125	56	70	201	198
Sachsen	641	274	42	188	88	47	374	362
Sachsen-Anh.	300	112	37	62	31	50	143	143
Thüringen	386	148	38	51	23	45	176	171
Insgesamt	2.697	1.088	40	1.233	632	51	2.210	1.720
Länderübergr.	90	21	23	12	1	8	80	22
NBL insges.	2.787	1.109	40	1.245	633	51	2.290	1.744

Beim Vergleich der geförderten und abgelehnten Projekte fällt bei *entimon* wiederum der in allen Neuen Bundesländern erheblich höhere Anteil von Ablehnungen auf, der prozentual in allen Bundesländern weitaus höher liegt als derjenige des *CIVITAS*-Programms. Dies verweist auf die verstärkte Ausrichtung auf Strukturentwicklung in den Neuen Bundesländern, wobei bei den Projektablehnungen der Modellprojekte zum Teil auch eine



ungenügende Antragserfahrung der Interessenbekunder eine Rolle gespielt hat, wie aus den zur Verfügung stehenden Kurzgutachten ersichtlich wird.

entimon				
Gesamt mit Ablehnungen nach Bundesländern				
Bundesländer	Interessen- bekundungen	Geförderte Anträge	Abgelehnte Anträge n %	
Berlin	638	296	343	54
Brandenburg	178	87	91	51
Mecklenburg-Vorpommern	115	59	56	49
Sachsen	187	100	87	47
Sachsen-Anhalt	62	31	31	50
Thüringen	51	28	23	45
Neue Bundesländer	1.232	601	631	51
Baden-Württemberg	413	167	246	60
Bayern	392	308	84	21
Bremen	84	36	48	57
Hamburg	70	44	26	37
Hessen	444	382	62	14
Niedersachsen	147	55	92	63
Nordrhein-Westfalen	327	155	172	53
Rheinland-Pfalz	107	75	32	30
Saarland	29	23	6	21
Schleswig-Holstein	68	30	38	56
Alte Bundesländer	2.081	1.275	806	39
Insgesamt	3.313	1.876	1.437	43

Auffallend ist beim bundesweiten Vergleich zu *entimon*, dass auch in den Flächenländern der Alten Bundesländer wie Baden-Württemberg mit 50 %, Niedersachsen mit 63 % und Nordrhein-Westfalen mit 53 % im gesamten Förderzeitraum hohe Ablehnungsquoten mit über 50 % zu verzeichnen sind. Natürlich stellt sich auch hier wieder die Frage, dass es sich bei den Abgelehnten um potentielle Akteure mit zivilgesellschaftlichem Engagement handelt, bei denen die Gefahr besteht, dass sie durch die Nichtberücksichtigung möglicherweise in der Zukunft demotiviert sein können.

Zur Tabelle auf der nachfolgenden Seite ist noch anzumerken, dass das Jahr 2001 für den Programmteil *entimon* nicht direkt mit den Folgejahren 2002 - 2006 vergleichbar ist, weil für 2001 eine einmalig andere Verteilungssituation gegeben ist. Die zur Verfügung stehenden Gelder wurden in den Kinder- und Jugendplan offiziell eingestellt und nach dem Königsteiner Schlüssel auf die Bundesländer verteilt, ⁶² d.h. die Projektpartner des Bundes waren hier die einzelnen Landesministerien.

⁶² Bezieht sich auf 104a GG. Der Schlüssel wird von der Bund-Länder-Kommission jährlich neu berechnet und setzt sich zu zwei Dritteln aus dem Steueraufkommen und zu einem Drittel aus der Bevölkerungszahl der Länder zusammen.



entimon insgesamt

	2001		2002 ⁶³		2003 ⁶⁴		2005 ⁶⁵		2006 ³		2001 - 2006	
--	------	--	--------------------	--	--------------------	--	--------------------	--	-------------------	--	-------------	--

Bundesland	JA	NEIN										
		n %		n %		n %		n %		n %		n %

Berlin	173	216	56	53	17	25	31	44	59	14	38	73	25	28	53	296	343	51
Brandenburg	63	59	48	9	4	31	7	12	63	4	9	69	4	7	64	87	91	51
Mecklenburg-Vorpomm.	57	33	37	1	8	88	0	7	100	0	5	100	1	3	75	59	56	49
Sachsen	67	33	33	13	16	55	8	26	82	3	7	70	9	5	36	100	88	47
Sachsen-Anhalt	12	3	20	8	7	47	5	9	64	4	6	60	2	6	75	31	31	50
Thüringen	15	3	17	5	4	44	3	6	67	4	6	60	1	4	80	28	23	46

Neue Bundesländer	387	347	47	89	56	42	54	104	66	29	71	71	42	53	56	601	632	51
Baden-Württemberg	121	188	61	22	0	0	13	30	70	6	17	74	6	11	65	168	58	60
Bayern	271	19	7	19	33	63	7	18	72	3	6	67	8	8	50	308	84	21
Bremen	28	36	56	0	2	100	2	2	50	2	3	60	4	5	56	36	48	57
Hamburg	25	0	0	6	6	50	6	9	60	2	8	80	5	3	38	44	26	37
Hessen	331	0	0	27	17	39	10	21	68	7	14	67	7	10	59	382	62	14
Niedersachsen	27	41	60	11	9	45	8	17	68	3	14	82	6	11	65	55	92	63
Nordrhein-Westfalen	41	0	0	60	51	46	22	62	74	15	38	72	17	21	55	155	172	53
Rheinland-Pfalz	52	15	22	10	7	41	5	4	44	0	3	100	8	3	27	75	32	30
Saarland	14	0	0	1	0	0	2	2	50	1	3	75	5	1	83	23	06	21
Schleswig.H.	24	24	50	3	7	70	1	4	80	1	1	50	1	2	67	30	39	56
Alte Bundesländer	934	323	35	158	132	46	76	169	69	40	107	723	67	75	52	1.276	807	39
Deutschland Gesamt	1.321	670	81	248	188	43	130	273	88	69	178	72	109	128	84	1.877	1.438	43

Aus der vorstehenden Tabelle lässt sich erkennen, dass die Ablehnungsanteile im Zeitverlauf tendenziell gestiegen sind, und die Ablehnungsquoten einzelner Bundesländer im Zeitverlauf sehr stark variieren.

⁶³ Unberücksichtigt geblieben sind 3 bewilligte Projekte, für die keine regionale Zuordnung erkennbar ist.

⁶⁴ Unberücksichtigt geblieben sind 6 bewilligte Projekte und 1 abgelehntes Projekt, für die keine regionale Zuordnung erkennbar ist.

⁶⁵ Unberücksichtigt geblieben ist 1 bewilligtes Projekt, für das keine regionale Zuordnung erkennbar ist.



Bei den Auswertungen für das Förderjahr 2001 fiel den Programm-Evaluatoren die Stadt-Land-Verteilung besonders ins Auge. Es gab interessanterweise keine Ballung in den Großstädten. Mit 386 geförderten Projekten lagen die Großstädte insgesamt bei 37 %, so dass hier offensichtlich eine Streuung über Ober-, Mittel- und Unterzentren sowie über ländliche Regionen erfolgt war.⁶⁶ Zusätzlich waren noch 150 nicht ortsgebundene und überregionale Projekte gefördert worden, was einen Anteil von 14 % ausgemacht hat. Insgesamt ist eine hohe Anzahl der Beantragungen durch freie Träger auffallend. Dies könnte in Zusammenhang mit der Fördermittelvergabe dieses Jahres über die Landesministerien stehen, die auch für die Verteilung im Lande Sorge getragen haben und verweist auf die notwendige und wichtige Zusammenarbeit von Bund und Ländern, wenn es um Strukturprojekte geht, oder wenn regionale Bedarfe – wie beispielsweise eine Zunahme von Aktivitäten im ländlichen Raum – zu konkretisieren sind.

Projekträger von entimon	
Projekträger	Anzahl der Projekte %
Bundesweite Träger	25 %
Landesweite Träger	14 %
Kommunale Träger	61 %
Davon:	
Freie Träger	80 %
Öffentliche Träger	20 %

Aus der vorstehenden Tabelle wird in Bezug auf Größe und regionale bzw. kommunale Ausrichtung deutlich, dass nicht nur ein Anteil von 80 % freie Träger im Vergleich zu 20 % öffentlicher Träger beantragt haben, sondern dass besonders auch kleine und mittlere Träger Bewilligungen erhalten haben. Die Programm-Evaluatoren führen dies ebenfalls auf die Förderbedingungen zurück, weil für diesen Förderzeitraum keine „Kofinanzierung als Voraussetzung für die Bewilligung der Projektanträge“ erforderlich gewesen sei.⁶⁷ Dieses Verhältnis von freier zu öffentlicher Trägerschaft in den Jahren 2001 und 2002 entsprach der Intention der Programmverantwortlichen. Es wurden auch öffentliche Träger zur Mittelbeantragung motiviert, die in dieser Zeit hauptsächlich Jugendämter waren. 2001 waren 80 % aller Maßnahmen in freier Trägerschaft, und hier insbesondere Vereine und Initiativen, im Jahr 2002 waren es 86 % aller Aktivitäten.⁶⁸ Bezogen auf die Projekt-

⁶⁶ DJI:2002:13. Ohne länderübergreifende Projekte.

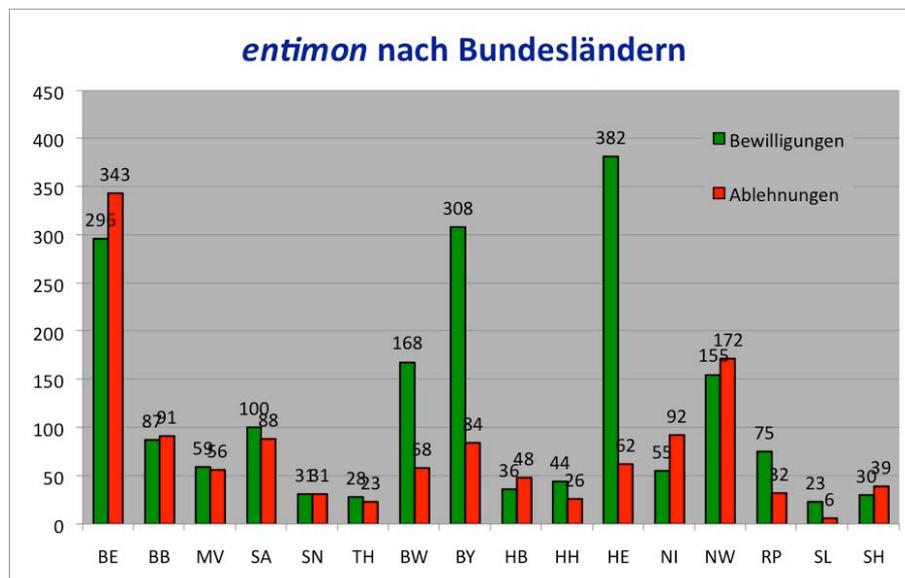
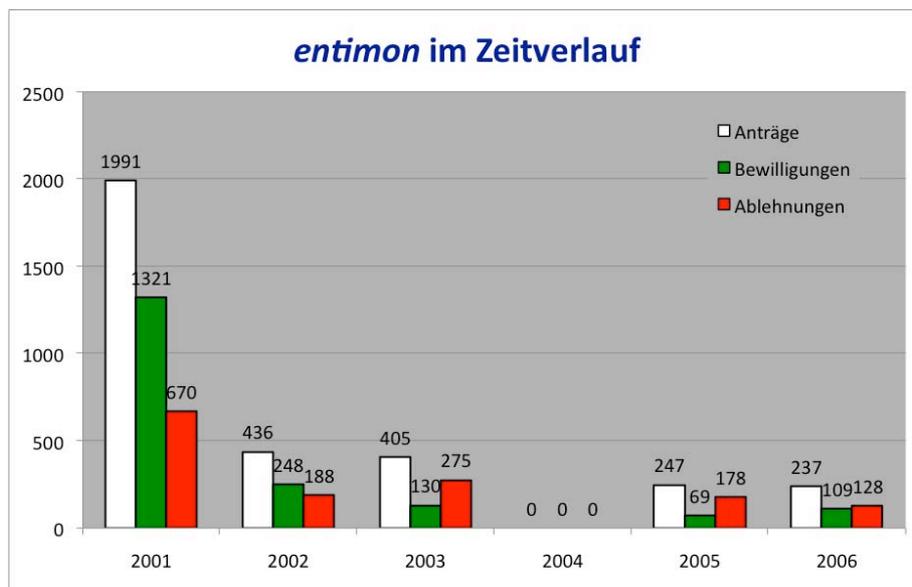
⁶⁷ DJI:2002:14

⁶⁸ BMFSFJ 1. Zwischenbericht S. 38.



träger sank der Anteil von kommunal organisierten Trägern von 61 % im Jahr 2001 auf 45 % im Jahr 2002. Ursachen hierfür wurden von den Programm-Evaluatoren in der Zentralisierung des Vergabesystems gesehen sowie in der Vermeidung von geringen Fördersummen.⁶⁹

Blickt man auf den Zeitverlauf, so verändert sich das Verhältnis der Bewilligungen und der abgelehnten Anträge im Zeitverlauf und es werden ab 2003 des Förderzeitraumes prozentual mehr Anträge abgelehnt, als bewilligt.



entimon-Projektförderung nach Bundesländern 2001-2006

⁶⁹ Ebenda



Erste resümierende Beobachtungen zu entimon

Bei *entimon* ging es neben dem Bereich der *politischen Bildung* auch um Maßnahmen mit öffentlicher und medialer Breitenwirkung und um Jugendbildungsarbeit, aber auch um kommunales Engagement. Es ging um modellhaft zu erprobende partizipative, didaktische und methodische Ansätze in der Jugend- und Erwachsenenbildung. Bezogen auf die Adressatengruppe „*bildungsferne und ggf. gewaltbereite sowie rechtsextreme Jugendliche*“ wurde vermerkt, dass diese „*im Regelfall nur mit einer Konzeption erreicht wurde, die spezifisch auf ihre Lebenssituation und Bedürfnisse abgestimmt war (z.B. aufsuchende Straßensozialarbeit bei rechtsorientierten Jugendlichen, lebensweltbezogene Bildungseinheiten in der Berufsschule vor dem Hintergrund einer intensiven Kooperation von Schule mit außerschulischen Jugendbildungsarbeit etc.)*.“ In fast allen Jahres-Evaluationsberichten wird darauf verwiesen, dass aufsuchende Arbeit durch „*Familienbesuche, Streetwork oder im Rahmen mobiler Angebote*“ zum Teil „*unabdingbare Voraussetzung für die Einbindung in das Projekt*“ seien.⁷⁰

Auffallend ist, dass im Grunde genau das eingefordert und als Defizit beklagt wird, was Jahre zuvor noch als sozialpädagogische Konzeptionen im Rahmen von AgAG in den Neuen Bundesländern zu entwerfen begonnen und von den damaligen Programm-Evaluatoren abgelehnt wurde, nämlich Projekte direkter adressatenzentriert und personengebunden durchzuführen. Des Weiteren wurde auf den geringen Anteil von partizipationsorientierten Maßnahmen verwiesen.

Womit können diese Ergebnisse erklärt werden, wenn man gleichzeitig auf das breite Spektrum an jahrzehntelangen Erfahrungen in der offenen Jugendarbeit blickt, in der in Bezug auf diese Adressatengruppen niedrighschwellige, partizipations-orientierte Ansätze zum selbstverständlichen methodischen Handwerkszeug von Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen, aber auch von Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern gehören, die sich in diesem Feld bewegen? Hat hier der Gedanke, verstärkt zivilgesellschaftliche Akteursgruppen zu aktivieren, vielleicht den zwingend notwendigen Einbezug jahrzehntelanger vorfindlicher Erfahrungen aufgrund erfolgreichen Konzeptionen mit erprobten und erfolgreichen methodischen Ansätzen in den Regeleinrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe zu sehr vernachlässigt? Verweist dieses Ergebnis vielleicht auf eine zukünftig

⁷⁰ DJI 2006 Strukturdaten bis 2005, S. 22.



notwendige „Quer“-Vernetzung von Akteuren politischer Bildungsarbeit mit praxiserfahrenen Professionellen in der Kinder- und Jugendarbeit, um gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Akteuren Vernetzungen nicht nur in breiter werdenden Bänderformationen zu entwickeln, sondern im Rahmen der Idee eines spinnenartigen Netzwerkes auch verstärkt fachwissenschaftlich interdisziplinär und praxisorientiert verzahnter zu denken und zu handeln?

Dies würde auch erklären, warum der Förderschwerpunkt „*inter- bzw. transkulturelles und interreligiöses Lernen*“ als ein Bereich angesehen wurde, mit dem „*weitestgehend Neuland in der politisch-pädagogischen Praxis beschritten*“ worden sei.⁷¹ Bezogen auf einen interreligiösen Dialog, dessen Vernachlässigung seit dem 11. September 2001 verstärkt angemahnt wird, hat das sicherlich seine Richtigkeit. In Bezug auf inter- und transkulturelles Lernen existiert jedoch in den Alten Bundesländern seit den 80er Jahren nicht nur eine fachwissenschaftliche Debatte in den Bereichen der ehemaligen Ausländersozialarbeit, der Vorschul- und Schulpädagogik sowie in der außerschulischen Jugendarbeit, sondern es werden seither auch immer wieder erfolgreiche Konzeptionen und methodische Ansätze vorgestellt und debattiert. In der vom Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik herausgegebenen Zeitschrift *Informationsdienst zur Ausländerarbeit* (IZA) – heute *Migration und Soziale Arbeit* (MSA) – sind diese Debatten und ihre jeweiligen konzeptionellen Neuausrichtungen u.a. ausführlich nachzuvollziehen, des Weiteren in den Publikationen der an Fachhochschulen und pädagogischen Fachbereichen von Universitäten entstandenen Lehrstühle zu interkultureller Pädagogik bzw. transkultureller Bildung. Insofern ist die Forderung an das Folgeprogramm *VIELFALT* seitens der Programmevaluatoren nach einer Förderung von mehr interdisziplinär ausgerichteten Netzwerken und Kooperationen zur Bearbeitung der aufgetretenen Fragestellungen sehr deutlich und auch sehr ernst zu nehmen, da sich Wissen, Erfahrungen und neue Aktivitäten hier besser miteinander vernetzen müssen, um mehr Synergien erzeugen zu können.

71



Das aktuelle Programm **VIELFALT** – Ein bundesweites Förderprogramm

Seit 2007 ist das Programm **VIELFALT** angelaufen, das in seiner Konzeption einerseits Erfahrungen aus dem Aktionsprogramm Jugend für Toleranz und Demokratie (**CIVITAS/entimon**) aufgreift und andererseits wieder mit Erfahrungen aus dem ersten Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt (**AgAG**) verknüpft, indem **VIELFALT** den bisherigen zivilgesellschaftlichen mit einem zielgruppen-orientierten Ansatz verbindet. Das Programm ist wieder im präventiv-pädagogischen Bereich angesiedelt und an Bewusstseinsbildung ausgerichtet, wobei diesmal die langfristigen Wirkeffekte im Blick liegen. Es geht weiterhin um die Stärkung der Zivilgesellschaft im Rahmen politischer Bildung, nun aber verstärkt auch wieder um die Gruppe der rechtsextremistisch gefährdeten Jugendlichen erweitert, die aus der Sicht der Programmverantwortlichen „*nicht aufgegeben werden dürfen*“.⁷² Inhaltliches Ziel von **VIELFALT** ist ein „*Verständnis für die gemeinsamen Grundwerte und für kulturelle Vielfalt zu entwickeln, die Achtung der Menschenwürde zu fördern und jede Form von Extremismus, insbesondere den Rechtsextremismus, zu bekämpfen*“.⁷³

Das Programm gliedert sich in drei Schwerpunkte. Strukturell geht es um die Förderung von **Lokalen Aktionsplänen**, die in kommunaler Verantwortung liegen. Weiterhin werden *themenbezogene modellhafte Maßnahmen* gefördert und das Programm insgesamt durch die **Regiestelle gesteuert** sowie durch Evaluation und Forschung begleitet.

In kommunalen bzw. regionalen Zusammenschlüssen werden **Lokale Aktionspläne** als eine „*integrierte lokale Strategie*“ entwickelt, durch die Prozesse gesteuert und für eine Nachhaltigkeit lokaler Bündnisse gesorgt wird. Verantwortung für einen Lokalen Aktionsplan übernehmen die Kommune, der Landkreis oder der Zusammenschluss einer Gebietskörperschaft, die hierzu ein Ämternetzwerk bilden und eine lokale Koordinierungsstelle einrichten. In den Ämternetzwerken sind Jugendämter, Polizei und Schulämter am häufigsten aktiv. In den zugehörigen Begleitausschüssen arbeiten Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Religionsgemeinschaften und Jugendverbänden, aber auch aus verschiedenen Ämtern, sowie aus der lokalen Zivilgesellschaft.

Die inhaltliche Ausgestaltung richtet sich nach den lokalen Erfordernissen und ist von den Programmverantwortlichen nur grob wie folgt gegliedert:

⁷² Leitlinien, S.2

⁷³ ebenda.



- Soziale Integration bezogen auf die Förderung demokratischer Strukturen und Angebote, die Erfahrungen von Teilhabe und Beteiligung entwickeln.
- Angebote zu Interkulturellem Lernen und antirassistischer Bildung, die Erfahrungen und Kontakte „auf gleicher Augenhöhe“ ermöglichen, sowie helfen, diese zu reflektieren und einzuordnen.
- Interreligiöses Lernen in Bezug auf Präventionsangebote zu Extremismus und Islamismus nimmt insbesondere den Stellenwert interreligiösen Lernens in der Jugend- und Erwachsenenbildung in den Blick.
- Kulturelle und geschichtliche Identität entwickelt Angebote auf der Basis historischer Tatbestände zur Reflexion der Be-„Nutzung“ historischer Kontexte durch extreme Ideologien.
- Bekämpfung rechtsextremistischer Bestrebungen junger Menschen.
- Demokratie und Toleranzerziehung widmet sich grundlegenden Fragen des Zusammenlebens.
- Stärkung der demokratischen Bürgergesellschaft arbeitet weiter an Strukturverbesserungen zur aktiven Einbindung von Bürgerinnen und Bürger in die gesellschaftlichen Entwicklungsprozesse.

Lokale Aktionspläne sind in Fördergebieten mit einer Einwohnerzahl zwischen 10.000 und 500.000 Einwohnerinnen und Einwohnern angesiedelt. Bei einer Größe von bis zu 100.000 Einwohnenden sind die Kommunen stärker vertreten, darüber hinaus sind es häufiger Landkreise, die als Fördergebiete ausgewiesen sind.

Die **Modellprojekte** sollen der Bewusstseinsbildung dienen und sind diesmal bewusst auf langfristige Wirkungseffekte ausgerichtet. Sie gruppieren sich in die vier folgenden Themencluster:

- Auseinandersetzung mit historischem und aktuellem Antisemitismus,
- Arbeit mit rechtsextremistisch gefährdeten Jugendlichen,
- Präventions- und Bildungsangebote für die Einwanderungsgesellschaft,
- Früh ansetzende Prävention.

Die **Projekte** werden vor allem durch freie Träger der Jugendhilfe und der Wohlfahrtsverbände umgesetzt, wobei viele Einzelprojekte mit den Regelangeboten der Jugendhilfe zusammenarbeiten. Auch im Bereich der Modellprojekte zeichnen sich offensichtlich Ko-



operationen mit den Institutionen in der Regelpraxis ab.⁷⁴ Bei den Modellprojekten zu „Jugend, Bildung und Prävention“ sind folgende Zielgruppen in den Blick genommen:

- Jugendliche in strukturschwachen Regionen,
 - männliche Jugendliche aus „bildungsfernen“ Milieus mit Affinität zu Fremdenfeindlichkeit,
 - Kinder und jüngere Jugendliche,
 - Migranten und Migrantinnen,
 - Eltern, Erzieherinnen und Erzieher, Lehrerinnen und Lehrer, sowie Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen,
 - Multiplikatorinnen und Multiplikatoren,
- sowie
- „lokale einflussreiche und deutungsmächtige Akteursgruppen“.

Die Projekte haben sich ebenfalls an den Bedarfen vor Ort zu orientieren und dabei die jeweils anzusprechenden Zielgruppen nach den regionalen Erfordernissen auszurichten. Hier wurde offensichtlich aus Erfahrungen der Programmvorläufer gelernt, z.B. interkulturelle Themen zu Migration vor Ort nur dort als partizipatorische Angebote aufzugreifen, wo multiethnische Zusammenhänge auch wirklich bestehen und nicht, wie es im Vorprogramm zum Teil versucht wurde, durch 'Importe' von Akteuren künstlich Zusammenhänge konstruieren zu wollen.

Hier wird bei der Analyse der Interessensbekundungen darauf zu achten sein, welche innovative Ideen sich ergeben haben und ob diese Themen auch in Regionen ohne oder mit nur geringer migrantischer Wohnbevölkerung ihren Platz finden können, da sie von gesamtgesellschaftlichem Interesse sind und die zivilgesellschaftlichen Akteure vor Ort daher Positionen zu diesen entwickeln müssen.

Regionale Verortung von VIELFALT

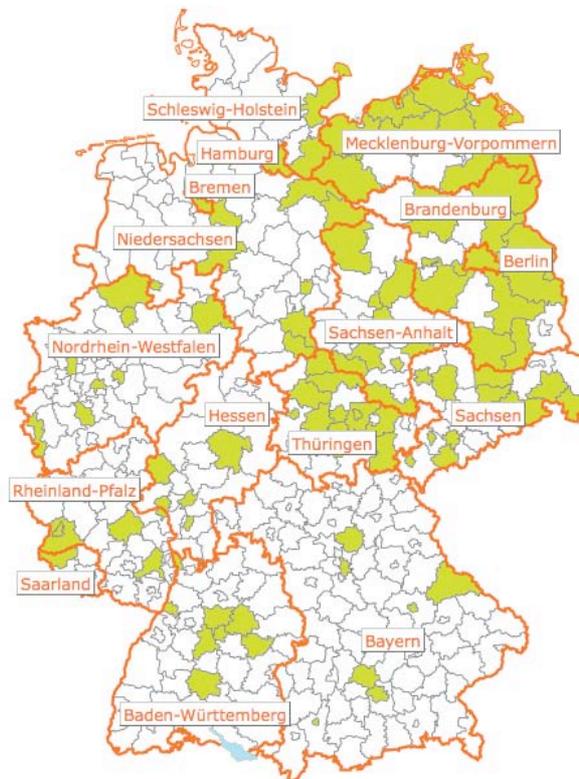
VIELFALT hat bewusst mehr Lokale Aktionspläne in den Neuen als in den Alten Bundesländern vorgesehen, um dem dort weiterhin vorhandenen besonderen Handlungsbedarf zur Strukturentwicklung nachzukommen. Im Untersuchungszeitraum waren es insgesamt 66 geförderte Lokale Aktionspläne. Im folgenden Schaubild sind diejenigen Landkreise

⁷⁴ DJI 28.4.2009:8.



grün unterlegt, die durch die Ende 2009 auf 90 angewachsenen lokalen Aktionspläne erfasst werden. Schwerpunktmäßig liegen sie in den Neuen Bundesländern:⁷⁵

- 50 LAPs in den Neuen Bundesländern,
- 10 LAPs in Berlin,
- 30 LAPs in den Alten Bundesländern.



Zusätzlich sind in allen Bundesländern – je nach Beantragungs- bzw. Bewilligungsanzahl – für den Untersuchungszeitraum bereits 86 Modellprojekte angesiedelt, deren Zahl bis Ende 2009 auf mittlerweile 89 angestiegen ist. Die Projekte soll(t)en sich über das gesamte Bundesgebiet verteilen. Auch dies ist wiederum abhängig von den eingegangenen Interessenbekundungen und bewilligten Projekten.

⁷⁵ Ein solcher Zusammenschluss LAP – in dem Projekte gebündelt werden sollen – soll bei einer Einwohnerzahl von mindestens 10.000 liegen.



VIELFALT Lokale Aktionspläne (LAPs) und Modellprojekte (MPs) ⁷⁶						
Bundesländer	Projektförderanträge		Geförderte Anträge		Abgelehnte Anträge %	
	LAPs	MPs	LAPs	MPs	LAPs	MPs
Berlin	11	64	7	14	36	78
Brandenburg	19	26	8	5	58	81
Mecklenburg-Vorpommern	24	27	7	4	71	85
Sachsen	31	32	7	7	77	78
Sachsen-Anhalt	22	20	7	4	86	80
Thüringen	20	17	7	3	65	82
Neue Bundesländer	127	186	43	37	66	80
Baden-Württemberg	13	11	3	6	77	46
Bayern	15	27	3	2	80	93
Bremen	0	2	0	1	00	50
Hamburg	1	11	0	0	100	100
Hessen	11	13	3	3	73	77
Niedersachsen	25	24	4	2	84	92
Nordrhein-Westfalen	12	38	4	6	67	84
Rheinland-Pfalz	10	7	2	1	80	86
Saarland	2	5	2	1	00	80
Schleswig-Holstein	2	9	2	1	00	89
Alte Bundesländer	91	147	23	23	75	84
Länderübergreifend	0	26	00	26	00	00
Insgesamt	218	359*	66	86	70	83

*Zuzüglich ein nicht zuordenbarer Antrag

Weil in den Alten Bundesländern vergleichsweise weniger Lokale Aktionspläne gefördert werden, soll das aber nicht heißen, dass hier die Vernetzung in Bezug auf die Maßnahmen im Kampf gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus weiter als in den Neuen Bundesländern vorangeschritten ist. Hier wird vielmehr berücksichtigt, dass in den Neuen Bundesländern insgesamt der Strukturaufbau noch weiterhin zu fördern ist und dies auch im Rahmen des Programms *VIELFALT* vorangetrieben werden soll.

Erste resümierende Beobachtungen zu VIELFALT

Neu ist im Vergleich zum Vorläuferprogramm die verantwortliche Einbindung der Kommune oder des Landkreises bereits bei der Programmetablierung. Eine Strategie, die bereits bei AgAG erfolgreich verlaufen war, damals aber auf völlig anderen Bedingungen basierte.

⁷⁶ Unsere Berechnungen beziehen sich auf die erhaltene Datenlage zu Beginn des Jahres 2009.



Es ist einsichtig, dass wieder vermehrt eine Konzentration der Förderung auf mittel- bis langfristige Projekte in Trägerschaft von größeren Verbänden erfolgt. Gerade deshalb wird es aber eine wichtige Aufgabe in der Zukunft sein, dafür zu sorgen, dass die kleineren zivilgesellschaftlichen Akteure, die nicht von vorne herein eine Lobby in den Kommunen zu verzeichnen haben, mit ihren inhaltlichen Anliegen angenommen und mit in die Lokalen Aktionspläne eingebunden werden.

Bei *VIELFALT* wird zu beobachten sein, inwieweit es gelingt, die Handlungslogiken kommunaler Verwaltungen mit denjenigen zivilgesellschaftlichen Engagements zu einer produktiven Zusammenarbeit „auf Augenhöhe“ zusammenzubringen, was sicherlich Erprobung notwendig macht, Erfahrung braucht und Zeit in Anspruch nimmt.



Regionale Entwicklungen im Zeitverlauf

In den Evaluationen zu den Programmen wird auf die Wichtigkeit von Standort- und Bedarfsanalysen verwiesen, um sich zu vergewissern, wo und mit welcher inhaltlichen Ausrichtung das jeweilige Programmthema sinnvoll platziert ist. Dabei werden die regionalen Unterschiede entlang einer Nord-Süd-Achse betont, die in den östlichen, wie in den westlichen Bundesländern festzustellen sind. Diese Unterschiede existieren sehr offensichtlich in Bezug auf wirtschaftliche, demografische und soziale Faktoren. So weisen traditionell landwirtschaftlich geprägt Regionen wie Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern eine geringere Bevölkerungsdichte auf als Sachsen-Anhalt aufgrund seiner ehemaligen Industriestandorte, die dann wiederum noch unterhalb von der in Thüringen und Sachsen liegt.⁷⁷

Die Aktivitäten der rechtsextremistischen Gruppierungen verteilen sich im Lande aber nach anderen Gesichtspunkten. Auch die Zuzüge von Migrantinnen und Migranten haben sich im Verlauf der Zeit in den einzelnen Bundesländern verschieden entwickelt, sind nationalitätenspezifisch sehr unterschiedlich und ebenfalls im Blick zu behalten, wenn es um die potentiellen Akteursgruppen für die weiteren Programmetablierungen geht, in die perspektivisch auch Migrantenselbstorganisationen besser eingebunden sein sollen.

Aufgrund dieser Vorüberlegungen haben wir für die Gespräche eine regionalisierte Auswahl getroffen und uns für ein Ost-, ein West- und ein südliches Cluster entschieden, welche wir genauer betrachtet haben.

- Das *östliche* Cluster umfasst Mecklenburg-Vorpommern, Berlin, Brandenburg und Sachsen-Anhalt.
- Im *westlichen Cluster* waren ausschließlich Gesprächsteilnehmer aus den Alten Bundesländern nämlich Bremen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen vertreten.
- In das *südliche* Cluster wurde neben Baden-Württemberg, Bayern, Hessen und Rheinland-Pfalz von den Neuen Bundesländern auch Thüringen einbezogen.⁷⁸

⁷⁷ ISS 2008:103

⁷⁸ Die Zusammensetzung der Diskussionsgruppen erfolgte unter Berücksichtigung ihrer Selbstbeschreibung und internen Diskussion zu den Themenfeldern des Bundesprogramms und in Absprache mit den Auftraggebern und wurde durch weitere Einzelgespräche mit Programmbeteiligten und Expertengespräche von Fördermittelgebern ergänzt.



Die folgenden Darstellungen und Überlegungen fußen auf einer Zusammenführung der Ergebnisse aus den uns vorliegenden Berichten und Daten und den geführten Gruppen- und Experten-Gesprächen.

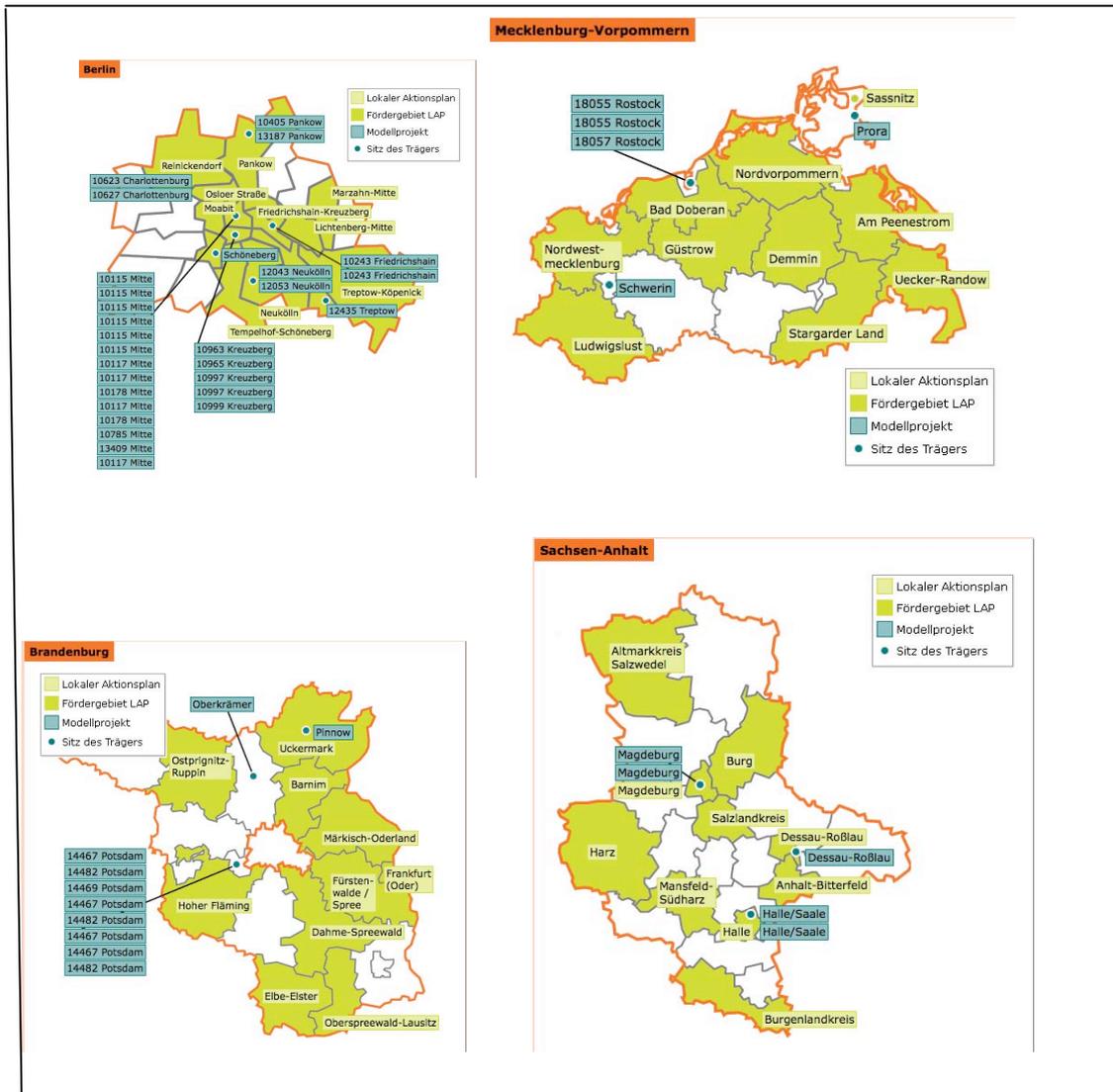
Die Idee der Clustereinteilung war von der Überlegung geleitet, zum einen Gespräche von Teilnehmern ausschließlich aus den Neuen und aus den Alten Bundesländern und in einem weiteren Cluster aus den Alten und einem Neuen Bundesland zu beobachten. Dabei wurde klar, dass die Nord-Süd-Achse im Vergleich der Länder aus soziologischer und ökonomischer Perspektive sicherlich wichtig und zu beachten ist, dennoch auf keinen Fall davon auszugehen ist, dass sich Ost-West-Unterschiede bereits insoweit angeglichen hätten, dass man zu ähnlichen Einschätzungen in Bezug auf Strukturmaßnahmen, Fördernotwendigkeiten, das Verhältnis kommunaler Träger zu zivilgesellschaftlichen Initiativen oder gar zur Wichtigkeit einer Behandlung des Themas interkultureller oder interethnischer Konflikte durch zivilgesellschaftliche Akteure kommt.

Es ist zu berücksichtigen und darf nicht aus dem Auge verloren werden, dass die Neuen Bundesländer nicht nur eine andere Geschichte, sondern nach der Wende auch eine sehr eigene Entwicklung genommen haben. Voreilige Verallgemeinerungen aus der Perspektive eines Alten Bundeslandes können nicht nur dazu führen, zum Verständnis notwendige Differenzierungen abzublocken und somit gar nicht in Erscheinung treten zu lassen, sie können auch zu falschen Schlüssen führen, bis hin zu Stereotypisierungen – und wie bereits angedeutet – manchmal auch zum Vorwurf einer Kolonialisierung des Westens durch den Osten.

Im Folgenden blicken wir exemplarisch auf einige regionale Differenzierungen im Zeitverlauf in Cluster 1, um Unterschiede im Rahmen der regionalen Kontexte abzubilden.



Beispiel Cluster 1: Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt
Betrachtet man die Förderstruktur von *VIELFALT* dieses ausgewählten Clusters aus der vorliegenden Grafik des Jahres 2009, so ergibt sich für die Fördergebiete der Lokalen Aktionspläne und für die geförderten Modellprojekte bereits im Überblick ein differenziertes Bild.





Nimmt man die unberücksichtigten Interessenbekundungen der Lokalen Aktionspläne und der Modellprojekte hinzu, so gilt für

Berlin

36 abgelehnte Interessenbekundungen für Lokale Aktionspläne
78 abgelehnte Interessenbekundungen für Modellprojekte

Brandenburg

58 abgelehnte Interessenbekundungen für Lokale Aktionspläne
81 abgelehnte Interessenbekundungen für Modellprojekte

Mecklenburg Vorpommern

71 abgelehnte Interessenbekundungen für Lokale Aktionspläne
85 abgelehnte Interessenbekundungen für Modellprojekte

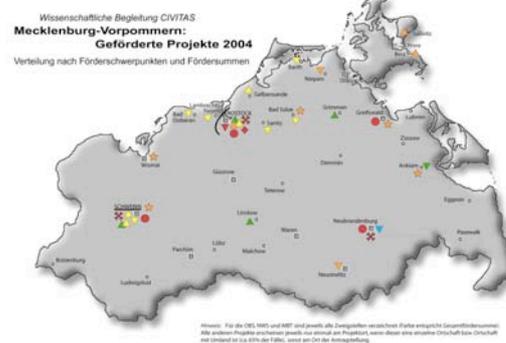
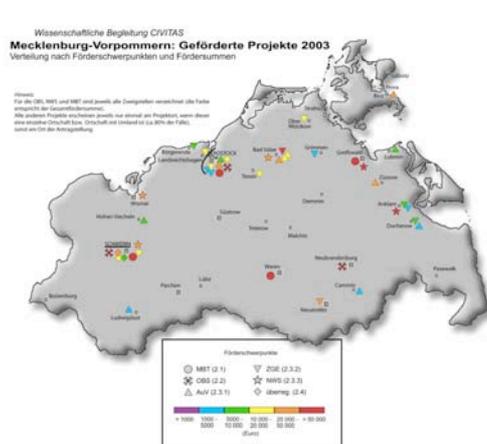
Sachsen-Anhalt

86 abgelehnte Interessenbekundungen für Lokale Aktionspläne
80 abgelehnte Interessenbekundungen für Modellprojekte.

Auffallend ist die große Anzahl eingereicherter Strukturprojekte in den Neuen Bundesländern. Dies verweist auf die Wichtigkeit weiterer Strukturbildungsmaßnahmen besonders bezogen auf die Vernetzungsstrukturen in den mehr ländlichen Bereichen. Folgerichtig wurden dann auch in Berlin mehr Modell- als Strukturprojekte beantragt, da hier die Infrastruktur im vormals Westlichen Teil Berlins weitaus ausgeprägter ist, als in den Neuen Bundesländern.

Hierzu ein Vergleich auf die Entwicklungen in **Mecklenburg-Vorpommern** und **Berlin** im Zeitverlauf der Vorläuferprogramme *CIVITAS*⁷⁹ und *entimon*. Die folgenden Grafiken zu *CIVITAS* sind den Evaluationsberichten von Lynen von Berg u. a. aus den jeweiligen Jahren entnommen.

⁷⁹ Die Grafiken zu *CIVITAS* sind den Evaluationsberichten von Lynen von Berg u.a. aus den jeweiligen Jahren entnommen.



In *Mecklenburg-Vorpommern* waren 2002 bis 2005 die Universitätsstadt Rostock und die Landeshauptstadt Schwerin Projektzentren. Ebenso waren auch an der Küste zwischen Stralsund und Anklam und an der Grenze zu Brandenburg einige Projekte angesiedelt, während in der strukturschwachen Mitte des Landes keine *CIVITAS* Projekte durchgeführt wurden. Die Anzahl der Projekte an der Grenze zu Brandenburg reduzierte sich von 2002 zu 2003 und nahm in den Folgejahren nicht wieder zu.

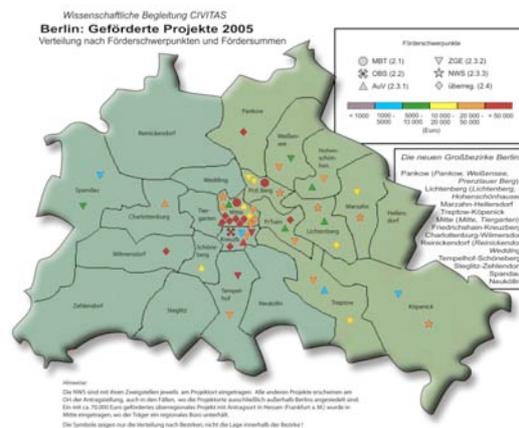
In den Jahren 2004 und 2005 wurden dann auch an der Küste zwischen Stralsund und Anklam deutlich weniger Projekte gefördert als noch 2003. Auf Rügen, wo 2004 noch zwei Projekte durch *CIVITAS* gefördert wurden, wurde die Förderung 2005 eingestellt. Nimmt man die Zahlen von *entimon* hinzu, so ist die diesem Zeitraum nur ein Projekt durch *entimon* hinzugekommen.

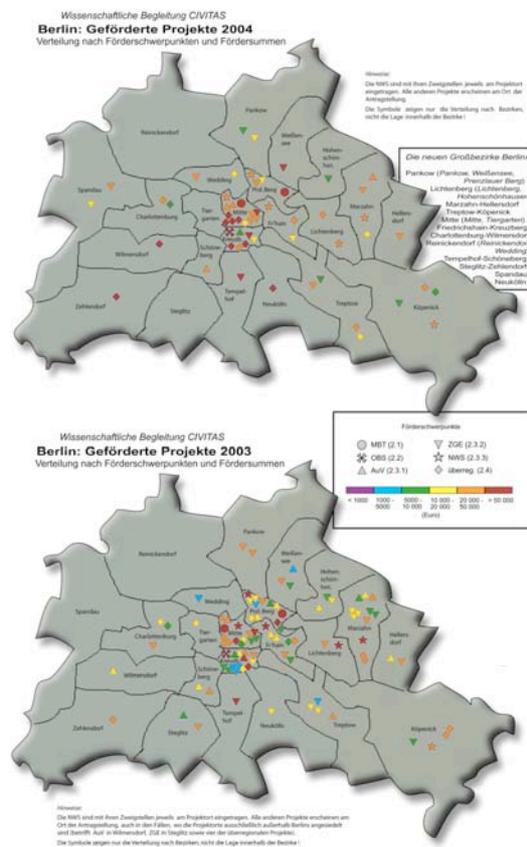


entimon Projekte in Mecklenburg-Vorpommern														
2001 ja	2001 nein	Ab. %	2002 ja	2002 nein	Abl. %	2003 ja	2003 nein	Abl. %	2005 ja	2005 nein	Abl. %	2006 ja	2006 nein	Abl. %
57	33	36,7	1	8	88,9	0	7	100	0	5	100	1	3	75,0

Im Jahr 2001 waren es noch 57 *entimon*-Projekte, dann im Jahr 2001 nur 1 Projekt, 2003 und 2005 nur Ablehnungen und 2006 noch einmal 1 Projekt. Im Blick auf diese Entwicklung wird am Beispiel von Mecklenburg-Vorpommern klar, welche Bedeutung der Abbruch oder die Beendigung eines jeglichen Struktur-Projektes für ein solches Bundesland hat, gerade auch wenn sich die Rechte Szene dort hat etablieren können.

Im Vergleichszeitraum hat sich in Berlin hingegen die folgende Struktur entwickelt:





Antragsteller aus Berlin erhielten 2003 über ein Drittel der gesamten Fördergelder, obwohl nur ein Viertel aller geförderten Projekte von Berliner Trägern durchgeführt wurde. Berliner Träger führten deutlich kostenintensivere Projekte durch, als Träger aus den übrigen Ländern. In *Berlin* ist eine auffällige Trägerhäufung in den Bezirken bzw. Stadtteilen Prenzlauer Berg, Mitte, Friedrichshain-Kreuzberg und Marzahn zu sehen, während in Stadtteilen wie z.B. Hohenschönhausen, Weißensee und Hellersdorf nur wenige Projekte gefördert wurden. Einige der Träger aus Berlin führten auch Projekte in anderen Bundesländern, besonders in Brandenburg, durch. Für *Berlin* ist 2004 eine Trägerhäufung in den Bezirken bzw. Stadtteilen Prenzlauer Berg, Mitte und Kreuzberg feststellen, während in Stadtteilen wie z.B. Hohenschönhausen, Weißensee und Hellersdorf wenige Projekte gefördert wurden. In Marzahn und Friedrichshain halbierte sich der Anteil der von dort beantragten Projekte und auch die Zahl der vom Bezirk Prenzlauer Berg aus beantragten Projekte hatte deutlich abgenommen. Nimmt man die Zahlen von *entimon* hinzu, dann wurden im Vergleichszeitraum noch 88 Projekte über *entimon* gefördert.



entimon Projekte in Berlin														
2001 ja	2001 nein	Ab. %	2002 ja	2002 nein	Abl. %	2003 ja	2003 nein	Abl. %	2005 ja	2005 nein	Abl. %	2006 ja	2006 nein	Abl. %
173	216	56	53	17	24	31	44	59	14	38	73	25	28	53

Aus diesem quantitativen Vergleich wird ersichtlich, dass allein in Berlin mehr als die doppelte Anzahl von Förderungen als in Mecklenburg Vorpommern erfolgt ist.

Dies könnte auf eine Schwierigkeit der Programmverantwortlichen verweisen, einerseits strukturfördernd wirksam sein zu sollen, zum anderen aber auf das Potential der Antragstellenden angewiesen zu sein, um dann daraus lediglich diejenigen Maßnahmen auswählen zu können, die den inhaltlichen Kriterien, aber auch den strukturellen und formalen Anforderungen der Programme entsprechen.

Anhand dieses Vergleiches wird die immer wieder beschriebene Schwierigkeit, aufgrund struktureller Probleme, in den ländlichen Regionen nur sehr langsam Fuß fassen zu können, besonders deutlich. Dies ist sicherlich im städtischen Bereich einfacher, worauf auch die niedrigeren Interessenbekundungen aus dem Berliner Raum zu Lokalen Aktionsplänen hindeuten.





5.2.2 Beobachtungen zu den Programmen

Bei den Aktionsprogrammen ging und geht es um

- Strategien zur Anregung präventiv wirksamer Bildungsprozesse;
- Strategien zur Unterstützung und Beratung von Gewalt- und Diskriminierungs-Opfern;
- Unterstützung zivilgesellschaftlich organisierter demokratischer Gegenkräfte;
- Strategien zur Ausbildung demokratischer und zivilgesellschaftlicher Strukturen und Netzwerke.

Diese Strategien wurden mit *AgAG* in den 90er Jahren und seit 2001 programmspezifisch unterschiedlich mit *CIVITAS* und *entimon* vorangetrieben und nun mit *VIELFALT* neu aufgelegt. Dabei haben die Programme in ihrer Abfolge einen Bogen gespannt vom Aufgreifen des Themas rechtsextremistischer Orientierungen bei Jugendlichen aus sozialpädagogischer Perspektive, über den Weg der Entwicklung von zivilgesellschaftlichen Strukturen mit breitem bildungspolitischem Anspruch, um sich nun mit *VIELFALT* erneut der direkten Arbeit bzw. Zusammenarbeit mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen vor Ort zuzuwenden und gleichzeitig die Vernetzung im sozialen Nahraum weiter auszudehnen, inzwischen jedoch auf qualitativ neuer Stufe und mit einem großen Fundus an verfügbaren Modellen und neu geschaffenen bundesweiten und landesweiten Vernetzungsstrukturen.

Alle Programme erheben für sich genommen den Anspruch auf Innovation durch die Entwicklung von Modellen bei gleichzeitiger Verbreiterung und Verstetigung des vorfindlichen zivilgesellschaftlichen Engagements im sozialen Nahraum. Es ging und geht um die Schaffung und Verstetigung neuer Querstrukturen, um die Innovationen aus den Modellen über diese neuen Strukturen dann wieder in die Gesellschaft einzuspeisen.

Analysiert man die Berichte und Evaluationen im Zeitverlauf, so lassen sich aber auch insgesamt Entwicklungslinien ausmachen in Bezug auf Ausrichtung und Schwerpunktsetzungen, einmal abgesehen von den üblicherweise immer wieder aufflammenden Streitpunkten bei Neuauflagen oder Nachjustierungen und/oder nach einem Regierungswechsel. Erkennbar ist ein logisches, gut durchdachtes Konstrukt, das in jeder neuen Programmphase auf den Erfahrungen der vorherigen aufbaut und Teile derjenigen



Inhalte und Strukturen weiterentwickeln will, welche nach Ansicht der neuen Programmverantwortlichen im Vorläuferprogramm jeweils zu wenig berücksichtigt gewesen sind. Um den strukturellen Programm-Verschiedenheiten Rechnung tragen zu können – zeitlich begrenzte Modelle auf der einen, dauerhaft zu etablierende Netze auf der anderen Seite – wurden im Programmverlaufszeitraum Parallelstrukturen entwickelt, welche Innovation, Verstetigung *und* zivilgesellschaftliche Entwicklung auf unterschiedlichen Ebenen gleichzeitig vorantreiben sollen. Doch dieser Konstruktion stehen widersprüchliche, miteinander konkurrierende und sich gegenseitig zum Teil aufhebende Alltags-Wirklichkeiten gegenüber, die allerdings gerade weil bzw. wenn sie nicht auflösbar sind, wiederum einen Motor für weitere Veränderungen und neue Entwicklungen abgeben können, dann, wenn auftretende Reibungspunkte nicht mehr zu übersehen bzw. zu übergehen sind und somit weitere Innovationen erforderlich machen.

Aus der Vielfalt dieser Reibungspunkte, die weniger in den Evaluations-Berichten, sondern mehr in der virtuellen Welt des Internet abgebildet und meist nur dort nachvollzogen werden kann, werden wir exemplarisch die folgenden Themenbereiche herausgreifen und auf der Folie der programmatischen Zielsetzungen von *VIELFALT* diskutieren.

- Die zeitliche, finanzielle und strukturelle Beschränkung und Begrenzung eines Bundesprogramms bei gleichzeitiger Strategie der intendierten Ausweitung auf möglichst viele zivilgesellschaftliche Akteure und bei der Verstetigung des bereits Erreichten.
- Die Beteiligungsmöglichkeiten von kleinen Trägern, besonders aber von Migrantenselbstorganisationen.
- Die Schwierigkeit, aufgrund regionaler Kontexte und konkreter Probleme vor Ort die gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen des rechtsextremistischen Denkens, und damit zusammenhängend, des zunehmenden Anti-Islamismus nicht aus dem Blick zu verlieren.



Verlorene Potenziale oder ungenutzte Ressourcen?

Beteiligungen an Bundesprogrammen durch Förderungen und finanzielle Hilfen sind begrenzt und an den jeweils zu erfüllenden Kriterienkatalog gebunden. Hieraus ergeben sich für *VIELFALT* offensichtlich nicht nur die bereits oben diskutierten Probleme in Bezug auf die gewünschte Verstetigung des Erreichten, sondern auch in Bezug auf die Ausdehnung der Programmideen auf möglichst viele zivilgesellschaftliche Akteure. Der Kreis der Engagierten für ein zivilgesellschaftliches Engagement soll sich vergrößern, das bereits vorhandene „Wir“-Gefühl gegen Extremismus, Ausgrenzung und Gewalt soll sich verbreitern und in der Öffentlichkeit noch präsenter, sichtbarer und wirksamer werden. Es geht den Programmverantwortlichen bei *VIELFALT* also auch darum, im Rahmen der Lokalen Aktionspläne Ideen zu entwickeln, wie und ggf. durch welche neuen Beteiligungsformen kleine Träger, aber auch Migrantenselbstorganisationen – die lange Jahre von zivilgesellschaftlichem Engagement der Mehrheitsgesellschaft ausgeschlossen waren – in größerem Umfang einbezogen werden können.

In der Vergangenheit hat sich – mit Hilfe der Vorläufer-Programme *AgAG*, *CIVITAS* und *entimon* – durch die Programmaktivitäten bereits ein Netzwerk gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit etablieren können, das in vielen Regionen, aber auch bundesweit, nicht mehr zu übersehen ist. In der Realität zeigt sich darüber hinaus, dass es eine Vielzahl kleiner Träger und Initiativen, die sich für diese Thematik ebenfalls engagieren, bisher jedoch nicht ausreichend mit dem über *VIELFALT* initiierten Netzwerk verknüpft werden konnten, da sie aus welchen Gründen auch immer de facto nicht als Projektträger im Programm gefördert werden konnten. Aus diesem Procedere bleiben sie daher weitgehend ausgeschlossen und agieren vornehmlich in eigenen, zufallsorganisierten Netzwerken. Bisher sind auch keine oder zu wenige Verknüpfungen zwischen Migrantenselbstorganisationen untereinander und mit den im Rahmen des Programms arbeitenden zivilgesellschaftlichen Akteuren sichtbar, obwohl die Mitglieder der Migrantenselbstorganisationen aufgrund ihrer Minderheitenstellung in der Gesellschaft auch Adressaten der im *VIELFALT*-Programm ausgewiesenen Thematiken sind. Hier sind noch reichliche Ressourcen vorhanden, die es zukünftig mehr zu nutzen gilt, um das bestehende Bündnis mit *VIELFALT* zu verbreitern.



Allein schon die zahlreich abgegebenen Interessenbekundungen verweisen auf das große Interesse zivilgesellschaftlicher Akteure an einer Beteiligung am Aufbau des Netzwerkes. Sie können von den Programmverantwortlichen jedoch nur teilweise, z.B. im Rahmen der Lokalen Aktionspläne einbezogen werden, da bisher keine Strukturen entwickelt worden sind, um die nicht berücksichtigten Interessenbekundungen in die Netzwerke einbinden zu können. Sind Anträge abgelehnt, fallen die Akteure aus dem Netzwerk wieder heraus oder kommen bei Erstanträgen erst einmal gar nicht in ein solches hinein.

Damit sind die Akteure für ein zivilgesellschaftliches Engagement aber keinesfalls verloren. Zwar ist die Motivation zur Abgabe einer Interessenbekundung vielfältig und hängt von verschiedenen Faktoren ab, eine Beteiligung an einem solchen Programm ohne Interesse am und Identifikation mit dem Thema ist jedoch selten. Dies wurde auch bei den durchgeführten Gesprächen mit vielen am Programm Teilnehmenden immer wieder deutlich. Das eigene Engagement war der wichtigste Impuls zur Abgabe einer Interessenbekundung. Hier konnte kein Pragmatismus gespürt werden. Auch gab es bei den Gesprächsteilnehmerinnen und -teilnehmern kaum Bereitschaft, in der Zukunft von der gewählten Aus- und Zielrichtung in ihrer Arbeit abzuweichen, wenn sich diese beispielsweise in neuen Programmphasen ändern würde oder man auf andere Förderprogramme ausweichen müsste. Dieses Engagement spiegelt sich auch eindeutig in den Interessenbekundungen wieder. Von daher ist es wichtig, nicht nur die bestehenden Projekte in ein Evaluationsprogramm einzubinden, sondern den Blick auch auf die nicht ausgewählten Interessenbekundungen zu werfen und zu analysieren, aus welchen Begründungen sich die Ablehnungen zusammensetzen. So können zum einen leicht ausräumbare Ablehnungsgründe aufgespürt und bessere Coachingstrategien entworfen, zum anderen kann gezielter überlegt werden, wie dieses unvernetzte Potential auf anderem Wege weiter zu binden ist, damit es für die Ausbreitung des Netzwerkes nicht wieder verloren geht.

Im Folgenden wird daher der Blick besonders auf die negativ beschiedenen Interessenbekundungen gerichtet. Diese Ablehnungen diskutieren wir nicht nur anhand der Gutachten, sondern auch auf der Folie unserer Gespräche mit zum Teil seit Jahren beteiligten, erfahrenen Akteuren, um Ideen zu einer breiteren Einbindung durch weitere mögliche Beteiligungsformen zu entwickeln. Grundlage sind dabei auf die zur Verfügung gestellten abgelehnten Interessenbekundungen der Programme *entimon* und *VIELFALT*.



Die Interessenbekundungen bei *entimon*

Bei *entimon* konnten im Jahr 2001 insgesamt 51 % der Interessenbekundungen nicht berücksichtigt werden. Im Jahr 2002 waren es 43 %, im Jahr 2003 sogar 68 %, in 2005 ebenfalls, und in 2006 waren es 54 % der jeweils eingereichten Interessenbekundungen. Die Ablehnungen erfolgten aufgrund unterschiedlicher Kriterien, die zum Teil einzeln, zum Teil kombiniert festgestellt wurden.

Zahlreiche Beantragungen,⁸⁰ die eine von **Kontinuität** bereits im Rahmen von *entimon* oder *CIVITAS* begonnener Arbeit **sichern** wollten, mussten aufgrund des Kriteriums „*Mangelnde oder fehlende Modellhaftigkeit*“ abgelehnt werden, wie die folgenden Statements aus den Gutachten zeigen:

„...Keine inhaltliche Weiterentwicklung ersichtlich...“
„...Modellcharakter nicht erkennbar...“
„...Nur Elemente von Modellcharakter...“
„...Bereits gefördert, keine Weiterentwicklung...“
„...Bedarf vorhanden, aber bereits gefördert...“
„...Angebot bereits in anderem Bundesland durchgeführt...“

Obwohl das Kriterium Kontinuität abstraktes Ziel der Programme ist, konnte es dennoch hier nicht zum Tragen kommen, da in dieser Projektphase ausschließlich nach neuen innovativen, „modellhaften“ Modellen, bezogen auf einen gesellschaftlichen Teilbereich, gesucht wurde.

Nicht wenige, als inhaltlich hervorragend beurteilte Projektideen wurden mit dem Ausdruck des Bedauerns abgelehnt, wobei die **ungenügende finanziellen Selbst- bzw. Fremdbeteiligung** immer wieder eine Rolle spielt:

„...„Das geplante Netzwerk ist als Modell sehr gut, gewährleistet auch Nachhaltigkeit – aber: Eigenmittel zu gering...“

⁸⁰ Die Auswertung erfolgt nicht auf Basis der Interessenbekundungen und zugehörigen Begutachtungen, sondern lediglich auf Grundlage der zusammenfassenden Bewertung der Gutachterinnen bzw. Gutachter und gibt daher lediglich eine grobe Einschätzung wieder.



Phasenweise wurden Projektideen nur ab einer bestimmten Größe gefördert, so dass auch aus diesem Grund gute Ideen nicht umgesetzt werden konnten:

„...geringe Höhe der beantragten Zuwendung...“

Oftmals erfolgten Ablehnungen wegen nicht ausreichend vorhandener Eigenmittel bzw. nicht ausreichend hinzugewonnener Fremdmittel:

„...Eigenanteil nur über Freistellungszeiten gesichert...“

„...(zusätzliche) Förderung nicht ausgeschlossen, aber nicht klar...“

Oder die Beschreibung zur **Nachhaltigkeit** des Modells erwies sich nicht als schlüssig:

„...Nachhaltigkeit nicht nachgewiesen...“

„...Nachhaltigkeit zu allgemein dargestellt...“

„...Nachhaltigkeit nach Auslaufen nicht nachvollziehbar...“

„...Perspektive nur verbal formuliert ‚beabsichtigt‘...“

Hier wurde nun das Kriterium Kontinuität wiederum ins Spiel gebracht, als eine von den Akteuren einzubringende Verantwortlichkeit im Hinblick auf die Etablierung nach Abschluss der Projektphase. Ein Tatbestand, das zuvor als Ablehnungskriterium bezüglich stattgefundener Finanzierungen in vorherigen Projektphasen galt.

Weitere Ablehnungen erfolgten, weil der Träger durch die Interessenbekundung eigentlich nur seine ohnehin betriebene **alltägliche Arbeit finanzieren lassen** wollte:

„...Ist alltägliche Arbeit des Trägers...“

„...Setzen die alltägliche Arbeit fort...“

Und ein großer Teil wurde wegen **ungenügender Antragsbearbeitung** bzw. wegen formaler Mängel abgelehnt:

„...Falsche Formularausfüllung...“

„...Sehr allgemeine Problembeschreibung...“

Erstaunlich viele Ablehnungen mussten aber auch deswegen erfolgen, weil die **Zielgruppe nicht klar** genug beschrieben worden war oder mit der geforderten Zielgruppe



nicht übereinstimmte, obwohl diese in den Projektvorhaben immer *expressis verbis* genannt wird:

„...Zielgruppe zu unkonkret benannt...“
„...Angaben zur Zielgruppe liegen nicht vor...“

Die hier exemplarisch aufgelisteten Ablehnungsgründe ließen sich noch beliebig fortsetzen.

Ein weiterer, recht häufig angeführter Ablehnungsgrund sollte hier noch besonders erwähnt werden: Die immer wieder festgestellten **mangelhaften bis fehlenden Partizipationsmöglichkeiten von Personen mit Migrationshintergrund** bei ihrer gleichzeitigen Benennung als Zielgruppe in der Interessenbekundung. Obwohl auffallend viele Anträge im Bereich des interkulturellen Themenspektrums angeboten wurden, waren keine bzw. kaum Kooperationen mit Migrantenselbstorganisationen geplant.

Dies wird verständlich, wenn der Blick auf die Inhalte der Beantragungen gerichtet wird. Sie haben sich zum Teil auf klassische **sozialarbeiterische Themen** konzentriert:

„...Benachteiligungen von Migrantinnen...“
„...Migrantinnen türkischer und arabischer Herkunft...“
„...Beratung für Eltern und Jugendliche arabischer Herkunft...“
„...Integrationswochen für Familien aus dem Asylbewerber-Übergangswohnheim...“
„...Orientierungskurse für Migrantinnen...“
„... straffällig gewordene Männer mit Migrationshintergrund ...“
„... Interkulturelle Partizipation ...“

Sie waren als ‚**Begegnungsprojekte**‘ konzipiert:

„...Zusammenführung von deutscher und nichtdeutscher Bevölkerung...“
„...Begegnungen mit Aussiedlern...“
„...interkulturelles Café...“
„...interkultureller Dialog...“

Es ging um **interkulturelle Trainings**:

„...interkulturelle Trainings...“
„...interkulturelle Integrationsarbeit...“



„...interkulturelle Trainings für Lehrkräfte...“

Es gab **dialogisch interreligiöse Projekte:**

„...Dialog der Religionen...“
„...christlich islamische Friedensarbeit...“
„...ökumenisches Migrationszentrum...“
„...interreligiöse Toleranz und Kompetenz...“
„...Kultur und Religion...“
„...interreligiöses Projekt...“
„...Biografie – Religion – Toleranz ein interreligiöses Projekt...“
„...Islam in Deutschland...“

Es gab sehr viele Angebote von **Schulen:**

„...interkulturelle Schulprojektwochen...“
„...multikulturelle Schülerzeitung...“
„...jüdische Jugendliche informieren nichtjüdische Jugendliche...“
„...Beratung für Eltern und Jugendliche arabischer Herkunft...“
„...Erprobung pädagogischer Konzepte zur Bekämpfung von Antisemitismus mit islamisch-arabischen Jugendlichen...“
„...Migrantenjugendliche und jüdische Jugendliche – Antisemitismuskonferenzen...“
„...Elternarbeit mit und ohne Migrationshintergrund...“
„...interkulturelle Gewaltprävention...“
„...Ausbildung von multi-ethnischen Peer Trainerinnen...“
„...antirassistische Projekttag...“

Angesichts der Tradition sozialarbeiterischer Tätigkeiten im Bereich der Migrationssozialberatung,⁸¹ des seit den 80er Jahren erfolgten Paradigmenwechsel von der Ausländerkinderpädagogik hin zu einer interkulturellen Pädagogik im Bereich von Regeleinrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe sowie in vorschulischen und schulischen Einrichtungen und der Debatte um die interkulturelle Öffnung der Sozialen Dienste seit Anfang der 90er Jahre⁸² verwundern diese Ausrichtungen. Sie sind insgesamt weniger als innovative Ideen sondern als sinnvolle Ergänzungen zu der stattfindenden Arbeit in den Regeleinrichtungen zu werten. Sie deuten gleichzeitig aber auch auf den Tatbestand, dass die soziale und sozialpädagogische Arbeit mit dem eingewanderten Personenkreis Jahrzehn-

⁸¹ Vgl. hierzu Eppenstein & Kiesel 2008.

⁸² Gaitanidis 1995



te lang als Parallelstruktur in den Sozialen Diensten stattgefunden hat.⁸³ Greifen andere Akteure dieses Thema auf, sind ihnen die bisherigen Ansätze oft nicht bekannt, folglich wird dann auch kaum an den bisherigen Erfahrungen der Migrationssozialarbeit und den dortigen interkulturellen sozialpädagogischen Ansätzen angesetzt. Hier ist eindeutig ein *Vernetzungsdefizit* zu konstatieren.

Die Interessenbekundungen können aber auch dahingehend gedeutet werden, dass die Beantragenden den Integrationsgedanken und die damit verbundene Anmahnung einer interkulturellen Öffnung der Mehrheitsgesellschaft sehr ernst nehmen. Sie geben vielleicht einen realistischen Querschnitt zum Stand des Wissens und der Auseinandersetzung mit interkulturellen Themenbereichen wieder. Sie sollten daher nicht an den Debatten um Interkulturalität gemessen werden, die in der ‚Ausländersozialarbeit‘ und der ‚Ausländerpädagogik‘ in den 80er Jahren des letzten Jahrhunderts begonnen wurde und heute in der interkulturellen Arbeit zu einer Auseinandersetzung um Diversity und Transkulturalität geführt hat. Dennoch ist es wichtig, darauf hinzuweisen, in welchem geringem Ausmaß offensichtlich eine Verzahnung der Debatten zwischen den Akteuren in Wissenschaft und Praxis stattgefunden hat. Das erklärt nicht zuletzt auch den Tatbestand, warum so wenige Kontakte zu Migrantenselbstorganisationen vorhanden sind.

Es wäre sicher lohnend gewesen, die Bereiche der inhaltlichen Ablehnungsbegründungen noch weiter aufzuschlüsseln und daraus weitergehende Schlussfolgerungen zu ziehen, doch die ausführlichen Gutachten hatten nicht vorgelegen.

Zusammenfassend lassen sich die Ablehnungen bei *entimon* jedoch grob in **inhaltliche**, **strukturelle** und **finanzielle** Begründungen kategorisieren.

Bei den **inhaltlichen Ablehnungen** waren teilweise hochinteressante Projekte zu finden, die jedoch nicht in die vorgegebenen Kriterien passten, da sie keine *neuen* innovativen Ideen vorwiesen. Doch soll hier auch nicht unerwähnt bleiben, dass sicher eine große Zahl von Interessenbekundungen inhaltlich tatsächlich die Messlatte nicht erreichte.

Ein anderer Punkt im Bereich der **strukturellen Probleme** waren diejenigen Träger, die bereits kontinuierlich zu den Themen arbeiten und sich eine Weiterfinanzierung erhofften, ein Problem, dass auch in den Gesprächen mit Akteuren der gegenwärtigen *VIELFALT-*

⁸³ S. zur Geschichte dieser Entwicklung Puskeppleit & Thränhardt 1990 und Filtzinger & Häring 1993.



Projekte immer wieder angesprochen wurde. Die Akteure wollen meist nicht nur die Arbeit in der Region vorantreiben, sondern sie müssen auch die Arbeit des eigenen Trägers sichern oder ausweiten. Wurde in den Interessenbekundungen der Fokus dabei nicht auf Innovation gelegt, war eine Finanzierung aufgrund der Programmkriterien trotz qualitativ hochwertiger Anträge dann nicht möglich. Auffallend ist bei den Ablehnungen allerdings, dass dies öfter vermerkt werden musste, dass entweder die Zielgruppe nicht klar gewesen sei oder eine ungenügende Antragsbearbeitung vorläge. Dies belegt, dass es gerade kleineren Trägern oder Migrantenselbstorganisationen offensichtlich immer wieder Schwierigkeiten bereitet, den Anforderungen einer formal und inhaltlich ausreichenden Antragstellung nachzukommen.

Die Interessenbekundungen bei VIELFALT

Auch bei *VIELFALT* ist die Quote der nicht berücksichtigten Interessenbekundungen hoch. Das betrifft die Anträge zu Lokalen Aktionsplänen ebenso wie die Anträge zu den Modellprojekten. Immerhin 70 % der eingereichten Vorhaben zu Lokalen Aktionsplänen und 83 % der Modellprojektpläne kamen nicht in die Förderung. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass 2007 eine Umstellung der Förderpraxis erfolgte. Bei den **Lokalen Aktionsplänen** sollten erst einmal nur 90 kommunale bzw. regionale Zusammenschlüsse unterstützt und gefördert werden, die offensichtlich eine bestimmte Wirkgröße bezogen auf die Einwohnerzahl in der jeweiligen Region vorzuweisen hatten. Bei den **Modellmaßnahmen** waren größere, langfristige Projekte – mit hoher Selbstbeteiligung – vorgesehen, die gezielt auf eines der vier Themencluster zugeschnitten sein mussten und dabei eines der dazu gehörigen Unterthemen zu bearbeiten hatten. Die Projekte hatten den Schwerpunkt auf methodische Fragen zu legen und mussten ko-finanziert sein, wobei das beantragte Vorhaben von der/den zuständigen Behörde(n) befürwortet und Aussagen zu Nachhaltigkeit und Weiterführungsperspektive gegeben sein mussten. Es waren also einige Hürden zu nehmen.

Die Ablehnungen erklären sich zum einen aufgrund der Begrenzungen in der Anzahl möglicher Bewilligungen, zum anderen lagen sie an der Nichterfüllung vorgegebener Förderungskriterien. Diese lassen sich ebenfalls wie schon zuvor bei *entimon* grob in **inhaltliche**, **strukturelle** und **finanzielle** Kategorien untergliedern, die zum Teil allein, zum Teil *in Kombination* aufgetreten sind. In der nachfolgenden Tabelle sind bei den



Prozentangaben zu den Ablehnungsgründen die schwerpunktmäßigen Nennungen aufgeführt.

VIELFALT Ablehnungsgründe der Modellprojekte						
Bundesländer	Projektförder- Anträge	Abgelehnte Anträge		Ablehnungsbegründung		
		n	%	inhaltlich %	strukturell %	finanziell %
Berlin	64	50	78	43	41	16
Brandenburg	26	21	81	66	24	10
Mecklenburg-Vorpommern	27	23	85	60	37	3
Sachsen	32	25	78	47	37	16
Sachsen-Anhalt	20	16	80	74	24	2
Thüringen	17	14	82	53	38	9
Neue Bundesländer	186	149	80	55	35	11
Baden-Württemberg	11	5	45	37	21	42
Bayern	27	25	93	60	35	5
Bremen	2	1	50	0	0	100
Hamburg	11	11	100	34	47	19
Hessen	13	10	77	54	34	12
Niedersachsen	24	22	92	64	27	9
Nordrhein-Westfalen	38	33	84	48	43	9
Rheinland-Pfalz	7	6	86	40	54	6
Saarland	5	4	80	30	70	0
Schleswig-Holstein	9	8	89	75	20	5
Alte Bundesländer	147	125	86	52	38	10
Länderübergreifend	26	0	0			
Insgesamt	359	274	76	53	36	11

Inhaltliche Ablehnungen wurden zum Teil begründet mit **festgestellter Weiterführung** von bisheriger, geförderter Projektarbeit des Antragstellers begründet:

- „...basiert nahezu komplett auf der Weiterführung (von entimon)...“
- „...keine genaue Abgrenzung zum Vorläuferprojekt...“
- „...ähneln zu einem großen Teil denen des entimon-Projektes aus 2003...“

Mit eingeschränkter oder **fehlender Modellhaftigkeit**:

- „...nicht modellhaft ... keine konzeptionelle Neuerung...“
- „...vielmehr geht es um klassische Antirassismuarbeit...“
- „...Modellcharakter des Vorhabens ist nicht nachvollziehbar...“
- „...Modellhaftigkeit ist nur eingeschränkt gegeben...“

Mit mangelnder Einbeziehung der geforderten bzw. Ausrichtung auf die falsche(n) **Zielgruppe(n)**. (Kommt sehr häufig vor.):

- „...Migranten/innen spielt keine gesonderte Rolle...“
- „...Migranten(selbst)organisationen werden nicht einbezogen...“
- „...Zusammenarbeit mit Migrantinnen und MSO's nicht dargestellt...“



„...Insbesondere wäre wichtig, konkreter dazulegen, wie speziell rechtsextremistisch gefährdete Jugendliche angesprochen und erreicht werden sollen...“
„...dass an der ZG vorbeigeplant, oder eine falsche ZG gewählt wurde...“
„...Konfusion herrscht auch bei der Zielgruppe...“
„...Da die IBK ... nicht die richtige Zielgruppe ... adressiert, kann einer Förderung nicht zugestimmt werden...“
„... die Zielgruppe entspricht nicht dem angegebenen Themencluster...“
„...Die Haupt-ZG ... entspricht nicht der Primär-ZG dieses Themenclusters...“

Mit nicht genügend durchdachter und ungenügend formulierter Antrag

(Kommt sehr häufig vor.):

„...wahrscheinlich ist mehr angedacht – dies wird aber nicht dargestellt...“
„...ein sympathisches Projekt, das aber in vielen Punkten (Drittmittel, Kooperationen, aber auch Teilen der pädagogischen Durchführung) noch vage ist...“
„...die pädagogische Umsetzung bleibt oft allgemein...“
„...die programmatische Leitidee der ‘Begegnung auf gleicher Augenhöhe’ und deren Reflexion [ist] expliziter zu konzipieren...“
„...**dass ein grundsätzlich sicher sinnvolles Projekt so mangelhaft begründet wird, ist schon fast tragisch zu nennen...**“
„...schlüssiger zu schildern, wie diese schwierige Zielgruppe, die besonderen Förderungsbedarf hat, in die technisch und inhaltlich ambitionierte Projektarbeit eingebunden [...] wird...“
„...das Projekt verfolgt eine grundsätzlich interessante Idee...“
„...Allerdings werden die Zielgruppen kaum einbezogen ... oder deren Einbindung nicht dargestellt...“

Bei **strukturell** begründeten Ablehnungsargumentationen wurde oft eine Antragstellung zur **Fortführung bestehender Arbeit** des Trägers bemängelt:

„...gehört zum festen Bestandteil der Arbeit des Trägers...“
„...klingt, als ob der Träger sein bestehendes Programm ausbauen wolle...“
„...Es handelt sich ... hierbei um die Förderung der Haupttätigkeit des Trägers...“
„...Maßnahme im Rahmen der bisherigen Arbeit des Trägers...“
„...Erweiterung bzw. Verstetigung von bestehenden Aktivitäten...“

Aber auch **formal nicht ausreichende** Antragstellung wird immer wieder festgestellt:

„... Schwierigkeiten bei der Formulierung des Formulars ...“
„...Weiterführungsperspektiven sind offen...“
„...beschreibt zwar einen konkreten Bedarf und bietet auch fachlich fundierte Lösungsansätze an, in der Organisation ... jedoch mangelhaft...“
„...Projekt-Angebot ist aus meiner Sicht in 4.2 falsch eingeordnet...“
„...kein Projekt ..., denn es geht um eine Aneinanderreihung von Einzelmaßnahmen ohne konkretes Ziel/Ergebnis...“



„... Projektvorhaben hat interessante Aspekte und ist ... sicherlich wichtig und sinnvoll. Allerdings bleiben wesentliche Fragen offen...“

Finanzielle Gründe betreffen den nicht aufgebrauchten Eigen- und Fremdmittelanteil:

„... keinerlei Aussagen zu möglicher Beteiligung von Kommune(n) ... oder anderen Drittmittelgebern nicht gegeben...“

„... Der Finanzplan ist nicht schlüssig...“

„... wenn die geplante Beantragung weiterer Fördermittel [...] erfolgreich ist...“

„... Der Anteil der Eigen- und Fremdmittel beträgt 13 %...“

„... Der Eigen- und Drittmittelanteil liegt weit unter 50%...“

„... wird wegen sehr geringen Anteils an Kofinanzierung (19,2%) abgelehnt...“

„... Anteil der Bundeszuwendungen läge bei 80%...“

Auffallend bei den Ablehnungen ist der vergleichsweise durchgängig geringe Anteil aufgrund **nicht ausreichender Kofinanzierung**. Hier zeigt sich, dass das Auffinden dieser Finanzierungen möglich ist, allerdings nur für einen eingeschränkten Trägerkreis. Aus den Gesprächen mit Projektbeteiligten wurde offensichtlich, dass hier die größte Hürde zu nehmen ist und auch der zeitaufwendigste Teil bei den Beantragungen liegt, insbesondere weil die Konkretisierung finanzieller Zusagen meist an zu kurzfristigen Terminen scheitert. Kleine Träger haben durch diese Auflage nur geringe Beteiligungschancen. Bei diesen finden eine Antragsstellung und Antragsbearbeitung in der Regel nebenbei oder ehrenamtlich statt. Der erhebliche bürokratische Aufwand muss von ihnen ohne Hilfe von ‚Antrags-Spezialisten‘ geleistet werden, wie sie in großen Verbänden mittlerweile institutionalisiert sind. Darüber hinaus ist eine Kofinanzierung ohne vorherige Lobbyarbeit kaum möglich, so dass die kleinen Initiativen und Träger auch hier im Nachteil sind. Soll ein Projekt gar länderübergreifend arbeiten, bedeutet die Erbringung der Kofinanzierung eine weitere Hürde, die noch schwieriger zu überwinden ist als bei regionalen oder lokalen Projekten. So haben vor allem große, spezialisierte Träger Erfolgsaussichten, da sie aufgrund des Vorhandenseins spezieller „Antragsabteilungen“ in der Lage sind, schnell und flexibel auf Ausschreibungen zu reagieren, qualifizierte Anträge ohne externe Hilfestellung formulieren können und gleichzeitig in der Region so gut verankert sind, dass es ihnen in kurzer Zeit gelingt, nicht nur eine Kofinanzierung aufzuspüren, sondern darüber hinaus auch die potentiellen Geldgeber vom Konzept zu überzeugen.

Auch die Entwicklung eines ‚Informations-Pools‘ über potentielle Förderungsmaßnahmen sowie deren Voraussetzungen und Bedingungen erfordert einen erheblichen Zeitaufwand. Die bei den Gesprächen anwesenden Vertreterinnen und Vertreter von Lokalen Aktionsplänen und Modellprojekten berichteten übereinstimmend, dass ihre Einrichtun-



gen über kein professionelles Informationsmanagement verfügen. Ressourcen für eine Marktbeobachtung in Sachen Förderprogramme sind nicht vorhanden. Informationen über Modellförderungen würden nicht systematisch gesammelt, dazu fehlen jedoch Personal und Zeit. Einige erhielten abonnierte Newsletter, andere bekamen eher zufällig Informationsmaterialien zugeschickt, da man irgendwie auf einen Verteiler „gerutscht“ sei. Entsprechend der thematischen Ausrichtung und der eigenen Bedarfslage werden Informationen sodann ausgewertet, in der Regel von denjenigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auf Projektstellen, die sich für die Ausschreibungen interessieren. Auch wurde deutlich – wie in den Interessenbekundungen auch immer wieder aufgeführt – dass die Akteure, die bereits an Modellprogrammen partizipiert haben, in der Regel dann auch diejenigen sind, die sich aufgrund ihrer „Antragsroutine“ nicht scheuen, die mühsame und zeitraubende Prozedur für weitere Antragsverfahren bei den neu aufgelegten Programmen auf sich zu nehmen.

„...Wir waren bereits im entimon-Programm, da war es für uns selbstverständlich, auch für VIELFALT eine Interessenbekundung abzugeben...“

Aus den Gesprächen wurde ersichtlich, dass die Informationsvermittlung von VIELFALT über Newsletter und Veranstaltungen als ausreichend empfunden wird. Hier scheint sich in den Jahren eine erfahrene Programm-Community gefunden zu haben, die durch die gemeinsame inhaltliche Arbeit vernetzt ist. Viele der heutigen geförderten Projekte können Erfahrungen aufgrund vorheriger Programmbeiträge vorweisen. Allerdings werden kleinere Träger und Migrantenorganisationen auf diesem Wege nicht erreicht. Für diese, meist sehr engagierten und effektiven Gruppen müssen andere Zugänge gefunden werden.

Eine **Förder- und Kofinanzierungs-Informations- und Vermittlungsstelle**, die nicht nur das vorhandene Know-How bündelt und gezielt weitergibt, sondern auch bei der Kontaktaufnahme behilflich ist, würde kleinere Träger nicht nur entlasten, sondern darüber hinaus auch das Zeitfenster zur inhaltlichen Erarbeitung der Beantragungen vergrößern helfen. Für die Akteure in Baden-Württemberg z.B. ist über eine **Finanzierungsplattform** eine solche Möglichkeit geschaffen worden,⁸⁴ die auf den aktuellsten Stand der Förderprogramme verweist und Kofinanzierungsmöglichkeiten aufzeigt und diese öffentlich nutzbar macht.

⁸⁴ Dieses Vorgehen wurde in Baden-Württemberg von der Jugendstiftung etabliert.



„...die kann jeder nutzen, auch kleine Jugendhilfeträger, die Plattform wird stets erweitert, alles wird neu eingepflegt und angepasst, alles wird aufgeführt, auch Anträge werden hinterlegt...“.

Bei den Kofinanzierungen gibt es allerdings immer wieder auch das bekannte Verfahren, keine echten Gelder bereitzustellen, sondern Personalanteile gegen zu rechnen. Dies wiederum ist nur großen Trägern möglich, kleine ehrenamtlich tätige Träger sind auf reale Finanzierungen angewiesen. Da mit dem Auslaufen eines Projektes meist auch die Arbeitsverträge der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter enden, können prekäre Situationen entstehen. Die Vergangenheit hat gezeigt, in welche großen Schwierigkeiten Träger kommen können, wenn z.B. Gelder zu neu bewilligten Projekten verspätet eintreffen, so dass Gehälter über drei bis sechs Monate vorfinanziert werden müssen. Kaum ein kleiner Träger kann dieses ökonomische Risiko eingehen.

Das Thema Probleme bei der Kofinanzierung ist somit vielfältig und nicht auf einfachem Wege zu lösen. Will man perspektivisch kleine Träger und Migrantenselbstorganisationen mehr in eine Förderung einbeziehen, müsste hier sicherlich neu nachgedacht und flexibler agiert werden. Oder es muss überlegt werden, welche anderen Beteiligungsformen möglich sind, um die offensichtlich vorhandenen Ressourcen nicht zu verlieren und auch die kleinen, problemnahen und damit oft effektiven Träger besser einbinden zu können.

Eine weitere Schwierigkeit im den finanziellen Bereich ergibt sich aus den geforderten Aussagen zur **Nachhaltigkeit** bereits bei Antragstellung des Projektes, da die Länder und Kommunen in Haushaltsjahren planen und erfahrungsgemäß lediglich für die geplante Projektzeit Gelder einstellen, und die Zukunftsplanungen damit immer auf tönernen Füßen stehen. Somit ist es von der Geschicktheit der Antragsteller abhängig, Ideen für die Zukunft bereits bei der Antragstellung plausibel darstellen zu können, und weniger von real vorhanden finanziellen Zusagen. Gerade in der gegenwärtig schwierigen ökonomischen Situation sollte mit der Illusion Schluss gemacht werden, dass Länder oder Kommunen geförderte Projekte nach Abschluss des Programms auch weiterhin übernehmen. Das Thema Nachhaltigkeit sollte anders und breiter gefasst werden, damit dieser Druck von den Antragstellern genommen wird.

Eine Schwierigkeit im Bereich der strukturellen Probleme betrifft die Einhaltung der **Fristen und Abgabetermine** von Ausarbeitungen an die Programmverantwortlichen. Die vorhandenen System- und Handlungslogiken in den institutionellen vorschulischen und



schulischen Bildungseinrichtungen sowie in der Kinder- und Jugendhilfe, aber auch in der Erwachsenenbildung lassen sich nicht einfach durchbrechen. Hier liegt eines der praktischen Probleme sozialräumlich orientierter zivilgesellschaftlicher Integrationsarbeit. Bundesmodellprojekte müssen sich in ihren Abläufen an Haushaltsjahren orientieren, Projekte mit allen Zielgruppen bis ins nachschulische Alter orientieren sich in ihren Abläufen am Schuljahrsverlauf, der ein anderer ist, als ein Haushaltsjahr. Gleiches gilt für die Bereiche der Schulsozialarbeit, der freien Kinder- und Jugendarbeit sowie der Elternarbeit im Rahmen von Erwachsenenbildungsinstituten und -initiativen. Fallen z.B. die engen Fristen und Abgabetermine für die Interessenbekundungen in die gängigen Urlaubszeiten hinein, dann fällt zwangsläufig ein Teil beantragungswilliger Akteure aus. Projektbewilligungen die sich in ihrer Realisierung nicht am vorgegebenen Schuljahres-Zeitschema orientieren können, haben nicht nur mit großen Problemen zu rechnen, es kommt sogar vor, dass sie aufgrund von entstandenen Zeitverzögerungen nach erfolgreicher Bewilligung dennoch zum Abbruch verurteilt sind.

Im Rahmen der Gespräche ist hinsichtlich der **Förderungskontinuität** ein Unterschied zwischen den Neuen und den Alten Bundesländern aufgefallen, der nicht unerheblich ist. Die Akteure in den Neuen Bundesländern sind noch immer in weitaus größerem Ausmaß als in den Alten Bundesländern auf eine kontinuierliche längerfristige Förderung angewiesen, um überhaupt an den Themenbereichen nachhaltig mitwirken zu können. Endet ein Projekt, ist es für die Projektbeteiligten in den Neuen Ländern in der Regel kaum möglich, andere Finanzierungen zu finden oder in Regeleinrichtungen übernommen zu werden, so dass die Gefahr eines Zusammenbrechens des Aufgebauten ohne eine kontinuierliche Förderung des Bestehenden in den Neuen Bundesländern weitaus größer als in den Alten Bundesländern ist, da bei letzteren mehr Möglichkeiten existieren, ggf. auch bei anderen Trägern an den Thematiken weiterzuarbeiten.

Für die kommenden Jahre bedarf es keiner großen Phantasie festzustellen, dass bedingt durch die herrschende Finanzkrise die Haushalte von Bund, Ländern und Kommunen in verstärktem Maß unter Druck geraten und ihre bisherigen Spielräume zunehmend verlieren. Die in den vergangenen Jahren mit *CIVITAS*, *entimon* und nun mit *VIELFALT* auf den Weg gebrachten Strukturen sind noch keineswegs von derart Festigkeit, dass eine eventuell zu befürchtende Kürzung der Fördermittel bzw. der Kofinanzierungsanteile das bisher Erreichte nach Meinung der Gesprächsteilnehmer nachhaltig auf Spiel setzt.



Partizipation – Beteiligung – und die transkulturelle Perspektive

Die Partizipation und/oder die Beteiligung von **Migrantenselbstorganisationen** bzw. die Partizipation von Personen mit Migrationshintergrund als Zielgruppe waren im Rahmen des *VIELFALT*-Programms besonders bei den Schwerpunktthemen „*Interkulturelles Lernen/Antirassistische Bildung*“ und „*Interreligiöses Lernen*“ sowie im Themenbereich „*Auseinandersetzung mit historischem und aktuellem Antisemitismus*“ und dem Unterthema „*Antisemitismus bei jugendlichen Migranten und Migrantinnen*“ erwartet worden. Verblüffenderweise war dies jedoch weder bei den bewilligten Projekten noch bei den abgelehnten Interessenbekundungen der Fall. Der überwiegende Anteil der abgelehnten Projektideen hinterließ sogar den Eindruck, als würde im Bereich der interkulturellen Bildungsarbeit Neuland betreten.

„...Unerfahrenheit im Umgang mit dem Thema...“
„...kein schlüssiges pädagogisches Konzept im Umgang mit interkulturellen Themen...“

Diesen Mangel hoben viele der Beurteilungen hervor und votierten gegen die vorgelegten Interessenbekundungen. Dies mag in Bezug auf die Anträge aus den Neuen Bundesländern nicht weiter verwunderlich erscheinen, beginnen diese Länder sich mit dem Thema doch zum Teil erst neu auseinanderzusetzen.

Beim Blick auf die Interessenbekundungen aus den Alten Bundesländern erstaunt immer wieder, dass auch nach über 50 Jahren Einwanderung offensichtlich noch immer derart wenige Kontakte zwischen Mehrheitsgesellschaft und den eingewanderten Gruppierungen bestehen. Selbst wenn Interkulturalität zum Thema gewählt wurde, waren bei den Anträgen kaum partizipative Konzepte zu finden. Wenn überhaupt, dann waren sie in den abgelehnten Projekten kleinerer Träger zu finden, die jedoch nicht aufgrund ihrer Konzeption, sondern überwiegend aufgrund mangelnder Kofinanzierung oder unqualifiziert ausgefüllter Anträge abgelehnt wurden.

Interkulturell ausgerichtete Themen wirken zum Teil sehr konstruiert und aufgesetzt und verweisen darauf, dass kein fundierter Zugang zur Verschiedenheit von Migrantenkulturen vorhanden ist. Meist sind die Anträge auf Dialog ausgerichtet und werfen Fragen an „*die Anderen*“ auf, die mit Hilfe pädagogisch-didaktischer Mittel bearbeitet werden sollen, um so zu einem angeblich besseren gegenseitigen Verständnis zu kommen.



Offensichtlich besteht hier ein Integrationsdefizit nicht so sehr bei den Migrantenorganisationen, sondern vielmehr bei vielen zivilgesellschaftlich tätigen und auch engagierten Akteuren, die sich – angesichts der Ernsthaftigkeit des Bundes, Integration umsetzen zu wollen – mit dem Thema erst jetzt auseinander zu setzen beginnen. Hier scheint ein Prozess nachgeholt zu werden, der in der Migrationssozialarbeit bereits in den 80er Jahren begonnen wurde, und der bis in die frühen 90er Jahre angedauert hat. In diesen Kreisen setzte man sich damals mit den Schwierigkeiten einer gesellschaftlichen Akzeptanz von Integrationsvorstellungen auseinander und diskutierte dabei in den Fachkreisen eingehend die Themen Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit, aber auch in den Initiativen der Ausländer- und Migrationssozialarbeit.⁸⁵ Diese Debatte wurde seit den Anschlägen des 11. September 2001 abgebrochen und ist einer erneuten Auseinandersetzung um Kulturdifferenz gewichen, diesmal mit dem besonderen Blick auf den erstarkenden Islamismus. Offensichtlich wird an der damaligen Debatte mit ihrer Konstatierung eines Integrationsdefizites seitens der Mehrheitsgesellschaft als einer Dominanzgesellschaft⁸⁶ jedoch nicht wieder angeknüpft, sondern nun in weiteren Teilen zivilgesellschaftlicher Akteure vom Inhalt her nachgeholt, jedoch ohne Rekurs auf die früheren Debatten.

Dadurch entsteht die paradoxe Situation, hochqualifizierte Anträge renommierter Vereine und Verbände – die noch an den seit Jahrzehnten abgelegten Debatten anknüpfen – ablehnen zu müssen, da die Kriterien der Programme heute bereits erheblich weiter sind, nämlich Konzepte hinein „in die Mitte“ zu platzieren und Themen aus der Mitte der Gesellschaft aufzunehmen, um die Modelle an ihnen zu erproben und zu vertiefen. Dies ist einerseits als ein positiver Prozess in die richtige Richtung zu werten, andererseits entgeht somit einer Reihe von engagierten Trägern auch die Chance, jahrzehntelange Erfahrungen weiterentwickeln zu können.

Können diese erfahrenen Träger nicht berücksichtigt werden, müssten die Interessenbekundungen zum Thema *interethnische Konflikte* dann folgerichtig auch die Sichtweise aus der Mitte der Gesellschaft abbilden, und einen (Teil-)Einblick in die Vorstellungen darüber geben, was hier als ein interethnischer Konflikt angesehen wird. Auffallend ist jedoch, dass bis auf wenige Ausnahmen überhaupt keine Konfliktfelder benannt werden.

⁸⁵ S. z.B. die Publikationen von Hoffmann, Even 1984; VIA 1985; Meulenbelt 1985; Institut für Migrations und Rassismusforschung 1992; Foitzik u.a. 1992; Leiprecht 1992; Hügel u.a. 1993; Nestvogel 1994, Institut für Sozialforschung 1994, Jäger 1994, Fuchs & Habinger 1996.

⁸⁶ S. z.B. die Texte von Rommelspacher 1995 und in Fortführung Rommelspacher 2002.



Vielmehr geht es um *Kommunikation und Begegnung* im interkulturellen Dialog:

- „...mit Einheimischen in Kontakt bringen...“
- „...Sensibilisierung für fremde Lebenssituationen durch Begegnung...“
- „...Entwicklung von interkulturellen Kompetenzen zwischen Einheimischen und Zugewanderten...“
- „...Bearbeitung des Verhältnisses von deutscher Mehrheits- und Romakultur...“
- „...Musical mit jungen Migranten und Flüchtlingen...“

Oder um interkulturell ausgerichtete *Soziale Arbeit*:

- „...Pflege älterer Menschen, besonders muslimischer Menschen...“
- „...Neuro-Training, damit sich junge männliche Migranten schneller von Erfahrungen erholen oder Konditionierungen aufgeben...“
- „...Ausbildung von Schlichtern, die sich in kulturellen Unterschieden auskennen
- „...verbesserte sexuelle Aufklärung...“
- „...Anonyme Beratung für türkische und kurdische Mädchen...“
- „...Ausbildung in integrationsfördernder interethnischer Kommunikationsfähigkeit...“
- „...Migranten als Opfer...“

Um *sozialpädagogische Konzepte* mit ausländischen und deutschen Jugendlichen:

- „...Fussball als Umgang mit interethnischen Konflikten...“
- “...erzählen und Verfassen der eigenen Geschichte...“
- „...Erlebnisreisen mit Jungen...“
- „...Schaffung von Ermöglichungsräumen...“
- „...Training zum Aggressionsabbau und Gruppenzusammenführung...“
- „...musikpädagogische Arbeit mit Jugendlichen...“
- „...gewaltfreie Kommunikation...“
- „...Wanderausstellung...“
- „...Jugendtheater...“
- „...Fussballturnier, Austauschprogramm und Fortbildung für Multiplikatoren...“

Bei den Interessenbekundungen sind keine Themen zu ethnischen Fragen angegeben oder zu den Konsequenzen einer zunehmend religiös geprägten und gelebten Alltagsstruktur von Muslimas und Muslimen in der Öffentlichkeit und den sich daraus ergebenden interethnischen Konflikten (z.B. unterschiedlicher Umgang in den Geschlechterbeziehungen, körperliche und geistige Hochleistungen während des Ramadan, Einhaltung von Gebetszeiten zu Erwerbsarbeitszeiten, Ablehnung in Schul- und Berufswelt aufgrund muslimischer Kleidung, Ablehnung des Baus von Gebetshäusern in Quartieren mit hohem muslimischem Bevölkerungsanteils, Akzeptanz bzw. Ablehnung von körperlicher Gewalt ...)



In den Anträgen werden keine rechtlichen Themen zu möglichen Konflikten und Konsequenzen aufgrund unterschiedlicher Staatsangehörigkeiten und der Differenzierung in EU- und Drittstaatausländerinnen und -ausländer aufgegriffen (z.B. verschiedene Staatsangehörigkeiten in einer Familie aufgrund der Veränderungen im Ausländergesetz und die Erlangung der deutschen Staatsangehörigkeit bei der Geburt; keine doppelte Staatsangehörigkeit bei Migrantinnen und Migranten; Entscheidung über die eigene Staatsangehörigkeit von Deutschen mit Migrationshintergrund nach der Volljährigkeit ...)

Nirgendwo wird in den Anträgen das Thema von Ausgrenzung in den Zusammenhang des Antidiskriminierungsgesetzes (AGG) gestellt.

Es sind keine Themen zu alltäglichen Schwierigkeiten des Zusammenlebens im Sozialen Nahraum in den Anträgen zu finden (Zentrierung von Familien mit Migrationshintergrund in Stadtvierteln mit ‚besonderem Entwicklungsbedarf‘ in ihrer Konsequenz und Anforderung für Kindergarten, Schule und Freizeiteinrichtungen, peer groups und Jugendliche gangs in ihren Aktivitäten im Stadtteil, Gewalt im Stadtteil ...)

Es gibt zu diesen Themen reichlich Gesprächs- und Handlungsbedarf, der es erforderlich macht, diesen Fragen nachzugehen und nach möglichen Lösungsansätzen zu suchen. Sind zivilgesellschaftliche Akteure vielleicht die falschen Adressaten zum Aufgreifen dieser Fragen, die doch für die Gesellschaft und für ein Zusammenleben in Vielfalt so wichtig sind?

Sicherlich ist es einfacher, ein Projekt zu konzipieren und durchzuführen, das mehr gegenseitiges Kennenlernen zum Ziel hat oder vorhandene Ressourcen aufgreift, um beratende und sozialarbeiterische Tätigkeiten zu übernehmen, als im sozialen Nahraum konfliktvoll aufbrechende Themen zu behandeln. Dennoch müssen die Konflikte dort bearbeitet werden, wo sie entstehen, und ihre besondere Ausweisung als ein eigener Themenbereich bei *VIELFALT* ist von den Programmverantwortlichen so gewollt. Umso erstaunlicher ist es, dass diese Chance durch das Bundesprogramm nicht bzw. kaum genutzt worden ist.

So sinnvoll es auch erscheint, das Hauptaugenmerk auf interethnische Konflikte zwischen Jugendlichen zu legen, und dabei auch die Jugendphase mit der Adoleszenz als



Krisenzeit, die alle Jugendliche betrifft, nicht außer acht zu lassen,⁸⁷ was nach Ansicht der Verfasser in den vergangenen Projektphasen zu sehr vernachlässigt worden ist, so wäre es aber gleichfalls für die weiteren Programmphasen wünschenswert, die genannten Konfliktfelder ebenfalls mehr zu berücksichtigen.

Anhand der oben beschriebenen vorfindlichen interethnischen Konflikte wäre modellhaft zu erproben, wie Problemlösungen gelingen können, d.h. wie sie zwischen unterschiedlichen ethnischen Gruppen mit verschiedenen kulturellen Hintergründen auf der Grundlage der Prinzipien einer liberalen Demokratie anzugehen sind und dabei gleichzeitig aufgrund der zugehörig geltenden demokratischen Spielregeln auch deren soziale Voraussetzungen reflektieren. Zivilgesellschaftliche Akteure sollten von den Programmverantwortlichen hierzu besonders ermutigt werden. Oder es sollte mit Hilfe der Kriterienauswahl gezielt nachgesteuert werden, um dieses Ziel zu erreichen.

Denn dass diese Problemlagen existieren, ist den Akteuren und Akteurinnen in den Lokalen Koordinierungsstellen bewusst. Im Rahmen einer Befragung der Evaluatoren zu *VIELFALT* gaben 54 % der Befragten an, dass Problemlagen vorhanden sind, die im *„Zusammenhang mit Erscheinungsformen ethnischer Segregation“* bestehen, wobei *Interkulturelle Integrationskonflikte bzw. Konfliktpotenziale* von 82 %, als häufigste Problemlage benannt wurden.⁸⁸ Bei den Ausprägungen wurden als häufigste Erscheinungsform *„Interkulturelle Integrationskonflikte bzw. Konfliktpotentiale“* ebenfalls mit 82 % benannt, gefolgt von *hohem Bevölkerungs-Anteil mit Migrationshintergrund* mit 47 % und *„Exklusiven Gesellungs- und/oder Organisationsformen von Menschen mit Migrationshintergrund“* zu 39 %. Letzteres deutet auf den hohen Anteil nicht erfolgter Vernetzungen von Migrantenselbstorganisationen im Sozialen Nahraum, was offensichtlich trotz beschriebener Konfliktpotenziale von den Akteuren nicht als Grund angesehen wurde, diese ggf. verstärkt in die Netzwerke einzubeziehen: Als Zielgruppen standen zivilgesellschaftliche Akteure mit insgesamt 82 Nennungen an 2. Stelle, wohingegen die Migrantenselbstorganisationen lediglich 6 Nennungen für sich vermerken konnten und dabei dann an 12. Stelle von insgesamt 13 genannten zu erreichenden Zielgruppen standen. Dieses Bild wandelt sich allerdings etwas, wenn der Blick auf die in den Begleitausschüssen

⁸⁷ 1. Jahresbericht zum Stand der Umsetzung der wissenschaftlichen Begleitung im Themencluster „Präventions- und Bildungsangebote in der Einwanderungsgesellschaft, 31.8.2008, S. 20.

⁸⁸ 1. Zwischenbericht zur Wissenschaftlichen Begleitung in Programmsäule 1: „Entwicklung integrierter lokaler Strategien“ (Lokale Aktionspläne) im Programm *VIELFALT TUT GUT*. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie, 2008: 33.



vertretenen Organisationen geblickt wird, die (bei möglichen Mehrfachnennungen) dann insgesamt doch auf 40 % der beteiligten Gruppierungen gekommen sind.

Direkte *interethnische Konflikte* wurden von 22 % angegeben, *Straf- und Gewalttaten* von Gruppen mit Migrationshintergrund 18 %, *Konflikte zwischen den Religionsgemeinschaften* mit 14 % und *Einschüchterungsversuche und Gewalthandeln durch (militante) Gruppen mit Migrationshintergrund* wurden mit 4 % benannt. Hier ist eindeutig ein Unterschied zu den Problemlagen vor Ort, in denen rechtsextremistische Erscheinungsformen vorherrschend sind. Hier benennen die Koordinatorinnen Straf- und Gewalttaten mit rechtsextremem Hintergrund zu 51 % sowie Einschüchterungsversuche und Gewalthandeln durch (militante) Rechte Gruppen mit 20 % der Antworten.

Insofern wird auch verständlich, wenn Regionen mit verstärkt rechtsextremistischen Erscheinungsformen den Blick nicht primär auf interkulturelle Themen richten. Dennoch wird hier auch hier ein Aufgreifen der in der Gesellschaft vorfindlichen interethnischen Konflikte notwendig werden, um sich diese Themen nicht aus der Hand zu nehmen lassen.



Angst vor Islamismus – Kein Thema für die Neuen Bundesländer?

Karl-Georg Ohse, Leiter des Regionalzentrums für demokratische Kultur Westmecklenburg, äußerte sich zu den Plänen der jetzigen Bundesregierung, künftig die Programme gegen Rechtsextremismus auch auf Linksextremismus und Islamismus auszuweiten, dass aus seiner Sicht die fachliche Qualität der Programme darunter leiden würde. *„Wie sollen die Träger denn plötzlich auch gegen Islamismus vorgehen? Islamismus spielt sich in eingegrenzten Milieus ab, die spezielle Kenntnisse erfordern. Hier spricht niemand arabisch. Aber auch auf einer anderen Ebene halte ich die Verquickung für problematisch. Denn die rechtsextreme Ideologie ist in Teilen der Gesellschaft anschlussfähig, was meines Erachtens weder beim Linksextremismus noch beim Islamismus der Fall ist. Mir sind keine fundamentalistisch geprägten Gruppen bekannt, die so eine Strahlkraft besitzen wie der Rechtsextremismus.“* Für ihn seien die jeweiligen antidemokratischen Strömungen unterschiedlich anschlussfähig, daher sollten sich die Träger auf *„eine der Herausforderungen spezialisieren können,“* sonst sei dies ein *„fachlicher Rückschritt.“* Des Weiteren müssten die Probleme regional ausgewogen gewichtet werden, je nach konkreter Problemlage. Und sein Fazit ist, dass sich der Islamismus in religiösen Milieus verbreite, die in Mecklenburg-Vorpommern so nicht vorhanden seien, sondern sich allenfalls in Großstädten entwickeln könne, *„ohne aber gesellschaftlich akzeptiert zu sein.“*⁸⁹

Diese sehr spezielle Sichtweise ist leider bei vielen zivilgesellschaftlichen Akteuren noch immer verbreitet. Dennoch stellt sich die Frage, ob interkulturelle Themen nicht aufgegriffen werden müssen. Und dazu gehört auch das Thema des Radikalen Islamismus als einer antidemokratischen Strömung, weil durch seine Existenz gezielt Ängste in der gesamten Bevölkerung geschürt werden. Es reicht nicht aus, zu denken, der Radikale Islamismus sei gesellschaftlich nicht akzeptiert, weshalb man sich primär nur mit denjenigen antidemokratischen Strömungen befassen müsse, die vor Ort präsent sind. Infratest dimap zufolge machen sich 36 Prozent der Bundesbürger *„große Sorgen“* über eine starke Ausbreitung des Islam in Deutschland. 39 Prozent haben ein wenig Sorge und lediglich 22 Prozent haben keine derartigen Befürchtungen.⁹⁰

Bei vielen Interessenbekundungen aus den Neuen Bundesländern fällt auf, dass sich mit den Themen *Interkulturalität* und *Interreligiöser Dialog*, wenn überhaupt, dann völlig neu beschäftigt werden wollte. Gerade hier wären bereits schon in der Vergangenheit bei

⁸⁹ Ohse 23.11.2009: <http://demokratie-mv.de/presse/52.html>

⁹⁰ Rath 2009



CIVITAS und *entimon* und gegenwärtig bei *VIELFALT* mehr gezielt ausgerichtete und innovative Projektideen möglich und nötig gewesen, denn für eine Region mit einem prozentual sehr niedrigen migrantischen Anteil von gerade mal 2,4 %⁹¹ können die bisherigen Erfahrungen aus den Alten Bundesländern mit einem Anteil von bis zu 11,6 % migrantischem Bevölkerungsanteil in den Flächenländern nicht einfach übernommen und kopiert werden. Angezeigt ist hier, eine eigene, auf die Region bezogene Form der Sensibilisierung für dieses Thema zu finden, denn die Notwendigkeit, aber auch der Nutzen einer Beschäftigung mit *Fremdheit* und mit *anderen Kulturen* ist für viele in den Neuen Bundesländern zunächst gar nicht einsichtig.

Die Sichtweise

„...brauchen wir nicht...“
„...wir haben andere Sorgen...“
„... warum sollen wir mit denen was machen, bei uns gibt's die doch gar nicht...“

war in unseren Gesprächen mit Akteuren und Akteurinnen aus den bewilligten Projekten in den Neuen Ländern, die den Blick primär auf das Thema Rechtsextremismus richten, daher auch vorherrschend.



Die rechte Szene sieht das offensichtlich ganz anders. So verzahnt die NPD in höchst effizienter Weise regionsbezogene Politik mit einer gezielten Propaganda in Bezug auf gesamtgesellschaftliche Themen. Kaum hatte beispielsweise die Debatte zum Volksentscheid über den Minarettbau an Moscheen in der Schweiz begonnen, wurde das Thema sofort von der NPD aufgegriffen

und als eine ‚Petition von Miriam K. aus B.‘ ins Leben gerufen auf den Homepages der Partei verbreitet, die bei jedem Landesverband wieder zu finden ist mit der Aufforderung: „Anti-Minarett-Kampagne: ‚Jetzt mitmachen!‘“⁹² Geschickt wird dabei die Zugehörigkeit zur islamischen Religionsgemeinschaft in Deutschland lebender Bevölkerungsteile mit der Debatte um den Radikalen Islamismus verknüpft.

⁹¹ Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder - 1.10. 2008

⁹² <http://www.npd.de/html/247/artikel/detail/1071/>



Am 29.11.2009 erfolgte die Volksabstimmung zum Bau von Minaretten an Moscheen in der Schweiz und bereits am 21.1.2010 ist bei *NPD aktuell* zu lesen: *„Islamisierung stoppen – Minarett-Verbot ins Grundgesetz!“* Beschrieben wird die Einbringung eines Antrages in den Sächsischen Landtag, der die Regierung dazu auffordern soll, sich auf Bundesebene für die Verankerung eines Minarett-Verbots im Grundgesetz einzusetzen, führte der NPD-Fraktionsvorsitzende Holger Apfel aus, die NPD wolle *„Im Gegensatz zu den selbsternannten ‚Islamverstehern‘ von CDU bis Linkspartei [...] nicht hinnehmen, daß sich der Islam bei uns ausbreitet, die Saat des Hasses streut und seinen Herrschaftsanspruch erhebt.“* Man wolle nicht *„das Plärren eines Muezzins, der vom Minarett seine Glaubenssoldaten in die Kasernen der muslimischen Landnahme ruft! Wir wollen keine Minarette, keine Moscheen, wir wollen keine Scharia und keinen politischen Islam. Über Deutschland darf weder der Halbmond noch der Davidstern wehen! Wir wollen, daß Deutschland wieder das Land der Deutschen wird!“*⁹³

Islamfeindlichkeit betrifft nicht nur die NPD, sie ist heute weit verbreitet und betrifft die rund 4 Millionen Muslime und Muslimas in Deutschland sehr konkret, eine Gruppierung, die mittlerweile 4 % der Gesamtbevölkerung im Land ausmacht und von der bereits 45 Prozent die deutsche Staatsangehörigkeit haben. Laut einer Studie des Bundesamtes für Migration bezeichnen sich davon 36 Prozent als *„stark gläubig,“* jeder Zweite als *„eher gläubig“*.⁹⁴ Für Heiner Bielefeld, Direktor des Instituts für Menschenrechte in Berlin, ist der *„harte Kern der Islamophobie [...] rassistisch.“*⁹⁵ Und der Interkulturelle Rat in Deutschland geht davon aus, dass die *„Islamfeindlichkeit [...] die gegenwärtig am meisten verbreitete Form von Rassismus“* ist,⁹⁶ wobei die Abneigung gegen Ausländer oder anders Aussehende nach Bielefeld heute gerne als Religionskritik ausgegeben wird, *„weil man hier bis in bürgerliche und linksliberale Kreise anschlussfähig ist.“*

Wenn keine interreligiösen und interkulturellen Debatten in den Neuen Bundesländern im Rahmen von *VIELFALT* geführt und keine Themen zu möglichen interethnischen Konflikten aufgegriffen werden, um an deren Beispielen Positionen zur Akzeptanz von *VIELFALT* zu erarbeiten, dann bleiben in diesen Regionen die im Land geführten Debatten einzig und allein den Rechten Gruppierungen für deren Propaganda überlassen und vorhandene Ängste in der Gesellschaft können von diesen geschickt ausgenutzt werden, um

⁹³ <http://www.npd.de/html/714/artikel/detail/1103/>

⁹⁴ Rath 2009.

⁹⁵ Rath 2009.

⁹⁶ Micksch 2009:7.



für die eigenen Interessen zu werben. Hier trifft dann zu, was Wilhelm Heitmeyer in seinem Vortrag während des Fachtages der Lokalen Aktionspläne über die Beeinflussung des Meinungsklimas durch Rechtsextreme ausgeführt hat, dass diese Parteien „*Normalisierungsgewinne*“ für sich gewinnen können, wenn Meinungsführende vor Ort nicht genügend für diese Themen sensibilisiert sind, um über tragfähige Anknüpfungspunkte das in der lokalen Gesellschaft meist stillschweigende Hinnehmen der Debatte schrittweise aufzubrechen.

Nach Ansicht der Verfasser beinhalten gerade die Themen zu interethnischen und religiösen Konflikten eine ganz besondere Chance zum Wecken von Aufmerksamkeit und Interesse in den Neuen Bundesländern, auf welche die zivilgesellschaftlichen Akteure fachlich gut vorbereitet sein müssen. Gerade weil aufgrund der historischen Entwicklung eine Auseinandersetzung mit Menschen anderer kultureller Hintergründe nicht stattgefunden hat. Zum anderen aber auch, weil das Thema Religion und Religiosität zu DDR-Zeiten einen anderen Stellenwert als in den Alten Bundesländern hatte und noch immer hat, muss das Thema des Umgangs mit religiösen Minderheiten auch bei den Akteuren in den Neuen Bundesländern im Rahmen von *VIELFALT* seinen Platz erhalten, wenn nicht zugelassen werden soll, dass es von den Rechten Gruppen in einer für die Gesellschaft nicht zu akzeptierenden Form adaptiert wird.



Netzwerkstrukturen: Verbindlichkeit vs. Unverbindlichkeit – Dilemma oder Chance?

In den Leitlinien des Programms *VIELFALT* wird großes Gewicht auf die Etablierung und Ausweitung von Netzwerken gelegt.

Wenn es um die verstärkte Einbeziehung von kleinen Trägern und Migrantenselbstorganisationen gehen soll, so muss der Blick auch auf die bereits vorhandenen Netzwerke geworfen werden, da nicht davon ausgegangen werden kann, dass es diesen Gruppierungen gelingen wird, ohne speziell für sie entwickelte Hilfestellungen, den Anforderungen zur Durchführung eines Modellprojektes zu genügen. Somit muss auch nach anderen Wegen gesucht werden, diese zivilgesellschaftlichen Akteure in das Programm einzubinden, um das Bündnis für *VIELFALT* weiter zu verbreitern und die ethnischen Communities damit zu verzahnen. Gleiches gilt für die bereits am Programm *VIELFALT* interessierten zivilgesellschaftlichen Akteure. Es ist den Evaluationen nicht zu entnehmen, ob und wenn ja welche Verzahnungen es in der Vergangenheit gegeben hat, um abgelehnte Bewerbungen so zu nutzen, dass die Antragsteller bei den Strukturentwicklungen zivilgesellschaftlichen Engagements in den Regionen in anderer Form weiter einbezogen werden konnten. Hier könnte ein großes Potential „auf der Strecke geblieben“ sein, das es unseres Erachtens aus strategisch-inhaltlicher Perspektive weiterhin einzubeziehen lohnt.

Das Netzwerken⁹⁷ ist ursprünglich gerade aus der Idee heraus entstanden, gegen hierarchische Strukturen einen neuen, *hierarchiefreien* Steuerungsweg zu eröffnen, der eine hohe Innovationskraft zulässt, indem sich die Akteure in Form von heterarchischen Strukturen organisieren, die quer zu den hierarchisch vorfindlichen kommunalen und regionalen Organisationsstrukturen stehen. Die Erfahrungen mit Netzwerkbildungen zivilgesellschaftlicher Akteure zeigen, dass im Rahmen solcher Strukturen die Chance besteht, auf eine andere, meist schnellere und effektivere Art zu arbeiten, als es kommunalen Stellen aufgrund ihrer institutionell starren Strukturen möglich ist. Ein erweiternder Einbezug von den durch Interessenbekundungen bekannten Akteuren könnte die Basis in den Regionen stärken. Ein solches Vorgehen hätte eine weitere stabilisierende Funktion und würde eine Verbreiterung des Bündnisses bedeuten.

⁹⁷ Vgl. hierzu Grotlüschen 2004.



Diese Idee birgt aber auch Probleme in sich, denn Netzwerke stoßen offensichtlich auch immer wieder an Grenzen. Sie bündeln zwar vorhandene Ressourcen, um Synergien zu erzielen, jedoch bleiben sie dabei immer auch ein permanent pulsierendes Konstrukt. Die Akteurinnen und Akteure aus unseren Gesprächen haben hierzu von vielfältigen Gründen berichtet, warum z.B. ursprünglich eingeplante Personen dem Netzwerk plötzlich nicht mehr zur Verfügung gestanden haben:

„...Die [...] machen da seit Januar nicht mehr mit, weil...“
„...Vor ein paar Jahren, da war noch die Initiative [...] dabei, die ist ausgestiegen, die haben das finanziell nicht mehr geregelt gekriegt...“
„...Mit [...] das war schon sehr gut mit denen, aber die sind jetzt nicht mehr im Programm drin...“
„...Die haben so lange auf die Bewilligung gewartet, so dass der [...], der das machen wollte, jetzt weg ist...“
„...[...] ist jetzt im Westen auf Arbeit.“
„...denen hat das gestunken mit den Berichten, andauernd, die wollten was tun, was arbeiten. Die machen jetzt ihr Projekt so, ohne Förderung, denen redet keiner mehr rein...“

Diese Erfahrungen werden in vielen Netzwerken gemacht, dass eingeplante Ressourcen plötzlich nicht mehr zur Verfügung stehen: Engagements entstehen, bleiben isoliert oder gliedern sich in bestehende Netzwerke ein; andere wiederum beenden ihre Arbeit in diesen oder setzen durch neue Mitarbeiter neue Prioritäten; Förderungen bewährter Projekte werden eingestellt und neue Projekte gefördert; lang erfahrene Mitglieder verlassen Projekte oder Initiativen aus den unterschiedlichsten Gründen, neue kommen hinzu und setzen andere Prioritäten. Zivilgesellschaftliches Engagement kann also weder verordnet werden, noch sind seine Strukturen dauerhaft verlässlich und von daher auch anfällig für häufigen Wandel.

VIELFALT hat diese problematischen Erfahrungen aufgegriffen. Die Netzwerke erhalten hier eine *neue Dimension*, indem die Aktivitäten im Rahmen eines Lokalen Aktionsplans nicht allein auf zivilgesellschaftliche Akteure beschränkt bleiben. Die Kommunen sind direkt in die Programm-Maßnahmen einbezogen, so dass eine unmittelbare Verknüpfung der strukturierteren kommunalen mit den eher fließenden zivilgesellschaftlichen Ressourcen erfolgt. Die Maßnahmen werden im Rahmen eines Lokalen Aktionsplans von Anfang gemeinsam und daher mit größerer Aussicht auf Kontinuität entwickelt. Das ist als ein Schritt in die richtige Richtung zu werten, bezogen auf die Planungen zur Versteti-



gung von Projektergebnissen seitens der beantragenden Akteure. Alle Beteiligten müssen sich bei dieser Art Lokaler Aktionspläne bewusst sein, dass man sich dabei auf organisatorischem Neuland bewegt. Die latente Gefahr mangelnder Verlässlichkeit haben die Akteure bei der Erstellung von Lokalen Aktionsplänen vor Ort immer mitzudenken. Es entwickelt sich zwar ein in sich lebendiges Konstrukt, das sich jedoch einer zentral-hierarchischen Steuerung immer wieder entziehen kann, da es als Gesamtnetzwerk aus individuellen Einheiten besteht.

Bei *VIELFALT* sind daher die Kommunen, Landkreise oder ein Zusammenschluss von Gebietskörperschaften als stabilisierendes Gerüst in die Hauptverantwortung genommen. Sie bilden ein „Ämternetzwerk,“ aus dem heraus mit Hilfe einer lokalen Koordinierungsstelle der zu erarbeitende Aktionsplan erstellt wird. Dies geschieht zwar unter „aktiver Beteiligung“ lokaler zivilgesellschaftlicher Akteure, verantwortlich wird der Plan jedoch vom Ämternetzwerk gezeichnet und von diesem jährlich fortgeschrieben. D.h. ein solches Ämternetzwerk fungiert zum einen als *Moderator* des sozialen Prozesses, es hat zum anderen aber auch die *Verantwortlichkeit* für diesen übernommen. Durch die Übernahme einer solchen Verantwortlichkeit entsteht aber wiederum eine hierarchische Struktur, die zwar einerseits die Kontinuität garantiert, andererseits aber die Beteiligung der Akteure „auf gleicher Augenhöhe“ zugunsten der Ämter verschiebt und somit dem herkömmlichen Netzwerkgedanken zivilgesellschaftlicher Akteure entgegensteht. Die sich hieraus entwickelnde hierarchische Schiefelage wurde von an den Gesprächen teilnehmenden Akteuren durchaus wahrgenommen und thematisiert, allerdings ohne selbst Lösungsideen parat zu haben.

Im Rahmen des *VIELFALT*-Programms haben Lokale Aktionspläne als Aufgabe, die „lokale Vernetzung und Kommunikationsstrukturen“ zu fördern und die gesellschaftlichen Akteure vor Ort in diese einzubinden. „Der lokale Aktionsplan verknüpft damit nachhaltig und zielorientiert wirksames Handeln auf lokaler Ebene mit konkreten zivilgesellschaftlichen Ansätzen und befördert ein breites Engagement der Bürgerinnen und Bürger,“⁹⁸ so die Vorstellungen der Programmverantwortlichen. Dem ersten Evaluationsbericht aus dem Berichtsjahr 2008 ist zu entnehmen, dass pro Lokalem Aktionsplan durchschnittlich bereits 11 Projekte gefördert werden, wobei ein Viertel, d.h. 26 % von freien Trägern der Jugendhilfe ohne Bindung an einen Wohlfahrtsverband durchgeführt werden. Mit Anbindung an einen Wohlfahrtsverband sind es 15 % und 12 % sind sonstige Vereine, die oft-

⁹⁸ Zielsetzungen LAPs Vielfalt.



mals nicht aus dem Jugendhilfebereich kommen.⁹⁹ Mehr als die Hälfte dieser Projekte ist untereinander vernetzt, 47 % kooperieren mit anderen Projekten aus dem jeweiligen Lokalen Aktionsplan, 61 % mit anderen Projekten aus dem Themenfeld, wobei es sich überwiegend um Regelangebote aus der Jugendhilfe handelt.¹⁰⁰

Hier könnte eine zusätzliche Vernetzung mit den vorhandenen Ressourcen abgelehnter Interessenbekundungen angestrebt werden. Doch nicht immer befinden sich Antragsteller einer innovativen Interessenbekundung, die z.B. aus formalen Gründen bedauernd abgelehnt werden mussten, im Umfeld eines Lokalen Aktionsplanes, und nur in seltenen Fällen werden Bekundungen so um- oder weiterbearbeitet, dass sie auch ohne eine Förderung weiter bestehen können. Dennoch lohnt es sich nicht nur für die Programmverantwortlichen, an dieser Idee weiterzudenken, sondern auch für die zivilgesellschaftlich Engagierten. Wie gefährlich es zum Teil sein kann, eigeninitiativ zu bleiben und zu handeln und nicht in ein breites, solidarisches Bündnis eingebunden zu sein, bezeugen die Beispiele engagierter Personen die sich als Einzelne in Dortmund gegen Rechte Aktivitäten zur Wehr gesetzt haben, und die als Folge nun Drohungen und tätlichen Angriffen ausgesetzt sind.¹⁰¹

Wenn von regionaler Netzworkebildung die Rede ist, deutet sich bei *VIelfALT* eine ein-dimensionale Orientierung an. Es wird in einer räumlichen Dimension gedacht, die sich aus den vorgegebenen Verwaltungsstrukturen in der Kommune ergibt und durch quantitative Größen begrenzt wird, indem die Reichweite eines Lokalen Aktionsplanes abstrakt durch die ihn umfassende Einwohnerzahl bemessen wird.¹⁰² Den Berichten zufolge sind Ende 2009 von den Lokalen Aktionsplänen 57 % in Fördergebieten mit einer Einwohnerzahl zwischen 10.000 und 500.000 Einwohner und Einwohnerinnen angesiedelt. 31 % arbeiten in Fördergebieten zwischen 20.000 und 100.000 Einwohnerinnen und Einwohner und bei 10 % sind es unter 20.000. Lediglich bei 2 % liegen die Fördergebiete bei einer Einwohner- und Einwohnerinnenzahl über 500.000. Doch welche Bedeutung haben diese räumlichen Zuordnungen? Zwar ist der „Raum“ des Lokalen Netzwerkes formal bestimmt, im Eigentlichen ist dieser aber sozial konstruiert. Er ergibt sich letztlich erst aus dem Handeln der Akteure, indem vorfindliche Gemeinschaften im sozialen Nahraum so

⁹⁹ Kurzfassung Jahresbericht Lokale Aktionspläne 2008:5.

¹⁰⁰ Ebenda.

¹⁰¹ Akyol 25.1.2010.

¹⁰² 1. Zwischenbericht 2008:29.



aktiviert werden, dass sie in der Region zu einem bestimmten Thema *noch weitere Akteure zur Beteiligung motivieren*.

Hier unterscheiden sich die sozialräumlichen Netzwerke in ihrer Verbindlichkeit von den Modellprojekten, denn bei letzteren können zumindest über Verträge festgelegte Verbindlichkeiten auf Zeit geschaffen werden. D.h. ein solches regionales Netzwerk ist zwar formal räumlich begrenzt, in sich aber beliebig erweiterbar, wenn die hierzu benötigten Strukturen gelegt sind. Es geht daher um die Konstruktion von *Sozialräumen*, die sich erst durch das Handeln von Akteuren konkretisieren und unter der Beteiligung von Kommunen und/oder Landkreisen in einem Lokalen Netzwerk mit den regionalen Verwaltungseinheiten verknüpfen.

Die Vernetzung der politischen und zivilgesellschaftlichen Akteure mit dem Ziel einer Bündelung von Ressourcen zu einer breiten partizipatorischen, basisbezogenen Integrationsarbeit ist dabei Chance und praktisches Problem zugleich. Die System- und Handlungslogiken, aber auch die vorgegebenen Zeitstrukturen der Schulen und vorschulischen Regeleinrichtungen oder von Trägern der freien Kinder- und Jugendhilfe sind zum Teil starr und lassen sich fast nicht einfach durchbrechen. Eine vom Verwaltungs- und dem Nachhaltigkeitsdenken her gedachte sinnvolle Struktur kann sich daher mit dem Denken in den Strukturen eines sozialen Nahraumes stoßen. Lokale Netzwerke sind in ihrem Aufbau von Aktionsplänen also erst einmal damit beschäftigt, die eigenen Strukturen und Handlungslogiken abzugleichen und aufeinander abzustimmen.

Akteure abgelehnter Interessensbekundungen aus der Region dann im Rahmen eines Lokalen Aktionsplanes zum Netzwerk mit hereinnehmen zu wollen, wäre sicherlich nicht sinnvoll, da die Ablehnungen nicht nur Aufgrund eines Überangebotes an Anträgen oder aufgrund mangelhafter Kofinanzierungsmöglichkeiten erfolgen. Sie sind auch inhaltlich, vor allem aber auch formal begründet und liegen zum großen Teil an unzureichend durchdachten Konzeptionen. Hier könnte aber an den Knotenpunkt „*Lokaler Aktionsplan*“ ein weiterer Knoten angedockt werden: eine neu zu schaffende „*Lokalen Qualifizierungsinitiative*.“

Man könnte darüber nachdenken, ob sich nicht durch die im Rahmen der Lokalen Aktionspläne entstehenden regionalen Netzwerke Möglichkeiten anbieten, weitere Querstrukturen zu legen, um potentielle Bewerber wie kleine Vereine und Migrantenselbstorganisationen, die aus den verschiedensten Gründen nicht in der Lage sind, För-



derungen für Modellprojekte zu erhalten, zusätzlich in das Programm *VIELFALT* einzubinden. Dies würde bedeuten, die Netzwerkidée der Lokalen Aktionspläne strukturell und inhaltlich zu erweitern.

Hier müsste dann von einer Bottom-up Strategie ausgegangen werden, indem jeweils eine verfeinerte Analyse abgelehnter Interessensbekundungen auf die Regionen heruntergebrochen wird. Es müsste ein intelligentes System entworfen werden, das die Ablehnungen analysiert, qualifiziert und in die Regionen zurückmeldet, so dass dort gezielt an den inhaltlichen und nachzuqualifizierenden Bedarfen angesetzt werden kann, um in Kooperation mit bereits beteiligten Akteuren der Lokalen Aktionspläne an den Bedarfen orientierte Coachingstrategien für diese zivilgesellschaftlichen Akteure zu entwerfen, und diese in den Rahmen der örtlichen Strukturen des Erwachsenenbildungsbereiches einzubetten. Dadurch würde nicht nur der außerschulische Bildungsbereich enger in das Netzwerk einbezogen, sondern gleichzeitig qualifizierende Strukturen gelegt, an denen abgelehnte, und bei entsprechenden Qualifizierungsprogrammen zukünftig auch Migrantenorganisationen partizipieren können.



Resümierende Beobachtungen zu den Programmen

AgAG, CIVITAS, entimon und VIELFALT verweisen im Verlauf ihrer jeweiligen Programmphasen zum einen auf inhaltliche Entwicklungen bezogen auf die Auseinandersetzung um *Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus* sowie auf die Entwicklung von *Vielfalt, Toleranz und Demokratie*. Zum anderen bilden die Akteure als die Programmdurchführenden auch einen Teil Entwicklungsdynamik beim *Zusammenwachsen der beiden Deutschen Staaten* ab. Die Auswahl der Themenschwerpunkte bildet die unterschiedliche Gewichtung in den Regionen des Landes ab. Die zum Teil sehr unterschiedlichen Herangehensweisen und Umsetzungsformen verweisen immer wieder auf verschiedene Traditionen einer Konfliktbearbeitung vor Ort. Der vorgenommene Rückblick auf den Programmentwicklungen seit AgAG verweist eindringlich die Bedeutung des Faktors *Zeit*, der notwendig ist, bis Entwicklung überhaupt stattfinden kann, und dessen Dauer meist unterschätzt wird.

Alle Programme sind in ihren Ansätzen gleichzeitig strategie- und strukturfördernd. Umgesetzt wird jede einzelne Programmphase jedoch durch eigene Schwerpunktsetzungen, die in ein jeweils eigenes in sich schlüssiges Konzept gegossen sind.

AgAG

Bezogen auf das Konzept

Im Rahmen des AgAG-Programms wurde in den Neuen Bundesländern eine zweifache Zielsetzung anvisiert: einerseits fand eine lebenswelt- und lebenslagen-orientierte Arbeit mit Jugendlichen vor Ort statt; andererseits ging es um den unbedingt notwendigen strukturellen Aufbau der Jugendhilfe in den Neuen Bundesländern.

Bezogen auf die Adressaten

Bei AgAG wurde von noch nicht verfestigten Einstellungen der Jugendlichen ausgegangen. Normabweichungen bis hin zu kriminellen Verhalten wurden als Spezifikum des Übergangs- und Experimentierstadiums in der Jugendphase interpretiert und die Programme darauf ausgerichtet.

Bezogen auf die Erfolge

Bedauerlicherweise wurden aufgrund des Abbruchs bzw. der Beendigung des AgAG-Programms kaum Untersuchungen zu Einstellungen bzw. zum Einstellungswandel der am Programm beteiligten Jugendlichen durchgeführt. Deshalb ist auch nicht ersichtlich, ob es sich bei den Einstellungen der an den Projekten beteiligten Mädchen und Jungen bereits um verfestigte „*politische Motive*“ gehandelt hat, oder ob auch weiche, noch ver-



änderbare Einstellungen vorfindbar waren, die auf die Angemessenheit des gewählten Ansatzes verwiesen hätten. Im Rückblick wird mit der Beendigung von AgAG ein Bruch bzw. eine folgenschwere Lücke in der Programmabfolge sichtbar. Es entstand ein zeitliches Vakuum, aber auch ein konzeptioneller Stillstand in Bezug auf einen subjektorientierten, lebensweltbezogenen Ansatz.

Bezogen auf den Ansatz

Aufgrund des Paradigmenwechsels nach AgAG im Folgeprogramm CIVITAS wurde die kontroverse Diskussion um den „akzeptierenden“ Ansatz ohne Bezug auf seine folgende Weiterentwicklung statt auf der fachlichen lediglich auf der politischen Ebene geführt.

CIVITAS

Bezogen auf das Konzept

CIVITAS verfolgte ebenfalls den Strukturausbau in den Neuen Bundesländern. Hier war die Ortsbezogenheit wichtig, diesmal mit dem Schwerpunkt auf Netzwirkbildung und Stärkung zivilgesellschaftlicher Akteure. Es ging um die Überwindung der traditionell vorhandenen Trennung zwischen zivilgesellschaftlichem Engagement und professionellen Tätigkeiten, mit dem Ziel einer Stärkung zivilgesellschaftlicher Kompetenzen durch sozialraumorientierte Lernprozesse.

Bezogen auf die Adressaten

Bei CIVITAS stand nicht die Akteursebene rechtsextrem orientierter Handlungen im Vordergrund, sondern die Opferperspektive mit der Ausrichtung auf ein zivilgesellschaftliches Engagement. Gegen Ende der Projektphase werden jedoch erste Fragen laut, ob nicht neben einer Stärkung zivilgesellschaftlicher Kompetenz auch wieder Ansätze eines subjektorientierten Ansatzes aufgegriffen werden müssen, mit Maßnahmen, die sich gezielt an gefährdete Jugendliche richten.

Bezogen auf die Erfolge

Innovative Erfolge sind bei CIVITAS nicht zu übersehen. Opferberatungsstellen und Netzwerkstellen legten Querstrukturen, die bis heute offensichtlich mit Erfolg an den verkrusteten hierarchischen Versäulungen herkömmlicher Trägerstrukturen rütteln. Neu ist die Übertragung von herkömmlich professionellen, in den Tätigkeitsbereich von Regelstrukturen hineinreichenden Aufgaben auf zivilgesellschaftliche Akteure, um zivilgesellschaftliche Kompetenzen zu betonen und funktionale Arbeitsteilungen zu überwinden.



Bezogen auf den Ansatz

In den Evaluationen zu *CIVITAS* bleibt das Thema, wie sich zivilgesellschaftliche und professionelle Bearbeitungslogiken und Strukturen konkret zueinander verhalten, noch unbearbeitet. Auch die für die Erfolgswirksamkeit wichtige Frage, ob sich diese sinnvoll ergänzen bzw. ineinander verzahnen können, bleibt weitgehend offen gelassen.

entimon

Bezogen auf das Konzept

Bei *entimon* ging es im Rahmen politischer Bildung um zeitgemäße und praxisorientierte Wissensvermittlung sowie um die Etablierung nachhaltiger jugendgerechter Strukturen vor Ort in Form von *interdisziplinären* Netzwerken für Menschenrechte und gegen jegliche Formen von Diskriminierung.

Bezogen auf die Adressaten

Zielgruppe von *entimon* – wie bereits bei *AgAG* in den Neuen Bundesländern – waren bundesweit junge Menschen und dabei insbesondere bildungsferne und ggf. gewaltbereite sowie rechtsextremistisch gefährdete Jugendliche, aber auch Migrantinnen und Migranten. Zeitgleich wurden Konzeptionen für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren und Elternprogramme entworfen.

Bezogen auf die Erfolge

Die zur Programmphase von *entimon* parallel verlaufene politische Debatte zu Einwanderung und Integration wird im Rahmen der Projekte zu partizipativen Ansätzen umgearbeitet, die meist auf der Ebene von *Begegnung* umgesetzt werden, und über lokale Netzwerke wird kommunales Engagement von zivilgesellschaftlichen Akteure angestoßen. Defizite werden wiederum aufgrund einer mangelhaften Einbeziehung auffälliger, rechtsorientierter und/oder gewaltbereiter männlicher Jugendlicher benannt, da dies nur Trägern mit spezifischer Praxiserfahrung gelungen sei.

Bezogen auf den Ansatz

Bei *entimon* hat die Entwicklung von Ansätzen des interkulturellen und transkulturellen Denkens besondere Bedeutung. Verzahnungen mit der Auseinandersetzung zu rechtsextremem Gedankengut finden kaum statt. Beide Ansätze vertiefen in dieser Phase ihre jeweilige Fachlichkeit und ihre pädagogisch-didaktische Kompetenz. Für die Zukunft wird aufsuchende Arbeit durch Familienbesuche, Streetwork oder im Rahmen mobiler Angebote als unabdingbare Voraussetzung zum stärkeren Einbezug der Adressatengruppe gesehen.



VIELFALT

Bezogen auf das Konzept

Das Konzept von *VIELFALT* verbindet den bisherigen zivilgesellschaftlichen mit einem wieder erstarkten zielgruppenorientierten Ansatz. Es geht weiterhin – wie bei *entimon* – um die Stärkung der Grundwerte in der Zivilgesellschaft und die Vermittlung von Werten zu Toleranz und Demokratie im Rahmen präventiver bildungspolitischer Arbeit.

Bezogen auf die Zielgruppe

Zielgruppe sind bei *VIELFALT* junge Menschen. Diese differenzieren sich in die Gruppe der Jugendlichen aus bildungsfernen Milieus mit Affinität zu Fremdenfeindlichkeit und hat die Gruppe der rechtsextremistisch gefährdeten Jugendlichen verstärkt im Blick, aber auch Migrantinnen und Migranten. Hinzu kommen auch Kinder und jüngere Jugendliche, sowie Eltern und Professionelle Pädagogen und Multiplikatoren.

Bezogen auf die Erfolge

Interessant ist die neue Dimension des Netzwerkgedankens mit der Verknüpfung von kommunalen und zivilgesellschaftlichen Ressourcen. Hieran lohnt es sich, weiter zu beobachten und ggf. weiter zu denken, wie Migrantenselbstorganisationen durch speziell für sie entworfene Einbindungsstrukturen vermehrt beteiligt werden können.

Bezogen auf den Ansatz

Der Ansatz von *VIELFALT* ist wieder im präventiv-pädagogischen Bereich angesiedelt und an Bewusstseinsbildung und langfristigen Wirkeffekten ausgerichtet, kehrt also zurück zu einer lebenswelt- und lebenslagenorientierten Arbeit. Der Kampf gegen rechte Ideologien verzahnt sich bisher noch nicht mit der Debatte um aktuelle interethnische Konflikte, obwohl diese von rechten Gruppierungen bereits aufgegriffen und erfolgreich umgesetzt werden. Hieran muss weitergedacht werden.

Programmkritiken

Bei der Durchsicht der Evaluationen zu den Programmen fällt auf, dass sich mehr mit einer Legitimation der Interventionsprogramme beschäftigt wurde und weniger mit den Planungs- und Optimierungsaufgaben,¹⁰³ so dass sich die Methodenprobleme mit den Legitimationsproblemen zum Teil verkoppelt haben.¹⁰⁴ Expertisen nehmen eine kritische Haltung gegenüber der Gesamtkonzeption der Programme ein, basierend aber nur auf

¹⁰³ Vgl. hierzu Palloks 2007.

¹⁰⁴ Palloks 2007:20.



regionalen Analysen.¹⁰⁵ Quantitative Datensammlungen sind beschreibend und verzahnen sich inhaltlich nicht mit den regional sehr differenzierten qualitativen Analysen. Evaluationsergebnisse präsentieren sich – vermischt mit indirekten politischen Stellungnahmen – immer wieder zu kritischen Setzungen, die zum Teil an den Zielsetzungen der Programmgestalter vorbei argumentieren.¹⁰⁶

Immer wieder geraten die Bundesprogramme ins Kreuzfeuer öffentlicher Kritik. Aufgrund parteipolitischer Interessen werden die Strategien der in den Programmphasen Verantwortlichen kritisiert und verworfen. Hierzu wurden die Programm-Evaluatoren zum Teil instrumentalisiert.¹⁰⁷ Das gemeinsame Ziel hat hier leider mehr entzweit als geeint. Ein Netz kann nur entstehen, wenn es verantwortlich und gemeinsam geknüpft wird. In der Rückschau wurden jedoch die Programmverantwortlichen mehr für die immer wieder gesuchten und vorgefundenen Schwachstellen verantwortlich gemacht und damit gleichzeitig die Akteure vor Ort unter Druck gesetzt. Der erwünschte „*Aufstand der Anständigen*“ verkehrte sich hier zum Teil in eine öffentliche Programmschelte, die dem Ziel der Programme sicherlich nicht dienlich war.

¹⁰⁵ So beklagt z.B. Roth eine „randständige“ wissenschaftliche Begleitung, Evaluation und Wirkungsanalyse in seiner Expertise aus dem Jahr 2003, die sich dann auch merklich auf seine eigene Expertise „durchschlägt“ und von daher stark geprägt ist, von seinen eigenen Evaluationserfahrungen, begrenzt auf Sachsen-Anhalt. Roth 2003:15.

¹⁰⁶ Z.B. Roth 2003.

¹⁰⁷ Vgl. hierzu die Debatten um die Analysen und Evaluationen von Rommelspacher, Roth und Lynen von Berg.



5.2.3 Beteiligung von Akteursgruppen

Trägerstrukturen sozialen und zivilgesellschaftlichen Engagements im Osten und Westen

Die Trägerstruktur sozialen und zivilgesellschaftlichen Engagements in Deutschland ist insgesamt in Bewegung geraten. Wir haben es auf verschiedenen Ebenen mit einer Neuordnung des Sozialen und einem strukturellen Umbau zu tun, hin zu einer Aktivgesellschaft mit mehr Bürgerbeteiligung im zivilgesellschaftlichen Bereich.¹⁰⁸ Hinzu kommt, dass im Zuge der deutsch-deutschen Einigung und der Europäisierung auch strukturelle Angleichungen vorgenommen werden. Die traditionelle Aufgabenteilung öffentlicher und freier Träger im Bereich sozialarbeiterischer und sozialpädagogischer Aufgaben, basierend auf dem Subsidiaritätsprinzip, differenziert sich und beginnt sich neu zu ordnen. Der Bereich der Kinder- und Jugendhilfe gliedert sich mittlerweile – entsprechend den föderalen Strukturen – in öffentliche und private und Letztere in privat-gemeinnützige *und* privat-gewerbliche Träger. Kleine private Träger und Initiativen, Stiftungen und Vereine sind als zivilgesellschaftliche Akteure ein nicht mehr wegzudenkender Faktor und auf allen sozialen und bildenden Tätigkeitsfeldern zu einem wahrnehmbaren Wettbewerber für die etablierten großen Wohlfahrts-Verbände geworden.

Zudem hat die Ökonomisierung im sozial- und jugendpolitischen Bereich dazu beigetragen, dass die historisch gewachsene Übernahme sozialer und sozialpädagogischer Aufgaben seitens der großen Wohlfahrtsverbände nicht mehr ganz selbstverständlich ist. Kleinere Träger können aufgrund flacherer Hierarchien in aller Regel schneller, flexibler und meist auch effizienter agieren als die großen Verbände. Sie sind damit in der Lage, die Anforderungen an ein nachweisbar produktives und ökonomisch sinnvolles Qualitätsmanagement bei der Antragstellung nachzuweisen. Die in der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW) zusammengeschlossenen Verbände befinden sich daher zunehmend in einem Konkurrenzkampf um die in der Gesellschaft zu erbringenden Dienstleistungen und sind aufgrund geringer werdender Finanzen in der Regelförderung immer mehr darauf angewiesen, auch an den verschiedenen Programmen zu zivilgesellschaftlichem Engagement zu partizipieren.

¹⁰⁸ Lessenich 2009.



Beispiele hierzu sind auch den vorliegenden Evaluationen der Bundesprogramme zu entnehmen. Seit den CIVITAS-Leitlinien aus dem Jahr 2002 ist vorgesehen, dass eine Förderung der Projekte *grundsätzlich* nur als eine Teilfinanzierung erfolgen soll. Der beantragende Träger hatte seitdem zumindest einen Teil der Projektkosten entweder durch Eigenmittel oder durch andere Fördermittel aufzubringen. Nur in „*Ausnahmefällen*“ wurde noch eine Vollfinanzierung bewilligt, und zwar dann, „*wenn die Erfüllung des Zwecks in dem notwendigen Umfang nur bei Übernahme sämtlicher zuwendungsfähiger Ausgaben*“ gewährleistet werden konnte.¹⁰⁹ Aufgrund dieser verschärften Anforderungen an die Antragsteller reduzierte sich die Vollfinanzierungsquote der CIVITAS-Projekte von 2002 auf 2003 um 4,5 Prozent. Bei dennoch gewährten Vollfinanzierungen waren erstaunlicherweise nicht etwa die kleinen Träger auf eine Vollfinanzierung angewiesen waren. Nur 29 oder 45 % der vollfinanzierten Projekte waren von lokalen Vereinen und Initiativen beantragt worden. Der Rest der Träger bestand aus großen, überregional oder zumindest regional agierenden Vereinen und Verbänden, einer Gewerkschaft, gemeinnützigen GmbHs, Stiftungen und einigen öffentlichen Einrichtungen. Die gängige Vorstellung, größere Träger hätten weniger Schwierigkeiten als die kleineren, ihren Eigenanteil an neuen Projekten zu finanzieren, scheint offensichtlich nicht mehr der Realität zu entsprechen, es sei denn, es werden Umschichtungen des Personals und entsprechende inhaltliche Umwidmungen ihrer Tätigkeiten vorgenommen. Um Projektanforderungen zu erfüllen werden diese dann als Eigenanteile eingesetzt und bewertet.

Die tatsächlichen oder vermeintlichen Sicherheiten historisch gewachsener ‚Bevorzugungen‘ weichen den Unsicherheiten der Marktmechanismen, da heute zwischen mehr Anbietern ausgewählt werden kann. Dabei zählen in der Bewertung eben nicht mehr allein die „Marken“-Namen der großen, etablierten Anbieter als allgemeine Garantie für die Qualität der Produkte. Heute ist es vielmehr die Qualität der angebotenen Produkte selbst, die in fachlicher und ökonomischer Perspektive den Bewertungskriterien bei der Vergabe von Fördermitteln standhalten muss. Klare Zielformulierung, Planung und Steuerung, Qualitätsmanagement sowie betriebswirtschaftliches Denken gehören zu den allgemein üblichen fachlichen Standards in Bezug auf die Umsetzung jedes innovativen Denkansatzes.

Es ist also auch eine Frage der politischen Strategie, ob sich die Versäulungen – wie sie in Deutschland historisch gewachsen sind – im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfe

¹⁰⁹ CIVITAS-Leitlinien 2002: 10-11; CIVITAS-Leitlinien 2003: 11



künftig strukturell weiter behaupten werden, oder ob gegengesteuert und mehr auf kooperative Netzwerkmodelle gesetzt wird, mit neuen Quer-Strukturen (Mehrgenerationenhäuser, niedrigschwellige Familienbildungszentren, Vorschulische Einrichtungen für unter 3jährige, Ganztagschule als Lebensraum, um nur einige zu nennen), die das historisch gewachsene Verhältnis der öffentlichen und freien Träger aufbrechen und in Bewegung bringen. Diese Entwicklungen gilt es im Blick zu behalten, wenn es um zukünftige Akteure zivilgesellschaftlichen Engagements geht, die sich mit öffentlichen Trägern und Institutionen zu vernetzen haben. So interessant und effektiv diese neuen Entwicklungen auch sind, darf dennoch nicht verhehlt werden, dass es bei der Fördermittelvergabe sowohl für die Gutachter als auch die sonst beteiligten Institutionen nicht immer einfach sein wird, die Beurteilung dieser neuen Strukturen adäquat vorzunehmen. Im Neuland fehlen bisher halt noch die etablierten Wegmarken.

Integration und zivilgesellschaftliche Teilhabe der ausländischen Minderheiten

Auffällig ist im Zusammenhang mit der stärkeren Beachtung der sich neu entwickelnden zivilgesellschaftlichen Strukturen auch, dass Migrantenselbstorganisationen mehr in den Blick genommen werden, allerdings bisher noch ohne deren sichtbare Einbeziehung. Hier scheinen sich die Integrationsstrategien auf Bundes- und Landesebene nur langsam zu konkretisieren, was auch an der bisherigen Nichtbeteiligung oder weit unterdurchschnittlichen Beteiligung an den Programmen ersichtlich wird, und das obwohl Inhalte und Ausrichtungen der Bundes-Programme *entimon* und *VIELFALT* die Interessen dieser Organisationen augenscheinlich betreffen.

Die bisher vorliegenden Studien zu Organisationsgrad und Organisationsstruktur des eingewanderten Bevölkerungsteils sind meist aus der Perspektive der Entwicklung von Zuwanderung in die BRD beschrieben und lassen die Situation in den Neuen Bundesländern außer Acht, meist mit der Begründung, ihr Anteil sei dort vergleichsweise gering. Migrantische Initiativen und Vereine unterscheiden sich aber in wesentlichen Punkten nicht nur von der herkömmlichen deutschen Vereinskultur, sie sind auch in den Neuen und Alten Bundesländern sehr unterschiedlich zusammengesetzt und organisiert. Ohne ihre historischen Entwicklungen – basierend auf der unterschiedlichen Ausländerpolitik der beiden damaligen deutschen Staaten – sind sie nicht zu verstehen. Sollen die Einwanderergruppierungen verstärkt in zivilgesellschaftliches Engagement einbezogen wer-

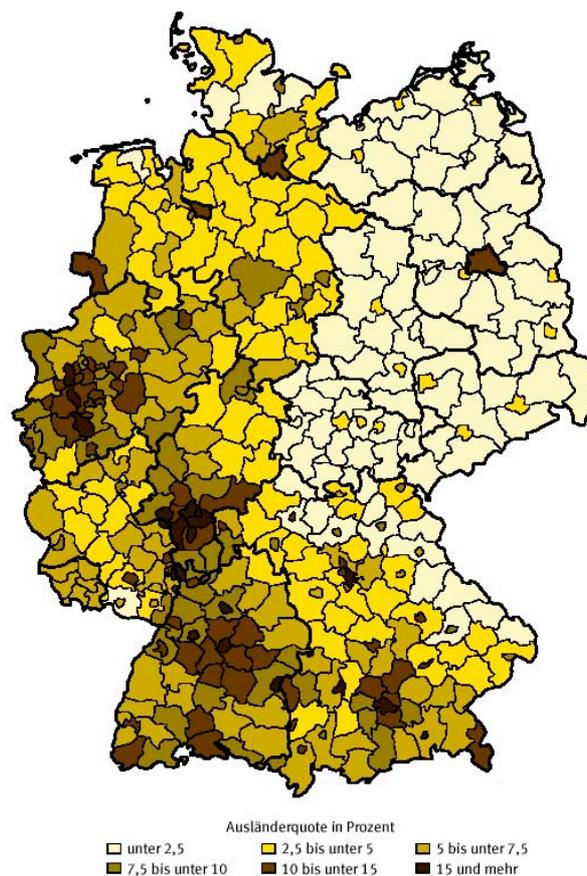


den, müssen diese Unterschiede bekannt und benannt sein, um zielführende Beteiligungs-Strategien erfolgreich planen zu können.

Bevölkerungsanteile der Migranten im Osten und Westen

Von erheblicher Bedeutung ist die unterschiedliche Verteilung der ausländischen Wohnbevölkerung auf die Bundesländer, sowohl in quantitativer Hinsicht, als auch in Bezug auf die Verteilung nach Herkunftsländern, was aus den nachfolgenden Tabellen und Diagrammen ersichtlich ist.

Anteil der ausländischen Wohnbevölkerung an der Gesamtbevölkerung¹¹⁰



¹¹⁰ Quelle: Statistisches Bundesamt 31.12.2008.



Wie nicht anders zu erwarten, ist eine starke Häufung in den industriellen Ballungsgebieten der Alten Bundesländer zu verzeichnen mit den Schwerpunkten Rhein-Ruhr, Rhein-Main und Rhein-Neckar.

Ausländische Wohnbevölkerung in den Bundesländern 2008 ¹¹¹			
Bundesland	Bevölkerung insgesamt	Ausländische Bevölkerung insgesamt	in %
Neue Bundesländer + Berlin			
Mecklenburg-Vorpommern (MV)	1.670.234	39.487	2,4
Berlin (BE)	3.426.354	480.555	14,0
Brandenburg (BR)	2.528.100	65.085	2,6
Sachsen (SN)	4.200.111	114.895	2,7
Sachsen-Anhalt (ST)	2.392.664	44.474	1,9
Thüringen (TH)	2.274.338	46.924	2,1
Alte Bundesländer			
Bayern (BY)	12.521.176	1.269.337	9,4
Baden-Württemberg (BW)	10.751.115	1.271.492	11,8
Bremen (HB)	661.322	84.537	12,8
Hamburg (HH)	1.772.463	248.973	14,1
Hessen (HE)	6.071.489	681.486	11,2
Niedersachsen (NI)	7.959.117	533.411	6,7
Nordrhein-Westfalen (NW)	17.993.647	1.906.081	10,6
Rheinland-Pfalz (RP)	4.037.185	315.345	7,8
Saarland (SL)	1.032.833	86.538	8,4
Schleswig-Holstein (SH)	2.836.386	149.395	5,3
Deutschland	82.098.534	7.246.558	8,8

In der folgenden Tabelle werden die Alten und die Neuen Bundesländer einander gegenübergestellt, wobei wie bei den Bundesprogrammen üblich Berlin den Neuen Bundesländern zugerechnet ist. Sehr deutlich ist der mit **4,8%** recht niedrige Anteil in den Neuen Bundesländern im Vergleich zu den Alten Bundesländern, mit einem Anteil mehr als doppelt so hohen Anteil von **9,8%**.

¹¹¹ Quelle: Statistisches Bundesamt 2008.



Neue und alte Bundesländer nach Migrantenanteil 2008				
	Bevölkerung	Ausländische Bevölkerung		je 1.000
		Insgesamt	in %	
Neue Bundesländer <u>mit</u> Berlin	16.491.801	791.420	4,8	48,0
Alte Bundesländer	65.606.733	6.455.138	9,8	98,4
Deutschland	82.098.534	7.246.558	8,8	88,3

Wenn Berlin jedoch, wie in der folgenden Tabelle dargestellt, zu den Alten Bundesländern gerechnet wird, wofür nicht wenige Gründe sprechen, dann vermindert sich der Migrantenanteil der Neuen Bundesländer exakt um die Hälfte auf **2,4 %**. Dieser minimale Migrantenanteil hat natürlich erhebliche Bedeutung bei der Einschätzung der Bundesprogramme mit Migrantenthematik in den Neuen Bundesländern. Gleichzeitig wirft er aber auch ein bezeichnendes Licht auf die Effizienz der Propaganda Rechter Gruppierungen und deren Mobilisierungsfähigkeit zu deren sogenannter „*Ausländerproblematik*“.

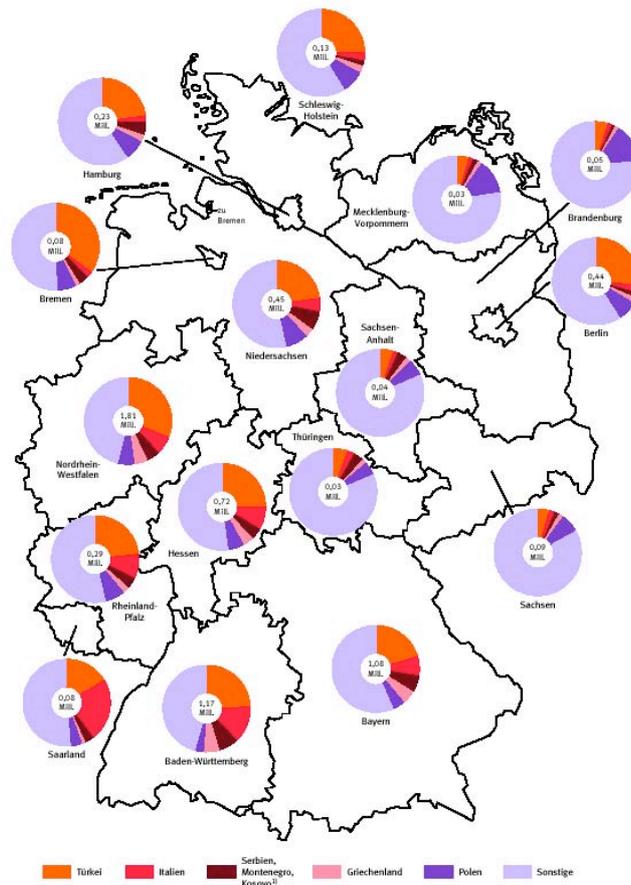
Neue und alte Bundesländer nach Migrantenanteil 2008				
	Bevölkerung	Ausländische Bevölkerung		je 1.000
		Insgesamt	in %	
Neue Bundesländer	13.065.447	310.865	2,4	23,8
Alte Bundesländer <u>mit</u> Berlin	69.033.087	6.935.693	10,1	100,5
Deutschland	82.098.534	7.246.558	8,8	88,3

Die überwiegende Mehrzahl der qualitativen Studien zu Migrationsfragen bezieht sich auf die Alten Bundesländer. Aufgrund der quantitativ geringen Verteilung werden die ostdeutschen Bundesländer in die allgemeine Debatte um Migration und Zuwanderung meist nicht einbezogen, sondern allenfalls als Besonderheit am Rande vermerkt oder im Ländervergleich insgesamt als eine einheitliche Ländergruppe betrachtet.¹¹²

¹¹² Z.B. Riesen 2009:9.



Um die 10 % Marke und bereits an die 15 % Marke nähern sich Berlin, Nordrhein-Westfalen, Hessen, Baden-Württemberg, Bayern und Hamburg, wobei es sich offensichtlich um Menschen mit nicht-deutschem Pass handelt. Denn die aktuellen Zahlen zu Bevölkerung mit Migrationshintergrund gehen von einer anderen Situation aus. In diesen Regionen haben sich überwiegend Menschen aus den ehemaligen Anwerbeländern – aus den Zeiten der Anwerbeverträge der BRD bis zum Jahr 1973 – angesiedelt.

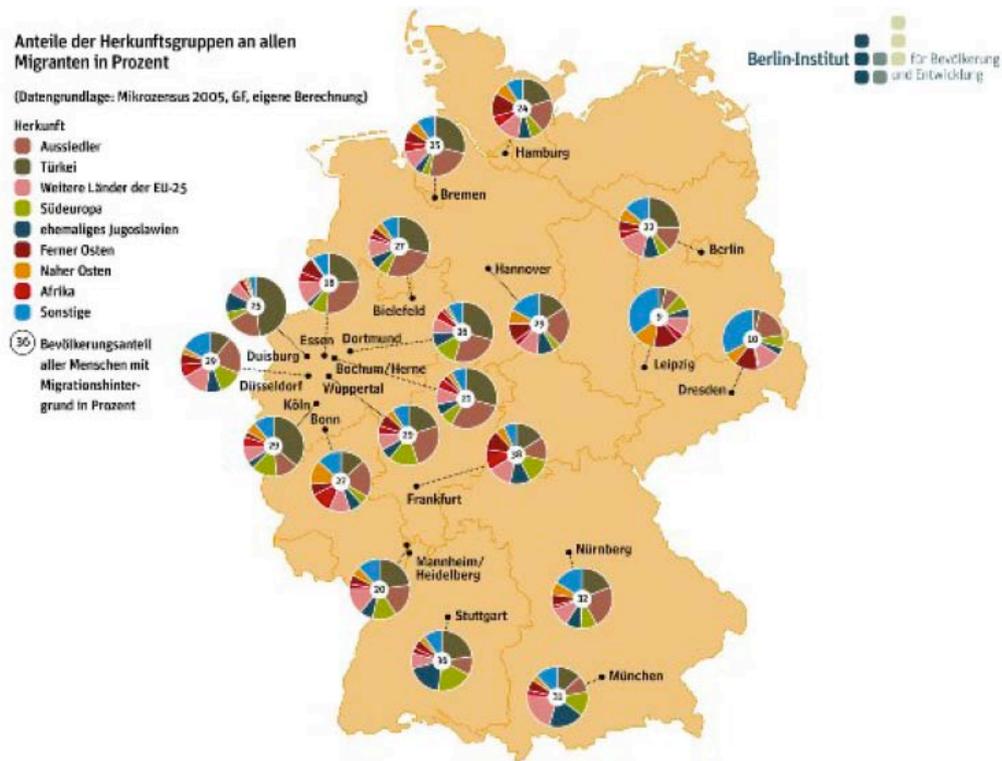


Quelle: Statistisches Bundesamt, 2008

Der überwiegende Teil der Bevölkerungsgruppe mit Migrationshintergrund lebt in den großen Städten und deren Umland. Zum Teil konzentriert er sich zudem noch auf bestimmte Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – von den Medien als ‘soziale Brennpunkte’ bezeichnet – woraus sich in den Städten soziale und ethnische Segregationen ergeben haben.



Herkunftsländer der Migranten im Osten und im Westen



Quelle: Berlin Institut für Bevölkerung und Entwicklung.

In den Neuen Bundesländern leben in Sachsen-Anhalt 1,9 %, 2,6 % in Brandenburg, 2,1 % in Thüringen und 2,8 % in Sachsen Menschen mit Migrationshintergrund. Es gibt keine ausgeprägten ethnischen Ballungszentren, aber Konzentrationen, da, wie in den Alten Bundesländern auch, viele Zuwanderer in den Städten leben. Nach der Wende wurden Zuwanderer auch in ländlichen Gegenden in kleineren Ballungszentren untergebracht, wodurch sich auch dort gewisse Konzentrationen ergeben haben. Es existieren aber auch Landkreise, in denen keine Personen mit Migrationshintergrund ansässig sind.¹¹³ Von Interesse ist auch, aus welchen Herkunftsländern die ansässigen Zuwandererfamilien stammen, da hier die Besonderheiten zwischen Ost und West sichtbar werden.

¹¹³ Weiss 2007.



Migrantenanteil nach TOP 10 Herkunftsländern in den Bundesländern 2008 in % ¹¹⁴																
Nat.	Neue Bundesländer + Berlin						Alte Bundesländer									
	BE	BR	MV	SN	ST	TH	BW	BY	HB	HH	HE	NI	NW	RP	SL	SH
Türkei	26,5	4,9	4,7	4,4	5,1	5,6	24,6	20,5	35,0	23,0	25,0	23,0	31,5	23,3	16,6	31,0
Italien	2,9					2,6	13,8	7,2	2,2	2,4	8,8	5,0	6,9	9,2	23,5	2,9
Polen	7,5	14,5	12,8	7,0	6,1	5,2	3,2	4,5	7,1	7,7	6,0	8,4	6,2	7,3	4,2	8,5
Kroatien	2,1						6,3	4,8			4,2		2,0	2,4		
Serbien-Montenegro							4,0	3,1	1,7	3,3	3,0	3,3	2,1	2,0	1,5	
Bosnien-Herzegowina	2,3						2,7	3,4	1,4		2,4		2,1		2,3	
Vietnam	3,0	9,0	8,1	10,6	10,4	9,5										
Ungarn		2,0	1,7	3,2	3,1	2,8										2,1
Griechenland							5,8	5,2	1,6	2,5	3,9	3,3	4,9	2,4		2,6
Frankreich	2,4						2,2							2,8	8,3	
Luxemburg															2,6	
Österreich		1,9					2,3	7,6								2,2
Rumänien								2,5								
Russland	3,3	8,7	10,7	8,6	8,5	9,2	2,0	2,5	3,4	3,3		3,9	2,4	3,0	3,2	
Irak			3,0	2,6	3,8											2,1
Syrien					2,0											
Ukraine		8,6	8,5	7,4	7,4	6,4			1,7			2,3			2,1	2,4
Iran									1,7	2,9						
Dänemark																5,1
Portugal										3,4				2,4		
Spanien											2,4	1,9				
Marokko											2,5		1,9			
Niederlande			2,1									6,2	3,7			1,5
USA	3,0										2,2			2,4		
Aserbaidschan						2,9										
Afghanistan										5,2						
Thailand															1,5	
China		2,2		4,0	5,0	3,8			1,5							
Kasachstan		2,2	1,9	1,9	2,3	2,3										
Armenien			2,9													
Ghana										2,1						
Tschechien				2,9												
GB/Irland	2,0	1,9										2,2				

1. Platz	2. Platz	3. Platz	4. Platz	5. Platz	6. Platz	7. Platz	8. Platz	9. Platz	10. Platz
----------	----------	----------	----------	----------	----------	----------	----------	----------	-----------

¹¹⁴ Quelle: Statistisches Bundesamt 2008, Zahlen aus dem Ausländerzentralregister



Eine starke räumliche Dominanz gibt es sowohl für die aus der Türkei zugezogenen Gruppierungen als auch bei den russischstämmigen Aussiedlergruppen. Die übrigen Zuwanderergruppierungen sind – außer derjenigen aus Vietnam – entweder zahlenmäßig klein oder wohnen nicht so stark konzentriert. D.h. diejenigen Viertel, die primär von Menschen mit Migrationshintergrund bewohnt werden, sind in den Alten Bundesländern in der Regel multikulturelle Quartiere, mit etlichen Gebieten größerer Konzentrationen der beiden oben genannten Gruppen.¹¹⁵

Migrantenselbstorganisationen im Osten und im Westen

Jahrzehntlang bestand kaum Interesse an den Organisationen der nichtdeutschen Bevölkerung. In der BRD wurden Migrantinnen und Migranten als Adressatinnen und Adressaten von Sozialer Arbeit und weniger als Akteure gesehen, die selbst definieren, für welche Inhalte sie sich engagieren und welche Formen des freiwilligen Engagements sie hierzu wählen. Ihre Organisationen wurden allgemein als Kulturvereine und sozialintegrative ergänzende Organisationen zur Ausländersozialarbeit beschrieben. Ob diese Gruppierungen nicht auch eine politische Funktion im Rahmen zivilgesellschaftlichen Engagements erfüllen könnten, wurde nicht diskutiert, da ihnen politisches Engagement unterbunden war.

In der DDR war Ausländern und Ausländerinnen die Selbstorganisation ohnehin untersagt, sie bestand deshalb nur informell. In den Neuen Bundesländern kommt noch hinzu, dass der nichtdeutsche Bevölkerungsteil seit der Vereinigung beider deutscher Staaten einen Umbruch erlebt hat, der sich von dem der deutschen DDR-Bevölkerung deutlich unterscheidet. Im Zeitverlauf haben sich in den Alten und Neuen Bundesländern recht unterschiedliche Organisationstypen der Migrantenselbstorganisationen herausgebildet, deren Strukturen nicht nur eng mit den Biografien ihrer jeweiligen Mitglieder verbunden, sondern auch an die Bedingungen und Voraussetzungen der Mehrheitsgesellschaft und deren Einwanderungs- und Integrationspolitik gekoppelt sind.

Der Staat legt fest, welche politischen Rechte seinen Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern zustehen. Staatssekretär Kues betonte während einer Programmveranstaltung im Jahr 2006, dass „*ein weltoffenes und demokratisches Gemeinwesen [...] die aktive Beteiligung aller Menschen, die ihm angehören*“ erfordert und dass das „*Ausnutzen formaler*

¹¹⁵ Häußermann & Kapphann 2008.



Beteiligungsrechte im Bereich politischer Entscheidungsprozesse, wie z.B. die Teilnahme an Wahlen“ ein „wichtiger Bestandteil“ zivilgesellschaftlichen Handelns in einer demokratisch organisierten Gesellschaft sei.¹¹⁶

Dieses staatsbürgerliche Beteiligungsrecht ist vielen Menschen mit Migrationshintergrund verwehrt. Heute verlaufen die Möglichkeiten bzw. Nichtmöglichkeiten einer solchen Beteiligung quer durch viele Familien mit Migrationshintergrund und somit auch quer durch die meisten Migrantenselbstorganisationen, da diese Beteiligungsrechte abhängig sind vom bürgerrechtlichen Status der einzelnen Personen.¹¹⁷ Die Benachteiligungsstellung des zugewanderten Bevölkerungsteils resultiert aus der Unterscheidung zwischen Menschenrechten und Bürgerrechten im Grundgesetz, das den Menschen mit Migrationshintergrund die Gründung eigener Parteien nicht gestattet und das Wahlrecht vorenthält. Damit entfällt für sie, ihre Interessen im Rahmen politischer Entscheidungsprozesse selbst zu vertreten. Die vollen politischen Partizipationsrechte können nur über die Einbürgerung erlangt werden. Sie sind bei Migrantinnen und Migranten aus Drittstaaten ohne deutsche Staatsbürgerschaft somit deutlich eingeschränkt. Diese Menschen werden daher von den politischen Parteien noch immer wenig beachtet, denn ohne das Wahlrecht gehören sie nicht zum Klientel, das es zu berücksichtigen gilt. Dies führt auch dazu, dass Politikerinnen und Politiker mit Migrationshintergrund in den Parlamenten der Kommunen, Länder und des Bundes deutlich unterrepräsentiert sind, was sich erst im Zuge vermehrter Einbürgerungen verändern wird.¹¹⁸ Somit sind Migrantinnen und Migranten in Bezug auf eine Beteiligung am politischen Leben auf außerparlamentarische Formen der Einflussnahme angewiesen.

Lange Zeit wurde wenig bedacht – und sollte phasenweise auch nicht bedacht werden – dass Migrantenselbstorganisationen sich mit ihren Vereinen und Organisationen sehr wohl an den gesellschaftlichen Gestaltungsprozessen beteiligen können. Migrantinnen und Migranten ist nur außerparlamentarisch die Möglichkeit eröffnet, sich auf kommunaler Ebene durch Ausländer- bzw. Integrationsbeiräte vertreten zu lassen, eine im Vergleich zu den gängigen politischen Vertretungen eher unbedeutende Vertretung, was sich letztlich auch in der geringen Wahlbeteiligung zu den Räten widerspiegelt. Typisch für diese Vertretungen ist, „dass die zunächst zum Engagement bereiten Mitglieder sich im

¹¹⁶ Herrmann Kues, Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Gesundheit anlässlich einer Veranstaltung zu den Netzwerkstrategien des Bundesprogramms CIVITAS und entimon, zitiert aus: Stiftung Demokratische Jugend 2006:3.

¹¹⁷ Diehl 2004, D'Amato 2001.

¹¹⁸ Wüst 2005 und Wüst & Heinz 2008.



*Laufe der Zeit zurückziehen und passiv werden, wenn sie erkennen, dass ihre Arbeit ohne Einfluss bleibt,*¹¹⁹ so dass diese Form möglicher Partizipation nie wirklich erfolgreich umgesetzt werden konnte.

Deutschland weigerte sich über Jahrzehnte entgegen aller Realität, sich als Einwanderungsland zu bezeichnen, was zu der paradoxen Situation einer Einwanderungssituation ohne Einwanderungsgesellschaft¹²⁰ führte, so dass die Bedeutung von Migrantenselbstorganisationen auch nur zögerlich thematisiert wurde. Sie wurden höchst beliebig mal als integrationshemmend und mal als integrationsfördernd klassifiziert, jedoch ohne aus diesen Zuschreibungen Konsequenzen zu ziehen. Erst in jüngster Zeit findet ein etwas differenzierteres Denken statt, da die bisherige Schematisierung der Realität mit grösstem Wohlwollen und auch auf EU-Ebene nicht Stand hält.

Die Migrantenorganisationen sind zwischenzeitlich längst den Weg einer „praktischen Handlungsintegration“ gegangen, wobei nach Alten und Neuen Bundesländern zu differenzieren ist, da die Organisationen von ihrem jeweiligen einwanderungsgeschichtlichen Hintergrund deutlich geprägt sind. In der BRD wurden die Migrantenorganisationen ursprünglich als *Arbeitervereine* gegründet und als *Begegnungszentren* für die eigenen Landsleute eingerichtet. Oder sie waren – offiziell benannt als *Kulturvereine* – an den *Parteien der Herkunftsländer* orientiert und in ihrer Arbeit ein Spiegel der politischen Situation in den Herkunftsländern. Es kann auch nicht – wie dies häufig geschieht – pauschal von den Migrantenorganisationen gesprochen werden. Sie sind tatsächlich sehr viel differenzierter und bewegen sich in einem Spektrum einer an den Herkunftsländern ausgerichteten Politik bis hin zu Vereinen mit integrativen Ansätzen und interkulturellen Ausrichtungen. In den Neuen Bundesländern wurden wegen des früheren Verbots erst nach der Wende etliche Vereinigungen gegründet. Wie diese im sozialräumlichen Feld agieren, ist bisher aber kaum untersucht worden.

Die Selbstorganisationen der ersten Stunde in den Alten Bundesländern

Für viele Migrantinnen und Migranten der ersten Generation war die in der BRD übliche Vereinskultur eine fremde, in die sie sich erst hineinfinden mussten. Im Vergleich zu den Organisationen der Mehrheitsgesellschaft mussten sich die Gründungsmitglieder von

¹¹⁹ Müller, U. 2007.

¹²⁰ Bade 2007:32



Migranten-Vereinigungen neben allen Sprachschwierigkeiten und -barrieren auch die in Deutschland zu beachtenden rechtlichen und institutionellen Erfordernisse und Formalitäten einer Vereinsgründung aneignen. Diese Problematik belegen die Aussagen aus unseren Gesprächen *„Wir wussten das überhaupt nicht, wie wir das machen sollten, wir wussten nur, dass wir das machen müssen, einen Verein in Deutschland,“* ebenso wie die Studien zur Geschichte der migrantischen Vereinskultur *„Wenn man als Nichtdeutscher hierher kommt, bis man das versteht, diese Geschichte mit Vereinen und Stammtischen und Elternabenden und so, das dauert Jahren, wirklich.“*¹²¹ Es wurde betont, dass es weder offizielle Unterstützung oder Hilfen gegeben hat, aber auch immer wieder erwähnt, wie wichtig es war, wenn bei den Ausländerberatungsstellen im sozialen Umfeld Sozialberater oder Sozialarbeiter aus dem gleichen Herkunftsland tätig waren, die als Türöffner in die deutschen Institutionen fungieren konnten. In dieser Phase hatten Migrantenselbstorganisationen bereits eine Mittlerfunktion inne, indem sie einerseits die Sichtweisen und Erfahrungshorizonte ihrer Herkunftskultur reflektieren und den deutschen Kooperationspartnern vermitteln mussten und zum anderen als lernende Organisationen den Mitgliedern die Anforderungen und Verfahrensweisen der Mehrheitsgesellschaft rückspiegelten.¹²²

Die ersten Vereine waren Zusammenschlüsse, in welchen die Migrantinnen und Migranten *„ihren“* Platz, ihren Ort finden und selbst gestalten konnten, um sich ihren Landsleuten treffen zu können. Irgendjemand, der diesen Bedarf bemerkte, wurde zum Initiator. *„Dass ich dazu gekommen bin, hat eine Notwendigkeit. Das heißt also nicht, dass ich das bräuhete, sondern dass ich festgestellt habe, jemand muss irgendwas tun für die Migranten in der Gemeinde.“*¹²³ So entstand in Stadtteilen mit hohem Zuwanderungsanteil ein Verein neben dem anderen, meist jede Nationalitätengruppe für sich. Von der Mehrheitsgesellschaft fast unbemerkt entwickelte sich eine Selbsthilfekultur, parallel zu den Strukturen der betreuenden Wohlfahrtsverbände. Es war selbstverständlich, dass sich Neuankommende erst einmal an diejenigen wendeten, die ihre Sprache verstanden und bereits einen Informationsvorsprung vorweisen konnten. *„Mit jeder Schwierigkeit kamen sie also zu mir privat, ich hab versucht irgendwie zu helfen. Irgendwann ist das nicht mehr so allein gegangen, da habe ich gedacht, machen wir einen Verein.“*¹²⁴ Wenn das eigene Wissen nicht ausreichte, wurden die Landsleute von den Vereinen dann an die Bera-

¹²¹ Huth, S. 2007:87.

¹²² Huth, S. 2006:9.

¹²³ Huth, S. 2007:92.

¹²⁴ Huth, S. 2007:93.



tungsstellen weiter verwiesen, so dass sich im Zeitverlauf oft eine enge Zusammenarbeit mit den Migrations-Beratungsstellen der Wohlfahrtsverbände entwickelte.

Vereinsarbeit war Ehrenamt und ist es bis heute größtenteils geblieben. Das hat zur Folge, dass die finanzielle und personelle Ausstattung der Migranten-Verbände und -Vereine mehr als unzureichend ist. Nur wenige Zusammenschlüsse der „ersten Stunde“ konnten sich etablieren und verfügen heute über eigene Vereinsräume, Treffpunkte oder gar Zentren, die meisten klagen jedoch über Zustände des Mangels. *„Wir haben keinen Raum selbst. Wir können die Räume des ökumenischen Zentrums nutzen, wenn wir was machen wollen. Unser Raum ist eigentlich nur unsere Homepage von unserem Verein.“*

Auch in den Ausrichtungen ihres Vereinslebens haben sich die ausländischen Vereine anfänglich von denen der Deutschen unterschieden. *„Wir machten keine freie Zeit-Vereine, wir machten Heimatvereine, auch nicht Sportvereine oder so. Das gab keine Zeit dafür. Wir haben gearbeitet und nach Feierabend und am Wochenende uns getroffen, mit allen, wie eine Familie.“* Auch in unseren Gesprächen bestätigte sich die in den vorliegenden Studien immer wieder festgestellte besondere Bindung der ersten Generation von Zuwanderern an ihre ethnischen Vereine *„Unsere Familie ist groß, ich sehe das auch so, dass der Verein unsere Familie ist. Das habe ich immer so gesehen, nicht anders.“*¹²⁵

Ehrenamtlichkeit und mangelnde Räume haben zum Teil Strukturen geschaffen, die das Erledigen von Tätigkeiten für den Verein in die Privatsphäre der Vorstände und ehrenamtlich Mitarbeitenden legen, so dass Vereine tagsüber schlecht erreichbar und erst nach der Erwerbstätigkeit der Vereinsführenden über Privattelefon oder über die Homepage des Vereines Kontakte zu ihnen möglich sind. Sprachbarrieren und -schwierigkeiten erschweren zudem die Kooperationen mit zivilgesellschaftlichen Akteuren der Mehrheitsgesellschaft. Nach innen besteht oft eine feingliedrige Vernetzung, die nach außen kaum sichtbar wird, da vieles über informelle Kontakte verläuft und nicht über ein reguläres Vereinsorganigramm, so dass ein großer Kreis passiver und aktiver Mitglieder im Umfeld existiert, wozu meist auch die Familie und Verwandtschaft der Mitglieder gehört.¹²⁶

Interkulturelle Zusammenschlüsse an spezifischen Themen ausgerichtet, existieren bei den Vereinen der ersten Generation weniger. Sie wirken nach außen meist geschlossen.

¹²⁵ Huth, S. 2007:91.

¹²⁶ Huth, S. 2007:71.



Kooperation mit deutschen Vereinen und Organisationen gibt es über den Bereich der Migrationssozialarbeit hinaus eher selten. Dies liegt nicht allein an der Geschlossenheit der einzelnen Vereine, sondern auch an der mangelnden Kooperationsbereitschaft der anderen Akteure vor Ort. Die Aussagen von Aktivistinnen und Aktivisten zu ihren Kontakten in die Mehrheitsgesellschaft hinein ähneln sich weitgehend: *„Wir können machen was wir wollen, die Deutschen haben kein Interesse an Kooperation. Das ist sehr schwierig, wir verlieren die Motivation. Wir wollen aber Zusammenarbeit. Das Ehrenamt bekommt generell von niemandem Anerkennung, die Erfolge, die man hat, sind winzig, wenn man den Zeitaufwand bedenkt. Es sind immer kleine Schritte. Eigentlich ein Ding der Unmöglichkeit, wenn man bedenkt, dass man keine finanziellen Mittel hat, keine Räumlichkeiten, nebenbei hauptberuflich arbeitet. Aber man tut, was man kann.“*¹²⁷

Ein wichtiger Punkt für die Akteure der ersten Selbstorganisationen war sicherlich auch, Hemmungen überwinden zu müssen, um sich in einer fremden Sprache zu äußern. Und zwar nicht im Umgang mit Personen im täglichen Alltag, sondern mit Institutionen und Ämtern. Auch hier ähneln sich die Aussagen der Aktivisten, wenn sie von ihren ersten Erfahrungen berichten. *„Das versteht man alles aber erst hinterher, am Anfang versteht man es nicht. Uns sind Schwierigkeiten begegnet, aber wir haben sie alle gemeistert. Wir sind zu den Behörden gegangen und haben denen immer wieder alles erklärt und erläutert.“* Oder *„Ich musste auf einmal alles schreiben, ich konnte doch nicht mal richtig deutsch sprechen. Es war sehr aufregend. Aber wir haben es zusammen geschafft.“* Vieles ist heute einfacher und selbstverständlicher geworden, doch das Problem mit dem Schriftverkehr besteht weiterhin, da die deutsche Schriftsprache oft nicht gelernt werden konnte, so dass weiterhin Hilfe benötigt wird. *„Du bist abhängig von den Kindern. Früher haben sie dir beim Arzt übersetzt, heute machen sie die Formulare für dich. Sie wachsen dir über den Kopf und du fühlst dich klein vor ihnen.“*

¹²⁷ Huth, 2007, S. 63.



Migranten und Migrantinnen in den Neuen Bundesländern

Studien zu Migration in den Neuen Bundesländern fehlen weitgehend. In den westlichen Bundesländern ist wenig über die dortige Geschichte der Zuwanderung bekannt, die bis heute deutlich anders als in den Alten Bundesländern verläuft.¹²⁸ Kann man in der ehemaligen BRD von *Abgrenzung* gegenüber der zugewanderten Personengruppe sprechen, so war es in der DDR mehr eine *Abschottung* gegenüber den Fremden und Privilegierten. Hinzu kam, dass Präsenz von Ausländerinnen und Ausländern eng an die Interessen der SED gekoppelt war und als ein Symbol für deren Politik eines „*proletarischen Internationalismus*“ und einer „*von oben*“ verordneten „*internationalen Solidarität*“ wahrgenommen wurde.

Migrantinnen und Migranten lebten von der DDR-Bevölkerung meist getrennt. Kontakte waren nicht erwünscht und Integration wurde nie als eine gesellschaftliche Aufgabe gesehen. Einreisen erfolgten zu Beginn auch nicht zum Beheben eines Arbeitskräftemangels im Land. Es kamen politische Flüchtlinge – aus Griechenland, aus Spanien oder aus Chile – oder zu qualifizierende junge Leute aus sozialistischen und kommunistisch regierten Bruderländern – aus Angola, Mozambique, Kuba, Nicaragua und Nord-Vietnam.¹²⁹ Sie durchliefen Facharbeiterprogramme oder absolvierten ein Studium in der DDR. Ihre Aufenthalte wurden immer als zeitlich begrenzte gesehen. Erst ab Mitte der 80er Jahre kamen aufgrund des sich entwickelnden Arbeitskräftemangels Vertragsarbeiterinnen und Vertragsarbeiter hinzu. Diese Arbeitszuwanderung wurde von einem großen Teil der DDR-Bevölkerung aus verschiedensten Gründen abgelehnt. Aufgrund des vorherrschenden staatlichen Misstrauens gegenüber allem Fremden als möglichen „*Agenten oder Provokateuren*“ wurde die Bevölkerung besonders in den 50er und 60er Jahren, aber auch noch später, vom Regime zu „*Wachsamkeit*“ allem Fremden gegenüber angehalten. Andererseits standen diejenigen, deren Aufenthalt genehmigt war, aufgrund gegenseitiger staatlicher Abkommen in einem engen Verhältnis zur SED, was wiederum – trotz verordneter offizieller Freundschaft – zum Abstand ihnen gegenüber führte. Später wurden sie sogar zu Konkurrenten um Konsumgüter, da besonders Vietnamesen vermehrt Waren einkaufen durften, weil sie ihren Lohn nicht nach Vietnam transferieren konnten, dafür aber Waren zu ihren Familien versenden durften, was von der Bevölkerung – aufgrund der Warenknappheit – als eine Privilegierung der ausländischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gesehen und deshalb abgelehnt wurde.

¹²⁸ Weiss 2007.

¹²⁹ Elsner & Elsner 1992.



Migrantinnen und Migranten waren in ethnisch homogenen Wohnheimen untergebracht und standen unter ständiger staatlicher Aufsicht. Sie hatten keine individuellen Arbeitsverträge mit einklagbaren Rechten, sondern kamen aufgrund von Verträgen der DDR mit den jeweils beteiligten Staaten. Selbstorganisationen waren verboten. Dennoch entstanden ethnische Netzwerke mit zum Teil überregionalen Strukturen. Diese konnten aber nicht als Interessensvertretung fungieren, weil ein Auftreten als solche in der Öffentlichkeit nicht möglich war.

Mit der Wende veränderten sich auch die Lebens- und Erwerbstätigkeitsbedingungen des ausländischen Bevölkerungsteils grundlegend. Gegen Ende 1989 hielten sich noch über 90.000 Personen zum Zwecke der Erwerbsarbeit in der DDR auf. Ein Jahr später hatte sich die Anzahl der noch Erwerbstätigen unter ihnen bereits auf ein Drittel reduziert.¹³⁰

Anzahl ausländischer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der DDR		
	31.12.1989	31.12.1990
Vietnam	59.000	21.000
Mosambik	15.100	2.800
Kuba	8.300	60
Angola	1.300	200
Polen		
Nichtpendler	3.500	1.900
Pendler	2.500	2.000
China	900	40
Gesamt	90.600	28.000

Diejenigen, die nach der Wende ihren Arbeitsplatz verloren, hatten meist auch keinen Anspruch mehr auf einen Platz in einem Wohnheim. Zudem verblieben sie in einem rechtlich nicht definierten Status, der erst im Jahr 1997 grundsätzlich geklärt wurde. Etliche waren deshalb gezwungen, ihren Lebensunterhalt auf ‚illegalem‘ Wege verdienen. Selbstorganisation war für diese Gruppe der Migrantinnen und Migranten daher überlebensnotwendig. Anders als in den Alten Bundesländern wurden diese Selbstorganisationen meist mit engagierten Deutschen gemeinsam gegründet,¹³¹ was mit zur Folge hatte,

¹³⁰ Aus IAB Werkstattbericht, nach Weiss 2007:3.

¹³¹ Weiss 2005:82f.



dass sich diese Gruppe der Migrantinnen und Migranten nur teilweise über die ethnische Zugehörigkeit definiert und die inhaltliche Ausrichtung der Selbstorganisationen den Schwerpunkt zum großen Teil auf Hilfe- und Beratungstätigkeiten legt.

Neue Zuwanderung erfolgte nach der Wende durch ‚Spätaussiedler,‘ jüdische Kontingentflüchtlinge aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion und politische Flüchtlinge, die den Ländern nach dem Königsteiner Schlüssel zugewiesen wurden. Man kann also feststellen, dass in die Neuen Bundesländer vorwiegend Personen aufgenommen wurden, die größten Teils nicht freiwillig kamen und für ihren Lebensunterhalt auf öffentliche Gelder angewiesen waren.

Auffallend ist für die Situation in den Neuen Bundesländern, dass die nichtdeutsche Bevölkerung aus DDR-Zeiten im Vergleich zu dem neu zugewiesenen Personenkreis meist überdurchschnittlich gut ausgebildet ist und über ein hohes Qualifikationsniveau verfügt. Nach einer Studie des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung haben lediglich 6 Prozent von ihnen keinen Schul- oder Berufschulabschluss, was dem Durchschnitt der Bevölkerung in den Neuen Bundesländern entspricht. 43 % von ihnen besitzen eine Hochschulreife.¹³² Auch die gegenwärtigen Schulabschlüsse weisen ähnliche Tendenzen auf.: In allen Neuen Bundesländern liegt der Anteil der ausländischen Jugendlichen, die ein Gymnasium besuchen, bei mindestens einem Drittel und auch der Anteil derjenigen, die eine Förderschule besuchen, ist niedriger, als der Anteil bei den deutschen Schülerinnen und Schülern.

Studien zufolge haben die in den Neuen Bundesländern lebenden Vietnamesen wenig bis keine Kontakte zu ihren Landsleuten, den seit den 70er Jahren in den Alten Bundesländern und Berlin ansässigen Kontingentflüchtlingen aus Vietnam. Der Grund: Bei den im Westen Lebenden handelt es sich um Flüchtlinge aus Südvietnam (boat people) und bei den DDR-Vertragsarbeitern und -arbeiterinnen um Personen aus Nordvietnam. Hinzu kommt, dass die ehemaligen Vertragsarbeiter und -arbeiterinnen nach Weiss eine ausgeprägte Ost-deutsche Identität entwickelt haben, so dass dort weniger Tendenzen einer Ethnisierung oder Re-Traditionalisierung erkennbar sind. Im Vergleich hierzu leben in den Alten Bundesländern meist etablierte und häufig auch eingebürgerte Vietnamesen, wobei die erste Generation oftmals weiterhin eng in ihren ethnischen Traditionen verhaftet ist.

132



Strukturen migrantischer Organisationen heute

Im Verlauf der Zeit ist die bundesdeutsche Landschaft der Migrantenselbstorganisationen pluraler geworden und unterscheidet sich nach herkunftshomogenen, herkunftsheterogenen und deutsch-ausländischen Vereinen. Nach Jungk liegen die Vereinsschwerpunkte besonders im Bereich der Selbsthilfe bezogen auf die verschiedenen Lebenslagen, der Pflege kultureller und religiöser Traditionen, der gruppeninternen Freizeitgestaltung, der herkunftslandorientierten Parteinahmen, aber auch bei einer Interessensvertretung gegenüber der Mehrheitsgesellschaft.¹³³ Eine Organisationsstudie aus dem Jahr 2001¹³⁴ kommt zu den folgenden Vereinstypen, die sich u. E. bis heute nicht signifikant verändert haben:

Vereinstyp	%
Kulturvereine	22,3
Begegnungszentren	16,5
Soziale- und humanitäre Vereine	14,9
Sport- und Freizeitvereine	14,8
Religiöse Vereine	11,6
Politische Vereine	5,3
Familien- und Elternvereine	5,2
Wirtschaftsvereine	4,7
Vereine für einzelne Gruppen	4,6
Keine Angabe möglich	0,1
Summe	100

Der mit über 50 % insgesamt hohe Anteil von Kulturvereinen, Begegnungszentren und sozial-humanitären Vereinen ist aus der Geschichte der Einwanderung und der zugehörigen Ausländerpolitik der westdeutschen Bundesländer zu verstehen, da auch die politisch ausgerichteten Vereinsgründungen mit dem Namen *Kultur* oder *Begegnung* versehen wurden, um sich in der BRD formal organisieren zu können.¹³⁵

¹³³ Jungk 2000 sowie Fijalkowski und Gillmeister 1997.

¹³⁴ Organisationsstudie „Ausländische Vereine in Deutschland“, aus Hunger 2002, S. 10.

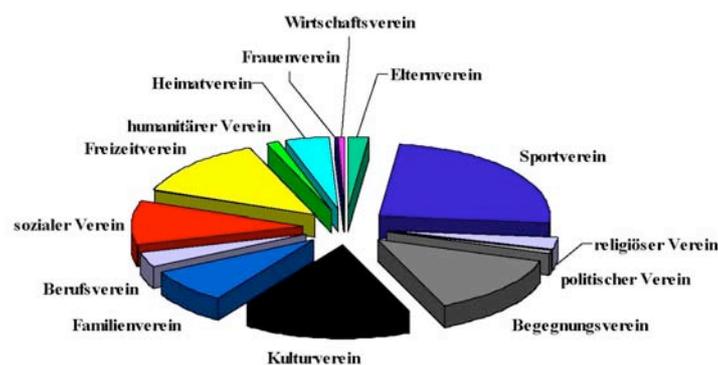
¹³⁵ S. hierzu in Dohse 1981 die Kapitel „Das Beispiel der politischen Disziplinierung“ und „Einschüchterung durch Rechtsunsicherheit“.



Obwohl Migrantenselbstorganisationen in der BRD zu Beginn sehr herkunftshomogen ausgerichtet waren, schlossen sich die Verbände bereits in den 70er Jahren im „*Internationalen Forum ausländischer Arbeitnehmervereinigungen*“ (IFA) überregional und nationenübergreifend zusammen. Dem Forum gehörten Vertreter von Organisationen der Griechen, der Italiener, des damaligen Jugoslawiens, Marokkaner, der Spanier, Taiwanesen und Gruppierungen aus der Türkei an. Zusammen mit der „*Konferenz der ausländischen Gemeindevertreter*“, der damaligen „*Interessengemeinschaft der mit Ausländern verheirateten Frauen*“ (IAF) und dem „*Verband der Initiativgruppen der Ausländerarbeit*“ (VIA) richteten sie den öffentlichen Blick immer wieder auf die soziale und politische Situation der ausländischen Bevölkerung in der BRD. Doch auch diese Zusammenschlüsse wurden als eher „*randständig*“ gesehen, eine Sichtweise, mit der auch die Nachfolgeorganisation des IFA, die heutige *Bundesarbeitsgemeinschaft der Immigrantverbände* noch immer zu kämpfen hat.

Obwohl alle Gruppierungen in der BRD nach ihrer Ankunft mit ähnlichen Schwierigkeiten zu kämpfen hatten, gab es auf der regionalen Ebene nicht nur unterschiedliche Organisationsentwicklungen, sondern bei den herkunftshomogenen Vereinen auch andere Prioritätensetzungen. Anhand der eingetragenen Vereine wichtiger Anwerbeländer ist diese unterschiedliche Gewichtung bis heute nachvollziehbar.

Italienische eingetragene Vereine in Deutschland

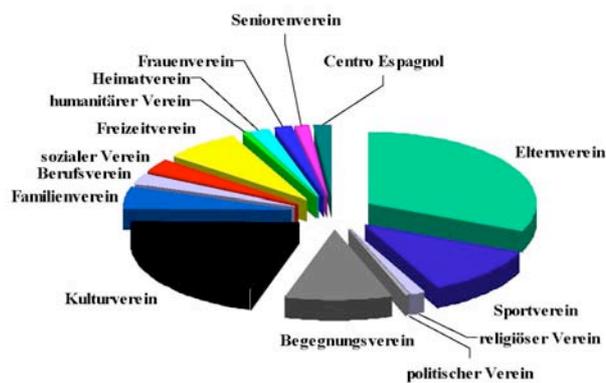


Die sehr früh gegründeten italienischen Vereine waren als Kultur- und Begegnungsvereine eng mit dem Herkunftsland verbunden und von Anbeginn mit den deutschen Betreuungsorganisationen der Caritas verknüpft, aber auch mit der Katholischen Missionsarbeit,



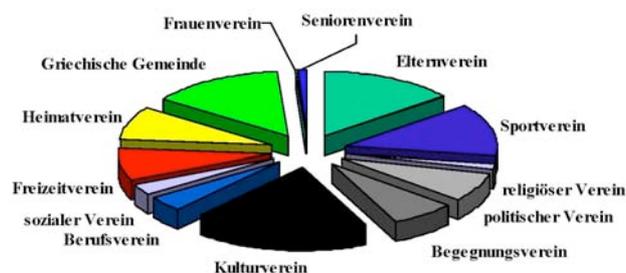
die eigens italienischsprachige Ausländerpfarrer in die BRD holte. Religiöse Vereine sind daher heute nur wenige entstanden, da die religiösen Bedürfnisse von der katholischen Kirche aufgegriffen wurden.

Spanische eingetragene Vereine in Deutschland



Die spanischen Vereine organisierten sich zu Beginn in der BRD ebenfalls als Kulturvereine, haben sich aber aufgrund der damaligen politischen Ausrichtung ihres Herkunftslandes unter dem Franco-Regime von Anbeginn an auch auf das Leben in Deutschland und hier besonders auf die Schulsituation in Deutschland konzentriert. Für diese Gruppierung gilt ebenfalls, dass die religiösen Bedürfnisse von der katholischen Kirche abgedeckt wurden, so dass hier kein zusätzlicher Bedarf vorhanden war.

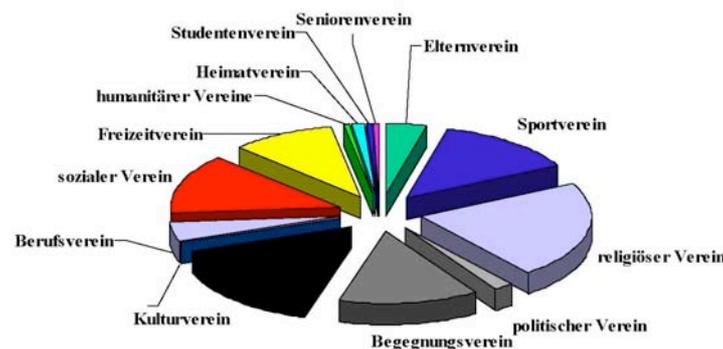
Griechische eingetragene Vereine in Deutschland





Die griechischen Zuwanderer und Zuwanderinnen haben sich in der BRD bereits in den sechziger Jahren bundesweit als Verband Griechischer Gemeinden in Deutschland organisiert. Dabei war einmal die Opposition gegen die Militärjunta in Griechenland ein wichtiges Thema, aber auch – ähnlich wie bei den Gruppen aus Spanien – das Thema ihrer Kinder im Deutschen Schulsystem, wobei es hier eine Spaltung in der inhaltlichen Ausrichtung bei den Migrantenorganisationen gab, da die Griechen – im Gegensatz zu den Spanischen Elternvereinen – überwiegend für die Gründung eigener nationaler Schulen eintraten. Eine Politik die großteils bis heute vertreten wird. Die religiösen Bedürfnisse deckt die griechisch-orthodoxe Metropole mit ihren zahlreichen Kirchengemeinden im ganzen Land ab, daher ist auch hier der Anteil religiöser Vereine nur gering.

Türkische eingetragene Vereine in Deutschland



Die Entwicklung der Immigranten-Vereine aus der Türkei war ebenfalls durch die dortige innenpolitische Situation geprägt, insbesondere seit dem Putsch der Militärs im Jahr 1980, da die in der Türkei unterdrückten politischen Konflikte zum Teil auch in und von der BRD aus ausgetragen wurden. Hier ist auf der einen Seite besonders die *Türk Federasyon*, die Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland (ADÜTDF) zu nennen, die Europaorganisation der von Alparslan Türkeş gegründeten rechten *Milliyetçi Hareket Partisi* (MHP), die sich sehr schnell mit fundamentalistischen islamischen Strömungen verband. Zum anderen entstanden die Organisationen der kurdischen Minderheit. Bereits 1979 wurde *Yekitiya Komelên Kurdistan*, die Föderation der Arbeitervereine aus Kurdistan in der BRD (KOMKAR) gegründet, der die seit 1993 verbotene *Partiya Karkeren Kurdistan* (PKK) folgte. Weitere kleinere Dachorganisationen



kamen hinzu, wie z.B. *Civata Kurd li Almanya*, die Kurdische Gemeinde in Deutschland. Es entstanden Kulturvereine, die sich an den Parteien des Herkunftslandes orientierten, zur damaligen Zeit besonders an der *Cumhuriyet Halk Partisi*, der Republikanischen Volkspartei (CHP) und der *Türkiye Komünist Partisi*, der Kommunistischen Partei der Türkei (TKP). Heute nehmen weniger die am Herkunftsland ausgerichteten politischen Gruppierungen, sondern eher die religiösen Vereine und Gemeinschaften einen zunehmend wichtigen Platz ein.

Religiöse Vereinigungen muslimischer Ausrichtung

Die Selbst- bzw. Neuorganisation der Muslime in Deutschland begann in den sechziger Jahren als eine der Folgen von Arbeitsmigration in die BRD. In den Wohngebieten wurden kleine Moscheevereine gegründet, die sich in der Regel aus Angehörigen eines Herkunftslandes zusammensetzten. Diese Form des Zusammenschlusses einer Gemeinde gruppiert um eine 'Moschee' war aus den Herkunftsländern bekannt und wurde mit der in Deutschland üblichen Form einer Vereinsgründung zu einem 'Moscheeverein' zusammengeführt. Zu Beginn war es oft nur ein kleiner Schuppen oder ein leerer Fabrikraum abseits in einem Gewerbegebiet.

Die folgende Beschreibung von Recep Y. ist eines von vielen Beispielen, wie die ersten Gründungen damals entstanden sind.

„Ich hatte schon in der Türkei Verbandserfahrungen. Als ich hier den Bedarf sah, wollte ich unverzüglich einen Verein gründen und entwarf eine Satzung nach meiner Vorstellung. Über dem Kino in Sietwall mietete ich einen Raum. An den heiligen Tagen stellte ich Texte über die Bedeutung des jeweiligen Tages oder der Nacht fertig, vervielfältigte sie und ließ sie von den Firmen wie Mercedes, der AG Weser oder Klöckner, wo viele Türken arbeiteten, verteilen. Der Verein hieß: Islamische Gemeinde, Verein zum Schutze Bremischer Gebetsräume und zur Verbreitung Islamischer Kultur. Unsere Flugblätter sollen die deutschen Priester irgendwie in die Hände bekommen haben. Sie wollten mit uns einen Termin vereinbaren, um mit uns ins Gespräch zu kommen. Mit einem Freund, der ein Theologe war und sehr gut Deutsch sprach, ging ich zu ihnen. Zwei Wochen später trafen wir uns erneut. Als sie uns über die Ziele unseres Vereines befragten, erzählten wir unserem Wunsch, dass wir gern eine Moschee gründen und eine Gemeinde bilden würden, um unsere sozialen, kulturellen und politischen Rechte zu artikulieren. [Hervorh.



*Verf.] Als wir die Fundamente unseres Vereins legten, unterstützten uns diese Geistlichen sehr. Ich bin ihnen immer noch dankbar. Wären sie nicht gewesen, hätte ich es vielleicht nicht geschafft. Denn ich konnte weder Deutsch, noch wusste ich über gesetzliche Grundlagen Bescheid. Sie machten mich mit einem Anwalt bekannt. Dieser bekam von uns eine Vollmacht und ließ innerhalb von vier Monaten unseren Verein ins Vereinsregister eintragen. So besaßen wir einen offiziellen Status, um Spenden zu sammeln.*¹³⁶

Die Schaffung der religiösen Einrichtungen für muslimische Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen geschah unter ganz anderen Voraussetzungen und Bedingungen, als dies bei den christlichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern anderer Herkunftsländer der Fall war. Für letztere wurden von den Kirchen Auslandsmissionen beauftragt und muttersprachliche Geistliche aus den Herkunftsländern zur geistlichen Betreuung verpflichtet. Der muslimische Bevölkerungsteil war hingegen weitgehend auf sich allein gestellt.¹³⁷ Kontakte zum Diyanet İşleri Başkanlığı, dem Amt für religiöse Angelegenheiten in der Türkei, erfolgten von deutscher Seite erst spät, als bemerkt wurde, dass Imame unerwünschter Gruppierungen in der BRD zunehmend in den kleinen Moscheevereinen Fuß fassen konnten. Heute verlaufen die Kontakte zum Diyanet İşleri Başkanlığı über die *Diyanet İşleri Türk İslam Birliği*, die Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion (DITIB) in Deutschland, vertreten mit zahlreichen Moscheegemeinden im ganzen Land.

Kaum bekannt war auch, wie sich die Moscheegemeinden inhaltlich organisieren, dass sie den Blick nicht nur auf religiöse Angelegenheiten richten, sondern ganzheitlich denkend, die sozialen Bedingungen ihrer Mitglieder, sowie kulturelle und politische Angelegenheiten dabei nicht außer acht lassen, so dass religiöse Unterweisung und muslimisches Gemeindeleben als etwas Zusammengehörendes zu sehen ist, was zu Beginn der Etablierung von Moschee-Vereinen in der Mehrheitsgesellschaft mangels Interesse überhaupt nicht zur Kenntnis genommen wurde.

Lange Jahre wurden Muslime in der BRD als solche kaum wahrgenommen, zumal sie in ihren äußeren Erscheinungen auch nicht gesondert auffielen, da islamische Kleidung in der Öffentlichkeit kaum getragen wurde. Erst als sich in den 80er Jahren die ersten Dachverbände herausbildeten und im Zuge der Debatten um Bildung und Erziehung das Thema der religiösen Unterweisung und des islamischen Religionsunterrichts auf das öffentliche Interesse der Mehrheitsgesellschaft stießen, wurden auch die 'Moscheen'

¹³⁶ Recep Y. 2003:55-57.

¹³⁷ Schiffauer, W. 1993.



sichtbarer.¹³⁸ Und im Zuge einer Re-Islamisierung der muslimischen Bevölkerung erfolgte dann auch in Deutschland vermehrt eine Rück- bzw. Neubesinnung auf islamische Kleiderordnungen bzw. -vorschriften, so dass diesem sichtbar gewordenen eingewanderten Bevölkerungsteil nun größere Aufmerksamkeit gewidmet wurde.

Die Mehrheit der in Deutschland lebenden Muslime ist bis heute nicht in den Verbänden und Moscheegemeinden 'eingeschrieben'. Eine formelle Mitgliedschaft ist nicht üblich, da die Zugehörigkeit zum Islam durch Geburt oder Konversion erfolgt. Die islamischen Gemeinden richten sich an alle Muslime in ihrem Einzugsbereich, um diese in ihren religiösen Pflichten zu begleiten und zu unterstützen.

Heute sind muslimische Dachverbände mit ihren Stellungnahmen zu den Angelegenheiten der muslimischen Bevölkerung selbstverständlicher geworden. 2007 entstand der „Koordinierungsrat der Muslime,“ der aus vier großen muslimischen Organisationen besteht: dem *Zentralrat der Muslime in Deutschland* (ZMD), der *Türkisch-Islamischen Union* (DITIB), dem *Islamrat* und dem *Verband der islamischen Kulturzentren* (VIKZ). Indirekt beteiligt ist auch die islamische Gemeinschaft Milli Görüş (IGMG), die den größten Mitgliedsverband des Islamrats stellt. Dieser Rat ist jedoch keine Rechtspersönlichkeit und kein eingetragener Verein, sondern lediglich ein Zusammenschluss aufgrund einer gemeinsamen Willensbekundung.

Außer den Vereinen und Verbänden, die sich als Moscheevereine für die allgemeinen religiösen Belange der Muslime zuständig fühlen, sind vielfältige Organisationen entstanden, die sich an bestimmte Zielgruppen innerhalb der muslimischen Gemeinschaft richten, wie Jugendliche, Studenten oder Frauen, oder die ganz bestimmte Aufgaben verfolgen und Sozial-, Hilfs- oder Bildungswerke betreiben. Auch sie gehören oft den national und international tätigen Verbänden an oder haben sich den Spitzenverbänden angeschlossen. Es ist ein weitreichendes und sehr differenziertes, nicht formal strukturiertes Organisationsnetz entstanden, das den Bedürfnissen der Muslimas und Muslime auf verschiedenen Ebenen und in verschiedenen Formen gerecht zu werden versucht, wobei die bestehenden Angebote von den Moscheevereinen über Reiseunternehmen zur Durchführung der Wallfahrt bis hin zu muslimischen Bestattungsunternehmen reichen.

¹³⁸ S. hierzu Lemmen 2000.



Entwicklungen

Die herkunftshomogenen Vereine hatten zu Beginn alle mit ähnlichen Problemen zu kämpfen, weshalb viele der im Verlaufe der Zeit angegangen Themen gleich sind. Dennoch unterscheiden sie sich in ihren Schwerpunktsetzungen in etlichen Bereichen. Die Vereinstypologisierung der in Deutschland eingetragenen ausländischen Vereine ist zwar nicht sehr stringent, dennoch lassen sich an ihr Tendenzen erkennen und erklären, die u. E. noch heute zutreffend sind.

Ausländische eingetragene Vereine in Deutschland nach Vereinstyp¹³⁹				
Vereinstyp	Italienische Vereine %	Spanische Vereine %	Griechische Vereine %	Türkische Vereine %
Elternverein	2,0	32,7	14,8	4,1
Sportverein	24,8	10,9	13,6	14,7
Religiöser Verein	3,0	1,5	1,1	23,0
Politischer Verein	0,5	0,4	7,6	1,8
Begegnungsverein	14,0	11,3	6,9	13,8
Kulturverein	15,8	19,3	18,6	13,9
Familienverein	8,0	5,1	-	0,2
Berufsverein	3,3	2,2	4,0	4,2
Sozialer Verein	9,5	2,9	2,7	11,6
Freizeitverein	13,8	7,3	7,6	8,9
Humanitärer Verein	1,3	0,7	-	0,4
Heimatverein	3,5	1,5	7,6	1,2
Frauenverein	0,3	1,1	0,2	0,0
Wirtschaftsverein	0,5	1,5	0,0	0,5
Centro Espanol	-	1,8	0,0	-
Griechische Gemeinde	-	-	13,9	-
Studentenverein	-	-	0,4	0,3
Seniorenverein	-	-	0,9	0,5

Elternvereine

Spanische (32,7 %) und griechische Vereine (14,8 %) verweisen auf einen breiten Organisationsgrad der Mitglieder bezogen auf ihrer Rolle und Funktion als Eltern. Das trifft auf die Vereine aus der Türkei (4,1 %) weniger zu und auf die italienischen Vereine (2,0 %) noch einmal weniger. Bisher ist dieses Phänomen noch nicht untersucht worden, obwohl in Studien erwiesen ist, dass italienische Kinder neben denen mit türkischem Migrations-

¹³⁹ Erhebungen von Hunger 2004 auf der Basis des Gesamtarchivs ausländischer Vereine in Deutschland im Bundesverwaltungsamt.



hintergrund zu der besonders bildungsfernen und bildungsbenachteiligten Gruppe in Deutschland gehören.¹⁴⁰ Auch kann aufgrund engagierter Elternvereine nicht automatisch auf eine größere Integrationsbereitschaft der Kinder dieser Mitglieder in das deutsche Bildungssystem und in die deutsche Gesellschaft geschlossen werden. Dies zeigt sich an der Gruppe der griechischen Elternvereine, da von diesen zum großen Teil für griechische Schulen gekämpft und auf muttersprachlichen Unterricht gedrängt wird, so dass griechische Schülerinnen und Schüler in Deutschland zum Teil trotz Abitur kaum Deutsch sprechen.¹⁴¹

Sportvereine

Auffallend ist die Zunahme von Sportvereinen. Hier ist eine Entwicklung zu verzeichnen, die offensichtlich den Bedürfnissen der jüngeren Generation gerecht werden will. Auch bedeutet die Existenz türkischer Sportvereine (14,7 %) nicht, dass in ihnen nur Männer organisiert sind. Da der Personenkreis mit türkischem Migrationshintergrund meist muslimischen Glaubens ist, besteht das Vor-Urteil, Mädchen und Frauen dieses Migrationshintergrundes würden sich wenig bis gar nicht sportlich betätigen. Heute gibt es nicht nur in Berlin, wie beim Verein Türkiyemspor,¹⁴² sondern bundesweit in etlichen türkischen Fussballvereinen eine Frauenfußballabteilung. Auch die Vorstellung, Muslimas würden nicht Schwimmen, gerät durch die mediale Rand-Debatte um die Burkini in Bewegung.¹⁴³

¹⁴⁰ Alba, u.a 1994, Kristen 2002, Kristen 2003. Martin 2007.

¹⁴¹ S. hierzu Damanakis2005 und Kanavakis 1989.

¹⁴² Siehe <http://www.taz.de/1/archiv/print-archiv/printressorts/digi-artikel/?ressort=le&dig=2009%2F09%2F04%2Fa0088&cHash=ecff15b850> und <http://www.faz.net/s/RubBC20E7BC6C204B29BADA5A79368B1E93/Doc~E244BDFA0413E43348E7B8878D75CC254~ATpl~Ecommon~Scontent.html>

¹⁴³ Eine speziell für Muslimas entworfene Schwimmkleidung.



Religiöse Gemeinschaften

Da die eingewanderte Personengruppe mit christlichem Hintergrund von den christlichen Kirchen betreut wird, zeichnen sich die Entwicklungen bei den muslimischen Gemeinschaften in einem abweichenden Verlauf ab. Interessant sind hier besonders diejenigen Gruppierungen, in denen sich die zweite und dritte Generation der Eingewanderten organisiert hat. In den muslimischen Jugend- oder Akademikergruppierungen wie z.B. dem *Rat muslimischer Studierender und Akademiker* drehen sich die Fragen überwiegend darum, ob und wie die Religion in Deutschland heute gelebt und gelehrt werden kann. Hierzu können die Eltern meist keine Hilfestellungen geben, da sie sich als Zuwanderinnen und Zuwanderer einer Minderheit ebenfalls in einem Findungsprozess sehen.

Immer wieder wurde in den Gesprächen auf die zeitweiligen Rollenverkehungen verwiesen, wo sich Jugendliche mit den Problemen der Eltern auseinandersetzen müssen oder früh die Verantwortung für jüngere Geschwister übernehmen müssen. Oft sehen sich die Akteure in den Jugendverbänden dann als Brückenbauer und Über- bzw. Vermittler in die eigene Community hinein. Sie selbst beschreiben sie dabei als Personen mit „*multiplen Identitäten*“ multi-ethnisch und plural ausgerichtet. Auffallend ist in diesen Gruppierungen der Zuwachs an weiblichen Jugendlichen und jungen Frauen, die hier zum Teil sogar die Mehrheit bilden, wie beispielsweise in der *Muslimischen Jugend in Deutschland*.

Die *Muslimische Jugend in Deutschland* (MJD) ist eine nach ihren Aussagen unabhängige Organisation, die offen ist für die Zusammenarbeit mit anderen religiösen und gesellschaftlichen Organisationen und sich einen interreligiösen Dialog auf Augenhöhe wünscht, der gegenwärtig nur schwer möglich ist, da die MJD kein anerkannter Träger der außerschulischen Jugendbildung ist. Laut Aussagen des Verfassungsschutzes sei die MJD „*mit islamistischen Gruppen verknüpft*“, eine Setzung, die der Verband seit Jahren auszuräumen versucht.

Beim Blick auf diesen Verband fallen einige Besonderheiten ins Auge, die für die Zukunft von Migrantorganisationen generell ähnlich sein könnten. Neu in einer gemischtgeschlechtlichen Migrantenselbstorganisation ist bei der MJD das große Engagement der Frauen, bis in die Schüre – den Vorstand – hinein. Gegenwärtig sind von den 10 Vorstandsmitgliedern 7 weiblich. Dies scheint in den herkömmlichen muslimischen Verbänden und den Migrantenselbstorganisationen noch immer schier unmöglich, so dass die Frauen aus diesen Zusammenschlüssen eher eigene Gruppierungen gründen und sich in den „*Vater*“-verbänden mehr als „*Familienmitglieder*“ und weniger als Akteure präsentie-



ren. Weiterhin ist an dieser Vereinigung neu, dass der Verband ohne die ältere Generation organisiert wurde, und nur Jugendliche bis zu einer von den Verbänden bestimmten Altersstufe Mitglieder sind, d.h. der Verband sich regelmäßig immer wieder verjüngt. Auch dies ist in den Migrantenselbstorganisationen ein Novum.

Hier scheinen sich kategorische Umbrüche abzuzeichnen, die es zu beobachten lohnt, da erstmals andere Wege beschritten werden als bei den Selbstorganisationen der ersten Generation. Insofern sind auch die permanenten, zeitnahen Aktualisierungen von Beobachtungen zu diesen Verbänden in kurzen Abständen für diese Verbände von großer Bedeutung, da im Verlaufe eines Jahrzehnts in ehrenamtlich arbeitenden Jugendverbänden mit „*Altersbegrenzung*“ der personelle Wechsel weitaus schneller vollzogen wird als in herkömmlichen Vereinen und somit auch die inhaltlichen Schwerpunktsetzungen und Ausrichtungen entsprechend schneller wechseln können.

Politische Vereine, Begegnungsvereine und Kulturvereine

Diese Vereinstypologisierung ist nach Ansicht der Verfasser am wenigsten aussagekräftig, da sich die Vereine der „*ersten Stunde*“ unabhängig von ihren inhaltlichen Ausrichtungen meist unter der Rubrik Begegnung oder Kultur verortet haben, da ihnen als ausländische Vereine zur damaligen Zeit kaum andere Möglichkeiten gegeben waren. Addiert man die Zuschreibungen und fügt noch die Heimatvereine hinzu, so ergeben sich für die herkunftsorientierten Verbände andere Gewichtungen, als sie das Vereinsregister ausweist. Für die italienischen Vereine beträgt diese Ausrichtung insgesamt 33,8 %, für die spanischen Vereine 32,5 % für die griechischen Vereine 30,7 % und für die Vereine aus der Türkei 30,7 %, so dass diese Ausrichtung insgesamt als prioritär anzusehen ist. Bei den Vereinen aus der Türkei rangiert diese Ausrichtung noch vor den religiös orientierten Vereinen mit 23,0 %.

Frauenvereine

Unerklärlich bleibt die geringe Anzahl der Frauenvereine, da diese unseres Wissens weitaus höher anzusetzen ist. Eine mögliche Erklärung könnte sein, dass sich diese Initiativen als eigene Gruppierungen aus den herkunftsorientierten Vereinen entwickelt haben und dann nicht mehr als eigenständige Vereine eingetragen wurden.



Berufs, Wirtschafts- und Studentenvereine

Hier ist ebenfalls eine Entwicklung mit sehr modernen Akzenten zu vermerken, die zukünftig nicht außer Acht zu lassen ist, und die im Vergleich von 3,8 % italienischer Vereine, 3,7 % spanischer Vereine, 4,4 % griechischer Vereine mit 5,0 % der Vereine von Einwanderergruppierungen aus der Türkei, bei letzterer Gruppe den höchsten Prozentsatz ausmacht.

Bei den Vereinen ist weiterhin eine starke Orientierung an der nationalen Herkunftskultur auszumachen. Ebenfalls ist eine Tendenz von der Übernahme von Betreuungsaufgaben hin zu mehr Übernahme von *Eigenverantwortung* zu beobachten. Während die Vereinsgründungen der ersten Generation überwiegend als Begegnungsstätten dienten, so haben diese heute mehr den Anspruch einer politischen, gesellschaftlichen Interessenvertretung und sehen sich als politische, gesellschaftliche Akteure für ihre Gruppe in die Mehrheitsgesellschaft hinein. Dies geht einher mit ihrer zunehmenden Akzeptanz in der Mehrheits-Gesellschaft im Zuge des angestrebten und bundesweit geförderten staatlichen Integrationskurses.

Nach innen agieren die Vereine zwar weiterhin als *Hilfe zur Selbsthilfe*, da dieser Bedarf weiterhin vorhanden ist. Nach außen fungieren sie aber bereits auch als *Partner* für öffentliche Institutionen und andere zivilgesellschaftlich engagierte Zusammenschlüsse und fördern so die *politische Meinungsbildung* mit, indem sie Vermittlungs- als auch Vertretungsfunktion zu übernehmen beginnen, eine Aufgabe, die jahrzehntelang von den Wohlfahrtsverbänden in Stellvertreterfunktion als eine Lobbyaufgabe wahrgenommen wurde. Durch die zunehmende Auflösung der herkömmlichen Migrationssozialdienste wird dies zukünftig weitaus weniger möglich sein, so dass die Bedeutung der Migrantenselbstorganisationen im öffentlichen Diskurs um Integration und Zuwanderung in den nächsten Jahren an Bedeutung zunehmen wird. Da in den Alten Bundesländern gegenwärtig eine ganze Generation ausländischer Sozialberater und Sozialberaterinnen in den Ruhestand geht und gleichzeitig die herkömmliche Sozialberatung durch die Forderung einer interkulturellen Öffnung der Sozialen Dienste und einer Veränderung der Migrationsdienste in Erstberatungsdienste bei Neuzuwanderung und in Jugendmigrationsdienste abgeändert wurde, verliert ein großer Teil der ersten Generation der Zuwanderinnen und Zuwanderer seine altbekannten Ansprechpartner und ist zukünftig noch mehr auf die eigenen Communities angewiesen.



Den Akteuren vieler Migrantenselbstorganisationen ist jedoch noch immer zu wenig bewusst, dass es in der Erfüllung des Zuwanderungsgesetzes erwünscht ist, sich aktiv an der Gestaltung von Gesellschaft zu beteiligen und sogar an der Formulierung von Politik mit zu wirken. Es geht um Partizipation durch einen gelingenden gleichberechtigten Einbezug der Migrantenselbstorganisationen in der Gesellschaft, so die Botschaft staatlicher Integrationspolitik. Zu lange Jahre wurde dies von politischer Seite anders gesehen, und es wird eine Zeitlang dauern, bis dieser politische Einstellungswechsel in den Vereinen und Initiativen vor Ort nicht nur angekommen ist, sondern auch umgesetzt wird.

Beteiligungen

Es hat den Anschein, als müsse zuvor noch eine nachholende Integrationsarbeit von allen Beteiligten geleistet werden, die mehr beinhaltet als eine Bereitschaft zur Anerkennung, sondern die hinführen muss zu Kooperation und Vernetzung mit dem bereits Bestehenden. Das gilt für die Alten wie für die Neuen Bundesländer gleichermaßen.

Dabei geht es dann auch um die essentiellen Fragen des gesellschaftlichen Umgangs mit Heterogenität und kultureller Vielfalt, denn die Einbeziehung von Migrantenselbstorganisationen ist nicht nur abhängig vom Selbstverständnis der bisherigen Akteure der Mehrheitsgesellschaft ist, sondern auch vom Willen der in den MOSs zusammengeschlossenen Mitglieder.

Gegenwärtig werden die Interessen des Bevölkerungsteils mit Migrationshintergrund im Rahmen der kommunalen Integrationspolitik stärker berücksichtigt. Es wurden *Integrationsbeiräte* oder *Integrationsausschüsse* eingerichtet, die aufgrund ihrer Zusammensetzung einen größeren Einfluss in den Kommunen haben, als bisher die Ausländerbeiräte. Auch Selbstorganisationen werden bewusst gefördert und gewinnen an Gewicht. Es entstehen Bündnisse für Integration, die vor allem interkulturelle Aktivitäten unterstützen, so dass sich multi-ethnische Projekte und Netzwerke herauszubilden beginnen.¹⁴⁴ Zivilgesellschaftliche Akteure präsentieren sich in den Stadtteilen gemeinsam und unter ihnen auch die Migrantenselbstvereine.

¹⁴⁴ S. hierzu den Teil über bürgerschaftliches Engagement der Bundesländer im Nationalen Integrationsplan 2008:177-184.



Sie sind nicht mehr übersehen und auch keine Außenseiter mehr, sondern werden zunehmend in die Verbünde integriert, wie am folgenden Beispiel des Vereinsrings Bockenheim in einem Stadtteil von Frankfurt am Main exemplarisch ersichtlich wird:

The screenshot shows the website of 'Vereinsring Bockenheim 2002 e.V.'. The header includes the organization's name and a navigation menu with links to 'Startseite', 'Vereinsring', 'Mitglieder-Vereine', 'Mitglieder-Service', 'Info-Center', 'Links', and 'Sitemap'. Below the header, there is a search bar and a main heading 'Vereine'. A sidebar on the left contains sections for 'Mitglieder-Vereine' (with a sub-section 'Unsere Mitglieds-Vereine in Bockenheim') and 'Allgemein' (with links for 'Kontakt', 'Impressum', 'Satzung', and 'powered by CFS'). The main content area features the text 'Die folgenden Vereine sind Mitglieder im Vereinsring Bockenheim 2002 e.V.:' followed by two columns of links to various member organizations.

Left Column	Right Column
→ AIDS-AUFKLÄRUNG	→ Leben - Lernen - Arbeiten: Dondorf-Frankfurt
→ Am Ochsengraben	→ Lese-Zeichen Bockenheim
→ AWO	→ Mexikanisch-Deutscher Kreis Frankfurt
→ Bockenheim Aktiv.de	→ Nachbarschaftsheim
→ CeBeef	→ Omonia
→ DRK	→ SG - Bockenheim
→ Feldbahnmuseum	→ St. Elisabeth
→ Fidele Bockemmer	→ Tauschring Bockenheim
→ Frankfurter Verband	→ The Sound of Frankfurt
→ Frankfurter Yogazentrum	→ Tibethaus Deutschland
→ Freunde Bockenheims	→ Türkisches Volkshaus
→ Freundeskreis Freibad Hausen	→ VAMV
→ FTG Frankfurt	→ VdK - Bockenheim
→ Griechische Gemeinde	→ Verein der Griechen
→ Guestphalia-Berlin	→ Verein Griech. Eltern
→ Initiative Zukunft Bockenheim	→ VFR Bockenheim
→ KGV "Am Schönhof"	
→ KGV Am Marbachweg	
→ Kultur Verein L' Arana	

Zum Teil sind es jedoch nur Namen und private Telefonnummern auf den Homepages, die auf die Migrantenvereine verweisen, wie hier am Beispiel bei L'Arana und Omonia. Und neben der Griechischen Gemeinde, dem Türkischen Volkshaus, dem Verein der Griechen und dem Griechischen Elternverein gibt es lediglich ein interkulturelles, nämlich mexikanisch-deutsch ausgerichtetes Angebot. Die enge Bindung und Besinnung auf die eigene ethnische Gemeinschaft des eingewanderten Bevölkerungsteils wird auch noch so lange im Vordergrund stehen bleiben, „solange ethnisch bedingte Ungleichheit be-



steht, und umso mehr, je multidimensionaler sich eine solche Ungleichheit abbildet.“¹⁴⁵ Veränderungen bezüglich einer Öffnung dieser herkunftslandorientierten Zusammenschlüsse in den sozialen Nahraum hinein hängen auch von den Reaktionen aus dem Umfeld ab, d. h. von der Haltung anderer Organisationen der Zivilgesellschaft zu den jeweiligen im sozialen Umfeld ansässigen Migrant*innenorganisationen. Hier sind sicherlich in den nächsten Jahren durch die zunehmend offensivere Integrationspolitik in den Städten und Gemeinden Veränderungen zu erwarten.

Die herkunftsland- bzw. herkunftskultur-orientierten Vereinigungen sind aber auch wichtig,¹⁴⁶ weil sie gewachsene Zusammenschlüsse sind und ihre Akteure einen Zugang in die ethnische Community haben. Gerade weil der zugewanderte Bevölkerungsteil der ersten aber auch der zweiten Einwanderergeneration nach der Auflösung der bisherigen Form der Migrationssozialberatung sich wieder mehr auf „ihre“ Vereine und Zusammenschlüsse besinnt. Dies wird auch am Beispiel der religiösen Gemeinden deutlich, die an Bedeutung zunehmen und von ihrem Selbstverständnis her ihre Arbeit weit über den Bereich der religiösen Unterweisung ausdehnen, um das auffangen zu können, was zum einen von den Wohlfahrtsverbänden an Sozialberatung nicht mehr abgedeckt wird und zum anderen trotz interkultureller Öffnung der Sozialen Dienste in der Gesellschaft noch immer nicht zur Zufriedenheit der ethnischen Minderheiten bereit gestellt werden kann.

Der Paradigmenwechsel unter dem Motto „*Integration findet vor Ort statt*,“ wird in Sozialräumen mit hohem migrantischen Bevölkerungsanteil Veränderungen in der gesamten kommunalen Politik nach sich zu ziehen, indem Migrant*innen und Migranten mehr als aktive Bürger*innen und Bürger und gestaltende Subjekte gesehen werden. Im Rahmen des Zuwanderungsgesetzes sind vom Bund klare Organisationsstrukturen geschaffen worden. Vor Ort sind bundesweit Regionalstellen eingerichtet worden, die zukünftig wesentliche konzeptionelle und steuernde Integrationsaufgaben bündeln. Diese arbeiten mit den zentralen Akteuren der Integrationsarbeit zusammen. Aber wie auch bereits in den Interessenbekundungen zu *entimon* und *VIELFALT* sind viele der entworfenen Strategien zur Verbesserung der gesellschaftlichen Integration noch von einer defizitorientierten Sicht auf Menschen mit Migrationshintergrund geprägt.

¹⁴⁵ Fijalkowski & Gillmeister 1997:168.

¹⁴⁶ So betont der von der Schader-Stiftung geförderte Projektverband, an dem auch der Deutsche Städtetag und die Verbände der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft teilnehmen, in Bezug auf die Zuwanderung in den Städten auf eine „*Integration trotz Segregation*“ zu setzen, Vgl. Verbundpartner 'Zuwanderung in der Stadt' 2007.



Im Rahmen des *VIELFALT*-Programms bestehen hier gestalterische Möglichkeiten. Die Integrationsstellen sind ähnlich strukturiert wie die Netzwerke zur Erstellung der Lokalen Aktionspläne. Durch Vernetzungen mit diesen können hier zum einen Synergien erzeugt werden, zum anderen in denjenigen Regionen, in denen noch keine Netzwerke zur Erstellung Lokaler Aktionspläne vorhanden sind, könnten die *VIELFALT*-Themen Eingang in die Arbeiten der Akteure finden, die sich um die Integrationsarbeit gruppieren. So kann gemeinsam eine regionale Förderpolitik von Migrantenorganisationen konzipiert und konzeptualisiert werden, damit den Migrantenorganisationen und -Vereine ihre wichtige sozialintegrative Rolle weiter ausbauen können und in der Mehrheits-Gesellschaft Konzepte einer „*nachholenden Integrationspolitik*“ entwickelt werden, die Versäumnisse der Vergangenheit zumindest teilweise kompensieren.¹⁴⁷

¹⁴⁷ Filsinger 2008:3.



5.2.4 Förderschwerpunkte

Auffallend war im ersten Förderdurchgang von *VIELFALT* die geringe Resonanz bei den von den Programmverantwortlichen angebotenen Förderungen des Unterthemas „Antisemitismus bei jugendlichen Migranten“ im Themencluster „Auseinandersetzung mit historischem und aktuellen Antisemitismus“; sowie im Themencluster „Arbeit mit rechtsextremistisch gefährdeten Jugendlichen“ die Unterthemen „Geschlechtsspezifische Arbeit mit männlichen Jugendlichen“ und sowie der „Bereich einer qualifizierten Elternarbeit“.

Trotz der Übereinstimmung über die Wichtigkeit dieser Unterthemen, kann die geringe Teilnahme damit begründbar sein, dass es sich hierbei um eine noch kontrovers diskutierte Thematik handelt, die gerade erst Eingang in die Fachdebatten gefunden hat, weshalb auch Konzepte zu einer praxistauglichen Umsetzung nur spärlich zu finden sind. Diejenigen zivilgesellschaftlichen Akteure, die sich bereits in diesem frühen Stadium dieser Herausforderung stellen wollen, können folglich kaum auf Best-Practice-Beispiele zurückgreifen, um diese auf ihre spezifischen Notwendigkeiten anzupassen.

Im Folgenden werden Anregungen gegeben, wie diese Schwerpunkte zur besseren Akzeptanz realitäts- und praxisrelevanter ausgebaut und weiterentwickelt werden sollten.

Antisemitismus bei jugendlichen Migranten

Es besteht gesellschaftlicher Konsens, dass Rechtsextremismus, Feindlichkeit gegen Fremde und Antisemitismus sich nicht nur verstärkt haben, sondern dass diese Einstellungen aus der Mitte der Gesellschaft kommen,¹⁴⁸ und die moderne Form des Extremismus in Deutschland sich „bewegungsförmig inmitten unserer Gesellschaft“¹⁴⁹ organisiert. Von daher verwundert es nicht, wenn unter Jugendlichen wieder Schimpfworte wie „Du Jude“ und in Verstärkung sogar „schwuler Jude“ nicht nur in Auseinandersetzungen üblich sind, sondern auch so ganz nebenbei dem nächsten Freund im Sinne von „Hey Du Blöder“ an den Kopf geworfen werden, ohne dass Tragweite und Bedeutung des Gesagten auch nur ansatzweise reflektiert sind. In einer Gesellschaft mit einem Bevölkerungsanteil mit Migrationshintergrund um 19 Prozent,¹⁵⁰ bilden die migrantischen Jugendlichen

¹⁴⁸ Decker & Brähler 2006.

¹⁴⁹ Klein 2007:11.

¹⁵⁰ Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung Nr.033 vom 26.01.2010.



keine Ausnahme und haben die zur 'Umgangssprache' von Jugendlichen gewordenen Beschimpfungen ebenfalls übernommen.

Es ist diesen migrantischen Jugendlichen selbst auch kaum anzulasten, wenn sie sich in diesem Zusammenhang nicht direkt dafür interessieren, was der Holocaust und der Antisemitismus in Deutschland bedeuten und welche zusätzlich verstärkende Bedeutung eine solche Beschimpfung in diesem Land hat. Sie leben im Heute und haben darüber hinaus eine von den Eltern und ihrer ethnischen Community vermittelte eigene Herkunftsgeschichte, auf die sie sich beziehen. Die deutsche Geschichte bleibt ihnen oft fremd, im Sinne von „*das war hier in Deutschland so, aber noch vor der Zeit meiner Eltern, was hab ich damit zu tun?*“

Eine *WIR*-Verantwortungsethik in Bezug auf den Holocaust können die migrantischen Jugendlichen im Klassenverband nicht entwickeln. Hinzu kommt, dass diese Jugendlichen in fast allen anderen Schulfächern einer *WIR/SIE*-Differenz ausgesetzt sind, die zur geforderten Verantwortungsethik konträr steht, denn dort wird ihnen das gerade wieder abgesprochen, was sie im Geschichts- und Ethikunterricht als ein verantwortungsethisches *WIR* adaptieren und übernehmen sollen. Da schalten die migrantischen Jugendlichen oft einfach ab. Der Satz „*das hat nix mit uns zu tun, und nach Auschwitz fahren wir auch nicht mit*“, gehört heute zur Erfahrung fast jedes Geschichts- oder Ethik-Lehrenden im Schulunterricht, so dass es mittlerweile zum didaktischen Standardrepertoire in diesen Fächern gehört, wenigstens zu einer Mitfahrt zu bewegen, in der Hoffnung, dass sich so eine Türöffner zum Thema ergeben wird.

Kann man daher so einfach und verallgemeinernd von einem Antisemitismus unter jugendlichen Migranten und Migrantinnen sprechen? Hinzu kommt, dass aufgrund der großen Anzahl migrantischer Jugendlicher mit muslimischem Hintergrund die Auseinandersetzung mit dem Thema des Antisemitismus eine ganz andere Gewichtung bekommt, da sich die Zuspitzung des Palästina-Konfliktes mit den Debatten zum Antisemitismus verzahnen, und es einer besonderen Sensibilität bedarf, damit die völkerrechts- und menschenrechtswidrige Besatzungspolitik im Rahmen des Nahostkonfliktes keine katalysatorische Rolle in der Auseinandersetzung um den Antisemitismus übernimmt.

Tatsache ist, es gibt antisemitische Einstellungen unter Migrantenjugendlichen, so dass zwischen dem – leider – gängigen Alltagsjargon und den latenten bis hin zu offensiv vertretenen antisemitischen Einstellungen zu unterscheiden ist. Bei den Analysen zu diesen Einstellungen müssen aber auch die jeweiligen Migrationshintergründe einbezo-



gen werden, da sich im Vergleich zu den deutschen Jugendlichen bei der Gruppe des zugewanderten Bevölkerungsteils ein anderes, jeweils herkunftsspezifisches kollektives Gedächtnis in Bezug auf den Antisemitismus mit mitsamt dessen modernen Erscheinungsformen verknüpft.

Dies alles hat zur Folge, dass die in den Alten Bundesländern übliche Form der Aufklärung und der Erarbeitung von Geschichtsbewusstsein – die mittlerweile von den Neuen Bundesländern in großen Teilen übernommen wurde – heute nicht nur bei den Jugendlichen mit Migrationshintergrund nicht mehr greift. Deren andere Sichtweise des Holocaust beeinflusst natürlich auch das Denken der deutschen Jugendlichen. Hinzu kommt, dass im Zuge der Änderung des Ausländergesetzes in ein Zuwanderungsgesetz Kinder mit Migrationshintergrund bei Geburt die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten. Für diese Kinder verschränken sich von Anbeginn ihres Lebens Herkunftskultur und das zugehörige kollektive Gedächtnis in ganz anderer Form mit ihrer Zugehörigkeit zur deutschen Gesellschaft als noch bei der Generation ihrer Eltern. Denn es ist schon ein Unterschied, ob man als Mitglied einer ethnischen Minderheit die Einbürgerung beantragt, oder ob man von Geburt an als deutsche Staatsbürgerin oder deutscher Staatsbürger gilt. Von daher sind die Herausforderungen im Umgang mit dem Thema Antisemitismus bei Jugendlichen heute mehrschichtiger geworden, als beim ersten Blick vielleicht angenommen und lassen sich zukünftig nicht mehr so einfach aufteilen in antisemitisches Denken einerseits bei deutschen und andererseits bei migrantischen Jugendlichen.

Die Bedeutung des kollektiven Gedächtnisses in multikulturellen Zusammenhängen

Im Hinblick auf Formulierung und Ausschreibung des Bundesprogramms erscheint es daher wichtig, bei Projekten gegen Antisemitismus ein spezielles Augenmerk auf das *kollektive Gedächtnis* zu richten. Welche Bedeutung hat ein *kollektives Gedächtnis* in multikulturellen Zusammenhängen?¹⁵¹ Was bedeutet der Unterschied zwischen dem *kommunikativen Gedächtnis* und dem *kulturellen Gedächtnis*?

Das *kommunikative Gedächtnis* ist alltagsnah und gruppengebunden. Es liefert mündlich weitergegebene Erfahrungen und Traditionen in einem Zeitraum von ca. drei Generationen nach dem Zeitpunkt des Geschehens. Das ändert sich gegenwärtig insofern, als die

¹⁵¹ Das Konzept des Kollektiven Gedächtnisses stammt von dem französischen Philosophen und Soziologen Maurice Halbwachs und wird heute in mehreren Wissenschaftsdiskziplinen als Analysekategorie verwendet. Halbwachs 1991. Vgl. hierzu auch Erl 2005.



Menschen älter werden, was die Generationenabfolge verlängert. Hinzu kommt, dass viele Menschen mit Migrationshintergrund früh heiraten, und in Deutschland mittlerweile zum Teil bis zu 5 Generationen mit migrantischem Hintergrund leben.

Das *kulturelle Gedächtnis* hingegen umfasst den archäologischen und schriftlichen Nachlass der Menschheit. Weitergegeben wird es mündlich, schriftlich, normativ und narrativ. Zentrale Begriffe des kulturellen Gedächtnisses sind Tradition und Wiederholung und die Gedenktage sowie religiöse Feste sind seine Ausdrucksformen.

Der Begriff des *kollektiven Gedächtnisses* bezeichnet eine gemeinsame Gedächtnisleistung einer Gruppe von Menschen. So wie jedes Individuum zu einem individuellen Gedächtnis fähig ist, wird einer Gruppe von Menschen eine gemeinsame Gedächtnisleistung unterstellt. Das kollektive Gedächtnis wird als Rahmen einer solchen Gruppe verstanden. Es bildet die Basis für gruppenspezifisches Verhalten zwischen ihren Angehörigen, da es dem Einzelnen ermöglicht, sich Gemeinsamkeiten vorzustellen. Das Kollektive Gedächtnis nimmt Bezug auf die gegenwärtigen sozialen Verhältnisse und wirkt individuell auf eine Gruppe von Menschen, je nach ihrer Situation. Wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass das kulturelle Gedächtnis ein Gedächtnis des Willens, d.h. eines der kalkulierten Auswahl ist. Dabei setzt es seine eigenen historischen Bezugspunkte, weshalb dieselben historischen Ereignisse von Land zu Land in ganz anderem Licht erscheinen können. Darüber hinaus entwickelt jede Gruppe ihre eigenen Mythen und Legenden.

Antisemitismus in der Weltgesellschaft – Thema für Fachwissenschaft und -didaktik

Dass Antisemitismus nicht mit Aufklärung allein zu begegnen ist, ist hinlänglich bewiesen, da es antisemitischem Denken nicht um jüdisches Leben, um jüdische Realität geht, sondern um ein Ausleben von „*durch Feindbilder geleitete Gefühle*“ und um den „*politischen Effekt des Ressentiments*“.¹⁵² Aufklärung hat vor allem dann wenig Chancen, wenn die sozialen Bedingungen in den Jugendcliquen so sind, dass sich die Ressentiments gegen Juden ungezügelt entfalten können. Dennoch ist die kognitive Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus von Bedeutung, um in der Wahrnehmung des migrantischen Antisemitismus differenzieren zu können.

Die Bedeutung von Antisemitismus hat in den Herkunftsländern des migrantischen Bevölkerungsteils nicht nur eine unterschiedliche Gewichtung, sondern er erwächst zum Teil auch aus verschiedenen Wurzeln und enthält dadurch in sich wiederum unterschiedliche

¹⁵² Benz 2007:6.



Phänomene von Judenfeindschaft. Als ein Teil des jeweiligen kollektiven Gedächtnisses sind diese Phänomene in den Migrantengruppierungen latent oder eben zunehmend auch offensiv vorhanden. Es gibt bisher nur vereinzelt Lehrmaterialien, die sich mit diesen herkunftsspezifischen Hintergründen befassen und didaktisch so aufbereitet haben, dass sie für interkulturell zusammengesetzte Gruppierungen nutzbar wären.

Nicht pädagogisch-didaktisch aufbereitete Aufklärung zum Holocaust, sondern eigene Forschungen der Jugendlichen im eigenen Kulturkreis könnten daher ein Schlüssel zum Interesse am Thema Antisemitismus sein. Bereits der oberflächliche Blick in den Länder- und Regionen-Band zu Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart von Wolfgang Benz¹⁵³ verweist auf Themen, die es zu behandeln gälte. In diesem Nachschlagewerk ist zu insgesamt 92 Ländern und Regionen zur Entstehungsgeschichte des Antisemitismus bzw. zu Judenfeindschaft recherchiert worden. Alle namhaften klassischen Anwerbeländer und weitere Auswanderländer sind darin vertreten, von Griechenland über Irak, Iran, Italien, ehemals Jugoslawien, Kroatien, Syrien und Libanon, Marokko, Polen, Portugal, Rumänien, Sowjetunion und Russland, Serbien, Slowakei, Spanien, Tschechien, Türkei, Tunesien Was fehlt sind interessanterweise China und Vietnam. Sind diese ‚vergessen‘ worden, wurde nach ihnen nicht recherchiert, oder tun sich hier evtl. andere Zusammenhänge auf? Gibt es Antisemitismus in Vietnam? Gibt es Antisemitismus in China? Und weiter um den Globus gelesen, welche Länder sind ebenfalls nicht auffindbar? Welche Länder auf dem afrikanischen Kontinent sind berücksichtigt worden und welche nicht? Wie steht es dort mit dem Antisemitismus? Einerseits wird Antisemitismus als weltweites Phänomen gesehen, andererseits fehlen in manchen Kulturen offensichtlich Angaben zur Existenz eines solchen. Bis in welche Winkel der Welt wurde er bislang getragen und wann und von wem? Ein lohnendes Thema für die Zukunft in unserer Bildungsgesellschaft.

Hier ist eindeutig die **Fachwissenschaft** und die **Fachdidaktik** – zum Beispiel über die Programme der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung wie „*Demokratie lernen und leben*“ – gefragt, dieses Thema aufzunehmen und zu bearbeiten. Die gegenwärtige Kritik an Materialien zu historisch-politischem Lernen, konkrete Themen, Fragestellungen und Sachinhalte trotz behaupteter „*Lebensweltorientierung*“ an

¹⁵³ Benz 2008.



der Realität vorbei zu konzipieren,¹⁵⁴ trifft in multikulturellen Kontexten auf Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund noch einmal besonders zu.

Kompetenzerweiterung und Schulung von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren

Bei den **Bildungsträgern** selbst geht es augenscheinlich um die eigene Kompetenzerweiterung, d.h. um eine grundlegende Auseinandersetzung mit dem Thema eines vorfindlichen Antisemitismus bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund, um zu einer gemeinsamen Bewertung und Einordnung dieser Problemlage zu kommen. Hier setzt u.a. die Bundeszentrale für Politische Bildung an, indem sie nach ihrer Tagungstriologie „*Holocaust und Nationalsozialismus im Unterricht*“, „*Antisemitismus und Rechtsextremismus im Unterricht*“ und „*Israel und Nahostkonflikt im Unterricht*“ nun die bereits vorhandene Kompetenz transkultureller Ansätze bündeln will und sich hierzu dem Thema „*Pädagogik gegen Antisemitismus bei muslimisch geprägten Jugendlichen*“ widmet. Es ist sicherlich notwendig, um überhaupt praxisbezogene Konzepte entwerfen zu können, einmal den Blick zu verengen und ihn ausschließlich auf muslimische Jugendliche zu richten, um Fach-Kompetenz zu erwerben. In der Umsetzung in Bildungskonzeptionen geht es dann allerdings darum, diese Thematik wieder in einen transkulturellen Kontext rückzubinden, um nicht in den Fehler zu verfallen, muslimische Jugendliche als eine Sondergruppe zu behandeln, für die spezifische, nämlich Sonder-Konzepte zu entwerfen sind. Es kann im Zuge der gegenwärtigen Integrationsdebatte – wie oben dargestellt – auch beim Thema des Antisemitismus in den Konzeptentwürfen nicht mehr darum gehen, die Jugendlichen wieder aufzuteilen in antisemitisch denkende Jugendliche deutscher Herkunft, in solche mit migrantischem Hintergrund und in solche, die aus islamischen Herkunftsländern stammen.

Bei vielen Bildungsträgern ist angekommen, dass es heute nicht mehr ausreicht, die Geschichtsbücher für die Schulen in ihrem Verhältnis der deutschen und der jüdischen Geschichte neu zu schreiben und den Nahost-Konflikt in die Themencluster mit einzubeziehen. Es muss verstärkt an dem kollektiven Unbewussten angesetzt, das kollektive Gedächtnis muss aktiviert werden, um im Anschluss den Antisemitismus aus differenzierter, nämlich transkultureller Perspektive neu zu bearbeiten, damit sich, anders als zur Zeit, auch migrantische Jugendliche in ihren eigenen geschichtlichen Zusammenhängen wieder finden können. Deutsche und Jugendliche mit Migrationshintergrund als eine for-

¹⁵⁴ Vgl. hierzu Meseth, u.a. 2004.



schende *WIR*-Gruppe auf Augenhöhe mit jeweils eigenen Interessen zum gleichen Thema sollte das Ziel sein.

Exkursionen zu den Vernichtungslagern und Auslandsaufenthalte zur Erfahrbarmachung des Nah-Ost-Konfliktes sind für Jugendgruppen zwar effektiv, dennoch lösen sich antisemitische Einstellungen nicht durch die Anschauung anderer Realitäten auf, es sei denn, es gelingt erlebnispädagogischen Ansätzen durch Erlebnis *und* Pädagogik so in Erfahrungen umzusetzen, dass sich kognitive Wissensaneignung und emotionaler Intelligenz in positiver Weise miteinander verknüpfen können. Hierzu sind in der Vergangenheit zahlreiche hochwertige Konzepte entstanden, die nun vor der Herausforderung stehen, kollektive Gedächtniserfahrungen in ihrer Verquickung mit familialen Narrativen des jeweiligen Herkunftshintergrundes migrantischer Jugendlicher zu erkennen, um darauf einzugehen und auf die aktuellen Konflikte abzubilden. Nur so kann die Erfahrung „Exkursion nach ‘Auschwitz‘“ vielleicht zu einem Türöffner werden und sich das Desinteresse an diesem dunklen Kapitel Deutscher Geschichte – das ja weitaus früher angefangen hat als mit dem Holocaust – umkehren auch für Jugendliche aus anderen kulturellen Zusammenhängen wichtig erscheinen lassen. Primäres Ziel ist hier jedoch erst einmal die gemeinsame *WIR*-Gruppe, die es über die Faszination am Erkennen von weltweiten Zusammenhängen zu wecken gilt. Interessant ist doch für die zukünftige Auseinandersetzung mit dem Thema Antisemitismus, dass im Zuge der Globalisierung die Weltgesellschaft zum einen enger zusammengerückt ist und zu anderen über die neuen Kommunikationskanäle kollektivübergreifende Vernetzungen stattfinden, so dass sich Formen des kollektiven nationalen Gedächtnisses, in die Zukunft gedacht, gegenwärtig zu überholen scheinen.

Geschlechtsspezifische Arbeit mit männlichen Jugendlichen

Ansätze einer geschlechtsspezifischen Jungenarbeit lassen sich seit den 80er Jahren auffinden. Bezogen auf eine Auseinandersetzung mit rechtsextremistisch gefährdeten männlichen Jugendlichen beginnt sich in den Fachdebatten das Bewusstsein der Bedeutung dieses Themas ebenfalls zu schärfen. Fragen zu Gender in Bezug auf die rechtsextreme Szene haben den Blick in den letzten Jahren verstärkt auf Mädchen und Frauen gelegt, nachdem sichtbar wurde, dass sich der Einfluss extrem rechter Frauen erhöht hat. Es wurden sogar eigenständige Frauenorganisationen gegründet. Hier ist nicht nur eine neue Qualität in der quantitativen Zunahme und in der Organisationsstruktur zu bemerken, sondern offensichtlich auch in Bezug auf die gelebten und propagierten Frauenbil-



der. Diese sind zwar durch Konjunkturen gekennzeichnet, die nicht unabhängig von den gesamtgesellschaftlichen Diskursentwicklungen bleiben, scheinen aber mit zu einer Pluralisierung der Geschlechterideologien in der rechten Szene beizutragen, die es zu beobachten gilt, und die nicht nur Auswirkungen auf die Geschlechterbeziehungen in den Szenen haben,¹⁵⁵ sondern auch auf die speziellen Männlichkeitsvorstellungen, insbesondere, wenn es um die Bewahrung „*wahrer Männlichkeit*“ geht, die im Rechtsextremismus sehr zentral ist.

Blickt man auf die allgemeinen Anliegen der sich im Verlauf der Zeit entwickelten geschlechtsspezifischen Arbeit mit männlichen Jugendlichen, so scheinen erst einmal wenig Anknüpfungspunkte gegeben sein. Es geht in der geschlechtsspezifischen Jungenarbeit vorwiegend um

- ein neues Selbstbewusstsein,
- die Krise der Männlichkeit,
- ein partnerschaftliches Verständnis des Geschlechterverhältnisses,
- das Verhältnis zu Sexismus,

sowie um

- das Verhältnis zu Homophobie gegenüber Männern, die dem Männlichkeitsbild nicht entsprechen.

Es haben sich grob zwei Konzeptlinien herausgebildet, einmal in den späten 80er Jahren eine pro-feministische Richtung, die Frauen in ihren Forderungen nach Gleichheit und Differenz unterstützt, wobei gesellschaftstheoretische Analysen und Ansätze Vorrang vor individualpsychologischen Zugängen haben. Jungenarbeit wird hier als Männlichkeitskritik gesehen. Zum anderen hat sich eine Richtung entwickelt, die es um fragmentierte, widersprüchliche und brüchige männliche Identitäten geht, die im Alltag immer wieder neu ausgehandelt werden. D.h. es geht in der Umsetzung um die Fähigkeit des Aushandelns und Lebens von offenen Lebensentwürfen. Dabei geht es nicht um ein Bild des „neuen“ Mannes, sondern um vielfache Identitäten, jenseits alter Zwangsvorstellungen, die Frauen und Männer einschränken. Die Entwicklung neuer Formen von Geschlechterverhältnissen bleibt so ein offenes Projekt.

Auf den ersten Blick scheinen diese Ansätze wenig Berührungspunkte und Ansatzpunkte zum Denken und zur Alltagsrealität rechtsextremistisch gefährdeter Jugendlicher aufzu-

¹⁵⁵ S. hierzu Bitzan 2009.



weisen. Sie werden aber interessant und sind zu beachten, wenn die Geschlechterbeziehungen im Blick bleiben und gesehen wird, dass die rechtsextremistischen Bewegungen sich modernisieren und in ihren Haltungen bezüglich der Geschlechterrollen nicht mehr nur als Verfechter radikaler Geschlechtertrennung wahrgenommen werden können. Es beginnt sich offensichtlich auch ein rechter Feminismus zu entwickeln, der für die Gleichstellung mit den Männern votiert, allerdings im Rahmen der von ihnen vertretenen rechten Ideologie. Dies führt zu Auseinandersetzungen und Reibungspunkten in den Geschlechterbeziehungen aber auch in den Gruppen, die nicht unbeachtet bleiben dürfen, und die als ein wichtiger Hebel in der Zukunft anzusehen sind.

Die Ansätze einer Arbeit mit rechtsextremistisch orientierten männlichen Jugendlichen und diejenigen Ansätze, die einen geschlechtssensiblen, antisexistischen Blick in der Jungenarbeit konzeptionell vertreten, haben sich bisher nicht vernetzt. Hier kommt aus der Praxis zu vorschnell das Argument, in der Alltagsrealität seien diese nicht kompatibel. Daher verlaufen die Netze der jeweiligen zivilgesellschaftlichen Akteure – aber auch derjenigen die in den Regelstrukturen jeweils zu den Themen arbeiten – eher als eine Parallelstruktur, denn als ein inhaltlich und praktisch verzahntes Gebilde.

Auch hier fehlt eine breite, interdisziplinär angelegte fachwissenschaftliche Debatte, zur gedanklichen Zusammenführung dieser Ansätze, die nach Schnittstellen sucht, um dann aus den bisherigen Erfahrungen vor Ort, neue methodische Ansätze zu entwickeln. Dies kann gelingen, wenn die Modernisierungstendenzen der rechten Szene nicht nur als eine Gefahr gesehen, sondern gleichzeitig auch als eine Möglichkeit angesehen werden, im Rahmen der sich als beweglich zeigenden Geschlechterverhältnisse Themen anders aufzugreifen und fachlich so zu reflektieren, so dass sie im Rahmen der präventiven Arbeit in neue geschlechtssensible Konzepte für gefährdete männliche Jugendliche gegossen werden können.

Elternarbeit

Gegenwärtig erfährt die Sozialisationsleistung im Rahmen der Familie eine Renaissance, obwohl seit Jahren eine Verlagerung von Bildungs- und Sozialisationsaufgaben aus der Familie stattgefunden und die außerfamiliale Sozialisation zeitlich und inhaltlich an Bedeutung gewonnen hat. Auch die Einstellung zu Elternarbeit hat sich in den letzten Jahren grundlegend geändert. Mütter und Väter werden wieder mehr als Partnerinnen und Partner im Erziehungsauftrag vorschulischer, schulischer und sozialpädagogische Ein-



richtungen wahrgenommen und verstärkt auf die ihnen obliegenden Erziehungs- und Bildungsaufgaben hingewiesen. Sie sollen im Rahmen von Erziehungspartnerschaften in den Erziehungsalltag mit einer aktiv gestaltenden Rolle eingebunden werden.

Das gilt auch für die Kooperation von Eltern mit den Erziehungs- und Bildungsinstitutionen ihrer Kinder, und zwar nicht erst beim Auftreten von schulischen Problemen oder sozialer Auffälligkeiten. So sind zahlreiche Ratgeber für Pädagoginnen und Pädagogen entstanden, mit Konzepten zur Motivation von Eltern, ihren Erziehungsauftrag in Kooperation mit Erzieherinnen und Lehrkräften wahrzunehmen. Familienbildung gerät wieder in den Vordergrund, und für Eltern mit Schwellenängsten beim Besuch herkömmlicher Bildungseinrichtungen werden niedrigschwellige Angebote installiert. Es entstehen präventive Frühförderprogramme und Konzepte zu einer aufsuchenden Familienarbeit. Allerdings gelingt es oftmals nicht, manche Eltern überhaupt anzusprechen, so dass diese auch in kein Kontakt-Netz durch schulische und außerschulische Angebote eingebunden sind.

Beim Eintritt der Kinder ins jugendliche Alter ist Elternarbeit ohnehin kaum noch möglich. In der Adoleszenz beginnt der Ablösungsprozess, Peer Groups gewinnen an Bedeutung und Eltern verlieren zunehmend ihren Einfluss auf die Jugendlichen, wobei auch für sie ein Ablösungsprozess beginnt.

- Geraten Jugendliche in dieser Phase in Probleme oder bewegen sie sich in Milieus der rechten Szene, dann wissen Eltern oft nicht, an wen sie sich wenden sollen.
- Werden Jugendliche Opfer von Gewalt, sind Eltern oft ebenfalls überfordert.

Besonders wenn Eltern es bis zu diesem Zeitpunkt nicht gewöhnt sind, sich Hilfe zu holen, wenn sie in kein Netzwerk von Elterninitiativen eingebunden sind und aus dem Schul- und Freizeitbereich Ansprechpartner oder Ansprechpartnerinnen fehlen, dann bleiben sie mit ihren Probleme allein.

Hier sind in der Vergangenheit über *CIVITAS*, *entimon* und nun mit *VIELFALT* Konzepte für Eltern entstanden, um diese in Problemsituationen zu beraten und zu stützen, gerade dann wenn ihnen Regeleinrichtungen unbekannt sind und sie kommunalen Institutionen wie Erziehungsberatungsstellen aber auch Jugendämtern gegenüber eher mit Vorbehalten begegnen.



Im Rahmen der Bundesprogramme wurde ein auf unterschiedliche Bedarfe abgestimmtes Instrumentarium geschaffen. Mittels der Opferberatungsstellen ist ein Netzwerk gegen Gewalt etabliert. Mit Stiftungen und Initiativen sind Elternbildungskonzepte entworfen oder Elterninitiativen gegründet worden. Internetplattformen sind entstanden. Konzepte und Best-Practice-Beispiele werden weitergegeben, Vernetzungen finden statt. Im Rahmen der Programme wurden innovative Angebote entwickelt und in der Praxis erprobt, die nun von anderen weiterzutragen und weiterzuentwickeln sind.

Hier wurde auf einen konkreten Bedarf von Eltern reagiert. Adressaten waren und sind Eltern, die mit ihren Kindern nicht zu Recht kommen und Sorge haben, dass diese in ihrer Entwicklung in eine rechtsextremistische Ecke geraten könnten bzw. dort bereits angekommen sind. Oder Eltern müssen erleben, dass ihre Kinder tätlicher Gewalt ausgesetzt sind. Sie brauchen Hilfe und wollen sich zur Wehr setzen. Es geht um Eltern, die sensibilisiert sind und rechtsextremistische Tendenzen ablehnen. Es geht um Eltern, die sich gegen Gewalterfahrungen zur Wehr setzen wollen und müssen. Und es geht um Konzepte zur Prävention. Doch auch diese werden wiederum nur von denjenigen Eltern akzeptiert und angenommen, denen die vorhandene Vielfalt in der Gesellschaft vertraut ist, und für die Toleranz und ein ausgeprägtes Demokratieverständnis ein wichtiges Erziehungsziel für ihre Kinder bedeutet.

Eine Reihe von Untersuchungen hat gezeigt, dass rechtsextremistische Einstellungen zu einem erheblichen Maß bis weit in der Mitte der Gesellschaft offen und verdeckt zu finden sind. Wie ist dann mit rechtsextremistischen Eltern umzugehen, die ihre Kinder logischerweise ebenfalls rechtsextremistisch erziehen? Sie nehmen ja aus ihrer Sicht ihren Erziehungsauftrag ernst. Was ist zu tun, wenn an Projekten beteiligte Kinder oder Jugendliche berichten, dass ihre Eltern ethnische Minderheiten im Wohnumfeld eher ablehnen, dass sie für Anpassung „an die deutsche Kultur“ und gegen kulturelle Vielfalt sind? Oder wenn sie ihren Kindern einprägen, Einwanderinnen und Einwanderer hätten in Deutschland eigentlich nichts zu suchen? Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter berichten von solchen Erfahrungen, wenn sie in den Schulen Projekte zur Prävention rechtsextremistischer Haltungen durchführen.¹⁵⁶

¹⁵⁶ Diese Erfahrungen sind immer wieder ein Thema in Reflexionsveranstaltungen für Berufspraktikanten an unserer Hochschule, so z.B. zum Projekt „Ohne Mich!“ – Programm zur Prävention rechtsextremistischer Haltungen für Schulklassen der Stufen 6 und 7 in Saarbrücken.



In diesem Zusammenhang tauchen Fragen auf, die es zukünftig zu bearbeiten gilt:

- Wie können diese Kinder und Jugendliche in ihren eigenen Einstellungen bestätigt und gestützt werden?
- Kinder zu stärken, gegen Einstellungen ihrer Eltern zu opponieren – kann, darf oder muß das ebenfalls sozialpädagogische Aufgabe sein?
- Welche Gratwanderung haben die Akteure von Maßnahmen zu vollziehen? Wo liegen die juristischen, ethischen und moralischen Grenzen?
- Was sind Elternrechte, was sind Kinderrechte?
- Ab wann und wie finden Übergriffe statt?
- Wie sind diese zu erkennen?
- Und wie ist mit ihnen umzugehen?
- Welche Möglichkeiten gibt es, Spaltungen in den Familien zu verhindern?
- Wie können Dialoge stattfinden?
- Welche methodischen Ansätze gibt es hierzu verfügbar zu machen?
- Und was ist zu tun, wenn nicht nur die Jugendlichen in das rechte Umfeld abzudriften drohen, sondern sie von zu Hause dafür noch rechtslastige Unterstützung erfahren?
- Was ist zu tun, wenn Jugendliche gar mit Zustimmung ihrer Eltern von „*ausländerfreien Regionen*“ schwadronieren?
- Was ist zu tun, wenn Jugendliche mit Stolz „*meine Mutter ist eine Nazi*“ tönen?

In vielen Initiativen und Projekten wird davon ausgegangen, dass es die Eltern sind, die sich um ihre Kinder und Jugendlichen sorgen, und es wird Beratung für die Eltern im Blick auf deren Kinder angeboten. Diese Projekte sind wichtig und richtig und auszubauen. Gleichzeitig ist es aber unabdingbar, sich ebenfalls mit dem Thema einer möglichen Indoktrination von Kindern durch ihre Eltern auseinanderzusetzen. Was ist zu tun, wenn Eltern ihre Kinder in von Rechtsextremen organisierte Ferienlager schicken? Was ist zu tun, wenn Eltern ihre Kinder einbinden in die eigenen Aktivitäten und zu Demonstrationen mitnehmen? Es ist eine Frage der Zeit, wann sich die rechte Szene auch hier „*modernisiert*“ und Kinder und jungen Erwachsene – wie in anderen Bereichen heute üblich – zu solchen Veranstaltungen selbstverständlich mitgenommen werden, um so in die Szene hineinzuwachsen. Zwar haben Eltern das Recht und die Pflicht zur Pflege und Erziehung ihrer Kinder nach ihren eigenen – und somit auch rechtsextremen – Vorstellungen. Aber ihnen sind vom Gesetzgeber auch Grenzen gesetzt.

Fragen, ob rechtsextremistische Erziehung das Grundrecht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit von Minderjährigen einschränkt, ähnlich wie dies bei Sektenzugehörigkeit



diskutiert wird, sind bisher kaum aufgeworfen und fachlich differenziert bedacht worden.¹⁵⁷ Hier bedarf es ebenfalls, wie schon zuvor bei den anderen Themenschwerpunkten, einer transdisziplinär geführten fachwissenschaftlichen Debatte, in die Schulen, Jugendämter aber auch die Beratungsnetzwerke zu Rechtsextremismus einzubinden sind.

Wenn es gelingen soll, nicht nur das Bündnis gegen den aktiven Rechtsextremismus zu verbreitern, sondern die Themen auch in die „*Mitte der Gesellschaft*“ hineingetragen werden sollen, dann müssen solche Fragen zukünftig verstärkt mitbedacht werden, um die Akteure vor Ort hiermit nicht allein zu lassen.

¹⁵⁷ Vgl. hierzu die Ausführungen von Kati Lang zu rechtsextremistischer Erziehung und Kindeswohlgefährdung. Lang 2009.



6 Schlussfolgerungen und Empfehlungen

In der Rückschau der fast zwei Jahrzehnte durchgeführten Bundesprogramme *AgAG*, *entimon*, *CIVITAS* bis *VIELFALT* zeigt das Gesamtbild eine beeindruckende Entwicklung, die sich nicht nur in den Evaluationen und Kritiken niederschlägt, sondern insbesondere auch in den Eigen-Berichten der Projekte und den Darstellungen der Akteure im Internet. Durch die kontinuierliche Beteiligung verschiedener und voneinander unabhängiger Akteure vor Ort sind bundesweit Knotenpunkte entstanden, die sich über den virtuellen Raum als eine Art Netz abbilden, das in seiner wirklichen Größe nur erahnt werden kann. Ein solches Netzwerk erlaubt eine neue Dimension des Erfahrungsaustausches und den Kompetenztransfer. Bisher besteht dieses Netzwerk jedoch aus einer Addition einzelner Internetplattformen, die in der *VIELFALT*-Plattform kompetent und anschaulich zusammengeführt sind. Es fehlt jedoch die Möglichkeit eines Austausches. Dieser ist bisher nur verschlüsselt für an Projekten beteiligte Akteure möglich. Die Einrichtung eines themenbezogenen öffentlichen Forums auf der Plattform von *VIELFALT* bietet die Möglichkeit, über die bisherigen Förderformen hinaus gezielt weitere zivilgesellschaftliche Akteure anzuziehen und einzubinden. Hier erscheinen Entwicklungen – besonders bezogen auf einen interdisziplinären Fachaustausch – sinnvoll.

Die geringen partizipatorischen Ansätze und der Nichteinbezug von Migrantenorganisationen in die Planungen interkultureller Aktivitäten bei *VIELFALT* verwundern nicht. Der politisch vollzogene Wandel, Deutschland als Zuwanderungsland zu sehen und Integration zu forcieren, dauert gerade ein halbes Jahrzehnt. Von Seiten der politischen Akteure ist hierzu bundesweit zwar ein Strukturkonzept entwickelt worden, dieses wird gegenwärtig in den Kommunen jedoch erst umgesetzt, indem Regionalstellen eingerichtet und Integrationsausschüsse etabliert werden, die ähnlich wie gegenwärtig die Ämternetzwerke bei *VIELFALT* nun ihre Lokalen Aktionspläne entwickeln. Landesweit ist ein Integrationsmonitoring angestoßen und in den Kommunen werden Integrationspläne entwickelt. Dieser Prozess steht ebenso in den Anfängen, wie der durch die Ämternetzwerke angestoßene Prozess bei *VIELFALT*. Indem die Lokalen Aktionspläne sich mit den Integrationsausschüssen verzahnen und mit den Integrations-Akteuren und den in die Integrationspläne einbezogenen Migrantenorganisationen zusammen arbeiten, kann *VIELFALT* sich diesen Integrationsprozess zu Nutze machen, so dass auf struktureller Ebene – besonders in den Alten Bundesländern – keine neuen Entwicklungen angestoßen werden müssen, um Migrantenorganisationen perspektivisch besser einzubinden.



Die Projekte der Programmphasen von *entimon* und *VIELFALT* inklusive der abgelehnten Interessensbekundungen ergeben einen Querschnitt der Einschätzungen beantragender Akteure zu den Themen von *VIELFALT* wieder und einen Blick auf die Sichtweisen, mit welchem thematischen Zuschnitt und welchen Ansätzen die Zielrichtung des jeweils gewählten Schwerpunktes vor Ort erfolgreich zu bearbeiten sei. In der Gesellschaft vorhandene interethnische Konflikte werden kaum aufgegriffen, das Haupt-Engagement liegt weiterhin im Bereich eines gegenseitigen Kennenlernens. Hier sollte von den Programmverantwortlichen steuernd eingegriffen und gezielt um Akteure geworben werden, die sich der Aufgabe stellen wollen, in der Gesellschaft vorhandenen Konfliktthemen aufzugreifen und zu bearbeiten. Hier wäre auch der Ansatzpunkt durch Steuerung darauf einzuwirken, dass Migrantenselbstorganisationen von Anbeginn in die Planungen einbezogen werden, indem z.B. in Bezug auf beantragende Akteure nur Tandemkonzeptionen mit Migrantenselbsthilfeorganisationen akzeptiert werden.

Es fällt eine Aufteilung auf. Es gibt Ansätze, die sich eher dem Thema Rechtsradikalismus vor Ort widmen. Und es gibt Ansätze, die sich interkulturellen Themen vor Ort widmen. Eine inhaltliche Verzahnung findet nicht statt. Dies ist von den Programmverantwortlichen auch so gedacht, da sich jede Akteursgruppe an den wichtigen Thematisierungen vor Ort ausrichten können soll. An der jüngsten Debatte um die Ablehnung von Minaretten wird jedoch deutlich, dass hier inhaltliche Verzahnungen nötig sind. Das wird ebenfalls eine innovative Aufgabe zukünftiger Modellentwicklungen sein, an denen es verstärkt zu arbeiten gilt.

Besonders für die Förderschwerpunkte Antisemitismus bei jugendlichen Migranten, aber auch in Bezug auf eine geschlechtsspezifische Arbeit mit männlichen Jugendlichen und zu Elternarbeit besteht ein hoher konzeptioneller Entwicklungsbedarf, da die Bedeutung dieser Thematiken in ihren Zusammenhängen mit den eigenen Schwerpunkten sogar bei jahrelang in die Programme involvierten Akteuren entweder nur langsam im Bewusstsein rücken, oder aber inhaltlich-konzeptionelle Erweiterungen anstehen.



Die folgenden Maßnahmen und Empfehlungen erscheinen angezeigt:

- **Programmbeirat**

Angesichts einer gewünschten verstärkten Partizipation von Migrantenselbstorganisationen sollte auch ein Vertreter der *Bundesarbeitsgemeinschaft der Immigrantenverbände* einbezogen werden. Angesichts eines verstärkten Anti-Islamismus gilt bei den religiösen Gemeinschaften gleiches für diejenige Vertretung der *Muslimen in Deutschland*, die bereits bei der Deutschen Islamkonferenz (DIK) des Bundes einbezogen ist.
- **Interdisziplinäres Forum**

Das Forum soll aktuelle Themen und neue Entwicklungen zu *Vielfalt, Toleranz und Demokratie* fachlich qualifiziert, aber auch kontrovers und möglichst transdisziplinär bearbeiten, Wissenschaftsdebatten mit den Fachdebatten vor Ort verbinden und damit schnelle und effiziente Programm-Umsetzungen ermöglichen. Die stärkere Beteiligung an einigen Förderthemen wird sich erreichen lassen, wenn die Akteure vor Ort und die potentiellen Interessenten in aktuellen Themengebieten hinreichend qualifiziert sind. Eine solche Auseinandersetzung ist für die am Programm Beteiligten unabdingbar und wird von ihnen auch immer wieder angemahnt.
- **Restrukturierung von Themengebieten/Förderschwerpunkten**

Es ist zu erwarten, dass aufgrund neueren Wissenstands und der weitgehend überholten politisch-gesellschaftlichen Rechts-Links-Orientierung einige bisher im thematischen Zuschnitt noch getrennt behandelte Themen zu überprüfen sind, ob sie in neuer Verbindung der gesellschaftlichen Realität besser gerecht werden. Dies betrifft unter anderem

 - den interreligiösen Dialog unter besonderer Berücksichtigung der anti-islamischen Debatten;
 - die Entwicklung von Konzepten zu Antisemitismus bei jugendlichen Migranten unter Berücksichtigung ihres spezifischen Migrationshintergrunds;
 - die geschlechtsspezifische Arbeit mit rechtsextremistisch gefährdeten männlichen Jugendlichen in einer Verknüpfung mit vorfindlichen geschlechtssensiblen Ansätzen in der Kinder- und Jugendarbeit;



- eine Elternarbeit, die den Blick nicht nur auf betroffene Eltern richtet, sondern sich mit den Auswirkungen von Elternschaft in rechtsextremen Kreisen auf deren Kinder und Jugendliche auseinandersetzt.

- **Fachliche Qualifizierungsoffensive auf nationaler Ebene**
Organisierung eines fachlichen Austauschs für bereits beteiligte Akteure, der die Konfliktebenen der Arbeit zum Themenbereich Rechtsradikalismus mit derjenigen zu interkulturellen Themen und interethnischen Konfliktebenen inhaltlich verzahnt. Dies wird zukünftig umso wichtiger sein, als selbst das Bundesamt (BAMF) konstatiert, selbst die *Integrations-Akteure* würden oft noch aus einer Defizitperspektive heraus agieren: „*Viele Strategien zur Verbesserung der gesellschaftlichen Integration sind von einer defizitorientierten Sichtweise auf Menschen mit Migrationshintergrund geprägt,*“ so dass der Paradigmenwechsel durch den Integrationskurs des Bundes auf der Akteurebene zwar vor Ort angekommen ist, aber erst in Ansätzen umgesetzt wird.

- **Engagementqualifizierung auf regionaler Ebene**
Organisierung des Wissenstransfers durch bereits beteiligte Akteure, die schwerpunktmäßig in Regionen zu verankern ist und perspektivisch an die Lokalen Aktionspläne andockt.
Einbeziehung von Bildungsinstitutionen und Stiftungen, die bereits Qualifizierungskonzepte für Migrantenorganisationen entworfen haben.
Einsatz sogenannter *Antrags-Angels* (Analog den Business-Angels für Existenzgründer in der Wirtschaft bzw. Senior-Expert-Service), die Hilfestellung geben im Rahmen eines noch zu entwickelnden Gesamt-Coaching-Prozesses, um engagierte Akteure in Bezug auf Antragsstellungen und Co-Finanzierungssuche zukünftig besser unterstützen zu können, und um abgelehnte Bewerber weiterhin an das *VIELFALT*-Programm zu binden und potentielle Ressourcen für den zivilgesellschaftlichen Prozess nicht verloren gehen zu lassen.
Medientraining, damit die Beteiligten vor Ort ihre Ziele und Maßnahmen kompetent vermitteln können.
Einbeziehung von Fachhochschulen, im Rahmen der Modernisierung ihrer Studiengänge eine verstärkte Ausrichtung der Curricula vorzunehmen auf Konzept- und Projektentwicklung, Planung und Steuerung von Projektablaufen sowie Qualitätsmanagement.



- **Migrantenselbstorganisationen und freie kleinen Träger**

Erst seit einem halben Jahrzehnt wird die politische Umpositionierung vorgenommen, Deutschland als Zuwanderungsland zu sehen und verstärkt Integration zu fördern. Von Seiten der politischen Akteure ist hierzu zwar ein bundesweites Strukturkonzept entwickelt worden, das jüngst erst auf der Ebene der Kommunen umgesetzt wird. Das in diesem Zusammenhang angestoßene landesweite Integrationsmonitoring und die Entwicklung kommunaler Integrationspläne erfordern eine intensivere Zusammenarbeit der Integrationsausschüsse mit den Lokalen Aktionspläne, damit die Migrantenorganisationen als aktive Partner verstärkt einbezogen werden. Auf die entsprechende Entwicklung in den Alten Bundesländern ist in diesem Zusammenhang besonderes Augenmerk zu legen.
- **Lokale Aktionspläne auch in den Alten Bundesländern**

VIELFALT entwickelt sich zu einem Markenzeichen, aus dem ersichtlich wird, dass sich hier gegen jegliche Aktivitäten und Zentrierungen rechter Gruppierungen gerichtet wird. Daher sollten die bisher zu wenig berücksichtigten Sozialräume in den Alten Bundesländern ebenfalls mehr einbezogen werden und durch Lokale Aktionspläne gestützt werden. Langfristig ist ein landesweit flächendeckendes, sichtbar miteinander verknüpftes Netzwerk notwendig.
- **Verknüpfungen vorhandener Netzwerke**

Es erscheint sinnvoll, die Kontakte zu abgelehnten qualitativ hochwertigen Anträgen weiter zu pflegen, um hochwertiges und wichtiges Engagement für die Programm-Community, die sich seit *etimon* schnell abzuzeichnen begann, nicht verloren gehen zu lassen.
- **Beantragungen / Evaluationen**

Nicht nur die Beachtung von Gender-Mainstreaming sollte als ein Förderkriterium formuliert sein. In Regionen mit hohem Migrationsanteil sollten Migranten und Migrantinnen sowie Migrantenorganisationen als Kooperationspartner verpflichtend in die Projekte einzubeziehen sein, um eine Projektförderung erlangen zu können. Hier könnten ebenfalls Tandemmodelle entwickelt werden, wie sie vom BAMF gegenwärtig ausprobiert werden, da nicht davon auszugehen ist, dass Migrantenselbstorganisationen in relativ kurzer Zeit das vorhandene Integrations-



und Informationsdefizit bezogen auf Projektfinanzierungen und Antragstellungen aufholen können.

- **Überprüfung formaler Förderkriterien**

Am Rande sollte überprüft werden, inwieweit die Lockerung einiger formaler Kriterien nicht mehr zum Ausschluss ansonsten hoch engagierter Akteure führt. Dazu gehören die Fristenvorgabe (Nachhaltigkeits-Kriterien, Terminenge im Hinblick auf Kofinanzierungszusagen, unterschiedliche Fristigkeit von Programmen und Urlaubs- bzw. Ferienterminen bei Lokalen Aktionsplänen etc.)



7. Literatur

- Adloff, F. (2005): Zivilgesellschaft. Theorie und politische Praxis. Frankfurt am Main.
- Akyol, C. (2010): Nazis in Dortmund. Tief im Westen. TAZ 25.1.2010, <http://www.taz.de/1/leben/alltag/artikel/1/tief-im-westen/>
- Alba, R. D., J. Handl & W. Müller (1994): Ethnische Ungleichheiten im deutschen Bildungssystem, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 46 2, S. 209 - 237
- Amadeu Antonio Stiftung (Hrsg.) (2009): Die Juden sind Schuld, Antisemitismus in der Einwanderungsgesellschaft am Beispiel muslimisch sozialisierter Milieus. Beispiele, Erfahrungen und Handlungsoptionen aus der pädagogischen und kommunalen Arbeit. Berlin.
- Assmann, A. (2008): Kollektives Gedächtnis, <http://www.bpb.de/themen/6B59ZU.html>
- Bade, K. J. (2007): Integration: Versäumte Chancen und nachholende Politik. Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 22-23, S. 32-38.
- Baier, D.; Pfeiffer, C., Simonson, J.; Rabold, S. (2009): Jugendliche in Deutschland als Opfer und Täter von Gewalt. Erster Forschungsbericht zum gemeinsamen Forschungsprojekt des Bundesministerium des Inneren und des KEN, Hannover.
- Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (Hrsg.) (2003): Migranten sind aktiv. Zum gesellschaftlichen Engagement von Migrantinnen und Migranten. Berlin und Bonn.
- Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (Hrsg.) (2007): Der Nationale Integrationsplan. Neue Wege – Neue Chancen, Berlin.
- Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (Hrsg.) (2008): Nationaler Integrationsplan – Erster Fortschrittsbericht. Berlin.
- Benz, W. (2007): Was ist Antisemitismus? Begriff und aktuelle Erscheinungsformen aus der Perspektive der internationalen Forschung, In: Policy – Politische Akademie Nr. 21, Berlin, Friedrich Ebert Stiftung, S. 4-6.
- Benz, W. and 1, Länder und Regionen, München.
- Bertelsmann Stiftung: Leadership-Programm Migrantenorganisationen, http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/SID-0A000F0A-38ED8B7A/bst/hs.xsl/70302_70316.htm
- Biertümpel, K. (2008): Strategien gegen Islamophobie als Herausforderung für die interkulturelle Sozialarbeit. Zum kritischen Umgang mit eigenen islamophoben Einstellungen und Handlungen als notwendiges Element sozialarbeiterischer Professionalität. Unveröffentlichte Diplomarbeit, Frankfurt am Main.
- Bitzan, R. (2009): Frauen im Rechtsextremismus in Theorie und Praxis, in Newsletter Wegweiser Bürgergesellschaft 6/2009, 27.03.09.
- BMFSFJ (2005): Freiwilliges Engagement von Türkinnen und Türken in Deutschland. Berlin.
- Bohn, I (1997): Dokumentation des Modellprojektes: Das Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt AgAG, Band 1. Münster
- Bohn, I. (1997): Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt – Thüringen – 1992-1996. Abschlussbericht 1996, In: ISS-Aktuell 18/:111-123+150-161.
- Bohn, I., D. Kreft, D., G. Stüwe, G. & G. Weigel, G. (1993): Das Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt, in: Otto, H-U./Merten, R. : Rechtsradikale Gewalt im vereinigten Deutschland: Opladen.
- Böhnisch, L. (1996): Endbericht der wissenschaftlichen Begleitung des AgAG-Programms / hrsg. von Technische Universität Dresden. - Dresden.



- Böhnisch, L., F., Karsten & T. Seifert (Hrsg.) (1997). Das Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt AgAG. Die wissenschaftliche Begleitung. Ergebnisse und Perspektiven, Bd. 2. Münster.
- Bohnsack, R. (2003): Rekonstruktive Sozialforschung. (1991) Opladen.
- Brüggemann U. , Klingelhöfer, S. , Schmidt, M. (2004): Zwischenbericht der wissenschaftlichen Begleitung des Programms „Entimon - gemeinsam gegen Gewalt und Rechtsextremismus“. Quantitative und qualitative Ergebnisse. DJI.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2006): Abschlussbericht zur Umsetzung des Aktionsprogramms „Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“. CIVITAS und entimon – 2001-2006, Berlin.
- Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (Hrsg.) (2006): Qualifizierungs- und Weiterbildungsbedarfe von Migranten-Selbstorganisationen. Berlin.
- Bundschuh, S. & B. Jagusch (2005): Über das Verhältnis von Partizipation und Integration. Jugendverbände und Integration. In: Praxis politische Bildung. Materialien, Analysen, Diskussionen. Thema: Migration – Integration. Weinheim 4, S. 260-266.
- Cetinkaya, H. (2000): Türkische Selbstorganisationen in Deutschland: neuer Pragmatismus nach der ideologischen Selbsterfleischung, in: Thränhardt, D. & U.Hunger (Hrsg.): Einwanderer-Netzwerke und ihre Integrationsqualität in Deutschland und Israel, Studien zu Migration und Minderheiten, Band 11, Münster/Hamburg/London, S. 83-109.
- Damanakis, M. (2005): Entstehung von „Parallelgemeinden“ und „Parallelnetzen“ und ihre bildungspolitische Rolle: Das Beispiel der griechischen Privatschulen in Nordrhein-Westfalen, in: Gogolin, I. u.a.: Migration und sprachliche Bildung, Münster, S. 291-304
- De Maizière, Th. (2009): „Man muss dahin gehen, wo es weh tut“, in: Blätter der Wohlfahrtspflege 5, S. 164.
- Decker, O. & E. Brähler (2008): Bewegung in der Mitte. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2008 mit einem Vergleich von 2002 bis 2008 und der Bundesländer. Berlin.
- Demirel A. (2007): Antisemitismus in arabischen und türkischen Jugendszenen In: Policy – Politische Akademie Nr. 21, Berlin, Friedrich Ebert Stiftung, S. 9-10.
- Dennis, J. M. (2005): Die vietnamesischen Vertragsarbeiter und Vertragsarbeiterinnen in der DDR 1980 – 1989. In: Weiss, Karin & Dennis, Mike (Hrsg) (2005): Erfolg in der Nische? Die Vietnamesen in der DDR und in Ostdeutschland. Münster, S.15-50.
- Deutscher Bundestag 12. Wahlperiode (1993) Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke und der Gruppe der PDS/Linke Liste – Drucksache 12/4787 vom 22.4.1993.
- Deutscher Bundestag 12. Wahlperiode (1993): Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke und der Gruppe PDS/Linke Liste – Drucksache 12/4787 – Drucksache 12/4906 vom 12.5.1993.
- Deutsches Jugendinstitut (DJI) (2002): Bericht der wissenschaftlichen Begleitung der „Maßnahmen gegen Rechtsextremismus und Gewalt“ Aktualisierte Fassung des Zwischenberichtes vom 19.11.2001. Leipzig 19.4.2002.
- Deutsches Jugendinstitut (DJI) (2006): Strukturdaten zum Programm „Entimon – gemeinsam gegen Gewalt und Rechtsextremismus“ für den Förderzeitraum 2002 bis 2005 – Zwischenbericht der wissenschaftlichen Begleitung, Januar.
- Diehl, C. & J. Urbahn (1999): Die soziale und politische Partizipation von Zuwanderern in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn: Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, Abt. Arbeits- und Sozialpolitik.
- Diehl, C. (2001): Die Partizipationsmuster türkischer Migranten in Deutschland: Ergebnisse einer Gemeindestudie, in: Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik, 21 (1), S. 29-35.



- Diehl, C. (2002): Die Partizipation von Migranten in Deutschland. Rückzug oder Mobilisierung? Opladen.
- DJI (2009): Kurzfassung zum Ersten Zwischenbericht der Programmevaluation „Vielfalt tut gut“ und „kompetent. für Demokratie“ 28.04.2009.
- Doerfer, A. (2009): Die politische Ansprache von ‚Migranten‘. Integration durch politische Teilhabe. In: Rösler, Philipp & Christian Lindner (Hg.) 2009: Freiheit: gefühlt - gedacht - gelebt. Liberale Beiträge zu einer Wertediskussion Wiesbaden, S.
- Dohse, K. (1981): Ausländische Arbeiter und bürgerlicher Staat. Genese und Funktion von staatlicher Ausländerpolitik und Ausländerrecht. Vom Kaiserreich bis Bundesrepublik Deutschland. Königsstein Ts.
- Elsner, E.-M. & L. Elsner (1992) Ausländer und Ausländerpolitik in der DDR. Hefte zur DDR Geschichte, Nr. 2. Berlin, S. 16-18.
- Eppenstein, T. & D. Kiesel (2008): Soziale Arbeit interkulturell. Theorien – Spannungsfelder – reflexive Praxis, Stuttgart.
- Erll A. (2005) : Kollektives Gedächtnis und Erinnerungskulturen. Eine Einführung: Metzler, Stuttgart/Weimar.
- Falter, J.W. (2000): Politischer Extremismus. In: Falter, J.W./Gabriel O.W./Rattinger, H (Hrsg.): Wirklich ein Volk? Opladen.
- Fijalkowski, J./Gillmeister, H. (1997): Ausländervereine – ein Forschungsbericht: über die Funktion von Eigenorganisationen für die Integration heterogener Zuwanderer in eine Aufnahmegesellschaft – am Beispiel Berlins, Reihe: Völkervielfalt und Minderheitenrechte in Europa; Bd. 5, Berlin.
- Filsinger, D. (2008): Bedingungen erfolgreicher Integration – Integrationsmonitoring und Evaluation. Expertise im Auftrag der Friedrich Ebert Stiftung, Bonn.
- Foitzik, A. u.a. (1992): „Ein Herrenvolk von Untertanen“. Rassismus - Nationalismus – Sexismus. Duisburg 1992.
- Förster, P.(Hg.) (2002): Junge Ostdeutsche auf der Suche nach Freiheit. Eine systemübergreifende Längsschnittstudie zum politischen Mentalitätswandel vor und nach der Wende. Opladen.
- Friedrich, W. (2002): Rechtsextremismus im Osten. Ein Ergebnis der DDR-Sozialisation? Leipzig, Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen.
- Friedrich-Ebert-Stiftung (2001): Die gesellschaftliche Akzeptanz von Rechtsextremismus und Gewalt. Handreichung für die politische Bildung, Bonn.
- Friedrich-Ebert-Stiftung (2003): Für Demokratie und Bürgerengagement. Wie weiter mit den Programmen gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit? Bonn.
- Friedrich-Ebert-Stiftung (2006): Gegen Rechtsextremismus in Ost und West. Andere Ursachen – Andere Gegenstrategien. Dokumentation einer Konferenz, Berlin.
- Fuchs, B. & G. Habinger (hg.) (1996): Rassismen & Feminismen. Differenzen, Machtverhältnisse und Solidarität zwischen Frauen, Wien.
- Gaitanides, S. (1995): Interkulturelle Öffnung der sozialen Dienste, in: Hinz-Rolle, W. & K. Barwig (Hg.): Interkulturelle Öffnung sozialer Dienste, Freiburg, S. 65-83.
- Gaitanides, S. (2000): Arbeit mit Migrantenfamilien – Aktivitäten der Wohlfahrtsverbände und der Selbstorganisationen, in: Sachverständigen Kommission 6. Familienbericht, (Hg.) Familien Ausländischer Herkunft in Deutschland: Lebensalltag, Materialien zum 6. Familienbericht, Band II, Opladen.
- Gaitanides, S. (2001): „Freiwilliges Engagement und Selbsthilfe von Migrantinnen und Migranten – Potenziale und Anforderungen“ Vortrag beim Internationalen Erfahrungsaustausch: Integration von Familien ausländischer Herkunft des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend am 11. und 12. Dezember 2001 in Berlin.
- Gaitanides, S. (2003): Selbsthilfepotential von Familien ausländischer Herkunft, freiwilliges Engagement und Selbstorganisation von Migranten – Struktur, Funktion, För-



der- und Anerkennungsdefizite. Zeitschrift für Migration und Sozialarbeit", Heft 2/2003, 21-29.

- Geertz, C. (2003): Dichte Beschreibung. Beiträge zum Verstehen kultureller Systeme (zuerst 1983), Frankfurt am Main.
- Glaser, B & Strauss, A. (1998): Grounded Theory. Strategien qualitativer Forschung. Bern/Göttingen/Toronto/Seattle.
- Grotluschen, A. (2004): Vom Unbehagen mit der Netzwerkmetapher: Steuerungs- und Regulierungsstrukturen innerhalb von Netzwerken am Beispiel eines europäischen Projektes. In: Gramlinger, F. & K. Büchtner (Hrsg.): Implementation und Verstetigung von Netzwerken in der Berufsbildung, Paderborn, S. 117-134
- Hamburger, F. & S. Weber (1996): Wohnort als Chance? Migranten in der Stadtteil- und Gemeinwesenarbeit in Rheinland-Pfalz; eine Expertise, Landesbeauftragte für Ausländerfragen (Hg.), Mainz.
- Häußermann, H. & A. Kapphan (2008): Integrationspolitik der Städte – ein Paradigmenwechsel. In: Für den Rat für Migration von Bommes M. & M. Krüger-Potratz (Hrsg.): Migrationsreport 2008. Fakten – Analysen – Perspektiven. Frankfurt/New York, S. 15-47.
- Heitmeyer W. & Jakobi (Hrsg.) (1989): Politische Sozialisation und Individualisierung. Perspektiven politischer Bildung. Weinheim.
- Heitmeyer, W. (1989): Rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen. München.
- Hekele K. (2005): Sich am Jugendlichen orientieren. Ein Handlungsmodell für subjektorientierte Soziale Arbeit. (1987) Weinheim und München.
- Herbert, U. (2003): Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland. Bonn. Bundeszentrale für politische Bildung.
- Hinz-Rommel, W. & K. Barwig, (Hg.): Interkulturelle Öffnung sozialer Dienste, Freiburg 1995.
- Hoffmann, L. & H. Even (1984): Soziologie der Ausländerfeindlichkeit. Zwischen nationaler Identität und multikultureller Gesellschaft. Weinheim und Basel.
- Holm, A.: Koloniale Situation als Entstehungsbedingung rechter Bewegung in Ostdeutschland. Versuch einer sozialpsychologischen Erklärung. In: <http://www.telegraph.ostbuero.de/105/holm.htm>
- <http://www.qualitative-research.net/index.php/fqs/article/view/1089/2383>
- Hügel, I. u.a. (1993): Entfernte Verbindungen. Rassismus, Antisemitismus, Klassenunterdrückung, Berlin 1993.
- Hunger, U. (2002a): Einwanderer als Bürger. Initiative und Migrantenselbstorganisation. Münsteraner Diskussionspapiere zum Nonprofit-Sektor, Nr. 21. Münster.
- Hunger, U. (2002b): Von der Betreuung zur Eigenverantwortung. Neuere Entwicklungstendenzen bei Migrantenvereinen in Deutschland. Münsteraner Diskussionspapiere zum Nonprofit-Sektor, Nr. 22. Münster.
- Hunger, U. (2004): Wie können Migrantenselbstorganisationen den Integrationsprozess betreuen? Gutachten im Auftrag des Sachverständigenrates für Zuwanderung und Integration. Osnabrück/Münster.
- Hunger, U. (2007): Wo stehen heute Migrantenorganisationen in Deutschland? Bertelsmann-Stiftung.
- Huong, Nguyen van (1997): Die Politik der DDR gegenüber Vietnam und den Vertragsarbeitern sowie die Situation der Vietnamesen in Deutschland heute. Expertise der Enquete Kommission des Deutschen Bundestages. Berlin.
- Huth, S. (2002): Recherche zum freiwilligen Engagement von Migrantinnen und Migranten, Frankfurt am Main.
- Huth, S. (2003): Freiwilliges Engagement und Selbstorganisationen von Migranten im Kontext wissenschaftlicher Diskussionen, in: Beauftragte der Bundesregierung für



- Migration, Flüchtlinge und Integration (Hg.): Migranten sind aktiv. Zum gesellschaftlichen Engagement von Migrantinnen und Migranten, Berlin und Bonn, S. 14-22.
- Huth, S. (2005): Bürgerschaftliches Engagement von Migrantinnen und Migranten: Stand der Forschung, in: Herausforderungen an die Einwanderungsgesellschaft. Anfragen an zivilgesellschaftliche Akteure, Dokumentation der Fachtagung, 28. und 29. Oktober 2005 in Hannover, S. 34-45, www.b-b-e.de.
 - Huth, S. (2006): Bürgerschaftliches Engagement von Migrantinnen und Migranten, in: Voegen, Hermann (Hg.): Brückenschläge – Neue Partnerschaften zwischen institutioneller Erwachsenenbildung und bürgerschaftlichem Engagement, Bielefeld, S. 191-204.
 - Huth, S. (2006): INVOLVE – Beteiligung von Drittstaatenangehörigen an freiwilligem Engagement als Mittel zur Integrationsförderung. Projektabschlussbericht für Deutschland.
 - Huth, S. (2006a): Bürgerschaftliches Engagement als Lernort und Weg zur sozialen Integration. In: Zeitschrift für Migration und Soziale Arbeit, Heft 3+4, Weinheim, S. 280-291
 - Huth, S. (2006b): INVOLVE – Beteiligung von Drittstaatenangehörigen an freiwilligem Engagement als Mittel zur Integrationsförderung. Frankfurt am Main.
 - Huth, S. (2007): Bürgerschaftliches Engagement von Migrantinnen und Migranten - Lernorte und Wege zu sozialer Integration. INBAS-Sozialforschung, Frankfurt am Main.
 - Huth, S. (2007): Engagierte Migrant(inn)en in der deutschen Bürgergesellschaft, in: Dettling, D. & J. Gerometta (Hg.): Vorteil Vielfalt. Herausforderungen und Perspektiven einer offenen Gesellschaft, Wiesbaden, S. 31-39.
 - Huth, S. (2007a): Bürgerschaftliches Engagement von Migrantinnen und Migranten – Lernorte und Wege zu sozialer Integration, INBAS Sozialforschung, Frankfurt am Main.
 - Institut für Migrations- und Rassismuskforschung e.V. (Hrsg.): Rassismus und Migration in Europa. Hamburg/Berlin 1992.
 - Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (ISS) & Camino (2008): 1. Zwischenbericht zur Wissenschaftlichen Begleitung der Programmsäule 1: „Entwicklung integrierter lokaler Strategien“ (Lokale Aktionspläne) im Programm „VIELFALT TUT GUT. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie. Frankfurt am Main.
 - Institut für Sozialforschung (Hg.) (1994): Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Studien zur aktuellen Entwicklung. Frankfurt am Main.
 - ISS & Camino (2008) 1. Zwischenbericht zur Wissenschaftlichen Begleitung der Programmsäule 1: „Entwicklung integrierter lokaler Strategien“ (Lokale Aktionspläne) im Programm „VIELFALT TUT GUT. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie.“ Frankfurt & Berlin.
 - Jäger, S. (Hg.): Aus der Werkstatt: Anti-rassistische Praxen. Konzepte – Erfahrungen – Forschung. Duisburg 1994.
 - Jagusch, B. (2007): Partizipation für die Zukunft. Bildungsressourcen von Jugendlichen mit Migrationshintergrund durch Qualifizierung ihrer Jugendverbände aktivieren. In: deutsche Jugend. Zeitschrift für Jugendarbeit 5, S. 215-222.
 - Jugendarbeit live und in action (1996): Gewaltprävention in den Ländern / hrsg. von Informations-, Forschungs- und Fortbildungsdienst Jugendgewaltprävention (IFFJ). - 1. Aufl. - Berlin , 1996. - 78 S. (Informationsdienst AGAG ; 2/96)
 - Jungk, S. (2001): Selbstorganisation von MigrantInnen – Instanzen gelingender politischer Partizipation? In: iza, Zeitschrift für Migration und Soziale Arbeit 2001.3-4. 82-85.
 - Kanavakis, M. (1989): Griechische Schulinitiativen in der Bundesrepublik Deutschland. Frankfurt am Main.
 - Kiefer, M. (2007): Herkunft und Erscheinungsformen von „islamisiertem“ Antisemitismus.



- mus in der arabisch-islamischen Welt, in In: Policy – Politische Akademie Nr. 21, Berlin, Friedrich Ebert Stiftung, S. 7-8.
- Kilb R. , J. Weidner (2008): „Akzeptierende“ und „Konfrontierende“ Pädagogik. Differenzen – Gemeinsamkeiten – Entwicklungsbedarf.
 - Kilb R. , J. Weidner u.a. (2006): Konfrontative Pädagogik in der Schule. Anti- Aggressivitäts- und Coolnesstraining, Weinheim.
 - Klein, L. (2007): Die Demokratie braucht Zivilgesellschaft. Plädoyer für eine integrierte Strategie gegen Rechtsradikalismus und Fremdenfeindlichkeit, Bonn.
 - Krafeld, F. J. (2000): Akzeptierende Jugendarbeit – was ist gescheitert? Zum Umgang mit rechtsextremistischen Jugendlichen. In: sozial extra H. 9, S. 17-20.
 - Kreft, D. (1997): Kommunale Gewaltprävention : Eine Handreichung für die Praxis Das Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt AgAG, Band 5 . -1. Aufl. - Münster.
 - Kristen, C., Ethnische Unterschiede in deutschen Schulsystem, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 21-22,2003-
 - Kristen, C.: Hauptschule, Realschule oder Gymnasium? Ethnische Unterschiede am ersten Bildungsübergang, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 54 (2002) 3, S. 534 - 552.
 - Kurth, P. (2009): Mentalitäten und Einstellungen der Jugend in den Neuen Bundesländern. In: Rösler, P. & C. Lindner (Hg.) 2009: Freiheit: gefühlt - gedacht - gelebt. Liberale Beiträge zu einer Wertediskussion Wiesbaden.
 - Lang, Kati (2009): Rechtsextreme Erziehung und Kindeswohlgefährdung, in: http://www.licht-blicke.org/elternstaerken2/00_main.html
 - Leiprecht, R. (Hg.) (1992): Unter Anderen. Rassismus und Jugendarbeit. Göttingen.
 - Lemmen, T. (2000): Islamische Organisationen in Deutschland, Bonn.
 - Lessenich, S. (2009): Die Neuerfindung des Sozialen. Der Sozialstaat im flexiblen Kapitalismus. (2008) Bielefeld.
 - Lynen von Berg ; H. (2000): Politische Mitte und Rechtsextremismus. Diskurse zu fremdenfeindlicher Gewalt im 12. Deutschen Bundestag (1990-1994). Opladen: Leske und Budrich.
 - Lynen von Berg, H. & K. Palloks (2004): Die Evaluierung eines Programms zur Stärkung der Zivilgesellschaft. Anlage, Konzeption und Vorgehensweisen der wissenschaftlichen Begleitforschung des CIVITAS-Programms (Teil 1). Journal für Konflikt- und Gewaltforschung, 6, 1, S. 41-69.
 - Lynen von Berg, H. & R. Roth, (2003): Maßnahmen und Programme gegen Rechtsextremismus wissenschaftlich begleitet. Leverkusen.
 - Lynen von Berg, H. (2004): Die Evaluierung der Mobilien Beratungsteams des CIVITAS-Programms. Eine kritische Betrachtung ausgewählter Ergebnisse (Teil 2). Journal für Konflikt- und Gewaltforschung, 6, 2, 2004, S. 101-138.
 - Lynen von Berg, H., K. Palloks & J. Vossen (2003): Bericht der wissenschaftlichen Begleitforschung über die Modellphase der Strukturprojekte des Programms »CIVITAS – initiativ gegen Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern«. Berlin.
 - Lynen von Berg, H., K. Palloks, K. & A. Steil (2004): Pädagogische Handlungsansätze und zivilgesellschaftliches Engagement im kommunalen Raum. Kontextanalysen von Projekten zur Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit im Rahmen des CIVITAS-Programms. Berlin.
 - Lynen von Berg, H., K. Palloks, K. & A. Steil (2006): Abschlussbericht der wissenschaftlichen Begleitforschung zur Evaluierung des CIVITAS-Programms. Berlin.
 - Lynen von Berg, H., K. Palloks, K. & A. Steil (2007): Interventionsfeld Gemeinwesen. Evaluation zivilgesellschaftlicher Strategien gegen Rechtsextremismus. Weinheim.
 - Lynen von Berg, H., K. Palloks, K. & A. Steil(2006): Ergebnisbericht der wissenschaftlichen Begleitforschung zur Evaluierung von CIVITAS-Projekten in kommunalen Kontexten. Berlin.



- Marburger, H. (Hrsg.) (1993): „Und wir haben unseren Beitrag zur Volkswirtschaft geleistet.“: eine aktuelle Bestandsaufnahme der Situation der Vertragsarbeiter der ehemaligen DDR vor und nach der Wende. Werkstattberichte. Interkulturelle Forschungs- und Arbeitsstelle der TU Berlin. Frankfurt/Main.
- Martin, C. (2007) Herkunftsspezifische Bildungsbenachteiligungen in Deutschland, Norderstedt.
- Mayring, P. (2003) : Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. Weinheim 2003.
- Meulenbelt, A. (1985): Scheidelinien Über Sexismus, Rassismus und Klassismus, Reinbek bei Hamburg.
- Meseth, W., M. Proske & F.-O. Radtke (Hg.) (2004): Schule und Nationalsozialismus. Anspruch und Grenzen des Geschichtsunterrichts, Frankfurt am Main.
- Meuser, M. & U. Nagel (2002): ExpertInneninterviews – vielfach erprobt, wenig beachtet. Ein Beitrag zur qualitativen Methodendiskussion, in: Bogner, A., B. Littig, & W. Menz (Hg.), Das Experteninterview. Theorie, Methode, Anwendung. Opladen: S. 71-93.
- Micksch, J. (Hg.) (2009): Antimuslimischer Rassismus. Konflikte als Chance. Frankfurt am Main.
- Morhouse, C. (2008): Integration durch Partizipation. Rechte und Pflichten von Zuwanderern neu bestimmen. In: Bertelsmann Stiftung, Migration Policy Institut (Hrsg.): Migration und Integration gestalten. Transatlantische Impulse für die globale Herausforderung. Gütersloh, S. 198-213.
- Motte, J. & R. Ohlinger (Hg.) (2004): Geschichte und Gedächtnis in der Einwanderungsgesellschaft. Migration zwischen historischer Rekonstruktion und Erinnerungspolitik, Essen.
- Müller, J. (2007): Antisemitismus in türkischen und arabischen Medien. In: Policy – Politische Akademie Nr. 21, Berlin, Friedrich Ebert Stiftung. S. 13-14.
- Müller, U. (2007): Migration und Lokalpolitik. Ethnographie eines Ausländerrates. Münster.
- Naumann, S. (2006): Potenziale und Lernherausforderungen des bürgerschaftlichen Engagements älterer Migrantinnen und Migranten. www.dggg-online.de
- Nestvogel, R. (Hrsg.) (1994): 'Fremdes' oder 'Eigenes'? Rassismus, Antisemitismus, Kolonialismus, Rechtsextremismus aus Frauensicht. Frankfurt am Main.
- Niermann, Th. & Kural M. (2009): Gemeinsam gegen rechts. Die Freie Wohlfahrts-pflege gegen pädagogische und soziale Bestrebungen rechtsextremer Organisationen. In: Blätter der Wohlfahrtspflege 5, S. 163-165.
- Oepke, M. (2005): Rechtsextremismus unter ost- und westdeutschen Jugendlichen. Einflüsse von gesellschaftlichem Wandel, Familie, Freunden und Schule. Opladen.
- Oesterreich, D. (1999): Die politische Handlungsbereitschaft von deutschen Jugendlichen im internationalen Vergleich, Aus Politik und Zeitgeschichte (B 50/2001) In: http://www.bpb.de/publikationen/XI8P0C.0,Die_politische_Handlungsbereitschaft_von_deutschen_Jugendlichen_im_internationalen_Vergleich.html
- Olk, T. (2003): Die Bedeutung des bürgerschaftlichen Engagements für die Integration von Zuwanderinnen und Zuwanderern, www.buerger-fuer-buerger.de/content/buergergesell-zuwanderer.htm
- Organisationsstudie „Ausländische Vereine in Deutschland, IOfPol, WWU Münster 2001
- Palloks, K. (2007): „Große Erwartungen“ – zur Wirkungsfrage bei der Evaluation von Modellprogrammen, In: Glaser, M. & Schuster, S. (Hrsg.): Evaluation präventiver Praxis gegen Rechtsextremismus. Positionen, Konzepte und Erfahrungen, Halle, S.14-31.
- Pavković, G. (2008): Vom Stückwerk zur Gesamtstrategie – Verantwortungspartnerschaften in der kommunalen Integrationsarbeit, in: Für den Rat für Migration von



- Bommes Michael & Marianne Krüger-Potratz (Hrsg.): Migrationsreport 2008. Fakten – Analysen – Perspektiven. Frankfurt/New York, S. 49-75.
- Pusskeppeleit, J. & D. Thränhardt (1990): Vom betreuten Ausländer zum gleichberechtigten Bürger. Perspektiven der Beratung und Sozialarbeit, der Selbsthilfe und Artikulation der Organisation und Integration der eingewanderten Ausländer aus den Anwerbestaaten in die Bundesrepublik Deutschland. Freiburg.
 - Radtke, F.-O. & P. Stošić (2008): 'Sozialraum' und 'Netzwerke' – Semantiken kommunaler Integrationspolitik. In: Für den Rat für Migration von Bommes M. & M. Krüger-Potratz (Hrsg.): Migrationsreport 2008. Fakten – Analysen – Perspektiven. Frankfurt/New York, S. 77-112.
 - Rath C. (2009) „Die Aufklärung ist nicht abgeschlossen“. TAZ 29.12.2009.
 - Recep Y. (2003): Eine OP und 30 Jahre, in: Hasan Çil (Hrsg.) Bir Dönemin başlangıçları – bir zamanların konuk işçileri anlatıyor – Anfänge einer Epoche – ehemalige türkische Gastarbeiter erzählen, Berlin, S. 47-57.
 - Rieker, P. (2006): Interethnische Beziehungen von Migranten in Ostdeutschland, in: Diskurs Kindheits- und Jugendforschung Heft 1-2006:145-148.
 - Riesen, I. (2009): Der IW-Integrationsmonitor, Köln.
 - Rommelspacher, B. (1995): Dominanzkultur. Texte zu Fremdheit und Macht. Berlin.
 - Rommelspacher, B. (2006): Rechtsextremismus in Ost- und Westdeutschland im Vergleich. In: Friedrich-Ebert-Stiftung: Gegen Rechtsextremismus in Ost und West. Andere Ursachen – Andere Gegenstrategien. Dokumentation einer Konferenz, Berlin. S. 6-21.
 - Rommelspacher, B. (2002). Anerkennung und Ausgrenzung. Deutschland als multikulturelle Gesellschaft. Frankfurt / New York.
 - Rösler, P. & Christian L. (Hg.) 2009: Freiheit: gefühlt - gedacht - gelebt. Liberale Beiträge zu einer Wertediskussion Wiesbaden.
 - Roth, R. (u.M.v. A. Benack) (2003): Bürgernetzwerke gegen Rechts. Evaluierung von Aktionsprogrammen und Maßnahmen gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. (Erstellt für den Arbeitskreis „Bürgergesellschaft und Aktivierender Staat“ der Friedrich Ebert Stiftung, Bonn, 83 S
 - Scherr, A.: Pädagogische Konzepte gegen Rechts – was hat sich bewährt, was ist umstritten, was sollte vermieden werden? In: Lynen von Berg, Heinz / Roth, Roland: Maßnahmen und Programme gegen Rechtsextremismus wissenschaftlich begleitet. Leverkusen, 2003:
 - Schiffauer, W. (2005): „Parallelgesellschaften“ und islamische Gemeinden, 19.8.2005. www.muslimische-stimmen.de
 - Stiftung Demokratische Jugend: Netzwerke – Knotenpunkte zivilgesellschaftlichen Engagements. Konzepte und Strategien aus dem Bundesprogramm CIVITAS und entimon. Berlin 2006.
 - TAZ Archiv: <http://www.taz.de/1/archiv/print-archiv/printressorts/digi-artikel/?ressort=le&dig=2009%2F09%2F04%2Fa0088&cHash=ecff15b850> und <http://www.faz.net/s/RubBC20E7BC6C204B29BADA5A79368B1E93/Doc~E244BDF A0413E43348E7B8878D75CC254~ATpl~Ecommon~Scontent.html>
 - Thiersch, H. (2005): Lebensweltorientierte Soziale Arbeit, 6. Auflage, Weinheim.
 - Thränhardt, D. & U. Hunger (Hrsg.): Einwanderer-Netzwerke und ihre Integrationsqualität in Deutschland und Israel. Studien zu Migration und Minderheiten. Band 11. Münster/Hamburg/London.
 - Thränhardt, D. & U. Hunger, (Hrsg.) (2000): Einwanderer-Netzwerke und ihre Integrationsqualität in Deutschland und Israel. Münster..
 - Thränhardt, D. (2000): Einwandererkulturen und soziales Kapital. Eine komparative Analyse, in: Thränhardt, D. & U. Hunger (Hrsg.): Einwanderer-Netzwerke und ihre Integrationsqualität in Deutschland und Israel, Studien zu Migration und Minderheiten, Band 11, Münster/Hamburg/London, S. 15-51.



- Trong Cu, Nyuyen: Situation der Vietnamesinnen in der ehemaligen DDR - Erfahrungen und Überlegungen zur Ausländerproblematik. In: Friedrich-Ebert-Stiftung: Ausländer im vereinten Deutschland: Perspektiven der Ausländerpolitik, Bonn 2001:85-90.
- Weiss, K. & D. Thränhardt (2005): SelbstHilfe. Wie Migranten Netzwerke knüpfen und Soziales Kapital schaffen. Freiburg.
- Weiss, K. (2005): Erfolg in der Nische: Die Vietnamesen in der DDR und in Ostdeutschland. In: Weiss, K. & D.Thränhardt (Hrsg.), SelbstHilfe. Wie Migranten Netzwerke knüpfen und soziales Kapital schaffen. Freiburg i.Br. S. 69-92.
- Weiss, K. (2007): Zuwanderung in die neuen Bundesländer. In: Woyke, W. (Hrsg.): Integration und Einwanderung, Schwalbach, S. 119-140.
- Wüst, A. M. (2005): Einstellungen von Parlamentskandidaten gegenüber Einwandererminoritäten in Deutschland und den Niederlanden. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 36, Heft 1, S. 142-152.

